



DIW Berlin

Deutsches Institut
für Wirtschaftsforschung

DIW Berlin: Politikberatung kompakt

30

Beschäftigungspotenziale in ostdeutschen Dienstleistungsmärkten

Karl Brenke
Alexander Eickelpasch
Kurt Geppert
Martin Gornig

Unter Mitarbeit von:
Jürgen Blazejczak
Björn Frank
Hagen Krämer

Forschungsprojekt im Auftrag
des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

Berlin, 2007

IMPRESSUM

© DIW Berlin, 2007

DIW Berlin
Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung
Mohrenstraße 58
10117 Berlin
Tel. +49 (30) 897 89-0
Fax +49 (30) 897 89-200
www.diw.de

ISBN-10 3-938762-21-7
ISBN-13 978-3-938762-21-9
ISSN 1614-6921

Alle Rechte vorbehalten.
Abdruck oder vergleichbare
Verwendung von Arbeiten
des DIW Berlin ist auch in
Auszügen nur mit vorheriger
schriftlicher Genehmigung
gestattet.



DIW Berlin: Politikberatung kompakt 30

Karl Brenke*

Alexander Eickelpasch**

Kurt Geppert**

Martin Gornig**

Unter Mitarbeit von:

Jürgen Blazejczak

Björn Frank

Hagen Krämer

Beschäftigungspotenziale in ostdeutschen Dienstleistungsmärkten

Endbericht

Forschungsprojekt im Auftrag des Bundesministeriums
für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

Berlin, März 2007

* DIW Berlin, Vorstand, kbrenke@diw.de

** DIW Berlin, Abteilung Innovation, Industrie, Dienstleistung, aeickelpasch@diw.de,
kgeppert@diw.de, mgornig@diw.de

Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung	1
1 Einleitung	6
2 Tertiarisierung als säkularer Trend	8
3 Wertschöpfung und Beschäftigung im Dienstleistungssektor Ostdeutschlands	12
3.1 Entwicklung von Wertschöpfung, Beschäftigung und Produktivität	12
3.2 Größe des Dienstleistungssektors in Ostdeutschland	22
3.2.1 Wertschöpfung und Zahl der Erwerbstätigen.....	22
3.2.2 Arbeitszeit und Arbeitsvolumen.....	31
4 Beschäftigungsstruktur und Einkommen im Dienstleistungssektor Ostdeutschlands	38
4.1 Berufliche Stellung und ausgeübte Tätigkeit.....	38
4.1.1 Anteile der Selbständigen.....	38
4.1.2 Art der ausgeübten beruflichen Tätigkeit	41
4.1.3 Stellung im Beruf.....	43
4.2 Verdienste	47
5 Regionale Differenzierungen	55
5.1 Ausgewählte Bundesländer.....	55
5.2 Ausgewählte mittel- und osteuropäische Länder	61
6 Struktur- und Erfolgskennziffern zum Dienstleistungssektor Ostdeutschlands	65
6.1 Differenzierung der Dienstleistungen nach der Art der Leistung, der Verwendung und der Marktreichweite	65
6.2 Betriebsgröße, Ertragskraft und Investitionstätigkeit	77
6.3 Dienstleistungsintensität der Industrie	84
7 Standortfaktoren und räumliche Verflechtung	87
7.1 Branchenspezifische Standortaffinitäten	88
7.2 Standortbedingungen aus der Sicht ostdeutscher Dienstleistungsunternehmen	90
7.3 Beziehungen zwischen Industrie und Dienstleistungen – räumliche Ausdehnung der Dienstleistungsmärkte.....	95
7.3.1 Zusammenhang von Industrie und Dienstleistungen in Deutschland	95

7.3.2 Kleinräumliche Beziehungen zwischen Industrie und Dienstleistungen	109
7.3.3 Dienstleistungsbezug ostdeutscher Unternehmen	114
8 Determinanten des Erfolgs ostdeutscher Dienstleistungsunternehmen	118
9 Beschäftigungspotenziale der Dienstleistungen in Ostdeutschland	123
9.1 Zielstellung und Vorgehensweise	123
9.2 Abschätzungen für Deutschland	127
9.2.1 Bewertung vorliegender Trends	127
9.2.2 Ermittlung quantitativer Ergebnisse	140
9.3 Potenziale in Ostdeutschland	144
9.3.1 Überlegungen zu spezifischen Entwicklungsbedingungen	144
9.3.2 Quantifizierung der Beschäftigungspotenziale.....	146
10 Handlungsoptionen zur Stärkung der ostdeutschen Dienstleistungsmärkte.....	151
Literatur.....	158
Anhang zu Datenquellen.....	163
Tabellenanhang.....	166

Zusammenfassung

Der Dienstleistungssektor umfasst rund drei Viertel der ostdeutschen Gesamtbeschäftigung. Auf 1 000 Einwohner kamen im Jahr 2005 rund 320 Dienstleistungsarbeitsplätze. Damit besitzen die Dienstleistungen eine überragende Bedeutung für die Beschäftigung in den neuen Ländern. In dieser Hinsicht gibt es keine großen Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland. Im Zeitraum 1995 bis 2005 ist die wirtschaftliche Leistung des Dienstleistungssektors in Ostdeutschland ähnlich stark gewachsen wie in Westdeutschland, der Beschäftigungszuwachs war im Osten dagegen deutlich schwächer. Infolge dessen ist der Produktivitätsrückstand gegenüber Westdeutschland geringer geworden. Er beträgt aber immer noch 20 %; bei der Stundenproduktivität ist es sogar ein Viertel.

Der Dienstleistungssektor setzt sich aus einer Vielzahl teils sehr unterschiedlicher Branchen zusammen. Ausgeprägte Diskrepanzen zwischen Ost- und Westdeutschland werden bei sektoraler Differenzierung deutlich. Öffentliche Dienste sind in Ostdeutschland deutlich stärker vertreten als im Westen. So übertrifft die Zahl der Arbeitsplätze in öffentlichen Verwaltungen bezogen auf die Einwohnerzahl den westdeutschen Wert um rund 13 %. Auch der – staatlich dominierte - Bereich Bildung und Erziehung ist in Ostdeutschland relativ stark ausgebaut; der bevölkerungsbezogene Arbeitsplatzbesatz ist um 18 % höher als in Westdeutschland. In einigen privatwirtschaftlichen Dienstleistungsbranchen weist der Osten dagegen noch große Defizite auf. Dies gilt vor allem für Finanzdienste und überregional orientierte unternehmensbezogene Dienste, bei denen es sich in der Regel um wissensintensive Aktivitäten handelt (IT-Dienste, Rechts- und Wirtschaftsberatung, Werbung). Demgegenüber ist der Aufholprozess bei privaten Konsumdiensten (z. B. Gastgewerbe, Einzelhandel, Gesundheit, Medien, Kultur, Freizeit) – sicher auch gestützt durch die Transfers von West nach Ost im Rahmen der Systeme der sozialen Sicherung – schon recht weit fortgeschritten. Ebenfalls kein Rückstand besteht mehr bei einfachen Unternehmensdiensten wie dem Reinigungsgewerbe und den Wachdiensten. Nach der Wende ist es gerade in diesen Branchen zu Neugründungen gekommen, weil der Marktzugang aufgrund der eher geringen Anforderungen an die Qualifikationen der Gründer vergleichsweise einfach war.

Merkliche Differenzen zwischen Ost und West zeigen sich bei der Größe der Unternehmen. In Ostdeutschland gibt es relativ viele sehr kleine Betriebe und nur wenige große Dienstleis-

tungsanbieter. Das Defizit an Großbetrieben ist besonders deutlich in Branchen, die im Allgemeinen einen erheblichen Teil ihrer Leistungen überregional absetzen: Großhandel, Finanzdienste und höherwertige Unternehmensdienste.

Für den Dienstleistungssektor insgesamt sind keine gravierenden Unterschiede mehr zwischen West- und Ostdeutschland hinsichtlich des Anteils der Selbständigen und der Tätigkeitsstruktur der Beschäftigten festzustellen. Dabei spielt aber eine Rolle, dass in den neuen Bundesländern der öffentliche Dienst stark ausgeprägt ist, und hier – im Osten wie im Westen – die Beschäftigten recht gut qualifiziert sind. In der Privatwirtschaft weist Ostdeutschland indes einen Rückstand auf. Das liegt nicht nur daran, dass dort die höherwertigen Unternehmensdienste unterrepräsentiert sind, sondern auch daran, dass in vielen anderen Branchen die Tätigkeiten geringere Qualifikationsanforderungen stellen, als es im Westen der Fall ist.

Die Stundenverdienste der Arbeitnehmer im ostdeutschen Dienstleistungssektor nähern sich kontinuierlich den Verdiensten in Westdeutschland an; im Jahr 2004 waren 83 % des Westniveaus erreicht. Im öffentlichen Sektor ist die Konvergenz der Verdienste deutlich weiter vorangeschritten als im privatwirtschaftlichen Bereich. Aber auch dort ist der Rückstand Ostdeutschlands nicht mehr sehr groß, wenn man die strukturellen Unterschiede in den Branchen- und Tätigkeitsstrukturen in Rechnung stellt. Das heißt, bei identischer Branchenzugehörigkeit und gleichem Tätigkeitsprofil verdienen ostdeutsche Beschäftigte nicht mehr wesentlich weniger als westdeutsche, der Rückstand Ostdeutschlands bei den Durchschnittsverdiensten resultiert zu einem erheblichen Teil daraus, dass der Anteil gut bezahlter Tätigkeiten geringer ist als im Westen.

Auch hinsichtlich der Arbeitszeit konvergieren die beiden Landesteile. Im Jahr 1995 war die durchschnittliche Arbeitszeit im Dienstleistungssektor in Ostdeutschland noch um 12 % höher als im Westen, dieser Abstand hat sich bis 2005 auf 7 % verringert. Große Arbeitszeitdifferenzen bestehen mittlerweile nur noch im öffentlichen Bereich; hier hat es in den letzten Jahren auch kaum eine Annäherung zwischen Ost- und Westdeutschland gegeben. Die verbliebenen Arbeitszeitunterschiede zwischen beiden Landesteilen resultieren daraus, dass die Anteile der regulären Teilzeitbeschäftigten und der geringfügig Beschäftigten in Ostdeutschland geringer sind und diese Personen dort im Schnitt länger arbeiten als im Westen.

Im Vergleich mit den osteuropäischen Nachbarn Polen, Tschechien und Ungarn zeigt sich der ostdeutsche Dienstleistungssektor relativ fortgeschritten. Die Zahl der Arbeitsplätze ist in Ostdeutschland bezogen auf die Einwohnerzahl deutlich höher als in diesen Ländern; dies gilt

sowohl für den großen Bereich der öffentlichen und privaten Konsumdienste, wie auch für privatwirtschaftlich organisierte unternehmensbezogene Dienste.

Wissensintensive unternehmensbezogene Dienste, bei denen Ostdeutschland gegenüber Westdeutschland ein deutliches Defizit aufweist, werden zwar überwiegend oder doch zu großen Teilen überregional ausgetauscht, dies bedeutet jedoch nicht, dass die heimische Nachfrage für diese Branchen unbedeutend wäre. Sie bildet vielmehr häufig die Basis, von der aus sich Unternehmen zu erfolgreichen Akteuren auf überregionalen Märkten entwickeln. Dass die ostdeutschen Unternehmen im Bereich handelbarer Dienste noch relativ klein und bisher weniger stark in überregionalen Märkten verankert sind, als es bei entsprechenden – meist schon länger etablierten – westdeutschen Unternehmen der Fall ist, dürfte insofern auch in einer relativ schwachen heimischen Nachfrage begründet sein.

Ein wichtiger Faktor dürfte dabei die geringe Größe und die spezifische Struktur der ostdeutschen Industrie sein. Der Anteil des verarbeitenden Gewerbes an der gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung ist in Ostdeutschland mit 17 % deutlich kleiner als in Westdeutschland (25 %), und innerhalb des ostdeutschen verarbeitenden Gewerbes hat die reine Fertigung ein vergleichsweise hohes Gewicht. Die Modernisierung der ostdeutschen Industrie vollzieht sich bisher noch in erster Linie als Erneuerung und Erweiterung der *Produktion*; dispositive Funktionen sowie Forschung und Entwicklung sind dagegen unterrepräsentiert. „Verlängerte Werkbänke“ entfalten aber relativ wenig externe Nachfrage nach höherwertigen Unternehmensdiensten; sie beziehen solche Leistungen, falls überhaupt benötigt, häufig vom Mutterunternehmen.

Nicht nur in der Industrie, sondern auch in den andern Wirtschaftsbereichen mangelt es Ostdeutschland an größeren Unternehmenszentralen. Empirische Studien belegen, dass Headquarters als lokale Nachfrager von hochwertigen intermediären Diensten eine wichtige Rolle für die wirtschaftliche Entwicklung von Regionen spielen. Von den gut 700 umsatzstärksten Unternehmen in Deutschland sind nur etwas mehr als 5 % in Ostdeutschland ansässig. Diese Zahlen lassen die Situation Ostdeutschlands noch als zu günstig erscheinen, denn sie enthalten auch Tochterunternehmen, die zwar rechtlich selbständig sind, aber wirtschaftlich eher den Charakter von Zweigniederlassungen haben.

Die Stellung der großen ostdeutschen Ballungsräume als Dienstleistungsstandorte ist im gesamtdeutschen Rahmen noch schwach ist. Dies gilt zumindest für die überregional orientierten Dienste. In kaum einer dieser Branchen erreichen die ostdeutschen Agglomerationen Be-

schäftigungsanteile, die ihrem Anteil an der Bevölkerung der deutschen Agglomerationen entsprechen. Erst in Ansätzen nehmen sie die Funktion von Wachstumsmotoren und „Gateways“ für die Verankerung Ostdeutschlands in überregionalen Dienstleistungsmärkten wahr. In Berlin sind zwar Anzeichen einer dienstleistungsgestützten neuen wirtschaftlichen Dynamik zu erkennen, in die Funktion einer deutschlandweit bedeutsamen Dienstleistungsmetropole wächst die Hauptstadt aber offenbar nur langsam hinein.

Eine wichtige Aufgabe dieser Untersuchung war es, auf der Grundlage der gegebenen Strukturen des ostdeutschen Dienstleistungssektors eine Einschätzung des Beschäftigungspotenzials in der Zukunft zu geben. Den Ausgangspunkt für diese Abschätzungen bilden Modellrechnungen zur demographischen und wirtschaftlichen Entwicklung für Deutschland insgesamt. Die Projektion geht davon aus, dass die Bevölkerung in Deutschland von gegenwärtig 82,5 Millionen noch leicht auf 83,3 Millionen im Jahr 2020 steigen wird, und dass die Zahl der Erwerbspersonen von 43,1 Mill. im Jahr 2004 auf 45,9 Mill. in 2020 zunimmt. Das gesamtwirtschaftliche Wachstum, die Zunahme des realen Bruttoinlandsprodukts, dürfte bei durchschnittlich 1,5 % liegen. Die Erwerbstätigkeit in Deutschland insgesamt wird gleichzeitig von derzeit 38,9 Millionen auf 42,9 Millionen zunehmen. Im primären und sekundären Sektor wird die Beschäftigung weiter zurückgehen, im Dienstleistungsbereich hingegen werden in Deutschland insgesamt fast 5 Millionen neuer Arbeitsplätze entstehen.

Die Konkretisierung speziell der Beschäftigungspotenziale Ostdeutschlands geht von einer deutlich unterdurchschnittlichen Bevölkerungsentwicklung in den neuen Ländern aus. Bis zum Jahr 2020 wird die Einwohnerzahl um gut 500 000 Personen sinken. Lediglich für den Großraum Berlin wird noch mit einem Bevölkerungszuwachs gerechnet. Gleichzeitig wird eine Angleichung der Wirtschaftskraft je Einwohner an vergleichbare Regionen in Westdeutschland unterstellt. Für die neuen Bundesländer wird eine weitgehende Anpassung an niedersächsische Verhältnisse bis zum Jahr 2020 angenommen. Das Land Niedersachsen weist bereits heute große Ähnlichkeiten mit den hier betrachteten ostdeutschen Flächenländern auf. Dies betrifft u. a. die Verteilung von Ballungsräumen und ländlichen Regionen bis hin zur Ausstattung mit Finanz- und Unternehmensdiensten sowie mit staatlichen Diensten. Für Berlin wird eine nach Sektoren differenzierte Annäherung an das Entwicklungsniveau Hamburgs unterstellt, wobei der Abstand in der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit je Einwohner insgesamt allerdings auch in Zukunft noch beachtlich sein wird.

Trotz dieser Einschränkungen dürfte sich auch in Ostdeutschland der Dienstleistungssektor insgesamt dynamisch entwickeln. In Bereichen wie Finanzen, IT-Dienste, Werbung, Forschung und Entwicklung, Rechts- und Wirtschaftsberatung wird der Zuwachs gegenüber Westdeutschland überdurchschnittlich sein. Hohe Beschäftigungssteigerungen in Ostdeutschland werden auch bei haushaltsbezogenen Dienstleistungen wie Gesundheitswesen und in den Bereichen Medien, Kultur, Unterhaltung und Sport erwartet. Die Wachstumsdynamik wird hier allerdings im Vergleich zu Westdeutschland geringer ausfallen. Dies schließt auch einen weiteren Rückgang der Beschäftigung in der öffentlichen Verwaltung ein. Dennoch könnten insgesamt in den neuen Bundesländern und Berlin jährlich nahezu 75 000 neue Jobs im Dienstleistungssektor entstehen. Für den Gesamtzeitraum bis zum Jahr 2020 leitet sich daraus ein Beschäftigungspotenzial in den ostdeutschen Dienstleistungsmärkten von gut einer Million neuer Arbeitsplätze ab. Inwieweit dieses beträchtliche Beschäftigungspotenzial auch tatsächlich erschlossen wird, hängt aber entscheidend von richtigen wirtschaftspolitischen Weichenstellungen für Ostdeutschland ab.

Die Ausschöpfung des beträchtlichen Beschäftigungspotenzials der Dienstleistungen in Ostdeutschland setzt jedoch forcierte Anstrengungen in nahezu allen Bereichen der Wirtschaftspolitik voraus. Im Mittelpunkt muss dabei die Verbesserung der Wettbewerbsposition Ostdeutschlands bei überregional orientierten wissensbasierten Dienstleistungen stehen. Besonders wichtig sind daher in sektoraler Perspektive jene Politikmaßnahmen die auf die Entwicklung des Humankapitals abzielen. Hierzu zählt der schulische Bildungssektor ebenso wie Hochschulen und andere Forschungseinrichtungen. Gleichzeitig erscheint es notwendig über die einzelnen Politikbereiche hinweg eine Fokussierung der Maßnahmen in räumlicher Perspektive vorzunehmen. Dabei gilt es, vor allem die Wettbewerbsposition der großen Städte als Zentren überregional vermarktbarer Dienstleistungen und als Knotenpunkte von Industrie-Dienstleistungs-Clustern zu stärken.

1 Einleitung

Der Prozess des ökonomischen Aufholens Ostdeutschlands ist in der zweiten Hälfte der 90er Jahre zum Stillstand gekommen. Die wirtschaftliche Leistung wächst seither allenfalls genauso stark – oder schwach – wie in Westdeutschland. Inzwischen befindet sich Ostdeutschland zwar auf einem ausgeprägten Re-Industrialisierungspfad, dies gilt aber nur für die Produktion. Die Beschäftigung im verarbeitenden Gewerbe geht dagegen weiter zurück. Auch auf absehbare Zeit sind in diesem Sektor kaum größere Arbeitsplatzzuwächse zu erwarten.

Vor diesem Hintergrund - und angesichts der Tatsache, dass die Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland nach wie vor fast doppelt so hoch ist wie im Westen - stellt sich die Frage nach Beschäftigungspotenzialen im Dienstleistungssektor. Die Beantwortung dieser Frage ist Gegenstand der vorliegenden Untersuchung. Sie soll ein umfassendes und differenziertes Bild der Entwicklung des ostdeutschen Dienstleistungssektors seit Mitte der 1990er Jahre zeichnen, wichtige Rahmenbedingungen für die künftige Entwicklung benennen, allgemeine Trends aufzeigen, die auch für den Dienstleistungsbereich Ostdeutschlands von Bedeutung sein werden, eine Abschätzung der Dienstleistungsbeschäftigung in Ostdeutschland bis 2020 erstellen und schließlich wirtschaftspolitische Aktionsfelder identifizieren sowie Handlungsempfehlungen ableiten, die auf eine möglichst umfassende Nutzung der im Dienstleistungsbereich liegenden Wachstumspotenziale zielen.

Die Untersuchung geht von der Hypothese aus, dass das Wachstumspotenzial des ostdeutschen Dienstleistungsbereichs sich aus zwei Komponenten speist, einer Entwicklungskomponente und einer Aufholkomponente. Erstere ergibt sich aus allgemeinen Trends, die auch in Ostdeutschland wirksam sind. Mit Blick auf das Aufholen Ostdeutschlands wird hier zwar grundsätzlich die Ausstattung Westdeutschlands mit Dienstleistungsfunktionen als Referenz herangezogen. Angesichts der sowohl in West- wie in Ostdeutschland bestehenden strukturellen Unterschiede zwischen den Regionen werden allerdings auch regionale Differenzierungen – nach Bundesländern und Agglomerationen - vorgenommen.

Die wichtigste Datenbasis der Untersuchung ist die regionale volkswirtschaftliche Gesamtrechnung (VGR). Sie stellt ein umfassendes und nach einheitlichen Kriterien konstruiertes Informationssystem dar, anhand dessen ein aussagefähiges und in sich konsistentes Bild des ostdeutschen Dienstleistungssektors gezeichnet werden kann. Ergänzend werden darüber

hinaus Informationen aus dem Mikrozensus, der Beschäftigtenstatistik, der Dienstleistungsstatistik, dem Sozioökonomischen Panel (SOEP) und Unternehmensbefragungen des DIW Berlin in Ostdeutschland herangezogen.

Die Ergebnisse der Untersuchung haben erheblich von einem Workshop profitiert, der im Rahmen der Projektbearbeitung durchgeführt wurde. Dies gilt vor allem für die Beurteilung künftiger Entwicklungen und für die Abschätzung von Beschäftigungspotenzialen im ostdeutschen Dienstleistungssektor. Wir danken Gerald Braun (Universität Rostock), Joachim Ragnitz (IWH), Helmut Seitz (TU Dresden), Astrid Ziegler (WSI) sowie den anderen Teilnehmer des Workshops, die mit kritischen Anmerkungen sowie konstruktiven und teilweise sehr ausführlichen Anregungen einen wichtigen Beitrag zu dem Projekt geleistet haben

2 Tertiarisierung als säkularer Trend

In allen wirtschaftlich hoch entwickelten Volkswirtschaften gehen die Beschäftigtenanteile der Industrie – und in geringerem Maße auch deren Wertschöpfungsanteile – zurück. Diese schon seit Langem zu beobachtende Tendenz ist Resultat verschiedener, teilweise gegenläufiger, Einzelentwicklungen:

- Die Nachfrage der privaten Haushalte verschiebt sich von materiellen Gütern zu Dienstleistungen. Dies ist der Kern der „Drei-Sektoren-These“ (Fourastié 1954). Unter der Annahme, dass die Produktivitätsfortschritte bei Dienstleistungen anhaltend niedriger sind als in der Industrie, erwachsen daraus große Beschäftigungsgewinne im Dienstleistungssektor und möglicherweise auch gesamtwirtschaftlich. Diese konsumgetriebene Tertiarisierung wird dadurch gedämpft, dass Dienstleistungen bei geringen Produktivitätsfortschritten zwangsläufig im Verhältnis zu Industrieprodukten immer teurer werden (Baumol 1967; Gershuny 1978).
- Die Vorleistungsnachfrage der Unternehmen verlagert sich ebenfalls zugunsten von Dienstleistungen (Bade 1987; Kalmbach und Krämer 2005). Im Zusammenspiel von technologischem Fortschritt, Veränderungen der Konsumentenpräferenzen und Globalisierung der Unternehmensaktivitäten erhöht sich der Dienstleistungsgehalt von Industriegütern, verkürzen sich die Produkt-Lebenszyklen, wächst der Bedarf der Unternehmen an Steuerungs-, Finanzierungs- und Beratungsleistungen. Veränderungen in der Organisation von Industrieunternehmen, vor allem das Outsourcing von Dienstleistungen, verstärken den Tertiarisierungsprozess – zumindest was den statistischen Ausweis angeht.
- Im Zuge der Intensivierung der weltwirtschaftlichen Arbeitsteilung verlagert sich die industrielle Produktion von hoch entwickelten zu aufholenden Ländern. Vor allem für einfache Massenfertigungen werden kostengünstige Standort gesucht. Zum Teil dienen Verlagerungen auch der Markterschließung; dann sind öfter auch höherwertige Produktionen und Dienstleistungsfunktionen betroffen. Diese Verschiebung in der globalen Arbeitsteilung trägt dazu bei, dass die Beschäftigungs- und Wertschöpfungsbeiträge der industriellen Massenfertigung in den entwickelten Ländern sinken. Gleichzeitig wird dadurch aber die wirtschaftliche Entwicklung der aufholenden Län-

der, und damit ihre Nachfrage nach hochwertigen Industriegütern und Dienstleistungen, vorangetrieben. Dies wiederum beflügelt den Strukturwandel in den entwickelten Ländern in Richtung auf wissensintensive Dienste und technologieintensive industrielle Produkte.

Innerhalb der entwickelten Länder verlagert sich die industrielle Fertigung immer mehr von Städten und Agglomerationen in Ballungsrandgebiete und teilweise sogar in ländliche Regionen. Gleichzeitig neigen überregional orientierte, in der Regel hochwertige Dienstleistungsaktivitäten zu weiterer Konzentration auf die urbanen Zentren. Durch diese Trends wird die ohnehin stattfindende Tertiarisierung räumlich noch akzentuiert.

Diese thesenartig dargestellten Tendenzen können angesichts der Vielzahl von empirischen Belegen als „stylised facts“ der sektor- und raumstrukturellen Entwicklung in reichen Volkswirtschaften betrachtet werden (vgl. auch Braun 2004). Für Deutschland lassen sie sich durch Daten aus der Input-Output-Rechnung weiter erhärten. Der Nettoeffekt von Verschiebung der Konsumpräferenzen zu Dienstleistungen und Nachfragedämpfung aufgrund relativer Verteuerung der Dienste ist eindeutig positiv. Der Anteil der Dienstleistungen am privaten Konsum in Deutschland ist von knapp 50 % im Jahr 1970 auf knapp 70 % im Jahr 2000 gestiegen (Abbildung 2-1, oberer Teil). Dabei haben Leistungen des Bereichs Handel, Verkehr, Nachrichtenübermittlung kaum an Bedeutung gewonnen, während das Gewicht sonstiger privatwirtschaftlich erstellter Dienste stark zugenommen hat. Etwas erhöht hat sich auch der Anteil öffentlicher Dienste am gesamten Konsum.

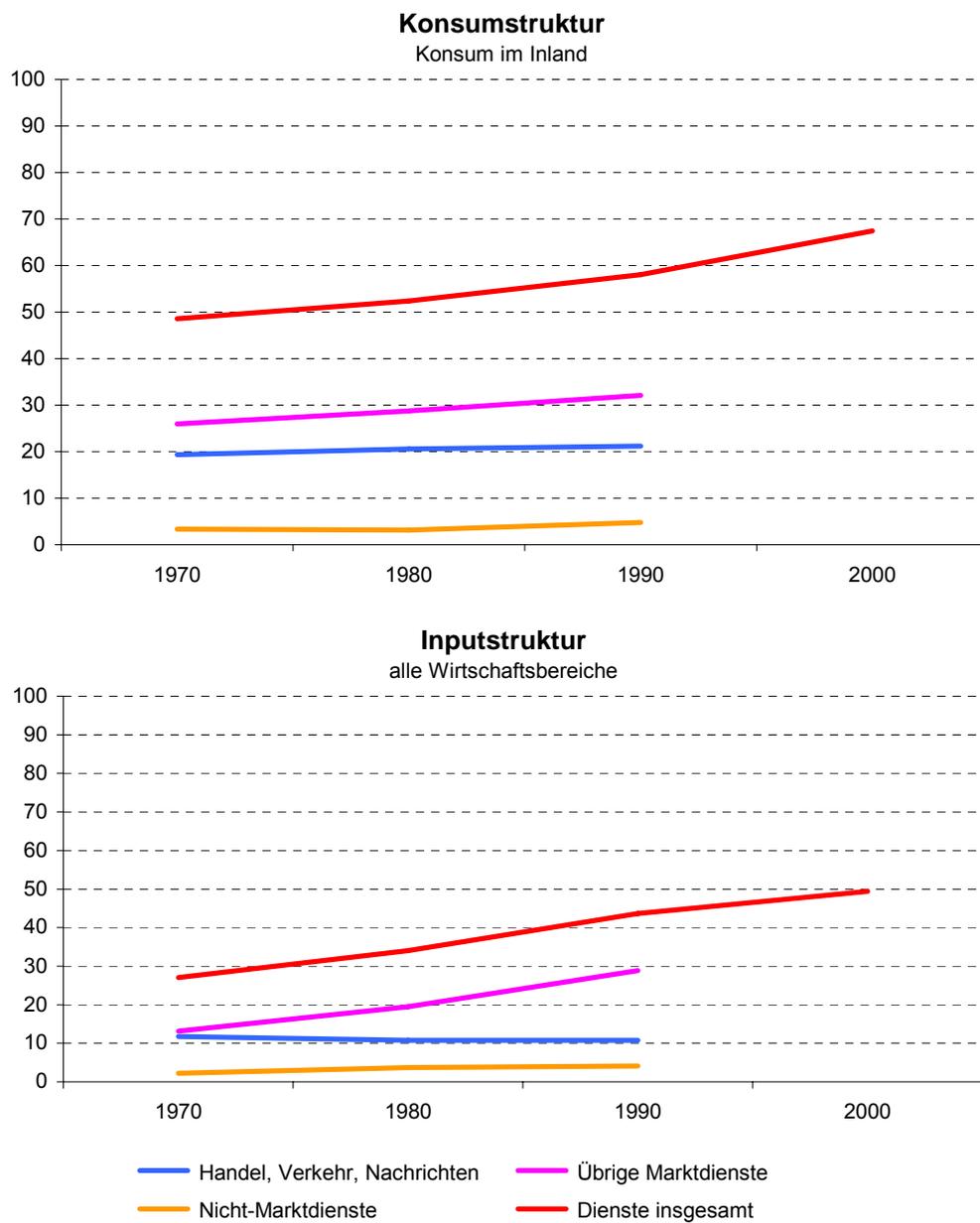
Die Verschiebung der Inputstruktur der Unternehmen zugunsten von Dienstleistungen ist ebenfalls deutlich. Der Anteil der Dienste ist innerhalb der betrachteten drei Jahrzehnte von knapp 30 % auf 50 % gestiegen (Abbildung 2-1, unterer Teil). Auch hier haben sich Handel, Verkehr und Nachrichtenübermittlung unterdurchschnittlich entwickelt, andere private Inputdienste (Finanzierung, Unternehmensberatung, Marketing etc.) haben ihren Anteil am gesamten Input dagegen allein von 1970 bis 1990 mehr als verdoppelt.¹

¹ Auf die sektorale Differenzierung der Konsum- bzw. Inputdienste für 2000 wurde verzichtet, weil die Daten aufgrund des zwischenzeitlichen Wechsels der Wirtschaftszweigsystematik kaum mit denen für 1970 bis 1990 vergleichbar wären.

Abbildung 2-1

**Güterstruktur des privaten Konsums und der Vorleistungen in Deutschland
1970 – 2000**

Anteile am Konsum bzw. am Input in %, zu Herstellerpreisen



1970-1990 Westdeutschland (einschließlich West-Berlin).

Quellen: Input-Output-Rechnung des Statistischen Bundesamtes;
Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2006

Die hier skizzierten langfristigen Trends sind ein wichtiger Teil des gedanklichen Hintergrundes bei der Analyse des ostdeutschen Dienstleistungssektors und der Abschätzung von Entwicklungspotenzialen. In den folgenden Kapiteln wird immer wieder auf diese Trends Bezug genommen, von denen erwartet wird, dass sie im Grundsatz auch für die nächsten zwei Jahrzehnte Gültigkeit haben.

3 Wertschöpfung und Beschäftigung im Dienstleistungssektor Ostdeutschlands

Die zentralen Größen zur Kennzeichnung des ostdeutschen Dienstleistungssektors - Bruttowertschöpfung und Beschäftigung - werden hier unter zwei verschiedenen Aspekten betrachtet. Zunächst steht die Entwicklung im Zeitverlauf für die Periode 1995 bis 2005 im Vordergrund. In einem zweiten Abschnitt wird dann vor allem die Ausstattung Ostdeutschlands mit Dienstleistungskapazitäten untersucht. In beiden Fällen dient Westdeutschland als Referenzkulisse für die Einordnung der Situation in Ostdeutschland. Datengrundlage für diesen Teil der Analyse ist im Wesentlichen die VGR der Länder. Die sektorale Differenzierung ist damit auf zehn Dienstleistungszweige für die Wertschöpfung und sieben Zweige für die Zahl der Erwerbstätigen beschränkt. Ergänzend können aber die Beschäftigungsentwicklung von 1998 bis 2005 anhand der Beschäftigtenstatistik und die Struktur der Erwerbstätigen im Jahr 2004 anhand des Mikrozensus sehr detailliert dargestellt werden.

3.1 Entwicklung von Wertschöpfung, Beschäftigung und Produktivität

Die Bruttowertschöpfung des ostdeutschen Dienstleistungssektors ist von 1995 bis 2005 um ein Viertel gewachsen. Die Expansion war damit etwa ebenso stark wie in Westdeutschland (Abbildung 3-1). In der Entwicklung für Ostdeutschland insgesamt schlägt sich deutlich die schwache wirtschaftliche Dynamik Berlins nieder. Im Durchschnitt der übrigen Regionen Ostdeutschlands wuchs die wirtschaftliche Leistung des Dienstleistungssektors stärker als in Westdeutschland, allerdings ist dieser Abstand in den letzten Jahren tendenziell kleiner geworden.

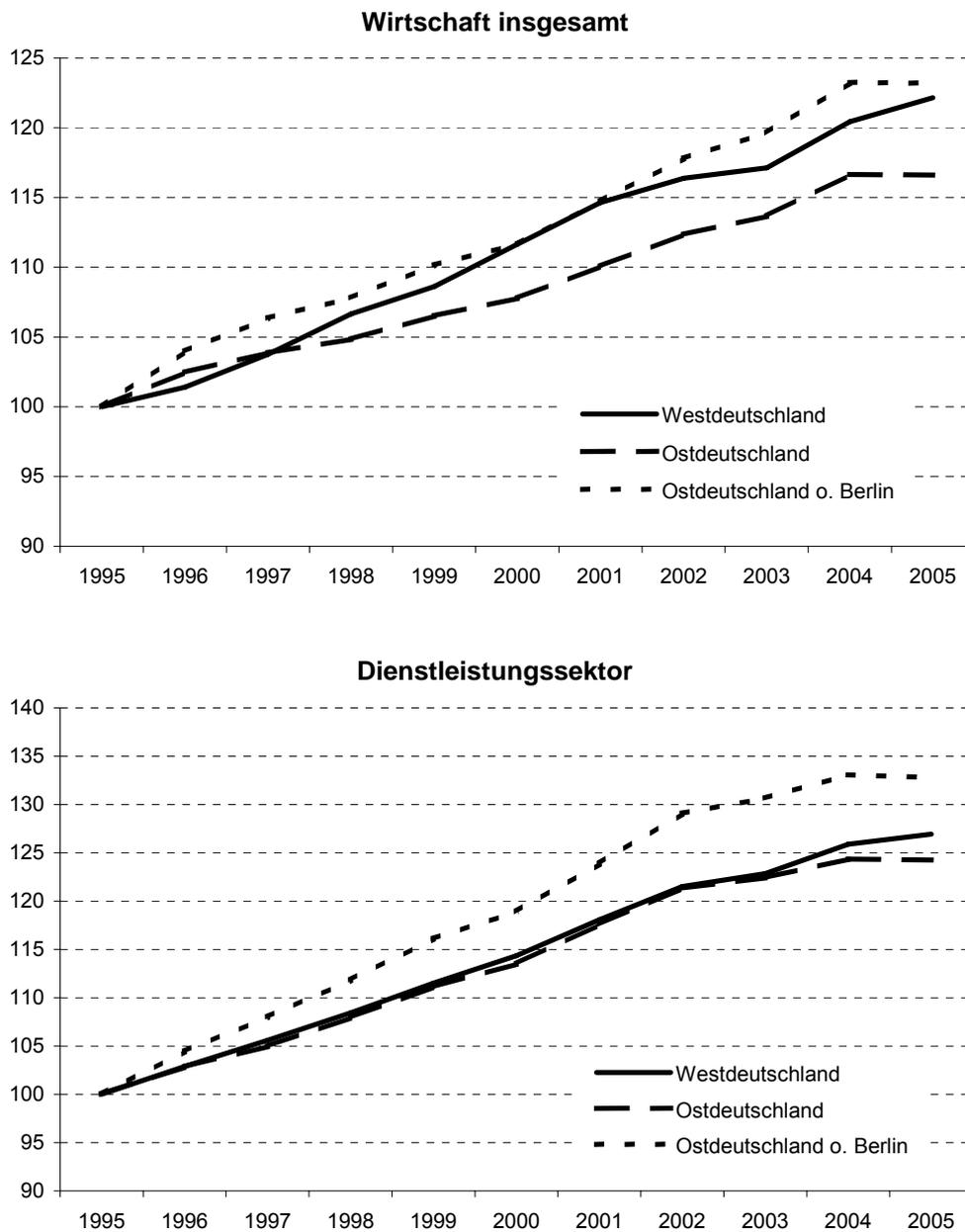
Besonders hohe Zuwächse im Vergleich zu Westdeutschland erreichte Ostdeutschland bei den Unternehmensdiensten, in der öffentlichen Verwaltung sowie bei den häuslichen Diensten; letztere spielen allerdings weder in West- noch in Ostdeutschland eine nennenswerte Rolle. Die Entwicklung bei den Finanzdiensten war stark geprägt von der Bankenkrise in Berlin, außerhalb der Stadt expandierte auch dieser Bereich in Ostdeutschland vergleichsweise kräftig (Tabelle 3-1). Dagegen wuchs die Wertschöpfung im ostdeutschen Verkehrssektor sowie im Bereich öffentlicher und privater Konsumdienste kaum. Ostdeutschland blieb damit weit hinter der Dynamik in Westdeutschland zurück. Dies gilt auch für das Gesundheits- und Sozi-

alwesen. Die Wertschöpfung stieg hier in Westdeutschland um mehr als ein Drittel, in Ostdeutschland dagegen – bedingt durch das schwache Wachstum in Berlin – nur um ein Viertel.

Abbildung 3-1

Entwicklung der Bruttowertschöpfung in der Wirtschaft insgesamt und im Dienstleistungssektor

1995 = 100



Bruttowertschöpfung zu jeweiligen Preisen.

Quellen: VGR der Länder; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2006

Tabelle 3-1

Entwicklung der Bruttowertschöpfung nach Dienstleistungszweigen 1995 – 2005¹

1995 = 100

	West- deutschland	Ostdeutschland	
		mit Berlin	ohne Berlin
Wirtschaft insgesamt	122,1	116,6	123,2
Dienstleistungssektor	126,9	124,2	132,8
Handel, Gastgewerbe, Verkehr	122,8	115,9	122,1
Handel	115,2	117,1	121,1
Gastgewerbe	129,0	130,0	131,3
Verkehr	118,1	102,4	110,2
Finanz- und Unternehmensdienste	132,6	140,7	164,4
Kreditinstitute, Versicherungen	121,8	117,7	141,9
Unternehmensdienste, Wohnungswesen	128,8	139,5	162,2
Öffentliche und private Konsumdienste	123,2	116,7	119,4
Öffentl. Verwalt., Rechtspf., Sicherheit, Sozialversich.	104,2	116,0	118,1
Erziehung, Bildung	122,5	122,0	124,0
Gesundheits- und Sozialwesen	135,5	125,8	134,4
Sonstige öffentliche und private Dienste	126,5	104,5	101,3
Häusliche Dienste	125,4	194,5	220,0

Bruttowertschöpfung zu jeweiligen Preisen.

¹ Die Angaben für die Untergruppen Handel, Gastgewerbe, Verkehr, Kreditinstitute, Versicherungen, Wohnungswesen, Unternehmensdienste, Öffentliche Verwaltung, Erziehung, Bildung, Gesundheits- und Sozialwesen, Sonstige öffentliche und private Dienste, Häusliche Dienste beziehen sich auf das Jahr 2003.

Quellen: VGR der Länder; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2006

Anders als beim Wachstum der Wertschöpfung entwickelte sich die Beschäftigung in Ostdeutschland im Zeitraum 1995 bis 2005 deutlich ungünstiger als in Westdeutschland. Die Zahl der Erwerbstätigen im ostdeutschen Dienstleistungssektor stieg von 1995 bis 2000 um rund 7 % und stagnierte dann auf diesem Niveau. In Westdeutschland nahm die Beschäftigung dagegen weiter deutlich zu. Sie war im Jahr 2005 um 17 % höher als 1995 (Abbildung 3-2 und Tabelle 3-2).

Die sektorale Differenzierung des Vergleichs der Beschäftigungsentwicklung liefert in der Grundstruktur ein ähnliches West-Ost-Muster wie im Falle der Wertschöpfung. So hat sich die Beschäftigung im Gastgewerbe und in der öffentlichen Verwaltung in Ostdeutschland günstiger, im Verkehrsbereich und bei öffentlichen und privaten Konsumdiensten (außerhalb der Verwaltung) dagegen wesentlich ungünstiger entwickelt als im Westen. Für die Unternehmensdienste zeigt sich indes keine Parallelität zwischen den Wertschöpfungs- und dem

Beschäftigungsvergleich. In diesem Bereich ist die Zahl der Erwerbstätigen in Ostdeutschland von 1995 bis 2003 um 41 %, in Westdeutschland hingegen um rund 56 % gewachsen.

Näheren Einblick in die Beschäftigungsentwicklung gestattet die Beschäftigtenstatistik, zumindest für den Zeitraum 1998 bis 2005 und für den Kreis der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten; Selbständige, Beamte und geringfügig Beschäftigte bleiben dabei also unberücksichtigt. Der starke Beschäftigungsabbau im ostdeutschen Verkehrssektor geht offenbar vor allem auf die Entwicklung bei Eisenbahnen, im sonstigen Landverkehr (v. a. öffentlicher und privater Personenverkehr), bei bestimmten Nebentätigkeiten für den Verkehr sowie - nicht zuletzt - bei Post- und Fernmeldediensten zurück (Tabelle A-1). Die Luftfahrt ist die einzige Verkehrsbranche, in der die Beschäftigung in Ostdeutschland – bedingt durch die Expansion in Berlin – kräftig gestiegen ist. Mit einem Anteil an der Gesamtbeschäftigung des ostdeutschen Dienstleistungssektors von 0,08 % fällt dieser Zweig aber bisher kaum ins Gewicht.

Die Abnahme der Beschäftigung bei Finanzdiensten in Ostdeutschland resultiert vor allem aus der starken Verringerung des Personals im Kreditgewerbe. Von 1998 bis 2005 sank die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in diesem Zweig um ein Fünftel. Die westdeutschen Banken reduzierten ihre Beschäftigung dagegen nur um knapp 4 %. Dass Ostdeutschland bei der Expansion der Unternehmensdienste hinter Westdeutschland zurückbleibt, ist Ergebnis einer breiten Entwicklung in diesem Bereich des Dienstleistungssektors. Die Mehrzahl der Teilbranchen zeigte im Osten deutlich ungünstigere Beschäftigungsverläufe als im Westen. Es gab aber auch eine Reihe von Ausnahmen von dieser allgemeinen Tendenz: Datenverarbeitungsdienste, Forschungsinstitute, Werbeunternehmen und „sonstige Dienste für Unternehmen“² weiteten ihre Beschäftigung in Ostdeutschland stärker aus als in Westdeutschland.

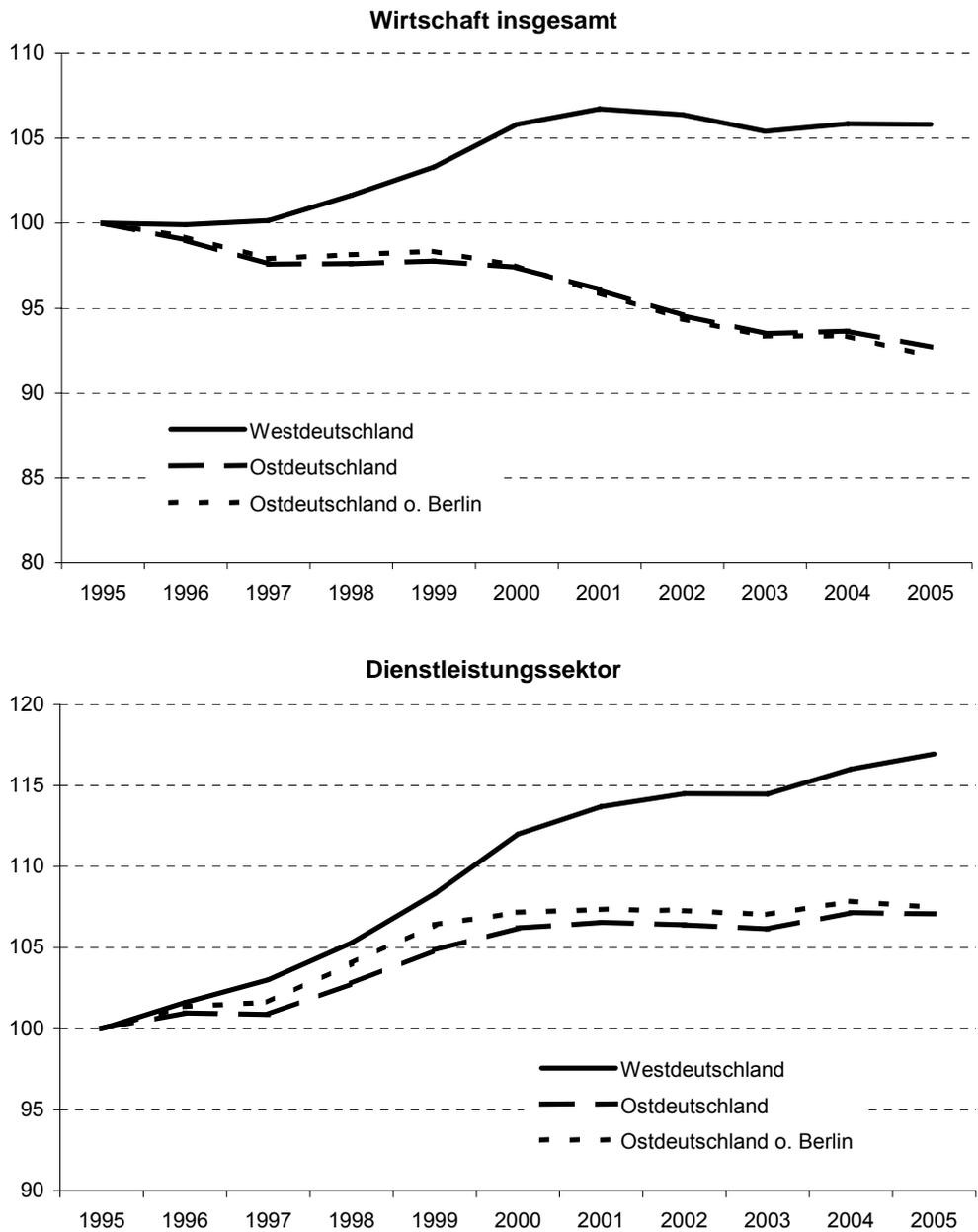
Bei einigen einfachen Unternehmensdiensten – Wachdienste, Detekteien, Reinigung – ist ein dem normalen Muster entgegengesetzter Anpassungsprozess zu beobachten: In Ostdeutschland, wo diese Dienste bereits Mitte der 90er Jahre relativ stark vertreten waren, geht die Beschäftigung zurück, in Westdeutschland dagegen nimmt sie deutlich zu.

² Die Gruppe der sonstigen Dienste für Unternehmen (WZ-Dreisteller 748) umfasst eine Vielzahl sehr verschiedener Dienstleistungen: Fotografisches Gewerbe, Abfüll- und Verpackungsgewerbe, Schreib- und Übersetzungsbüros, Copy-Shops, Call Centers, Ausstellungs- und Messewesen, Sachverständige, Versteigerungsgewerbe, Ateliers für Design, Auskunftsteien, Inkassobüros, sonstige Vermögensberatung. Im Jahr 2005 waren in West-

Abbildung 3-2

Entwicklung der Beschäftigung in der Wirtschaft insgesamt und im Dienstleistungssektor

1995 = 100



Zahl der Erwerbstätigen

Quellen: VGR der Länder; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2006

deutschland 1,5 % und in Ostdeutschland gut 2 % der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten des Dienstleistungssektors in der Gruppe der sonstigen Dienste für Unternehmen tätig.

Tabelle 3-2

Entwicklung der Beschäftigung nach Dienstleistungszweigen 1995 – 2005¹

1995 = 100

	West- deutschland	Ostdeutschland	
		mit Berlin	ohne Berlin
Wirtschaft insgesamt	105,8	92,7	92,1
Dienstleistungssektor	116,9	107,1	107,5
Handel, Gastgewerbe, Verkehr	106,5	97,1	99,2
Handel	103,5	99,1	102,3
Gastgewerbe	123,3	128,9	128,0
Verkehr	101,9	81,1	84,0
Finanz- und Unternehmensdienste	146,2	135,6	140,8
Kreditinstitute, Versicherungen	101,5	94,0	99,3
Unternehmensdienste, Wohnungswesen	155,6	140,8	146,2
Öffentliche und private Konsumdienste	113,6	104,5	103,4
Öffentl. Verwalt., Rechtspf., Sicherheit, Sozialversich.	89,5	96,4	96,7
Sonstige öffentl. und priv. Dienste	119,9	106,3	105,4

Erwerbstätige.

¹ Die Angaben für die Untergruppen Handel, Gastgewerbe, Verkehr, Kreditinstitute, Versicherungen, Wohnungswesen, Unternehmensdienste, Öffentliche Verwaltung, sonstige öffentliche und private Dienste beziehen sich auf das Jahr 2003.

Quellen: VGR der Länder; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2006

Solche umgekehrten Ost-West-Anpassungsprozesse finden auch bei öffentlichen und privaten Konsumdiensten (außerhalb der öffentlichen Verwaltung) statt. Die meisten Teilbranchen dieses Bereichs hatten in Ostdeutschland ein relativ hohes Gewicht (vgl. Abschnitt 3.2), die Entwicklung der Beschäftigung blieb in den vergangenen zehn Jahren aber deutlich hinter derjenigen in Westdeutschland zurück. Eine Ausnahme ist hier die Medienwirtschaft. Sie war in Ostdeutschland schwächer ausgebaut als im Westen und ist in dem hier betrachteten Zeitraum stärker gewachsen.³

Für die öffentliche Verwaltung zeigt die Beschäftigtenstatistik eine der Erwerbstätigenrechnung entgegengesetzte Entwicklungstendenz im Ost-West-Vergleich. Hier hat es offenbar in erheblichem Umfang Verbeamtungen gegeben, so dass bei nur leicht verringerter Gesamtbeschäftigung die Zahl der *sozialversicherungspflichtig* Beschäftigten stark zurückgegangen ist.

³ Neben Film, Funk und Fernsehen sowie Journalisten- und Nachrichtenbüros wird üblicherweise auch das statistisch zum verarbeitenden Gewerbe gehörende Verlagswesen zur Medienwirtschaft gezählt. Auch in dieser Branche hat die Beschäftigung in Ostdeutschland etwas stärker zugenommen als in Westdeutschland.

Die Entwicklung der Produktivität in Ostdeutschland wird hier zwar erst an dritter Stelle, sozusagen als Resultante von Wertschöpfungs- und Beschäftigungsveränderung, dargestellt, dies entspricht aber nicht ganz den tatsächlichen ökonomischen Zusammenhängen. In der Bruttowertschöpfung zeigt sich der Erfolg der ostdeutschen Unternehmen auf den Absatzmärkten (und der Erfolg Ostdeutschlands bei der Ansiedlung von Unternehmen). Nach Maßgabe der technisch und organisatorisch möglichen Produktivität und der Lohnkosten treffen die Unternehmen auf dieser Basis Personalentscheidungen. Das Resultat ist die Beschäftigungsentwicklung.

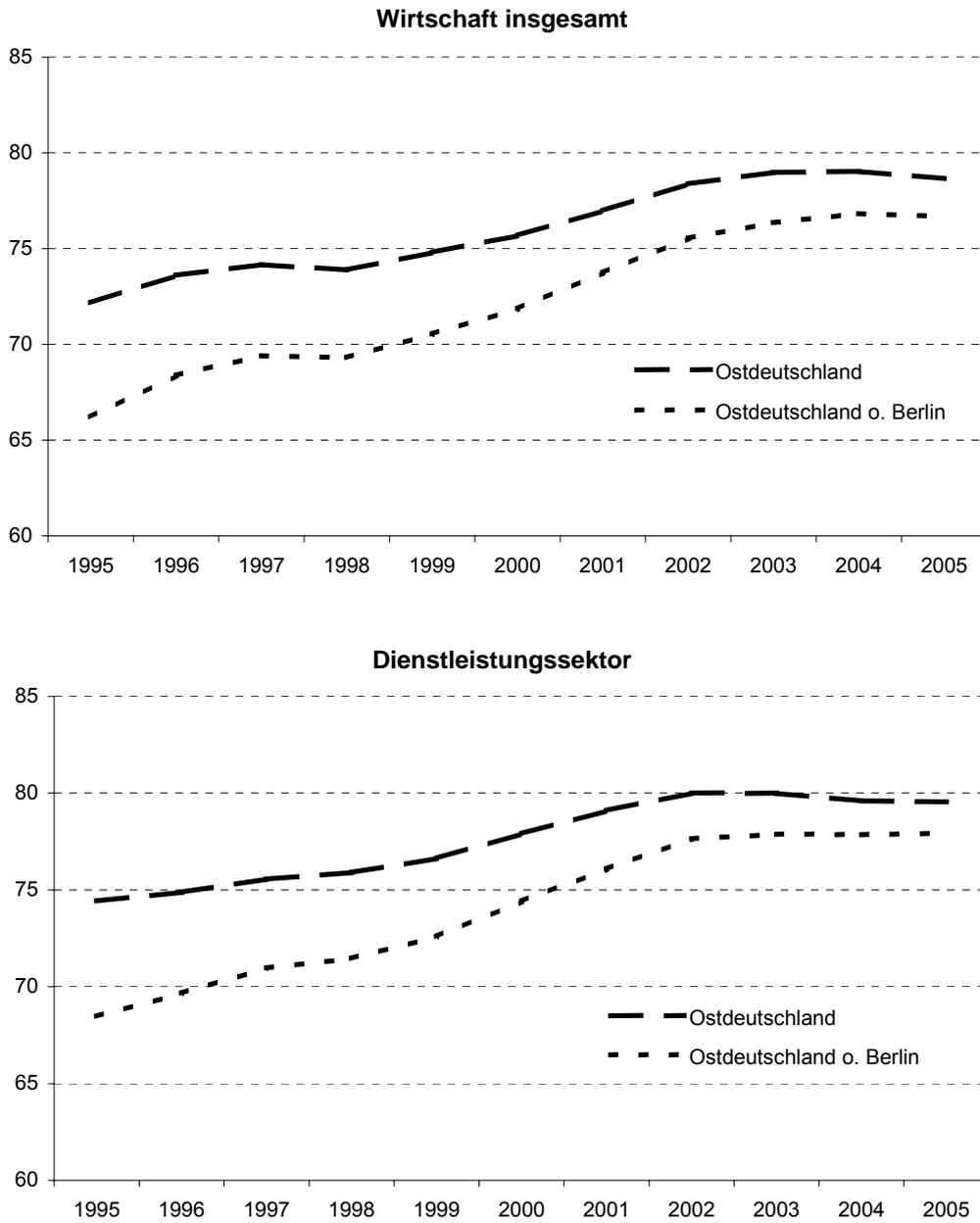
Die Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen (Produktivität) im ostdeutschen Dienstleistungssektor lag Mitte der 90er Jahre bei knapp drei Vierteln des westdeutschen Niveaus. Sie stieg bis 2002 auf 80 % und verharrt seither auf diesem Stand (Abbildung 3-3). Bei der Stundenproduktivität ist die relative Position Ostdeutschlands um 5 Prozentpunkte niedriger. Der Verlauf ist ganz ähnlich wie bei der Beschäftigtenproduktivität, allerdings ist der Aufholprozess gegenüber Westdeutschland in den letzten Jahren bei der Stundenproduktivität nicht ganz zum Stillstand gekommen (Abbildung 3-4).

In fast allen Zweigen des Dienstleistungssektors hat Ostdeutschland im Zeitraum 1995 bis 2005 seinen Produktivitätsrückstand gegenüber Westdeutschland verringert (Tabelle 3-3). Die einzige Ausnahme ist das Gastgewerbe, das 1995 bereits 90 % des Westniveaus erreicht hatte, bis 2005 aber wieder auf knapp 87 % zurückfiel. Eine naheliegende Erklärung dafür wäre, dass im Zuge der kräftigen Ausweitung der Beschäftigung im ostdeutschen Gastgewerbe auch vermehrt Teilzeitbeschäftigte eingestellt wurden, so dass die durchschnittliche Arbeitszeit abgenommen hätte. Dagegen spricht aber, dass die Löhne und Gehälter je Arbeitnehmer im ostdeutschen Gastgewerbe keineswegs schwächer gestiegen sind als im Dienstleistungssektor insgesamt (vgl. Kapitel 4). Offenbar hat die Nachfrage mit dem Ausbau der Kapazitäten im ostdeutschen Gastgewerbe nicht ganz Schritt gehalten, so dass die Preise und damit die Gewinne gedrückt wurden. Im Ergebnis ist die Produktivität schwächer gestiegen als im westdeutschen Gastgewerbe.

Abbildung 3-3

Entwicklung der Produktivität in Ostdeutschland

Westdeutschland = 100



Bruttowertschöpfung zu jeweiligen Preisen je Erwerbstätigen.

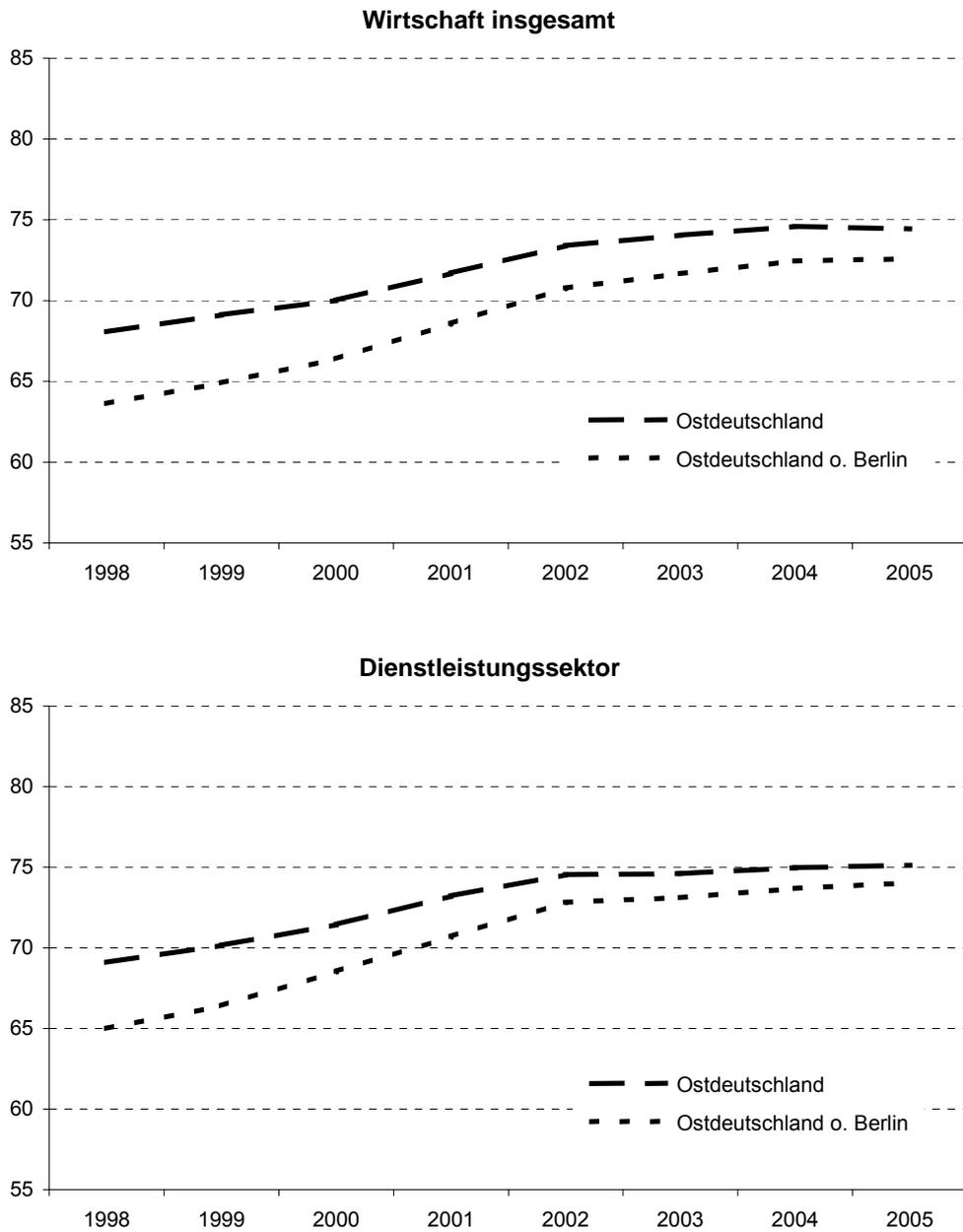
Quellen: VGR der Länder; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2006

Abbildung 3-4

Entwicklung der Stundenproduktivität in Ostdeutschland

Westdeutschland = 100



Bruttowertschöpfung zu jeweiligen Preisen je Erwerbstätigenstunde.

Quellen: VGR der Länder; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2006

Tabelle 3-3

Produktivität nach Dienstleistungszweigen

	West- deutschland		Ost- deutschland		Ostdeutschland ohne Berlin	
	1995	2005 ¹	1995	2005 ¹	1995	2005 ¹
	1 000 Euro					
Wirtschaft insgesamt	47,1	54,4	34,0	42,8	31,2	41,7
Dienstleistungssektor	48,4	52,5	36,0	41,8	33,1	40,9
Handel, Gastgewerbe, Verkehr	33,6	38,7	26,8	32,0	25,9	31,8
Handel	32,9	36,6	25,5	30,2	24,3	28,7
Gastgewerbe	17,8	18,6	16,0	16,2	14,8	15,2
Verkehr	45,9	53,2	34,8	43,9	34,6	45,3
Finanz- und Unternehmensdienste	106,0	96,2	70,1	72,7	62,4	72,9
Kreditinstitute, Versicherungen	62,8	75,4	52,3	65,5	39,8	56,9
Unternehmensdienste, Wohnungswesen	124,5	103,0	74,8	74,1	68,6	76,2
Öffentliche und private Konsumdienste	36,5	39,6	30,9	34,6	29,5	34,1
Öffentl. Verwalt., Rechtspf., Sicherheit, Soz.versich.	38,3	44,7	33,7	40,6	32,4	39,5
Sonstige öffentl. und priv. Dienste	35,8	38,5	29,8	33,2	28,4	32,7
	Westdeutschland = 100					
Wirtschaft insgesamt			72,2	78,7	66,2	76,7
Dienstleistungssektor			74,4	79,6	68,5	77,9
Handel, Gastgewerbe, Verkehr			80,0	82,7	77,1	82,3
Handel			77,6	82,4	73,8	78,5
Gastgewerbe			90,0	86,8	83,0	81,4
Verkehr			75,8	82,5	75,3	85,2
Finanz- und Unternehmensdienste			66,1	75,6	58,9	75,8
Kreditinstitute, Versicherungen			83,3	86,9	63,4	75,5
Unternehmensdienste, Wohnungswesen			60,1	71,9	55,1	73,9
Öffentliche und private Konsumdienste			84,7	87,3	80,9	86,1
Öffentl. Verwalt., Rechtspf., Sicherheit, Soz.versich.			88,0	90,9	84,5	88,5
Sonstige öffentl. und priv. Dienste			83,2	86,3	79,2	84,9

Bruttowertschöpfung zu jeweiligen Preisen je Erwerbstätigen.

¹ Die Angaben für die Untergruppen Handel, Gastgewerbe, Verkehr, Kreditinstitute, Versicherungen, Wohnungswesen, Unternehmensdienste, Öffentliche Verwaltung sowie Sonstige öffentliche und private Dienste beziehen sich auf das Jahr 2003.

Quellen: VGR der Länder; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2006

Besonders stark verbessert hat sich das relative Produktivitätsniveau Ostdeutschlands im Verkehrssektor (einschließlich Nachrichtenübermittlung) und bei Unternehmensdiensten (einschließlich Grundstücks- und Wohnungswesen).⁴ Im Bereich Unternehmensdienste ist die Produktivität von 1995 bis 2003 in allen westdeutschen Bundesländern und in Berlin – vor allem wegen der starken Expansion einfacher Dienste – deutlich zurückgegangen, während sie in Ostdeutschland (ohne Berlin) gestiegen ist. Ostdeutschland hat auf diese Weise erheb-

⁴ Die in West- wie in Ostdeutschland sehr hohe Produktivität im Bereich Unternehmensdienste ist stark geprägt vom Grundstücks- und Wohnungswesen. Diese Branche ist extrem kapitalintensiv. Dementsprechend hoch ist der Anteil der Abschreibungen an der Bruttowertschöpfung und schließlich auch die Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen.

lich aufgeholt. Dennoch war der Produktivitätsrückstand gegenüber Westdeutschland in diesem Bereich des ostdeutschen Dienstleistungssektors auch im Jahr 2005 noch am größten.

3.2 Größe des Dienstleistungssektors in Ostdeutschland

Die Größe des Dienstleistungssektors wird hier an drei Indikatoren gemessen, der Bruttowertschöpfung, der Beschäftigtenzahl und dem Arbeitsvolumen. Auf diese Weise wird deutlich, in welchem Umfang dieser Wirtschaftsbereich der Bevölkerung Einkommens- und Beschäftigungsmöglichkeiten bietet. Alle drei Indikatoren werden auf die Zahl der Einwohner bezogen, um einen unmittelbaren Vergleich zwischen Ost- und Westdeutschland vornehmen zu können. Dabei werden alle von der Statistik gebotenen Möglichkeiten der Differenzierung nach einzelnen Branchen genutzt. Als Resultat dieses Vergleichs zeigt sich, in welchen Segmenten des Dienstleistungsmarktes Ostdeutschland noch große Defizite aufweist und wo es bereits relativ stark ist.

3.2.1 Wertschöpfung und Zahl der Erwerbstätigen

Der Aufholprozess Ostdeutschlands ist bei Dienstleistungen weiter vorangekommen als im produzierenden Bereich. Die Bruttowertschöpfung je Einwohner ist bis 2003 auf 74 % des westdeutschen Niveaus gestiegen, in den letzten beiden Jahren hat es allerdings keine Fortschritte mehr gegeben (Abbildung 3-5). Eine sektoral differenzierte Betrachtung macht deutlich, dass die ostdeutsche Dienstleistungswirtschaft im Hinblick auf den Ost-West-Vergleich zweigeteilt ist: Bei öffentlichen und privaten Konsumdiensten hatte die Pro-Kopf-Wertschöpfung bereits Mitte der 90er Jahre 92 % des westdeutschen Niveaus erreicht; dieser Wert ist bis 2005 auf 94 % gestiegen (Tabelle 3-4). In den Kernbereichen staatlicher Tätigkeit – öffentliche Verwaltung, Rechtspflege, Sicherheit, Erziehung, Bildung – weist Ostdeutschland inzwischen eine um 17 % höhere Bruttowertschöpfung je Einwohner auf als Westdeutschland. In den privatwirtschaftlich dominierten Bereichen des Dienstleistungssektors ist die Annäherung an das westdeutsche Niveau dagegen wesentlich weniger vorangeschritten, und die Entwicklung der einzelnen Branchen war hier in den letzten zehn Jahren auch sehr unterschiedlich. Während das Gastgewerbe relativ stark expandiert hat, ist der Verkehrssektor – ausgehend von einem relativ hohen Niveau – zurückgefallen. Die Unternehmensdienste (hier einschließlich Wohnungswesen) sind zwar in Ostdeutschland immer noch stark unterrepräsentiert, ihr Beitrag zur wirtschaftlichen Leistung je Einwohner ist aber kräftig gestiegen

– von 2 800 Euro im Jahr 1995 auf 4 000 Euro in 2005. Dies entspricht rund 65 % des westdeutschen Wertes.

Gemessen an der Zahl der Erwerbstätigen je Einwohner ist der Dienstleistungssektor Ostdeutschlands nur wenig kleiner als der westdeutsche. Die Ost-West-Relation ist im Zeitraum 1995 bis 2005 leicht, von 94 % auf 93 %, zurückgegangen (Abbildung 3-6). Bei sektoraler Differenzierung zeigt sich ein ganz ähnliches Bild wie im Falle der Bruttowertschöpfung. Die starke Stellung Ostdeutschlands bei öffentlichen Diensten wird aus Tabelle 3-5 ersichtlich. Sie zeigt darüber hinaus, dass Ostdeutschland seine relative Position in diesem Sektor nicht so sehr durch eigene Expansion, sondern vor allem durch Personaleinsparungen in Westdeutschland ausgebaut hat.

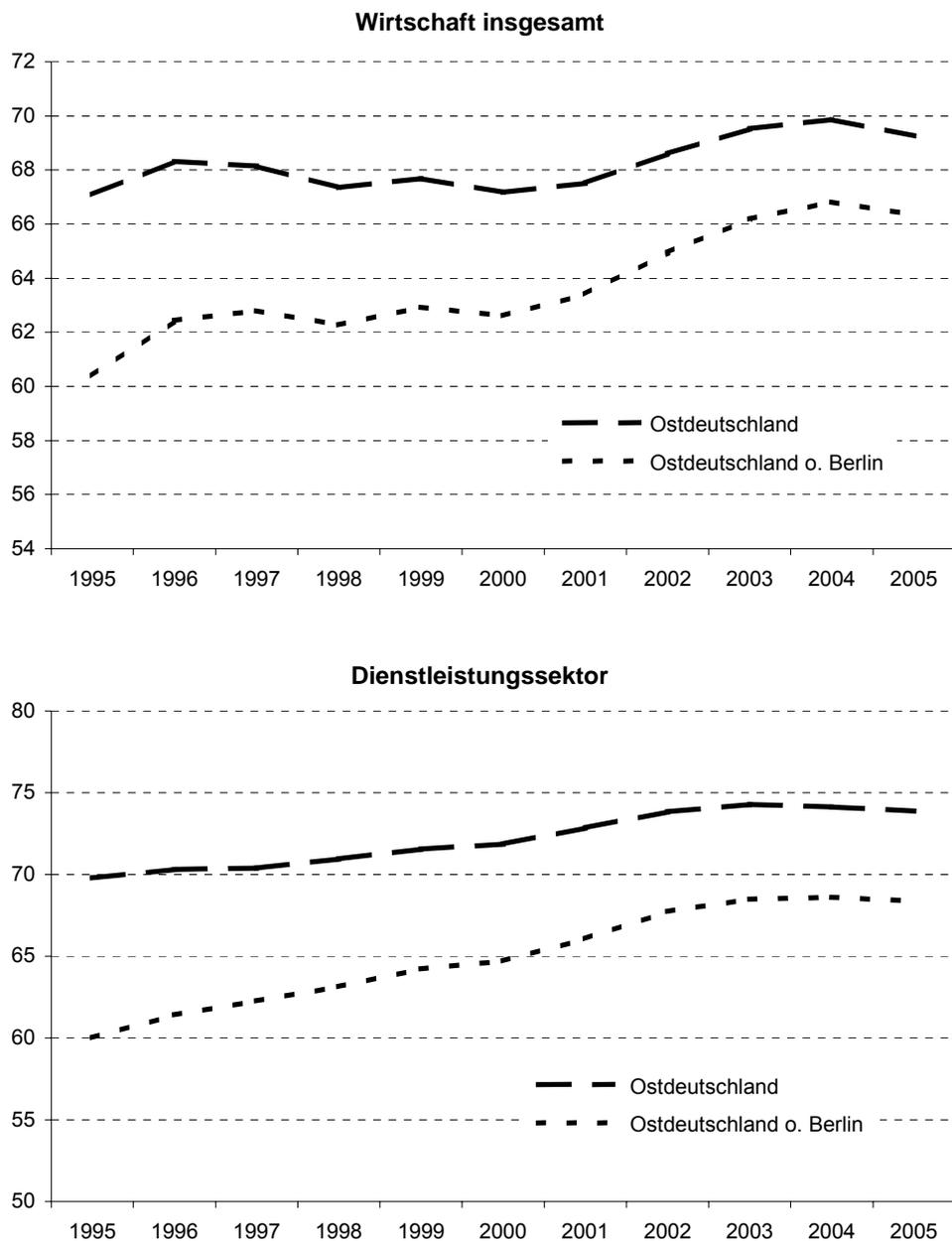
Im Bereich Verkehr war der Beschäftigtenbesatz in Ostdeutschland 1995 um rund 9 % höher als in Westdeutschland, bis 2005 hat er aber sowohl absolut als auch im Verhältnis zum Westen stark abgenommen. Die ergänzend herangezogene Beschäftigtenstatistik für die Jahre 1998 und 2005 macht deutlich, dass der Rückgang in den Branchen Eisenbahnen, Post- und Fernmeldedienste besonders ausgeprägt war (vgl. Tabelle A-1). Offenbar ist der Rationalisierungsbedarf in diesen von den Nachfolgeunternehmen der ehemaligen staatlichen Monopolbetriebe Bahn und Post dominierten Bereichen im Osten wesentlich höher als im Westen. Der Anpassungsprozess dürfte noch nicht zu Ende sein, denn auch im Jahr 2005 lag die Zahl sozialversicherungspflichtig Beschäftigter bei Eisenbahnen sowie bei Post- und Fernmeldediensten je 1 000 Einwohner in Ostdeutschland noch um mehr als die Hälfte über dem Westniveau (vgl. Tabelle A-2).⁵

⁵ Vorsicht ist hier insofern geboten, als Beamte von der Beschäftigtenstatistik nicht berücksichtigt werden, in den Nachfolgeunternehmen der ehemaligen Staatsbetriebe aber noch eine erhebliche Rolle spielen.

Abbildung 3-5

Bruttowertschöpfung je Einwohner in der Wirtschaft insgesamt und im Dienstleistungssektor - Ostdeutschland

Westdeutschland = 100



Quellen: VGR der Länder; Berechnungen des DIW Berlin.

Tabelle 3-4

Bruttowertschöpfung je Einwohner nach Dienstleistungszweigen

	West- deutschland		Ost- deutschland		Ostdeutschland ohne Berlin	
	1995	2005 ¹	1995	2005 ¹	1995	2005 ¹
	1 000 Euro					
Wirtschaft insgesamt	22,0	26,2	14,8	18,2	13,3	17,4
Dienstleistungssektor	14,6	18,0	10,2	13,3	8,8	12,3
Handel, Gastgewerbe, Verkehr	4,0	4,7	2,6	3,2	2,4	3,2
Handel	2,5	2,8	1,4	1,7	1,3	1,7
Gastgewerbe	0,3	0,4	0,2	0,3	0,2	0,3
Verkehr	1,2	1,4	1,0	1,1	0,9	1,1
Finanz- und Unternehmensdienste	6,0	7,7	3,3	4,9	2,5	4,3
Kreditinstitute, Versicherungen	1,1	1,3	0,5	0,6	0,3	0,5
Unternehmensdienste, Wohnungswesen	4,9	6,2	2,8	4,0	2,1	3,6
Öffentliche und private Konsumdienste	4,6	5,6	4,2	5,2	3,9	4,9
Öffentl. Verwalt., Rechtspf., Sicherheit, Soz.versich.	1,4	1,4	1,4	1,6	1,2	1,5
Erziehung, Bildung	0,9	1,0	1,0	1,2	0,9	1,2
Gesundheits- und Sozialwesen	1,3	1,8	1,1	1,4	0,9	1,3
Sonstige öffentl. und priv. Dienste	1,0	1,2	0,8	0,9	0,8	0,8
Häusliche Dienste	0,1	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0
	Westdeutschland = 100					
Wirtschaft insgesamt			67,1	69,3	60,4	66,3
Dienstleistungssektor			69,8	73,9	60,0	68,4
Handel, Gastgewerbe, Verkehr			66,5	67,8	61,5	66,7
Handel			57,8	62,7	53,4	60,2
Gastgewerbe			73,7	79,4	63,8	69,7
Verkehr			82,4	76,3	77,6	77,7
Finanz- und Unternehmensdienste			55,0	63,1	41,1	55,4
Kreditinstitute, Versicherungen			48,6	50,2	31,8	39,8
Unternehmensdienste, Wohnungswesen			56,4	65,2	43,1	58,2
Öffentliche und private Konsumdienste			91,8	94,0	83,3	87,9
Öffentl. Verwalt., Rechtspf., Sicherheit, Soz.versich.			98,3	116,8	89,0	108,1
Erziehung, Bildung			109,9	117,0	106,2	115,4
Gesundheits- und Sozialwesen			80,4	79,7	69,5	73,9
Sonstige öffentl. und priv. Dienste			87,5	77,2	78,9	67,8
Häusliche Dienste			20,0	33,1	14,3	26,9

Bruttowertschöpfung zu jeweiligen Preisen.

¹ Die Angaben für die Untergruppen Handel, Gastgewerbe, Verkehr, Kreditinstitute, Versicherungen, Wohnungswesen, Unternehmensdienste, Öffentliche Verwaltung, Erziehung, Bildung, Gesundheits- und Sozialwesen, Sonstige öffentliche und private Dienste, Häusliche Dienste beziehen sich auf das Jahr 2003.

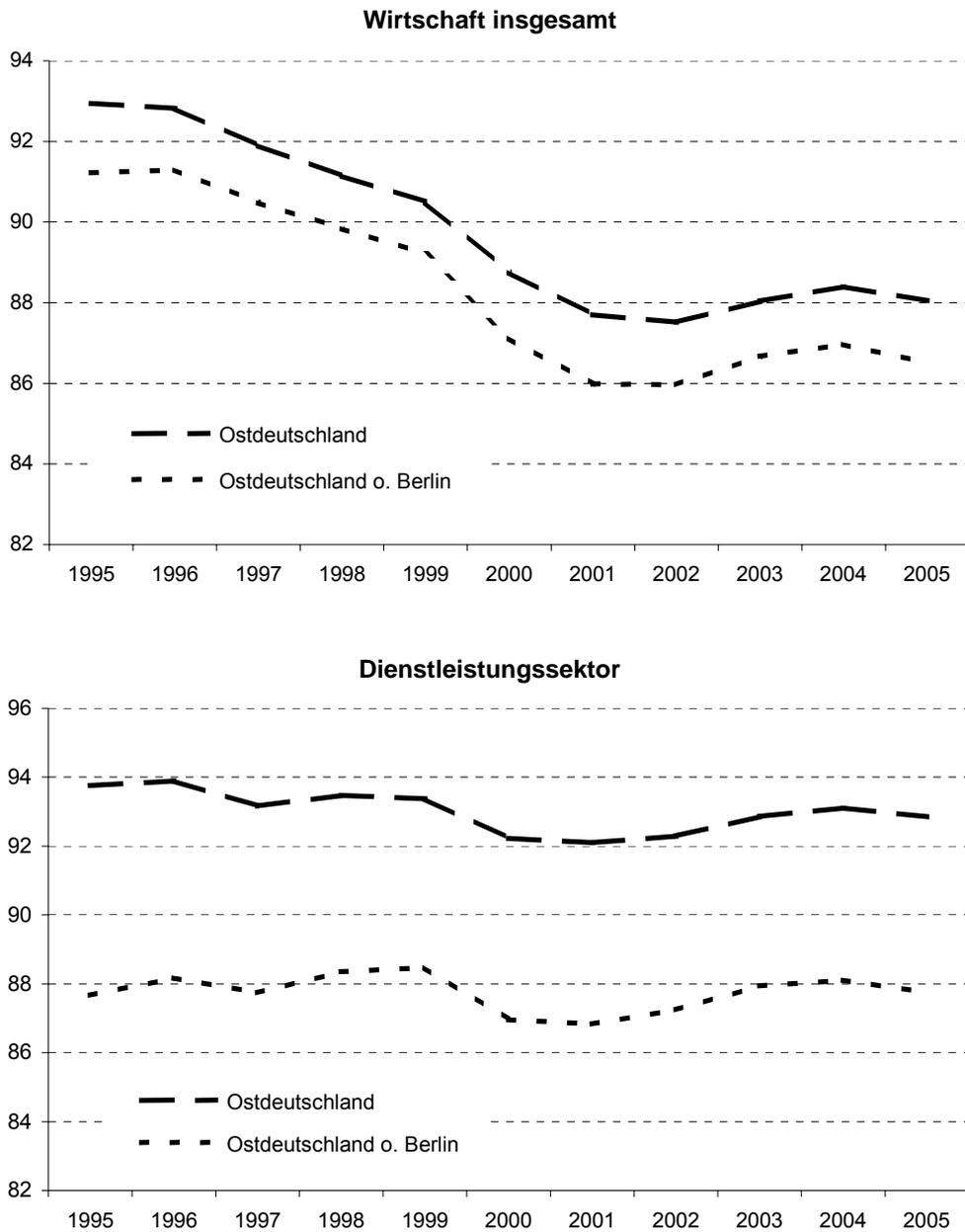
Quellen: VGR der Länder; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2006

Abbildung 3-6

**Erwerbstätige insgesamt und im Dienstleistungssektor
je 1 000 Einwohner - Ostdeutschland**

Westdeutschland = 100



Quellen: VGR der Länder; Berechnungen des DIW Berlin.

Tabelle 3-5

Erwerbstätige nach Dienstleistungszweigen je 1 000 Einwohner

	West- deutschland		Ost- deutschland		Ostdeutschland ohne Berlin	
	1995	2005 ¹	1995	2005 ¹	1995	2005 ¹
	Personen					
Wirtschaft insgesamt	468	482	435	424	427	417
Dienstleistungssektor	301	343	283	319	264	301
Handel, Gastgewerbe, Verkehr	118	123	98	101	94	99
Handel	75	75	56	57	54	58
Gastgewerbe	17	21	14	19	13	18
Verkehr	26	26	29	24	27	24
Finanz- und Unternehmensdienste	56	80	47	67	39	59
Kreditinstitute, Versicherungen	17	17	10	10	8	9
Unternehmensdienste, Wohnungswesen	40	60	37	55	31	47
Öffentliche und private Konsumdienste	127	140	137	151	131	143
Öffentl. Verwalt., Rechtspf., Sicherheit, Soz.versich.	36	32	40	41	38	39
Sonstige öffentl. und priv. Dienste	91	106	97	108	93	102
	Westdeutschland = 100					
Wirtschaft insgesamt			92,9	88,0	91,2	86,5
Dienstleistungssektor			93,8	92,9	87,7	87,8
Handel, Gastgewerbe, Verkehr			83,1	82,0	79,8	81,0
Handel			74,4	76,1	72,3	76,7
Gastgewerbe			81,9	91,5	76,9	85,7
Verkehr			108,8	92,5	103,1	91,2
Finanz- und Unternehmensdienste			83,2	83,5	69,7	73,1
Kreditinstitute, Versicherungen			58,4	57,7	50,2	52,7
Unternehmensdienste, Wohnungswesen			93,8	90,7	78,1	78,7
Öffentliche und private Konsumdienste			108,4	107,7	103,0	102,1
Öffentl. Verwalt., Rechtspf., Sicherheit, Soz.versich.			111,7	128,6	105,3	122,2
Sonstige öffentl. und priv. Dienste			107,0	101,3	102,0	96,2

¹ Die Angaben für die Untergruppen Handel, Gastgewerbe, Verkehr, Kreditinstitute, Versicherungen, Wohnungswesen, Unternehmensdienste, Öffentliche Verwaltung sowie Sonstige öffentliche und private Dienste beziehen sich auf das Jahr 2003.

Quellen: VGR der Länder; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2006

Anhand der Daten des Mikrozensus⁶ lässt sich die sektorale Verteilung der Erwerbstätigen differenzierter gliedern, als sie von der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung ausgewiesen wird. Zu beachten ist allerdings, dass nach dem Mikrozensus die Zahl der Erwerbstätigen deutlich niedriger ist als nach der Erwerbstätigenrechnung im Rahmen der VGR. Die Differenzen fallen zudem bei den einzelnen Sektoren unterschiedlich groß aus. Welches Zahlen-

⁶ Verwendet werden die Daten des Mikrozensus für 2004. Beim Mikrozensus handelt es sich um eine Haushaltsbefragung des Statistischen Bundesamtes, bei der etwa 1 % der in Deutschland lebenden Bevölkerung erfasst wird. Für die Untersuchung hier wurde der scientific use file verwendet. Aus Gründen der Anonymisierung besteht er aus einer 70%-Stichprobe des Mikrozensus-Datensatzes – also aus 500 000 Fällen.

werk der Realität näher kommt, ist strittig.⁷ Gegenüber der Beschäftigtenstatistik besteht der Vorteil des Mikrozensus darin, dass dort auch Beamte, Selbständige und mithelfende Familienangehörige sowie geringfügig Beschäftigte erfasst werden - Gruppen von Erwerbstätigen, die gerade im Dienstleistungssektor von großer Bedeutung sind. Nachteil ist indes, dass der Mikrozensus eine - wenn auch große - Stichprobenerhebung ist.

Ohne Hinzurechnung Berlins lässt sich für die neuen Bundesländer im Vergleich zu Westdeutschland ein um knapp ein Zehntel geringerer Besatz mit Erwerbstätigen im tertiären Sektor feststellen (Tabelle 3-6). Dabei gibt es erhebliche Unterschiede mit Blick auf die einzelnen Wirtschaftszweige:

- Ein besonders großer Rückstand der neuen Bundesländer zeigt sich bei den Finanzdienstleistungen, dem Großhandel und der Handelsvermittlung, den Speditionen, den Hilfstätigkeiten für den Verkehr, der Telekommunikation, den Datenverarbeitungsdiensten, bei privater Forschung und Entwicklung, der Rechts- und Wirtschaftsberatung, der Werbewirtschaft, den „sonstigen Diensten für Unternehmen“ sowie den Parteien und Verbänden (einschließlich konfessioneller Organisationen).
- Ein gewisser Rückstand im Vergleich zum Westen ist auch für den Einzelhandel, die Reisebüros, die Reinigungsdienste, die Gesundheitsdienste und die neben Kultur und Medien angebotenen sonstigen Freizeitdienste erkennbar.
- Keine nennenswerten Unterschiede bestehen beim Erwerbstätigenbesatz des Gastgewerbes, der Post- und Kurierdienste, der technischen Büros, der Vermietung beweglicher Sachen (etwa von Autos), des Bereichs der öffentlichen Rechtspflege und Sicherheit, der Kindergärten und Grundschulen, der Hochschulen und des Sozialwesens.

⁷ Die Unterschiede zwischen der Erwerbstätigenrechnung der VGR und dem Mikrozensus zeigen sich im Wesentlichen bei der Gruppe der ausschließlich geringfügig Beschäftigten – und zwar insbesondere bei den Jugendlichen und den Älteren (ab 60 Jahren). Über die Gründe hierfür lässt sich nur spekulieren, vgl. Brenke (2006a).

Tabelle 3-6

Erwerbstätige je 1 000 Einwohner nach Dienstleistungszweigen 2004

	Erwerbstätige je 1 000 Einwohner		
	West- deutschland	Ostdeutschland	
		mit Berlin	ohne Berlin
Dienstleistungssektor insgesamt	284,4	281,6	261,8
Handel			
Kfz-Handel, Tankstellen	9,6	10,4	11,2
Handelsvermittlung	3,0	1,4	1,5
Großhandel	10,3	6,6	7,0
Einzelhandel	38,3	35,4	34,7
Gastgewerbe			
Beherbergung	3,7	4,1	4,0
Gastronomie	10,6	11,5	10,4
Verkehr, Nachrichtenübermittlung			
Eisenbahnen	2,0	3,2	3,0
Sonstiger Verkehr (ohne Reisebüros)	5,5	7,4	6,9
Hilfstätigkeiten für den Verkehr	1,3	0,7	0,7
Reisebüros	1,5	1,5	1,2
Spedition	6,2	4,1	4,3
Post, Kurierdienste	3,9	4,1	3,9
Fernmeldedienste	2,6	2,4	2,0
Finanzdienste			
Kreditgewerbe	10,9	5,9	5,1
Versicherungen	6,1	3,9	3,4
Unternehmensbezogene Dienste			
Wohnungswesen	2,8	4,6	3,0
Vermietung beweglicher Sachen	0,5	0,6	0,5
Datenverarbeitungsdienste	6,3	4,0	2,8
Forschung und Entwicklung	1,7	1,8	1,3
Rechts- und Wirtschaftsberatung	9,6	7,0	5,6
Technische Büros	4,5	5,0	4,7
Werbung	2,0	1,5	1,1
Personalvermittlung	1,2	1,3	1,2
Wachdienste	1,1	1,9	1,7
Reinigung	5,2	5,6	4,7
Sonstige Dienste für Unternehmen	4,5	4,9	3,8
Öffentliche Verwaltung, Sozialversicherung			
Öffentliche Verwaltung	19,1	21,5	21,6
Rechtspflege, Sicherheit	11,2	12,4	11,4
Sozialversicherung	3,2	4,8	4,0
Bildung, Erziehung			
Kindergärten, Grundschulen	9,0	10,3	9,2
Weiterführende Schulen	7,6	9,1	9,3
Hochschulen	3,7	4,4	3,7
Erwachsenenbildung	3,0	3,7	3,5
Gesundheits-/Sozialwesen			
Gesundheit	31,4	29,9	28,4
Sozialwesen	17,4	18,0	17,6
Sonstige private und öffentliche Dienste			
Entsorgung	1,6	2,3	2,2
Interessensvertretungen, Kirchen	4,9	4,0	3,2
Medien, Kultur	4,3	6,9	3,7
Sport, Unterhaltung, Erholung	2,4	2,1	1,8
Sonstige Dienste	11,0	11,8	12,4
<i>Dienste ohne öffentlichen Dienst</i>	<i>205,9</i>	<i>202,0</i>	<i>186,8</i>

Quelle: Statistisches Bundesamt (Mikrozensus); Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2006

- Stärker besetzt als in Westdeutschland ist Ostdeutschland neben der staatlichen Verwaltung der Verkehr auf der Schiene, der sonstige Verkehr (Schifffahrt, Luftverkehr, Personenbeförderung auf der Straße etc.), der Kfz-Handel (einschl. Reparaturwerkstätten und Tankstellen), der private Wachschutz, die sekundäre Schulausbildung und die Erwachsenenbildung,⁸ das Grundstücks- und Wohnungswesen sowie die Abwasser- und Abfallentsorgung.

Bezieht man Berlin in den Vergleich ein, so zeigen sich in mehr Branchen deutlich höhere Besatzziffern als für die fünf neuen Bundesländer allein. Dies gilt vor allem für

- das Gastgewerbe, was damit zusammenhängt, dass Berlin als Tourismusstadt sehr erfolgreich ist.
- die technischen Büros (einschl. Labore).
- das Wohnungswesen – u. a. deshalb, weil ein großer Teil des Wohnungsbestandes in Berlin aus Mietwohnungen besteht, die sich in der Hand großer Wohnungsbaugesellschaften befinden. Hinzu kommen zahlreiche andere Mietwohnungen und Eigentumswohnungen in Geschossbauten, die von Wohnungsverwaltungsunternehmen betreut werden.
- die Reinigungsdienste – wohl deshalb, weil diese vor allem in Regionen mit einem relativ starken Besatz an Dienstleistungsaktivitäten in Büros und Geschäftsbauten nachgefragt werden.
- die Sozialversicherung, was auch daran liegt, dass Berlin Hauptsitz der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte ist.
- die Hochschulen, weil Berlin ein gewichtiger Universitätsstandort ist.
- die Kindergärten und Grundschulen, da Berlin bei den Kindergärten (im Vergleich zu den alten Bundesländern) ein besseres Angebot zur Verfügung stellt und weil – im

⁸ In Ostdeutschland ist das Beschäftigungsniveau bei der Erwachsenenbildung inzwischen stark reduziert worden. Dort hatte diese Branche ein großes Gewicht aufgrund der von der Arbeitsverwaltung finanzierten beruflichen Fortbildung und Umschulung. Diese Maßnahmen sind im Zuge der Hartz-Reformen stark eingeschränkt worden – und zwar im Osten sehr viel mehr als im Westen, vgl. Schneider (2006).

Vergleich zu den neuen Bundesländern – die Nachfrage nach Kindergarten- und Grundschulplätzen wegen des höheren Kinderanteils an der Bevölkerung größer ist.

- den Medien- und Kultursektor. Hier weist Berlin etwa das Vierfache an Erwerbstätigen je Einwohner auf wie die alten und die neuen Bundesländer. Traditionell verfügt Berlin über zahlreiche Theater und Museen. Hinzu kommen die Medien, die nach dem Regierungsumzug von Bonn mehr Bedeutung erlangt haben. Deutlich an Profil gewonnen hat Berlin bei der Musikindustrie. Des Weiteren gibt es eine ausgeprägte kleinkulturelle Szene.

In manchen Dienstleistungsbereichen verschwinden die Ost-West-Unterschiede weitgehend, wenn Berlin in den Vergleich einbezogen wird. Das gilt etwa für den Kfz-Handel, die private Forschung und Entwicklung, die Reisebüros, die Fernmeldedienste und für das Gesundheitswesen.

Aber auch unter Berücksichtigung Berlins zeigt sich in einigen Segmenten des Dienstleistungssektors im Osten noch ein geringerer Beschäftigtenbesatz – und zwar beim Großhandel, bei der Handelsvermittlung, den Speditionen und den Hilfstätigkeiten für den Verkehr. Besonders groß ist der Unterschied bei den Banken und Versicherungen. Das liegt u. a. daran, dass solche Aktivitäten in einigen westdeutschen Zentren stark konzentriert sind (wie in Frankfurt, München oder Hamburg). Zudem zeigt sich, dass trotz der in Berlin relativ hohen – für ein großes Ballungszentrum aber nicht außergewöhnlichen – Zahl an Erwerbstätigen ein deutlicher Rückstand Ostdeutschland bei der Beschäftigung bei der Datenverarbeitung, bei der Rechts- und Wirtschaftsberatung sowie bei der Werbebranche besteht. Auf den ersten Blick erstaunt es, dass Ostdeutschland auch mit Berlin einen Rückstand gegenüber dem Westen bei den Verbänden, sonstigen Interessensvertretungen und Kirchen aufweist, denn in Berlin als Hauptstadt sind solche Organisationen recht stark vertreten. Interessensvertretungen sind indes generell räumlich über ihre regionalen Einrichtungen breit gestreut. Nicht wenige Arbeitsplätze gibt es zudem bei den Kirchen, die in den neuen Bundesländern wie in Berlin eine deutliche kleinere Rolle spielen als im Westen.

3.2.2 Arbeitszeit und Arbeitsvolumen

Ein Vergleich des Beschäftigungsbesatzes im Dienstleistungssektor zwischen Westdeutschland und Ostdeutschland anhand der Zahl der Erwerbstätigen wäre dann hinreichend, wenn

sich die Erwerbstätigen in Ost und West nicht hinsichtlich der Zahl ihrer geleisteten Arbeitsstunden unterscheiden würden. Das ist aber nicht der Fall.

Bei der Arbeitszeit der Arbeitnehmer ist ein deutlicher Annäherungsprozess zwischen Ost- und Westdeutschland zu beobachten. In beiden Landesteilen geht die durchschnittliche Arbeitszeit zurück, im Osten aber wesentlich stärker als im Westen. Während die Jahresarbeitszeit im ostdeutschen Dienstleistungssektor 1998 mit 1 497 Stunden noch um 12 % über dem Westniveau lag, betrug der Abstand im Jahr 2004 nur noch gut 7 % (Tabelle 3-7). Große Unterschiede bestehen mittlerweile nur noch im öffentlichen Bereich; hier hat es in den letzten Jahren auch kaum eine Annäherung zwischen Ost- und Westdeutschland gegeben.

Tabelle 3-7

Arbeitsstunden je Arbeitnehmer in Ostdeutschland 2004

Westdeutschland = 100

	Ostdeutschland	
	mit Berlin	ohne Berlin
Wirtschaft insgesamt	107,0	107,4
Dienstleistungssektor	107,3	107,1
Handel, Gastgewerbe, Verkehr	104,5	104,5
Finanz- und Unternehmensdienste	101,0	99,4
Öffentliche und private Konsumdienste	112,1	112,4

Quellen: VGR der Länder; Berechnungen des DIW Berlin. DIW Berlin 2006

Nach den Daten des Mikrozensus ist die üblicherweise pro Woche geleistete Arbeitszeit bei einem Erwerbstätigen in Ostdeutschland um rund zwei Stunden länger als im Westen (Tabelle A-3). Je 1 000 Einwohner gerechnet unterscheiden sich die Arbeitszeiten im Dienstleistungssektor zwischen den alten (9 800 Stunden) und den neuen Bundesländern (9 650 Stunden) kaum; wird Berlin hinzugezogen, dann ergibt sich für Ostdeutschland ein Wert von 10 300 Stunden - 5% mehr als im Westen. Die längere Arbeitszeit kommt vor allem dadurch zustande, dass im Osten der Anteil der Teilzeitbeschäftigten und insbesondere der der geringfügig Beschäftigten kleiner ist als in den alten Ländern (Tabellen 3-8 und 3-9). Die Vollzeit tätigen Arbeitnehmer kommen in Ostdeutschland im Schnitt auf eine etwas geringere Wochenarbeitszeit als im Westen (Tabelle 3-10). Anders sieht es bei den Teilzeit- und geringfügig Beschäftigten aus: Diese leisten effektiv mehr Stunden je Woche als ihre Kollegen in den alten Ländern.

Tabelle 3-8

Anteil der Teilzeitbeschäftigten an allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten
in %

	West- deutschland		Ost- deutschland		Ostdeutschland ohne Berlin	
	1998	2005	1998	2005	1998	2005
	Wirtschaft insgesamt					
Bis 20 Wochenstunden	1,7	2,7	0,4	1,0	0,3	0,8
Über 20 Wochenstunden	10,9	11,5	11,0	12,2	11,0	12,3
Sonstige Teilzeitarbeit	1,5	2,7	1,7	2,6	1,2	1,9
Teilzeitarbeit insgesamt	14,1	16,9	13,1	15,8	12,5	15,0
	Dienstleistungssektor					
Bis 20 Wochenstunden	2,5	3,5	0,5	1,2	0,4	1,0
Über 20 Wochenstunden	15,7	15,5	15,2	16,0	15,6	16,7
Sonstige Teilzeitarbeit	2,3	3,8	2,3	3,4	1,7	2,6
Teilzeitarbeit insgesamt	20,4	22,9	18,1	20,7	17,7	20,3

Quellen: Statistik der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2006

Der Anteil der Vollzeitbeschäftigten - und dementsprechend auch die durchschnittlich geleistete Arbeitszeit - sind in Ostdeutschland in nahezu allen Zweigen des Dienstleistungssektors höher als im Westen. Zum Teil sind die Unterschiede sehr groß – so im Gesundheitswesen, bei den Interessenvertretungen, der Erwachsenenbildung, der öffentlichen Verwaltung, dem Wohnungswesen, den Reinigungsdiensten, im Sozialwesen und auch beim Einzelhandel. Deutlich länger sind im Osten auch die Arbeitszeiten im Versicherungsgewerbe – obwohl es keine Unterschiede zwischen Ost und West hinsichtlich der Struktur der Arbeitnehmer nach Vollzeit- und Teilzeittätigkeit gibt. Der Grund dafür ist, dass im ostdeutschen Versicherungsgewerbe relativ viele Selbständige tätig sind und diese vergleichsweise lange arbeiten. Dieser „Selbständigeneffekt“ zeigt sich in Ostdeutschland auch bei der Handelsvermittlung.

Tabelle 3-9

Arbeitnehmer nach der vereinbarten Arbeitszeitregelung

Strukturanteile in %

	Westdeutschland			Ostdeutschland					
	Vollzeit	Teilzeit	geringfügig beschäftigt	mit Berlin			ohne Berlin		
				Vollzeit	Teilzeit	geringfügig beschäftigt	Vollzeit	Teilzeit	geringfügig beschäftigt
Kfz-Handel, Tankstellen	83,7	7,8	8,5	91,0	4,0	4,9	90,9	3,8	5,3
Handelsvermittlung	79,5	14,1	6,3	84,1	9,7	6,2	82,1	10,9	7,0
Großhandel	82,2	11,5	6,3	85,0	10,2	4,8	86,1	9,3	4,6
Einzelhandel	52,6	28,6	18,8	55,6	32,5	11,9	55,5	33,0	11,5
Beherbergung	62,7	18,6	18,7	73,5	15,0	11,5	71,5	15,2	13,3
Gastronomie	52,3	19,5	28,2	56,7	18,2	25,1	60,8	15,8	23,4
Eisenbahnen	95,1	4,1	0,9	96,1	3,9	0,0	96,2	3,8	0,0
Sonst. Verkehr (ohne Reisebüros)	81,2	10,4	8,4	92,7	3,3	4,0	93,9	1,9	4,2
Hilfstätigkeiten für den Verkehr	88,5	7,3	4,2	88,4	5,9	5,7	90,4	1,9	7,7
Reisebüros	73,8	14,4	11,7	80,6	14,2	5,2	80,2	16,0	3,9
Spedition	87,0	7,3	5,7	94,1	3,2	2,7	93,6	3,5	2,9
Post, Kurierdienste	66,2	22,8	11,0	64,2	17,6	18,2	61,7	17,9	20,4
Fernmeldedienste	89,7	9,0	1,2	94,6	3,5	1,9	97,5	2,5	0,0
Kreditgewerbe	79,4	17,2	3,4	85,0	13,5	1,5	86,4	12,3	1,4
Versicherungen	78,9	16,0	5,1	79,9	13,3	6,7	80,1	12,1	7,8
Wohnungswesen	62,3	17,3	20,4	75,5	10,6	14,0	77,8	9,0	13,2
Vermietung bewegl. Sachen	67,4	15,4	17,2	70,8	15,8	13,4	79,5	13,6	6,9
Datenverarbeitungsdienste	87,9	8,4	3,7	88,6	7,5	3,9	89,8	6,7	3,6
Forschung und Entwicklung	80,8	14,7	4,5	82,2	12,3	5,4	86,3	8,8	4,9
Rechts- und Wirtschaftsberatung	64,1	24,8	11,1	74,2	18,2	7,7	77,8	15,3	6,9
Technische Büros	77,8	14,5	7,7	85,0	7,6	7,4	85,9	7,4	6,7
Werbung	72,5	16,1	11,4	65,5	11,4	23,2	62,9	6,8	30,3
Personalvermittlung	88,7	6,5	4,7	88,9	7,1	3,9	90,2	6,5	3,3
Wachdienste	82,3	6,5	11,2	84,3	3,3	12,4	85,0	4,0	11,0
Reinigung	28,5	33,0	38,6	43,5	32,9	23,5	37,4	34,2	28,4
Sonstige Dienste für Unternehmen	71,7	16,0	12,3	68,1	19,3	12,6	71,3	18,8	9,9
Öffentliche Verwaltung	75,7	21,3	3,0	88,4	10,2	1,4	89,4	9,0	1,5
Rechtspflege, Sicherheit	88,2	10,4	1,3	95,4	3,9	0,7	96,1	3,2	0,6
Sozialversicherung	78,9	19,6	1,5	87,4	11,7	0,9	89,0	10,0	1,0
Kindergärten, Grundschulen	56,6	35,0	8,5	59,9	37,4	2,7	55,1	41,5	3,4
Weiterführende Schulen	71,4	25,6	3,0	80,2	18,3	1,5	79,6	18,6	1,8
Hochschulen	62,3	24,8	13,0	71,8	20,0	8,3	75,3	16,5	8,2
Erwachsenenbildung	52,1	32,6	15,3	77,7	12,5	9,8	80,4	8,5	11,1
Gesundheit	60,0	30,0	10,0	73,4	21,7	4,9	75,9	20,0	4,1
Sozialwesen	58,4	31,1	10,5	67,2	27,1	5,7	67,9	26,7	5,3
Entsorgung	88,0	7,1	4,9	91,7	6,0	2,3	91,5	6,1	2,4
Interessensvertretungen, Kirchen	57,5	28,2	14,3	68,5	21,6	9,9	75,2	15,8	8,9
Medien, Kultur	71,1	18,4	10,5	79,7	12,4	7,9	80,2	11,4	8,3
Sport, Unterhaltung, Erholung	51,9	22,8	25,3	70,8	11,5	17,8	73,9	9,4	16,6
Sonstige Dienste	46,9	22,0	31,1	63,5	19,9	16,6	64,6	20,2	15,3
Dienstleistungssektor insgesamt	66,9	21,8	11,3	74,7	17,9	7,4	75,4	17,4	7,2
<i>Nachrichtlich:</i>									
Ohne öffentlichen Dienst	63,7	20,6	15,6	70,1	18,8	11,1	71,1	18,2	10,7

Quelle: Statistisches Bundesamt (Mikrozensus); Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2006

Tabelle 3-10

Durchschnittliche Wochenarbeitszeit im Dienstleistungssektor 2004 nach der Arbeitszeitregelung der Erwerbstätigen

	Westdeutschland	Ostdeutschland	
		mit Berlin	ohne Berlin
Vollzeit	41,8	41,2	41,1
Teilzeit	20,2	24,1	24,7
Geringfügig beschäftigt	11,3	12,3	12,2

Quelle: Mikrozensus; Berechnungen des DIW Berlin. DIW Berlin 2006

Geringer als in Westdeutschland ist der Anteil der Vollzeitbeschäftigten in den neuen Bundesländern vor allem im Bereich „Sonstiger Verkehr“, bei Postdiensten und nicht zuletzt in der Werbung. In den beiden letzteren Branchen fällt ein im Osten sehr hoher Anteil an geringfügig Beschäftigten auf, was zu dem Befund passt, dass die Tätigkeitsstruktur dort schlechter als im Westen ist. Offensichtlich werden in diesen Wirtschaftszweigen gerade in Ostdeutschland in erheblichem Maße Kurier- bzw. Verteildienste erbracht. In einigen Dienstleistungszweigen sind die durchschnittlichen Wochenarbeitszeiten in Ost und West ähnlich. Das gilt für das Gastgewerbe, die Eisenbahnen, Speditionen, Fernmeldedienste, Datenverarbeitung, Personalvermittlung und für Wachdienste.

Wird das Arbeitsvolumen zum Maßstab genommen, gibt es in manchen Dienstleistungszweigen, bei denen Ostdeutschland nach der Relation Erwerbstätige je Einwohner noch einen Rückstand gegenüber Westdeutschland aufweist, keinen Unterschied mehr zwischen Ost und West. Dazu gehören der Einzelhandel und der Bereich „Sport, Unterhaltung, Erholung“ (Tabelle 3-11). In Zweigen, in denen in Ostdeutschland die Zahl der Erwerbstätigen je Einwohner ohnehin höher ist als im Westen, wächst der Vorsprung, wenn man das Arbeitsvolumen zugrunde legt – dies gilt nicht zuletzt für die öffentliche Verwaltung. Hingegen ist Ostdeutschland bei der Handelsvermittlung, dem Großhandel, Teilen des Verkehrsgewerbes, den Finanzdienstleistungen, der Datenverarbeitung, der Rechts- und Wirtschaftsberatung und der Werbung auch in der am Arbeitsvolumen orientierten Betrachtung deutlich im Rückstand. Dies sind Zweige, die ihre Leistungen im Allgemeinen zu einem erheblichen Teil überregional absetzen (vgl. dazu auch Abschnitt 6.1).

Tabelle 3-11

Arbeitsvolumen je 1 000 Einwohner nach Dienstleistungszweigen 2004

	Arbeitsvolumen in Stunden ¹ je 1 000 Einwohner		
	West- deutschland	Ostdeutschland	
		mit Berlin	ohne Berlin
Dienstleistungssektor insgesamt	9 799	10 315	9 647
Handel			
Kfz-Handel, Tankstellen	373	414	447
Handelsvermittlung	114	55	60
Großhandel	387	259	274
Einzelhandel	1 219	1 219	1 200
Gastgewerbe			
Beherbergung	135	154	150
Gastronomie	384	412	381
Verkehr, Nachrichtenübermittlung			
Eisenbahnen	75	123	117
Sonstiger Verkehr (ohne Reisebüros)	214	310	292
Hilfstätigkeiten für den Verkehr	49	27	26
Reisebüros	53	55	47
Spedition	259	168	179
Post, Kurierdienste	127	132	122
Fernmeldedienste	96	90	78
Finanzdienste			
Kreditgewerbe	396	226	198
Versicherungen	230	160	143
Unternehmensbezogene Dienste			
Wohnungswesen	93	162	108
Vermietung beweglicher Sachen	18	22	20
Datenverarbeitungsdienste	250	157	112
Forschung und Entwicklung	62	66	49
Rechts- und Wirtschaftsberatung	351	274	223
Technische Büros	172	198	185
Werbung	73	57	40
Personalvermittlung	45	47	43
Wachdienste	47	82	75
Reinigung	118	156	126
Sonstige Dienste für Unternehmen	161	181	145
Öffentliche Verwaltung, Sozialversicherung			
Öffentliche Verwaltung	665	808	814
Rechtspflege, Sicherheit	436	496	456
Sozialversicherung	113	177	149
Bildung, Erziehung			
Kindergärten, Grundschulen	275	333	288
Weiterführende Schulen	265	328	332
Hochschulen	118	153	132
Erwachsenenbildung	82	131	125
Gesundheits-/Sozialwesen			
Gesundheit	1 039	1 092	1 052
Sozialwesen	546	620	610
Sonstige private und öffentliche Dienste			
Entsorgung	62	89	86
Interessensvertretungen, Kirchen	152	139	118
Medien, Kultur	153	261	138
Sport, Unterhaltung, Erholung	72	72	65
Sonstige Dienste	318	411	440
<i>Dienste ohne öffentlichen Dienst</i>	<i>7 081</i>	<i>7 370</i>	<i>6 682</i>

¹ Üblicherweise geleistete Arbeitsstunden je Woche.

Quelle: Statistisches Bundesamt (Mikrozensus); Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2006

Insgesamt zeigt sich, dass der Dienstleistungssektor in Ostdeutschland gemessen am Arbeitsvolumen je 1000 Einwohner um gut 5 % größer ist als in Westdeutschland. Lässt man den öffentlichen Dienst⁹ unberücksichtigt, beträgt die Differenz immer noch 4 %.

⁹ Die Zuordnung zum öffentlichen Dienst erfolgt im Mikrozensus nach der Selbstausskunft der Befragten. Diese muss nicht immer den tatsächlichen Gegebenheiten entsprechen. Probleme gibt es wohl vor allem in Fällen, in denen eine Einrichtung früherer Teil des öffentlichen Dienstes war (wie ein Krankenhaus), zum Befragungszeitpunkt aber in privater Regie geführt wurde. Durch Erläuterungen während des Interviews wird zwar versucht, dieses Problem zu lösen, gleichwohl dürfte die Zahl der Beschäftigten im öffentlichen Dienst über- und die Zahl der Beschäftigten in den privaten Dienstleistungen unterschätzt werden. Das gilt für Ost- und Westdeutschland.

4 Beschäftigungsstruktur und Einkommen im Dienstleistungssektor Ostdeutschlands

4.1 Berufliche Stellung und ausgeübte Tätigkeit

4.1.1 Anteile der Selbständigen

Mitte der 90er Jahre hatten die Selbständigen in Ostdeutschland mit 9,2 % noch einen deutlich geringeren Anteil an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen im Dienstleistungssektor als in Westdeutschland (10,5 %). Dieser Unterschied ist bis 2005 fast vollständig verschwunden (Tabelle 4-1). Der im Osten ohnehin sehr hohe Selbständigenanteil im Bereich Finanzdienstleistungen ist dabei weiter stark gestiegen und auch im Verkehrssektor hat er deutlich zugenommen.

Tabelle 4-1

Anteil der Selbständigen an den Erwerbstätigen nach Dienstleistungszweigen

in %

	Westdeutschland		Ostdeutschland		Ostdeutschland ohne Berlin	
	1995	2005	1995	2005	1995	2005
Wirtschaft insgesamt	10,5	11,2	8,1	11,4	7,7	10,8
Dienstleistungssektor	10,5	11,6	9,2	11,4	8,8	10,5
Handel, Gastgewerbe, Verkehr	13,6	12,7	13,5	13,2	13,8	13,4
Handel	13,3	12,3	14,9	13,4	15,4	13,4
Gastgewerbe	26,1	20,9	23,5	17,8	24,7	18,8
Verkehr	6,1	6,5	5,8	8,0	5,2	7,6
Finanz- und Unternehmensdienste	13,6	15,4	12,3	16,6	11,4	15,4
Kreditinstitute, Versicherungen	7,9	9,6	15,7	21,5	18,3	24,2
Unternehmensdienste, Wohnungswesen	16,0	14,7	11,3	13,0	9,6	11,5
Öffentliche und private Konsumdienste	6,3	8,4	5,2	7,9	4,3	6,5
Öffentl. Verwalt., Rechtspf., Sicherheit, Soz.versich.	-	-	-	-	-	-
Sonstige öffentl. und priv. Dienste	8,9	9,8	7,3	9,4	6,1	7,8

Einschließlich mithelfender Familienangehöriger.

Die Angaben für die Untergruppen Handel, Gastgewerbe, Verkehr, Kreditinstitute, Versicherungen, Wohnungswesen, Unternehmensdienste und Sonstige öffentliche und private Konsumdienste beziehen sich auf das Jahr 2003.

Quellen: VGR der Länder; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2006

Auch hier bietet der Mikrozensus weitere Differenzierungsmöglichkeiten. Die Selbständigenanteile variieren stark zwischen den einzelnen Branchen, und innerhalb mancher Branchen sind deutliche Differenzen zwischen West- und Ostdeutschland auszumachen. Auffällig ist, dass es in Ostdeutschland in einigen der dort unterrepräsentierten Wirtschaftszweige weit höhere Selbständigenanteile gibt als im Westen. Das gilt für die Handelsvermittlung, für das

Kreditgewerbe und insbesondere für die Versicherungswirtschaft (Tabelle 4-2). Offenbar sind in diesen Branchen viele Kleinstunternehmen und Freiberufler - etwa bei der Vermittlung von Versicherungen - tätig. Auch bei Reisebüros und im Einzelhandel gibt es im Osten relativ viele Selbständige.

Anders sieht es bei einigen Zweigen aus, die in Ostdeutschland vergleichsweise stark ausgeprägt sind. In der Erwachsenenbildung und im Wohnungswesen ist der Anteil der Selbständigen an allen Erwerbstätigen in Ostdeutschland geringer als im Westen. Wahrscheinlich schlägt bei der Erwachsenenbildung zu Buche, dass in Ostdeutschland ein erheblicher Teil der dort Beschäftigten im Rahmen von beruflicher Fort- und Weiterbildung tätig war, und dass die Weiterbildungsträger einen großen Teil ihrer Mitarbeiter fest angestellt hatten.¹⁰ Das Wohnungswesen wird in Ostdeutschland viel stärker als im Westen von großen Wohnungsbauengesellschaften geprägt. Ebenfalls geringer als in Westdeutschland ist der Selbständigenanteil im Medien- und Kultursektor – allerdings nur, wenn Berlin ausgeklammert wird. Der Kultur- und Medienbetrieb in den ostdeutschen Flächenländern wird offenbar stark von öffentlichen Institutionen bestimmt. In Berlin sind in diesem Bereich dagegen viele kleine Unternehmen und Freiberufler tätig. Auch bei den sonstigen Freizeitdienstleistungen ist in den neuen Bundesländern der Selbständigenanteil geringer. Dasselbe gilt für das Gastgewerbe – sowohl für das Beherbergungsgewerbe als auch für Gaststätten. Dies lässt vermuten, dass in Ostdeutschland die Betriebe in diesen Branchen größer sind als im Westen. Bei den Reisebüros und im Reinigungsgewerbe ist das wohl ebenfalls der Fall (siehe auch Abschnitt 6.2). In den neuen Bundesländern ist zudem der Selbständigenanteil im Gesundheitswesen gering. Offenbar wird die Gesundheitsversorgung dort mehr von größeren Einrichtungen (etwa Kliniken) als von Angehörigen freier Berufe (niedergelassenen Ärzten, Hebammen etc.) erbracht.

¹⁰ Das dürfte jedenfalls bis zur Erhebungszeit des hier verwendeten Mikrozensus gelten. Im Zuge der drastischen Rückführung der von den Arbeitsagenturen finanzierten Maßnahmen hat sich inzwischen aber die Beschäftigtenstruktur stark hin zu den freien Mitarbeitern verschoben. Vgl. Schneider et al., a.a.O.

Tabelle 4-2

Anteil der Selbständigen an allen Erwerbstätigen nach Dienstleistungszweigen 2004

In %

	Westdeutschland	Ostdeutschland	
		mit Berlin	ohne Berlin
Kfz-Handel, Tankstellen	15,8	15,3	15,7
Handelsvermittlung	25,3	38,0	36,6
Großhandel	9,2	10,4	10,7
Einzelhandel	14,5	16,4	15,8
Beherbergung	13,8	11,4	12,6
Gastronomie	27,1	23,0	23,4
Eisenbahnen	0,1	0,0	0,0
Sonst. Verkehr (ohne Reisebüros)	12,3	14,5	15,2
Hilfstätigkeiten für den Verkehr	3,2	0,0	0,0
Reisebüros	16,7	21,5	18,0
Spedition	7,5	8,1	8,3
Post, Kurierdienste	3,9	5,7	2,8
Fernmeldedienste	1,6	2,5	3,7
Kreditgewerbe	4,3	6,4	7,6
Versicherungen	19,8	41,6	47,6
Wohnungswesen	25,6	19,1	21,8
Vermietung bewegl. Sachen	24,4	24,6	29,7
Datenverarbeitungsdienste	19,3	16,9	16,0
Forschung und Entwicklung	5,4	3,9	3,7
Rechts- und Wirtschaftsberatung	30,2	30,5	29,2
Technische Büros	32,9	28,8	25,8
Werbung	35,9	42,6	43,8
Personalvermittlung	4,2	3,6	4,0
Wachdienste	6,8	6,2	8,0
Reinigung	7,6	6,5	6,8
Sonstige Dienste für Unternehmen	31,7	33,5	29,9
Öffentliche Verwaltung	0,0	0,0	0,0
Rechtspflege, Sicherheit	0,0	0,0	0,0
Sozialversicherung	0,0	0,0	0,0
Kindergärten, Grundschulen	0,5	0,9	1,2
Weiterführende Schulen	0,6	0,5	0,4
Hochschulen	1,5	1,3	0,7
Erwachsenenbildung	34,2	20,1	18,5
Gesundheit	14,1	12,7	11,4
Sozialwesen	2,2	1,7	1,4
Entsorgung	4,4	3,1	4,1
Interessensvertretungen, Kirchen	2,9	3,0	2,7
Medien, Kultur	34,6	39,2	27,2
Sport, Unterhaltung, Erholung	22,0	19,0	14,7
Sonstige Dienste	24,0	22,0	22,9
Dienstleistungssektor insgesamt	12,5	12,3	11,5
<i>Nachrichtlich:</i>			
Ohne öffentlichen Dienst	17,2	17,2	16,2

Einschließlich mithelfender Familienangehöriger.

Quelle: Statistisches Bundesamt (Mikrozensus); Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2006

Kaum Rückschlüsse auf die Größe der Betriebe erlaubt der Selbständigenanteil bei einigen höherwertigen unternehmensnahen Diensten, da dort häufig freie Mitarbeiter beschäftigt sind, die zwar formal selbständig sind, faktisch aber nur für ein Unternehmen arbeiten. Das gilt für die Datenverarbeitung, die technischen Büros und für die Werbebranche. In der Werbewirtschaft gibt es generell sehr viele Selbständige, und in Ostdeutschland ist ihr Anteil an allen Erwerbstätigen noch größer als im Westen. Bei den technischen Büros und der Datenverarbeitung liegt der Selbständigenanteil in Ostdeutschland dagegen unter dem in Westdeutschland.

4.1.2 Art der ausgeübten beruflichen Tätigkeit

Beim Mikrozensus werden die Erwerbstätigen nach ihrem ausgeübten Beruf unterschieden – wobei der Begriff „Beruf“ recht weit und anders als im herkömmlichen Sinn gefasst ist. Es geht nicht um den nachweisbaren, zertifizierten Abschluss in einem anerkannten Ausbildungsberuf, sondern darum, welche Tätigkeit die vom Mikrozensus erfassten Personen tatsächlich ausüben. Dabei gelten auch einfache Tätigkeiten, für deren Ausübung allenfalls eine kurze Einweisung erforderlich ist, als „Beruf“. Weil die Differenzierung nach „Berufen“ bzw. der Art der tatsächlich ausgeübten Tätigkeit sehr vielfältig ist, wurden drei Gruppen gebildet.¹¹ Für einfache Tätigkeiten wird in der Regel kein Berufsabschluss benötigt; für die Ausübung qualifizierter Tätigkeiten ist dagegen ein betrieblicher oder ein Fachschulabschluss nötig, und hochqualifizierte Tätigkeiten setzen meist einen Hochschulabschluss.

Wird der gesamte Dienstleistungssektor betrachtet, zeigen sich kaum Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland bei der Struktur der ausgeübten Tätigkeiten (Tabelle 4-3). Das hängt auch damit zusammen, dass in den neuen Bundesländern der öffentliche Dienst ein starkes Gewicht hat und die Beschäftigten in diesem Bereich – im Osten wie im Westen – im Schnitt eine relativ hohe Qualifikation aufweisen. In der Privatwirtschaft ist dagegen die Qualifikation der Erwerbstätigen in Ostdeutschland schlechter als im Westen. Vor allem ist der Anteil der Arbeitskräfte mit einfacher Tätigkeit höher.

¹¹ Dabei kam ein dreistufiges Verfahren zur Anwendung. Im ersten Schritt wurde gemäß der eingeführten Klassifizierung von Blossfeld (1985) eine Aggregation vorgenommen. Diese wurde vom DIW Berlin modifiziert, u. a. wurden Lehrer unterhalb der Gymnasialstufe zur mittleren Tätigkeitsklasse, Künstler dagegen zur oberen Klasse gerechnet. Im dritten Schritt schließlich wurden die so gebildeten Klassen zu drei Kategorien zusammengefasst.

Tabelle 4-3

Tätigkeitsstruktur der Erwerbstätigen im Dienstleistungssektor 2004

Strukturanteile in %

	Westdeutschland			Ostdeutschland					
	geringe Qualifi- kation	mittlere Qualifi- kation	hohe Qualifi- kation	mit Berlin			ohne Berlin		
				geringe Qualifi- kation	mittlere Qualifi- kation	hohe Qualifi- kation	geringe Qualifi- kation	mittlere Qualifi- kation	hohe Qualifi- kation
Kfz-Handel, Tankstellen	30,4	63,9	5,7	33,7	61,1	5,1	33,9	60,9	5,2
Handelsvermittlung	42,7	44,3	12,9	49,2	41,4	9,4	50,9	40,9	8,2
Großhandel	38,9	51,7	9,4	51,2	40,1	8,7	52,3	39,8	7,8
Einzelhandel	53,3	40,3	6,4	61,4	32,2	6,3	62,0	32,1	5,8
Beherbergung	71,7	25,9	2,4	66,9	28,1	5,0	66,8	29,1	4,1
Gastronomie	64,2	33,2	2,7	61,4	36,5	2,0	60,6	38,1	1,3
Eisenbahnen	13,5	76,8	9,6	12,8	80,8	6,4	11,3	83,4	5,3
Sonst. Verkehr (ohne Reisebüros)	64,5	26,0	9,6	73,6	22,0	4,4	75,6	20,6	3,8
Hilfstätigkeiten für den Verkehr	47,5	34,9	17,6	48,1	40,4	11,5	57,0	33,3	9,6
Reisebüros	18,8	75,2	6,1	20,2	73,7	6,1	20,1	73,2	6,8
Spedition	62,6	32,9	4,5	70,0	25,9	4,1	71,6	25,1	3,3
Post, Kurierdienste	70,7	25,3	4,1	79,0	17,6	3,5	81,5	16,0	2,5
Fernmeldedienste	9,8	65,9	24,3	8,0	72,0	19,9	9,7	74,5	15,8
Kreditgewerbe	7,6	84,3	8,0	5,0	88,8	6,2	5,0	89,8	5,2
Versicherungen	7,1	84,2	8,7	4,4	89,2	6,4	5,5	88,9	5,6
Wohnungswesen	30,6	58,3	11,1	34,0	55,5	10,5	29,3	59,6	11,1
Vermietung bewegl. Sachen	28,3	59,4	12,3	33,2	58,1	8,7	24,7	65,6	9,7
Datenverarbeitungsdienste	5,7	75,0	19,4	4,6	76,5	18,9	5,5	76,2	18,3
Forschung und Entwicklung	8,6	40,9	50,5	4,0	33,7	62,3	3,9	41,5	54,6
Rechts- und Wirtschaftsberatung	8,5	32,5	59,0	6,7	37,3	56,0	5,7	42,2	52,1
Technische Büros	9,7	35,8	54,5	7,7	33,3	59,0	8,3	35,7	56,0
Werbung	12,5	53,1	34,4	20,4	42,9	36,7	26,9	49,0	24,1
Personalvermittlung	43,8	48,9	7,3	38,6	55,9	5,5	38,9	56,9	4,2
Wachdienste	80,3	13,6	6,1	87,8	7,4	4,7	87,5	8,2	4,3
Reinigung	91,3	6,8	1,9	91,9	6,5	1,6	92,8	6,4	0,8
Sonstige Dienste für Unternehmen	25,0	53,7	21,3	30,0	51,1	18,9	34,8	51,1	14,1
Öffentliche Verwaltung	19,6	58,1	22,3	18,2	56,0	25,9	18,7	57,2	24,1
Rechtspflege, Sicherheit	7,9	83,3	8,7	6,3	85,7	8,0	6,8	85,9	7,3
Sozialversicherung	5,4	80,0	14,6	7,2	77,6	15,2	6,3	80,3	13,4
Kindergärten, Grundschulen	10,8	88,1	1,1	7,9	91,9	0,2	8,1	91,8	0,1
Weiterführende Schulen	6,8	66,1	27,1	5,5	70,5	24,0	5,3	74,2	20,5
Hochschulen	16,7	30,2	53,1	12,5	29,6	57,9	14,2	32,7	53,1
Erwachsenenbildung	5,6	81,1	13,3	10,6	75,2	14,3	11,0	76,7	12,2
Gesundheit	8,7	72,7	18,6	8,0	71,3	20,6	8,0	73,4	18,5
Sozialwesen	19,4	77,5	3,1	17,7	78,4	3,9	19,5	77,3	3,2
Entsorgung	70,6	22,2	7,2	62,7	24,9	12,5	59,9	28,3	11,8
Interessensvertretungen, Kirchen	20,3	51,7	28,0	21,5	50,5	28,0	18,2	51,5	30,3
Medien, Kultur	14,0	69,5	16,4	11,5	73,1	15,3	18,0	65,1	16,9
Sport, Unterhaltung, Erholung	42,9	49,0	8,1	38,4	50,3	11,3	43,8	48,2	8,1
Sonstige Dienste	39,7	54,8	5,5	36,4	56,6	6,9	36,9	55,6	7,6
Dienstleistungssektor insgesamt	29,1	56,7	14,2	30,3	55,5	14,2	31,6	55,8	12,6
<i>Nachrichtlich:</i>									
Ohne öffentlichen Dienst	34,8	51,8	13,3	37,6	49,8	12,6	39,6	49,5	10,9

Ohne Auszubildende.

Quelle: Statistisches Bundesamt (Mikrozensus); Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2006

Ein wesentlicher Grund dafür ist, dass höherwertige Dienste wie Datenverarbeitung, Werbung und die Interessensvertretungen in Ostdeutschland ein vergleichsweise geringes Gewicht haben. Bei der Werbebranche kommt hinzu, dass im Osten relativ viele Personen mit einfachen Tätigkeiten (Verteilen von Werbematerial, Kleben von Plakaten etc.) beschäftigt sind.

Einfache Tätigkeiten haben in Ostdeutschland in allen Teilen des Handels, im Bereich „Sonstiger Verkehr“, bei Post- und Fernmeldediensten, der Vermietung beweglicher Sachen, Wachdiensten sowie bei den sonstigen Diensten für Unternehmen und der Werbung relativ hohe Bedeutung. Offenbar gibt es deutliche Unterschiede zwischen West und Ost in den Strukturen des Angebots in diesen Wirtschaftszweigen. So könnte es sein, dass in Ostdeutschland der Einzelhandel stärker auf Discounter ausgerichtet ist. Eine Rolle dürfte auch spielen, dass die Zentralen großer Unternehmen in diesen Branchen in der Regel in Westdeutschland angesiedelt sind. Zum Teil zeigt sich das Defizit an großen Headquarters in Ostdeutschland auch beim Anteil hochqualifizierter, z. B. bei den Finanzdiensten.

Ansonsten gibt es keine großen Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland in den branchenspezifischen Qualifikationsstrukturen. Auffallend ist, dass in der Erwachsenenbildung der Anteil der Hochqualifizierten in Ostdeutschland geringer ist als im Westen. Das dürfte damit zusammenhängen, dass im Osten der Schwerpunkt mehr auf der berufsnahen Ausbildung liegt, die auch von Personen ohne höhere Ausbildung vermittelt werden kann. In Ostdeutschland sind verhältnismäßig wenig gering Qualifizierte bei den Personalvermittlungen angestellt – wohl deshalb, weil dieser Personenkreis in Anbetracht der im Osten besonders hohen Arbeitslosigkeit noch schwerer als im Westen auf dem Arbeitsmarkt unterzubringen ist.

4.1.3 Stellung im Beruf

Eine Gliederung der Erwerbstätigen nach ihrer beruflichen Stellung ergibt ausgeprägte Unterschiede zwischen Ost und West, insbesondere bei privaten Dienstleistungen. In diesem Bereich gibt es in Ostdeutschland vergleichsweise viele Arbeiter und wenig Angestellte (Tabelle 4-4). Zudem ist im Osten der Anteil der Auszubildenden größer. Im öffentlichen Dienst ist der Anteil der Beamten in Ostdeutschland deutlich niedriger als in Westdeutschland.

Tabelle 4-4

Erwerbstätige nach ihrer beruflichen Stellung im Dienstleistungssektor 2004

	Westdeutschland			Ostdeutschland					
	Insgesamt	öffentlicher Dienst	Privatwirtschaft	mit Berlin			ohne Berlin		
				Insgesamt	öffentlicher Dienst	Privatwirtschaft	Insgesamt	öffentlicher Dienst	Privatwirtschaft
Arbeiter	18,8	12,2	21,3	22,2	10,1	26,8	24,9	10,9	30,2
Angestellte	55,5	55,5	55,5	53,7	65,1	49,4	52,4	68,0	46,5
Beamte	8,7	29,3	1,2	6,1	22,1	0,1	5,1	18,3	0,0
Selbständige	12,8	0,0	17,5	12,6	0,0	17,3	11,8	0,0	16,3
Auszubildende	4,1	3,0	4,5	5,4	2,7	6,4	5,8	2,7	7,0
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

Quelle: Statistisches Bundesamt (Mikrozensus); Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2006

Auch Unterschiede zwischen Ost und West in der beruflichen Stellung der Erwerbstätigen sind zum großen Teil auf Struktureffekte zurückzuführen. So sind Dienstleistungen, bei denen der Anteil der Arbeiter gering ist, in Ostdeutschland eher schwach vertreten (Finanzdienstleistungen und höherwertige Unternehmensdienste, vgl. Tabelle 4-5). Andererseits haben einige Zweige, die allgemein viele Arbeiter beschäftigen, in Ostdeutschland relativ große Bedeutung - Eisenbahnen, die Wohnungswirtschaft, die Entsorgungsbranche, Wachdienste, der Kfz-Handel und der sonstige Verkehr. Aber auch innerhalb der meisten Branchen sind in Ostdeutschland die Arbeiteranteile höher als im Westen. Sehr ausgeprägt ist dies in der Werbewirtschaft der Fall, was die These stützt, dass die Branche in Ostdeutschland stark auf einfache ausführende Tätigkeiten ausgerichtet ist.

Von den Arbeitern im Dienstleistungssektor Ostdeutschlands sind allerdings relativ viele als Facharbeiter tätig (Tabelle 4-6). Möglicherweise stufen Arbeitgeber in Ostdeutschland qualifizierte Beschäftigte häufig als Arbeiter ein, während in Westdeutschland bei ähnlichen Tätigkeiten aus Tradition eher Angestelltenverträge abgeschlossen werden. Gleichwohl bleibt, dass fast die Hälfte der Arbeiter in Ostdeutschland an- und ungelernt sind. In Westdeutschland liegt dieser Anteil bei einem Drittel.

Tabelle 4-5

Anteil der Arbeiter an allen abhängig Beschäftigten nach Dienstleistungszweigen 2004

In %

	Westdeutschland	Ostdeutschland	
		mit Berlin	ohne Berlin
Kfz-Handel, Tankstellen	40,5	50,1	51,2
Handelsvermittlung	25,3	31,8	36,1
Großhandel	29,1	37,0	40,3
Einzelhandel	21,6	30,8	34,5
Beherbergung	34,2	31,8	37,0
Gastronomie	49,0	56,1	60,2
Eisenbahnen	30,7	46,5	53,1
Sonst. Verkehr (ohne Reisebüros)	41,5	66,3	73,6
Hilfstätigkeiten für den Verkehr	47,7	36,0	40,9
Reisebüros	10,0	10,9	10,9
Spedition	54,0	63,5	65,9
Post, Kurierdienste	42,5	61,6	67,2
Fernmeldedienste	10,4	21,2	24,7
Kreditgewerbe	2,7	0,8	1,1
Versicherungen	1,6	1,8	2,9
Wohnungswesen	20,9	26,5	25,8
Vermietung bewegl. Sachen	26,7	27,8	31,8
Datenverarbeitungsdienste	2,7	3,6	4,8
Forschung und Entwicklung	7,7	4,7	7,0
Rechts- und Wirtschaftsberatung	2,9	2,9	3,1
Technische Büros	6,8	6,7	7,9
Werbung	9,1	24,8	36,1
Personalvermittlung	53,8	56,7	61,9
Wachdienste	46,1	63,1	70,0
Reinigung	85,6	88,0	90,3
Sonstige Dienste für Unternehmen	15,8	20,6	22,5
Öffentliche Verwaltung	17,3	13,3	14,8
Rechtspflege, Sicherheit	11,4	6,8	9,1
Sozialversicherung	2,5	2,3	3,2
Kindergärten, Grundschulen	8,1	8,1	8,1
Weiterführende Schulen	3,5	2,3	2,7
Hochschulen	6,7	5,6	6,5
Erwachsenenbildung	6,3	7,5	9,3
Gesundheit	9,8	8,3	8,6
Sozialwesen	25,7	26,2	28,3
Entsorgung	65,1	60,8	64,2
Interessensvertretungen, Kirchen	14,7	15,3	19,1
Medien, Kultur	14,8	15,7	22,7
Sport, Unterhaltung, Erholung	28,5	28,9	33,6
Sonstige Dienste	46,4	48,5	50,8
Dienstleistungssektor insgesamt	21,6	25,4	28,2

Quelle: Statistisches Bundesamt (Mikrozensus); Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2006

Tabelle 4-6

Erwerbstätige Arbeiter, Angestellte und Beamte nach ihrer Funktion im Dienstleistungssektor 2004

Struktur in %

	Westdeutschland			Ostdeutschland					
	Insgesamt	öffentlicher Dienst	Privatwirtschaft	mit Berlin			ohne Berlin		
				Insgesamt	öffentlicher Dienst	Privatwirtschaft	Insgesamt	öffentlicher Dienst	Privatwirtschaft
	Arbeiter								
An- und Ungelernte	68,5	63,3	69,5	47,9	43,2	48,6	43,7	40,8	44,1
Facharbeiter	26,9	29,7	26,3	48,3	50,8	47,9	52,5	52,5	52,5
Vorarbeiter, Gruppenführer	3,8	5,9	3,3	2,7	4,8	2,4	2,7	5,2	2,4
Meister Polier	0,9	1,1	0,9	1,1	1,2	1,0	1,0	1,4	1,0
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
	Angestellte								
Ausführende	12,3	8,6	13,6	12,0	7,4	14,3	12,0	7,5	14,5
Ang. mit einfachen Fachtätigkeiten	22,1	14,2	25,0	20,4	11,7	24,7	20,1	10,6	25,4
Ang., der schwierige Aufgaben nach allg. Vorgaben ausführt	39,5	50,5	35,5	42,0	48,0	39,0	43,1	48,8	39,9
Meister, Polier	1,9	1,6	2,0	1,5	1,3	1,6	1,6	1,3	1,7
Ang. mit selbständiger Leistung in verantwortlicher Tätigkeit	19,8	22,3	18,9	20,7	28,6	16,8	20,1	28,6	15,4
Ang. mit umfassenden Führungsaufgaben	4,4	2,9	5,0	3,4	2,9	3,6	3,2	3,2	3,2
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
	Beamte								
einfacher Dienst	4,7	3,0	19,8	6,2	6,0	.	7,7	7,7	.
mittlerer Dienst	27,9	24,3	60,3	36,7	36,6	.	41,3	41,3	.
gehobener Dienst	43,1	45,9	18,0	39,0	39,1	.	35,3	35,3	.
höherer Dienst	24,3	26,8	1,9	18,1	18,2	.	15,7	15,7	.
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	.	100,0	100,0	.

Quelle: Statistisches Bundesamt (Mikrozensus); Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2006

Bemerkenswert ist, dass in Ostdeutschland in den meisten Branchen der Anteil der Auszubildenden höher ist als im Westen (Tabelle A-4). Das gilt auch für jene Dienstleistungszweige, die generell viel ausbilden. Über die Gründe dafür lässt sich nur spekulieren. Möglicherweise spielen die speziellen Subventionen für Ostdeutschland im Rahmen der staatlichen Ausbildungsförderung eine Rolle.¹² Ein weiterer Faktor könnte sein, dass im Osten noch relativ geburtenstarke Jahrgänge auf den Lehrstellenmarkt drängen. Das galt jedenfalls bis 2004.

¹² Vgl. z. B. das Bund-Länder Ausbildungsprogramm Ost.

Hinzu kommt, dass Jugendliche in den neuen Ländern anscheinend weniger an einer akademischen Ausbildung interessiert sind als Jugendliche im Westen.¹³

Der relativ niedrige Anteil von Beamten im öffentlichen Dienst Ostdeutschlands resultiert vor allem aus den Strukturen im Bildungsbereich, aber auch in der öffentlichen Verwaltung im engeren Sinne gibt es in Ostdeutschland anteilig weniger Beamte als im Westen. Bei hoheitlichen Aufgaben wie Rechtssprechung und öffentliche Sicherheit sind dagegen die Beamtenanteile im Osten etwas höher.

Tabelle 4-7

Anteil der Beamten an allen abhängig Beschäftigten nach Dienstleistungszweigen 2004

In %

	Westdeutschland	Ostdeutschland	
		mit Berlin	ohne Berlin
Öffentliche Verwaltung	30,1	23,1	19,2
Rechtspflege, Sicherheit	62,8	69,3	67,3
Sozialversicherung	17,3	12,8	9,9
Kindergärten, Grundschulen	32,7	14,0	8,7
Weiterführende Schulen	74,2	27,8	18,8
Hochschulen	21,2	10,8	9,0
Erwachsenenbildung	12,2	2,8	2,3

Quelle: Statistisches Bundesamt (Mikrozensus); Berechnungen des DIW Berlin. **DIW Berlin 2006**

Bei den Angestellten in der Privatwirtschaft sind in Ostdeutschland die höheren Funktionen im Vergleich zum Westen deutlich unterrepräsentiert sind. Neben Unterschieden in der Branchenstruktur dürfte sich auch hier der Mangel an Headquarterfunktionen in Ostdeutschland bemerkbar machen.

4.2 Verdienste

Die durchschnittlichen Verdienste der Arbeitnehmer im Dienstleistungssektor sind in Ostdeutschland in der zweiten Hälfte der 90er Jahre vergleichsweise stark gestiegen. Sie erreichten im Jahr 2000 knapp 89 % des Westniveaus. Seither hat sich diese Relation aber nicht mehr verbessert (Abbildung 4-1). Im Bereich öffentlicher und privater Konsumdienste ist die Annäherung an das westdeutsche Verdienstniveau am weitesten vorangeschritten, und die Tendenz zeigt weiter nach oben (Tabelle 4-8). Dabei ist der verbleibende Abstand zum Wes-

¹³ Vgl.: http://www.berlin-institut.org/newsletter/newsletter_november_2003.html

ten im Kernbereich staatlicher Aktivitäten - öffentliche Verwaltung, Rechtspflege, Sicherheit – mit 8,5 Prozentpunkten durchaus noch deutlich, während bei den sonstigen öffentlichen und privaten Diensten praktisch Gleichstand erreicht ist.

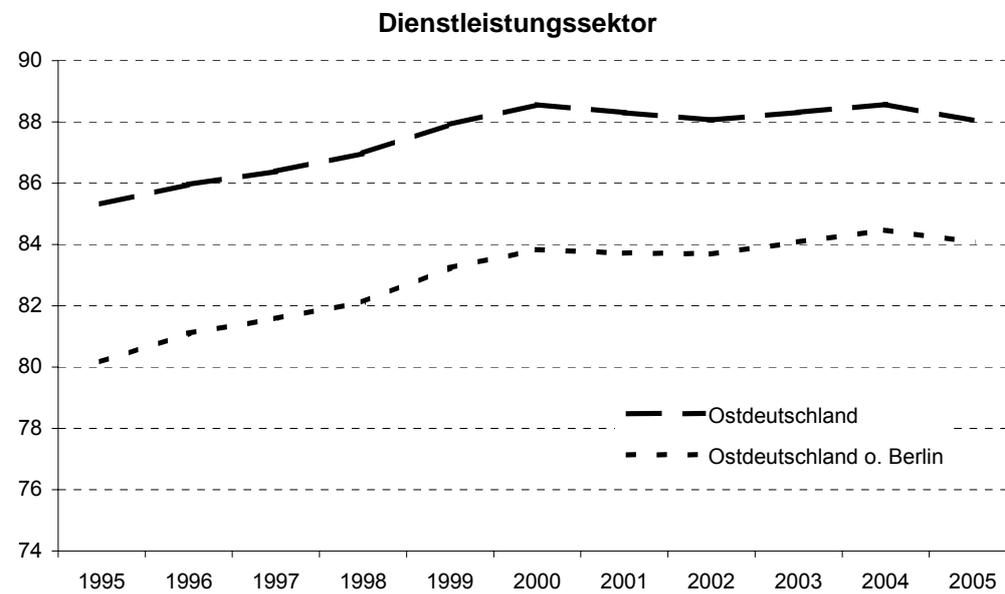
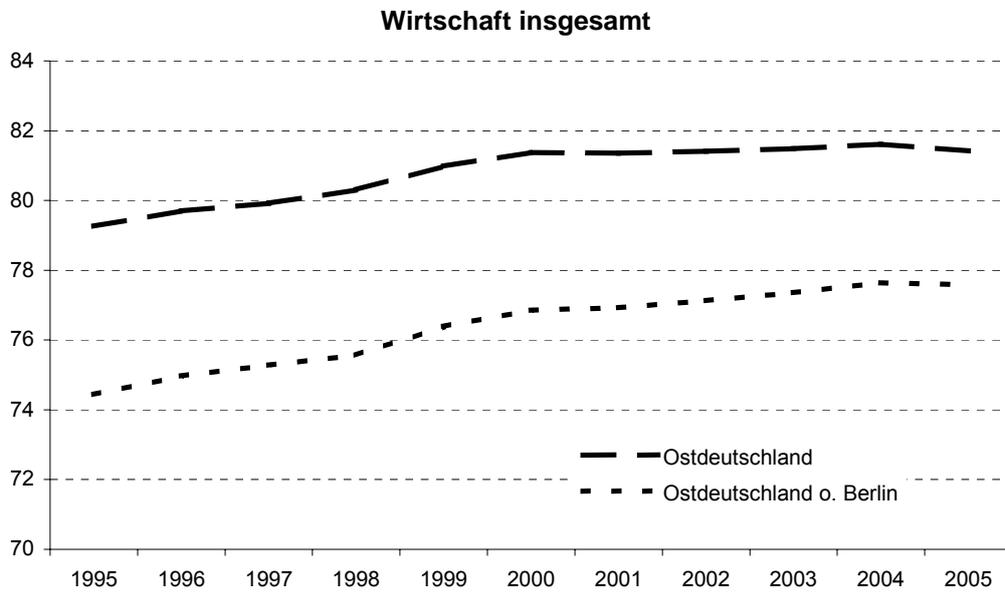
Für die übrigen Segmente des Dienstleistungssektors zeigen sich sehr unterschiedliche Ost-West-Relationen und teilweise gegenläufige Entwicklungstendenzen. Im Gastgewerbe war bereits Mitte der 90er Jahre ein relativ hohes Niveau erreicht, und in den letzten zehn Jahren hat sich die Differenz gegenüber Westdeutschland kontinuierlich weiter verringert. Letzteres gilt auch für die Finanzdienste und den Verkehrssektor. Im Handel und vor allem im Bereich Unternehmensdienste (einschließlich Wohnungswesen) wird der Abstand zu Westdeutschland dagegen größer. Die Entwicklung bei Unternehmensdiensten überrascht insofern, als die Bruttowertschöpfung, die ja zu einem erheblichen Teil aus Arbeitnehmerverdiensten besteht, in diesem Bereich in Ostdeutschland relativ stark gewachsen ist (vgl. Abschnitt 3.1). Allerdings bestand zu Beginn der Untersuchungsperiode bei ostdeutschen Unternehmensdiensten ein enormes Missverhältnis zwischen Produktivität (60 % des Westniveaus; vgl. Tabelle 3-3) und Arbeitnehmerverdiensten (88 % des Westniveaus). Bis 2005 hat sich diese Diskrepanz auf 11 Prozentpunkte verringert.

Die Relationen der Verdienste je Arbeitnehmer zwischen Ost- und Westdeutschland werden erheblich durch unterschiedliche Veränderungen in der Arbeitszeit beeinflusst. In Ostdeutschland wird in den meisten Dienstleistungsbranchen länger gearbeitet als im Westen (vgl. Abschnitt 3.2); die Annäherung ist also bei den Stundenverdiensten geringer als bei den Pro-Kopf-Verdiensten. Dieser Arbeitszeiteffekt ist im Laufe der Zeit aber immer schwächer geworden. Abbildung 4-2 zeigt, dass es bei den Verdiensten je Arbeitsstunde keine Stagnation in der Annäherung an das Westniveau gibt. Zuletzt hat sich dieser Prozess sogar wieder beschleunigt.

Abbildung 4-1

Entwicklung der Löhne und Gehälter je Arbeitnehmer in Ostdeutschland

Westdeutschland = 100



Quellen: VGR der Länder; Berechnungen des DIW Berlin.

Tabelle 4-8

Löhne und Gehälter je Arbeitnehmer in Ostdeutschland nach Dienstleistungszweigen

Westdeutschland = 100

	Ostdeutschland			Ostdeutschland o. Berlin		
	1995	2000	2005 ¹	1995	2000	2005 ¹
Wirtschaft insgesamt	79,3	81,4	81,4	74,4	76,8	77,6
Dienstleistungssektor	85,3	88,6	88,0	80,2	83,8	84,1
Handel, Gastgewerbe, Verkehr	77,8	79,5	78,2	73,4	75,8	74,7
Handel	73,0	75,7	72,8	69,3	72,4	69,2
Gastgewerbe	88,8	89,8	92,4	82,6	84,2	87,0
Verkehr	80,4	84,6	85,4	75,4	80,2	80,7
Finanz- und Unternehmensdienste	81,3	82,7	81,8	72,9	74,2	73,8
Kreditinstitute, Versicherungen	79,3	86,4	87,7	71,0	78,9	81,5
Unternehmensdienste, Wohnungswesen	88,0	86,1	83,7	78,9	77,0	74,5
Öffentliche und private Konsumdienste	91,4	96,4	96,8	87,2	93,0	94,7
Öffentl. Verwalt., Rechtspf., Sicherheit, Soz.versich.	89,1	90,0	91,5	84,0	85,2	88,5
Sonstige öffentl. und priv. Dienste	92,5	98,6	99,5	88,8	96,0	97,5

¹ Die Angaben für die Untergruppen Handel, Gastgewerbe, Verkehr, Kreditinstitute, Versicherungen, Wohnungswesen, Unternehmensdienste, Öffentliche Verwaltung beziehen sich auf das Jahr 2003.

Quellen: VGR der Länder; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2006

Die regionale VGR bietet bezüglich der Arbeitszeit und damit der Stundenverdienste nur eine grobe Gliederung des Dienstleistungssektors in drei Teilbereiche an und deckt nur den Zeitraum seit 1998 ab. In allen drei Segmenten sind die relativen Verdienste je Stunde in Ostdeutschland deutlich gestiegen (Tabelle 4-9). Die Annäherung an das Westniveau war im Jahr 2004 im Bereich Handel, Gastgewerbe, Verkehr mit rund 74 % am geringsten und bei öffentlichen und privaten Konsumdiensten mit 88 % am größten. Ein detaillierter, um die Unterschiede in den Branchen- und Tätigkeitsstrukturen bereinigter Vergleich der Bruttoverdienste

Tabelle 4-9

Löhne und Gehälter je Arbeitsstunde in Ostdeutschland nach Dienstleistungszweigen

Westdeutschland = 100

	Ostdeutschland mit Berlin		Ostdeutschland ohne Berlin	
	1998	2004	1998	2004
Wirtschaft insgesamt	72,5	76,3	67,8	72,3
Dienstleistungssektor	77,7	82,6	73,1	78,8
Handel, Gastgewerbe, Verkehr	70,5	74,1	66,7	70,6
Finanz- und Unternehmensdienste	76,6	80,1	68,5	73,1
Öffentliche und private Konsumdienste	81,6	88,0	78,1	85,8

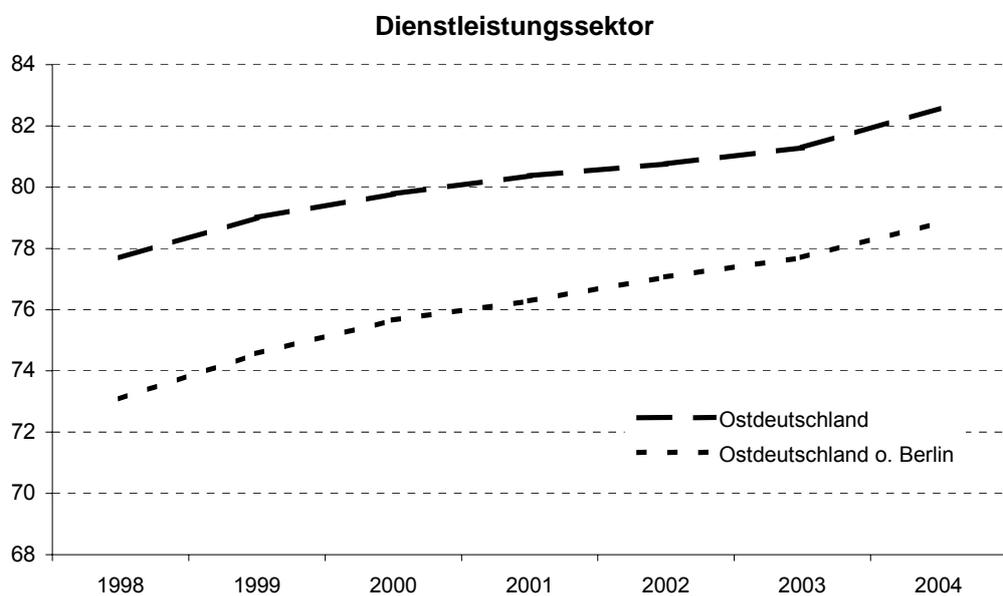
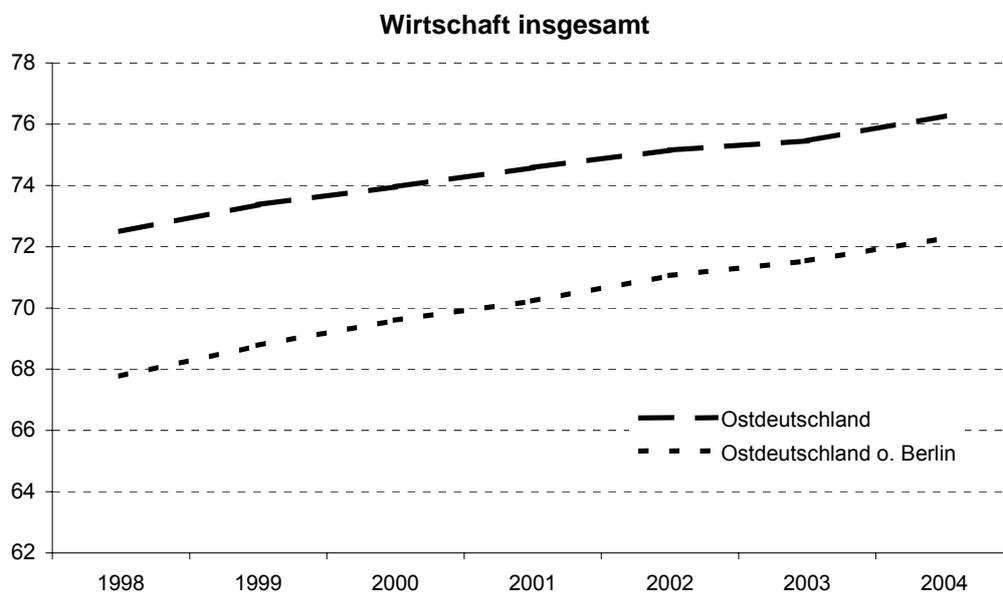
Quellen: VGR der Länder; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2006

Abbildung 4-2

Entwicklung der Löhne und Gehälter je Arbeitsstunde in Ostdeutschland

Westdeutschland = 100



Quellen: VGR der Länder; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2006

zwischen Ost- und Westdeutschland ist anhand der verfügbaren Daten zwar nicht möglich, die Zusammenschau der in den Kapiteln 3 und 4 dargestellten sehr differenzierten Strukturinformationen und der grob gegliederten Verdienstangaben in Tabelle 4-9 deutet aber darauf hin, dass der Verdienstunterschied zwischen Ost und West *für identische Branchen und Tätigkeiten* nicht mehr sehr groß ist.

Exkurs: Niedriglohnsektor

Anhand der Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) wurden die Stundenlöhne für Ost- und Westdeutschland ermittelt.¹⁴ Eine so tiefgehende sektorale Untergliederung wie auf der Basis des Mikrozensus ist anhand dieser Quelle jedoch wegen geringerer Fallzahlen nicht möglich. Deshalb wurde im Dienstleistungssektor nur zwischen Privatwirtschaft und öffentlichem Dienst (gemäß der Einstufung der Befragten selbst) unterschieden. In die Analyse gingen Daten aus der Erhebungswelle von 2005 ein.

Tabelle 4-10

Struktur der Arbeitnehmer nach Bruttostundenlöhnen 2005

Euro	Gesamter Dienstleistungssektor		Privatwirtschaft		Öffentlicher Dienst	
	West-deutschland	Ost-deutschland	West-deutschland	Ost-deutschland	West-deutschland	Ost-deutschland
weniger als 6	5	10	7	16	2	3
6 bis < 7	4	8	5	13	2	3
7 bis < 8	4	7	5	11	2	2
8 bis < 9	5	7	7	9	2	4
9 bis < 10	5	8	6	9	3	6
10 bis < 11	7	6	8	7	5	5
11 bis < 12	6	6	7	7	4	6
mehr als 12	65	48	55	29	80	72
Insgesamt	100	100	100	100	100	100

Quelle: SOEP; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2006

Danach zeigt sich, dass im ostdeutschen Dienstleistungssektor ein erheblicher Teil der Beschäftigten zu geringen Bruttolöhnen arbeitet (Tabelle 4-10). Nur die Hälfte erzielt Löhne von mehr als 12 Euro je Stunde, im Westen sind es dagegen zwei Drittel. Im Osten kommt ein Viertel der Beschäftigten auf weniger als 8 Euro je Stunde (ein Achtel im Westen). Große Unterschiede gibt es zwischen dem öffentlichen Dienst und der privaten Wirtschaft. Im öf-

¹⁴ Bruttomonatslohn dividiert durch die mit 4 multiplizierten üblicherweise geleisteten Wochenarbeitsstunden.

fentlichen Dienst finden sich nur wenige Beschäftigte mit geringer Entlohnung – und zwar in Westdeutschland wie in Ostdeutschland. Dazu zählen auch die 1-Euro-Jobber. Ganz anders sieht es dagegen in der Privatwirtschaft aus. Nicht einmal ein Drittel der Arbeitnehmer erhält in Ostdeutschland mehr als 12 Euro; in Westdeutschland ist es etwas mehr als die Hälfte. Und jeder dritte Arbeitnehmer bei den privaten Dienstleistungen bekommt im Osten weniger als 8 Euro - jeder Siebte brutto nicht einmal 6 Euro. Im Westen fallen die Anteile deutlich niedriger aus, sehr gering sind sie aber auch hier nicht.

Nach diesen Befunden existiert in Ostdeutschland ein ausgeprägter Niedriglohnsektor im Dienstleistungsbereich. Es stellt sich die Frage, ob er noch ausgeweitet werden kann. Das hängt auch – werden streng ökonomische Erwägungen zum Maßstab genommen – davon ab, ob es sich finanziell etwa für Erwerbslose überhaupt lohnt, eine gering entlohnte Beschäftigung anzunehmen. Anreizwirkungen sind dann zu erwarten, wenn ein hinreichend großer Abstand zwischen den staatlichen Leistungen und den Erwerbseinkommen besteht. Für eine erste Einschätzung wurde das Lohnäquivalent der Unterstützungsleistungen berechnet. Diese lassen sich für Langzeitarbeitslose ermitteln, weil es seit der Einführung von Hartz IV generelle Regelungen gibt. Da deren Höhe von der Größe und Zusammensetzung der Haushalte abhängt, wurde nach unterschiedlichen Haushaltstypen differenziert. Bei der Kalkulation des Arbeitslosengeldes II wurden einmalige Leistungen, ein Mehrbedarf aufgrund von Behinderung, Erziehungsgeld, Übergangszuschläge und die Eigenheimzulage ausgeklammert, weil sie nur Teilen der Empfänger zufließen. Bei der Regelleistung wird die seit Juli 2006 geltende Angleichung zwischen Ost und West berücksichtigt. Zur der Berechnung Lohnäquivalente wurde ein Krankenversicherungssatz von 14 % unterstellt. Zunächst wurden neben dem Kindergeld keine weiteren sozialen Leistungen in Betracht gezogen. Wohngeld etwa lässt sich nicht pauschaliert berechnen, da dessen Höhe neben der Haushaltszusammensetzung vom regionalen Mietniveau sowie dem Baujahr und der Beschaffenheit der Wohnung abhängt. Kalkuliert wurden der Einfachheit halber nur Haushalte mit einem Verdiener.

Tabelle 4-11 zeigt, dass mit der Haushaltsgröße das Lohnäquivalent des Arbeitslosengeldes II deutlich steigt. Am geringsten ist es bei alleinstehenden Personen. Hier liegt es weit unter der Niedriglohngrenze, die in Ostdeutschland im Jahr 2005 bei 7,55 Euro brutto lag.¹⁵ In Ost-

¹⁵ Niedriglöhne sind solche Löhne, die geringer sind als 66% des mittleren Lohns (also des Lohns, der die Gesamtheit der Arbeitnehmer in zwei gleich große Gruppen teilt). Der mittlere Lohn betrug 2005 in Ostdeutschland 11,44 Euro.

deutschland erreicht eine alleinstehende Person mit zwei Kindern diese Grenze, d. h. die Transfers sind so hoch wie das Einkommen aus einem Niedriglohn. Alleinstehende Paare kommen nahe an diese Grenze heran, Paarhaushalte mit Kindern liegen darüber – bei zwei und mehr Kindern (insbesondere, wenn diese älter sind) deutlich. Aus rein ökonomischer Perspektive dürften nach diesen Berechnungen also im Wesentlichen nur alleinstehende Personen sowie ein Teil der Alleinerziehenden Anreize haben, eine gering entlohnte Beschäftigung anzunehmen. Anders sieht es bei Haushalten aus, in denen bereits eine Person oder mehrere Personen Erwerbseinkommen erzielen. Für weitere Personen bestehen dann möglicherweise hinreichende Anreize, einen Job im Niedriglohnsektor anzunehmen – zumal wenn solche Haushalte wegen ihrer bereits bestehenden Erwerbseinkommen keine Unterstützungsleistungen in Form von Arbeitslosengeld II erhalten können. Insgesamt gesehen kann aber wegen dieser Unterstützungsleistung die Übernahme einer gering entlohnten Tätigkeit für nicht wenige Personen in Ostdeutschland unattraktiv sein.

Tabelle 4-11

Arbeitslosengeld II in ausgewählten Typen von Bedarfsgemeinschaften und entsprechende Erwerbseinkommen

	Westdeutschland					Ostdeutschland				
	Arbeitslosengeld II, kein sonst. Einkommen	eine abhängig beschäftigte Person im Haushalt				Arbeitslosengeld II, kein sonst. Einkommen	eine abhängig beschäftigte Person im Haushalt			
		Bruttolohn	Nettolohn	Kinder-geld	Ein-kommen		Bruttolohn	Nettolohn	Kinder-geld	Ein-kommen
		monatlich					monatlich			
Alleinstehend	575	735	575	0	575	544	697	544	0	544
Alleinerziehend										
1 Kind bis 7 Jahre	993	1 083	839	154	993	948	1 015	794	154	948
1 Kind 12 Jahre	910	966	756	154	910	865	908	711	154	865
1 Kind 16 Jahre	979	1 060	825	154	979	934	997	780	154	934
2 Kinder bis 7 Jahre	1 253	1 257	945	308	1 253	1 205	1 176	897	308	1 205
1 Kind 15 Jahre, 1 Kind 17 Jahre	1 350	1 435	1 042	308	1 350	1 302	1 342	994	308	1 302
Paar										
kinderlos	935	1 195	935	0	935	894	1 143	894	0	894
1 Kind bis 7 Jahre	1 199	1 335	1 045	154	1 199	1 151	1 274	997	154	1 151
1 Kind 16 Jahre	1 268	1 424	1 114	154	1 268	1 220	1 362	1 066	154	1 220
2 Kinder bis 13 Jahre	1 474	1 490	1 166	308	1 474	1 416	1 416	1 108	308	1 416
1 Kind 15 Jahre, 1 Kind 17 Jahre	1 612	1 667	1 304	308	1 612	1 554	1 592	1 246	308	1 554
3 Kinder bis 13 Jahre	1 768	1 669	1 306	462	1 768	1 712	1 598	1 250	462	1 712
1 Kind 13 Jahre, 1 Kind 15 Jahre										
1 Kind 17 Jahre	1 906	1 874	1 444	462	1 906	1 850	1 788	1 388	462	1 850

Quellen: Bundesministerium für Arbeit und Soziales; Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2006

5 Regionale Differenzierungen

5.1 Ausgewählte Bundesländer

Sowohl bei der Ex-Post-Analyse des ostdeutschen Dienstleistungsbereichs als auch später bei der „Prognose“ (Kapitel 9) wird gedanklich nach zwei Komponenten differenziert, eine Entwicklungskomponente und eine Aufholkomponente. Erstere ergibt sich aus allgemeinen Trends wie der fortgesetzten Tertiärisierung der Wirtschaft, die auch in Ostdeutschland wirksam sind. Mit Blick auf den Aufholprozess in Ostdeutschland wird hier zwar grundsätzlich die Ausstattung Westdeutschlands mit Dienstleistungsfunktionen als Referenz herangezogen. Angesichts der sowohl in West- wie in Ostdeutschland bestehenden strukturellen Unterschiede zwischen den Regionen können allerdings einfache Durchschnittsbetrachtungen in die Irre führen. Spezifische Faktorausstattungen sowie natürliche, geografische und sozio-kulturelle Gegebenheiten führen zu unterschiedlichen Spezialisierungen der verschiedenen Teilräume eines Landes. So wird sich die wirtschaftliche Struktur Mecklenburg-Vorpommerns mit hoher Wahrscheinlichkeit auch langfristig deutlich von derjenigen Nordrhein-Westfalens unterscheiden. Wenn dies so ist, macht es aber wenig Sinn, Nordrhein-Westfalen als „Norm“ für Mecklenburg-Vorpommern zu betrachten – zumindest sollte sich die Analyse nicht darauf beschränken. Dieses exemplarisch an zwei Bundesländern verdeutlichte Argument kann prinzipiell auch für den Vergleich zwischen West- und Ostdeutschland relevant sein, so dass die Wirtschaftsstruktur des Westens nicht unbedingt eine sinnvolle Referenzgröße für den Osten sein muss.

Um der strukturellen Heterogenität Rechnung zu tragen, wird der pauschale Ost-West-Vergleich im Folgenden ergänzt um einen Vergleich von Bundesländern. Ziel ist es dabei nicht, die Differenzierungen auf der Ebene der Länder möglichst vollständig zu dokumentieren, sondern wirklich Vergleichbares miteinander zu vergleichbaren. Dazu wurden Ost-West-Paare von Bundesländern gebildet, die sich dem (statistischen) Augenschein nach strukturell ähneln. Ausgewählt wurden:

Berlin	Hamburg
Mecklenburg-Vorpommern	Niedersachsen
Sachsen-Anhalt	Nordrhein-Westfalen
Sachsen	Baden-Württemberg

Bei Berlin und Hamburg liegt die Ähnlichkeit auf der Hand. Mecklenburg-Vorpommern und Niedersachsen sind beide norddeutsche Küstenländer, die in großen Teilen ländlich strukturiert sind. Sachsen-Anhalt und Nordrhein-Westfalen haben altindustrielle Strukturen – oder zumindest Traditionen – gemeinsam, und das Paar Sachsen/Baden-Württemberg verbindet eine relativ moderne Industriestruktur. Die Analyse bezieht sich nicht auf alle in den vorigen Kapiteln diskutierten Tatbestände, sondern konzentriert sich auf einen Vergleich der Größe des Dienstleistungssektors (Erwerbstätige je 1 000 Einwohner) und seine Leistungsfähigkeit (Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen).

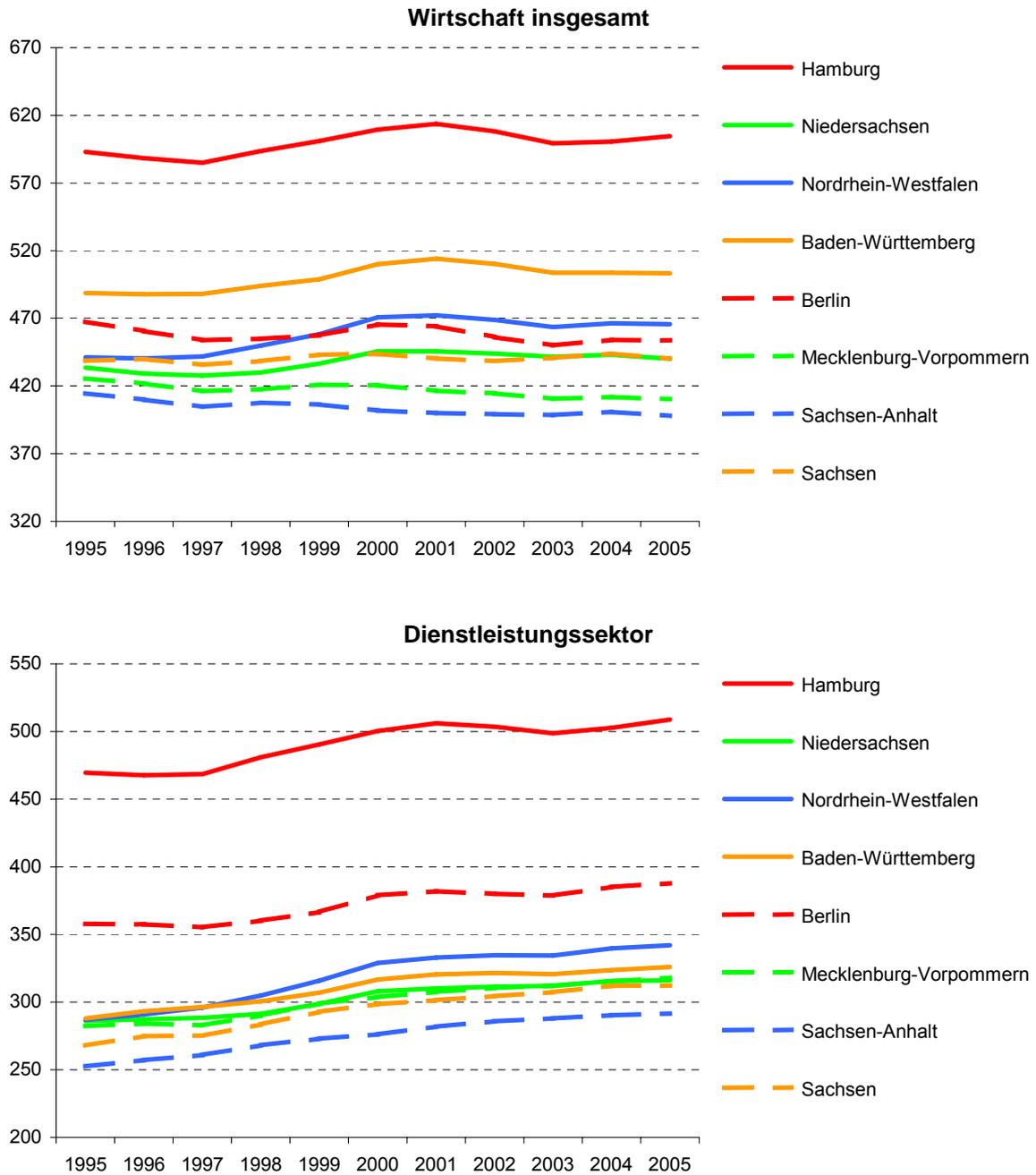
Abbildung 5-1 zeigt, dass sich die Flächenländer hinsichtlich der Größe des Dienstleistungssektors insgesamt nicht fundamental unterscheiden, weder innerhalb der beiden Landesteile noch zwischen ihnen. Allerdings liegt Sachsen-Anhalt doch recht deutlich unter dem Niveau von Nordrhein-Westfalen und sein Rückstand ist im Zeitraum 1995 bis 2005 eher noch größer geworden. Die beiden Länder weisen industriell sicher gewisse Ähnlichkeiten auf, sie unterscheiden sich aber stark in ihren Siedlungsstrukturen. Die Vielzahl von Großstädten im Raum Rhein-Ruhr, die teilweise über bedeutende überregionale Dienstleistungsfunktionen verfügen, dürfte der entscheidende Grund für die Diskrepanz zwischen beiden Ländern beim Dienstleistungsbesatz sein. Hinzu kommt, dass Sachsen-Anhalt unter den hier betrachteten ostdeutschen Ländern das Schlusslicht ist, sowohl in Bezug auf die Größe des Dienstleistungssektors als auch hinsichtlich des Beschäftigungsniveaus in der Wirtschaft insgesamt.

Die Abbildung macht auch ein grundlegendes Problem der ostdeutschen Dienstleistungswirtschaft deutlich, die Schwäche Berlins als Dienstleistungszentrum.¹⁶ Die Hauptstadt liegt mit ihrem Dienstleistungsbesatz zwar deutlich über den ostdeutschen Flächenländern, sie bleibt aber weit hinter Hamburg zurück, und dies obwohl öffentliche Dienste in Berlin stark vertreten sind.

¹⁶ Auch die beiden anderen ostdeutschen Großstädte und Metropolregionen, Leipzig und Dresden, erreichen bei Weitem noch nicht den Status einer deutschen Dienstleistungsmetropole (Geppert und Gornig 2006), vgl. auch Abschnitt 7.1.

Abbildung 5-1

Erwerbstätige insgesamt und im Dienstleistungssektor je 1 000 Einwohner – ausgewählte Bundesländer



Quellen: VGR der Länder; Berechnungen des DIW Berlin.

Abgesehen vom öffentlichen Sektor erreicht Berlin nur im Gastgewerbe annähernd das Niveau Hamburgs (Tabelle 5-1). Die Tourismuswirtschaft gehört zu den Bereichen, die in Berlin in den vergangenen zehn Jahren wesentlich stärker als in den übrigen deutschen Großstädten gewachsen sind. Eine sektoral differenziertere Betrachtung zeigt, dass dies auch für eine Reihe anderer überregional orientierter Dienste gilt: Informationstechnologie, Werbung, Sonstige Unternehmensdienste, Interessenvertretungen und Medien (Tabellen A-5 und A-6 sowie Gerecht und Gornig 2005). Selbst in diesen Wachstumsfeldern Berlins sind aber die Rückstände im Niveau gegenüber Hamburg teilweise noch sehr groß.

Tabelle 5-1

Erwerbstätige nach Dienstleistungszweigen je 1 000 Einwohner in ausgewählten Bundesländern 1995 und 2005

	Hamburg		Niedersachsen		Nordrhein-Westfalen		Baden-Württemberg	
	1995	2005	1995	2005	1995	2005	1995	2005
Wirtschaft insgesamt	593,0	604,5	433,6	440,2	441,2	465,6	488,7	503,3
Dienstleistungssektor	469,7	508,9	286,1	316,1	287,0	342,0	288,0	326,1
Handel, Gastgewerbe, Verkehr	190,6	177,6	110,5	115,9	114,2	122,2	108,0	112,8
Handel	108,9	100,8	70,5	72,1	75,4	77,7	68,1	70,3
Gastgewerbe	20,3	25,5	17,1	20,6	14,7	18,9	16,9	19,9
Verkehr	61,4	53,2	22,9	23,8	24,1	25,2	22,9	22,5
Finanz- und Unternehmensdienste	114,3	159,5	46,3	62,1	50,4	79,6	57,4	79,4
Kreditinstitute, Versicherungen	35,5	32,1	13,7	13,2	14,8	14,9	16,8	16,2
Unternehmensdienste, Wohnungswesen	78,7	118,1	32,6	45,9	35,6	60,9	40,6	60,0
Öffentliche und private Konsumdienste	164,8	171,8	129,3	138,2	122,4	140,2	122,7	134,0
Öffentl. Verwalt., Rechtspf., Sicherheit, Soz.versich.	46,5	36,5	39,6	33,6	32,6	28,3	33,1	29,0
Sonstige öffentl. und priv. Dienste	118,3	132,5	89,7	103,1	89,9	108,6	89,6	102,8
	Berlin		Mecklenburg-Vorpommern		Sachsen-Anhalt		Sachsen	
	1995	2005	1995	2005	1995	2005	1995	2005
Wirtschaft insgesamt	467,7	453,7	425,5	410,2	414,6	397,8	438,7	440,1
Dienstleistungssektor	357,8	387,9	282,4	317,9	252,6	291,7	267,9	312,1
Handel, Gastgewerbe, Verkehr	114,4	105,5	98,7	105,8	90,1	94,9	96,2	101,1
Handel	62,1	55,6	51,7	57,4	53,3	56,5	55,5	59,9
Gastgewerbe	17,6	23,7	16,3	26,1	11,3	15,5	13,2	17,5
Verkehr	34,7	25,4	30,7	23,0	25,5	24,5	27,5	24,1
Finanz- und Unternehmensdienste	78,1	100,0	38,7	54,9	34,6	53,2	46,4	69,0
Kreditinstitute, Versicherungen	15,5	13,0	8,6	8,1	7,3	7,9	9,7	10,5
Unternehmensdienste, Wohnungswesen	62,6	83,3	30,1	44,8	27,3	43,0	36,7	55,6
Öffentliche und private Konsumdienste	165,3	182,5	145,0	157,3	128,0	143,6	125,3	142,1
Öffentl. Verwalt., Rechtspf., Sicherheit, Soz.versich.	49,8	48,6	44,7	46,3	37,2	38,8	34,2	35,5
Sonstige öffentl. und priv. Dienste	115,5	129,3	100,3	106,3	90,8	101,7	91,0	104,5

Die Angaben für die Untergruppen Handel, Gastgewerbe, Verkehr, Kreditinstitute, Versicherungen, Wohnungswesen, Unternehmensdienste, Öffentliche Verwaltung sowie Sonstige öffentliche und private Dienste beziehen sich auf das Jahr 2003.

Quellen: VGR der Länder; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2006

Das Land Niedersachsen weist in der Größe und der sektoralen Struktur des Dienstleistungsbereichs nicht nur Ähnlichkeiten mit Mecklenburg-Vorpommern, sondern auch mit den anderen hier betrachteten ostdeutschen Flächenländern auf. Finanz- und Unternehmensdienste sind dort relativ schwach vertreten, staatliche Dienste dagegen – trotz deutlicher Einsparungen in den letzten Jahren – noch relativ stark. Das im Osten führende Flächenland

Sachsen ist zwar von seinem westlichen Counterpart Baden-Württemberg in einigen Bereichen noch weit entfernt, den Beschäftigungsstand Niedersachsens und seine Struktur hat es aber bis auf das Defizit im Handel schon erreicht.

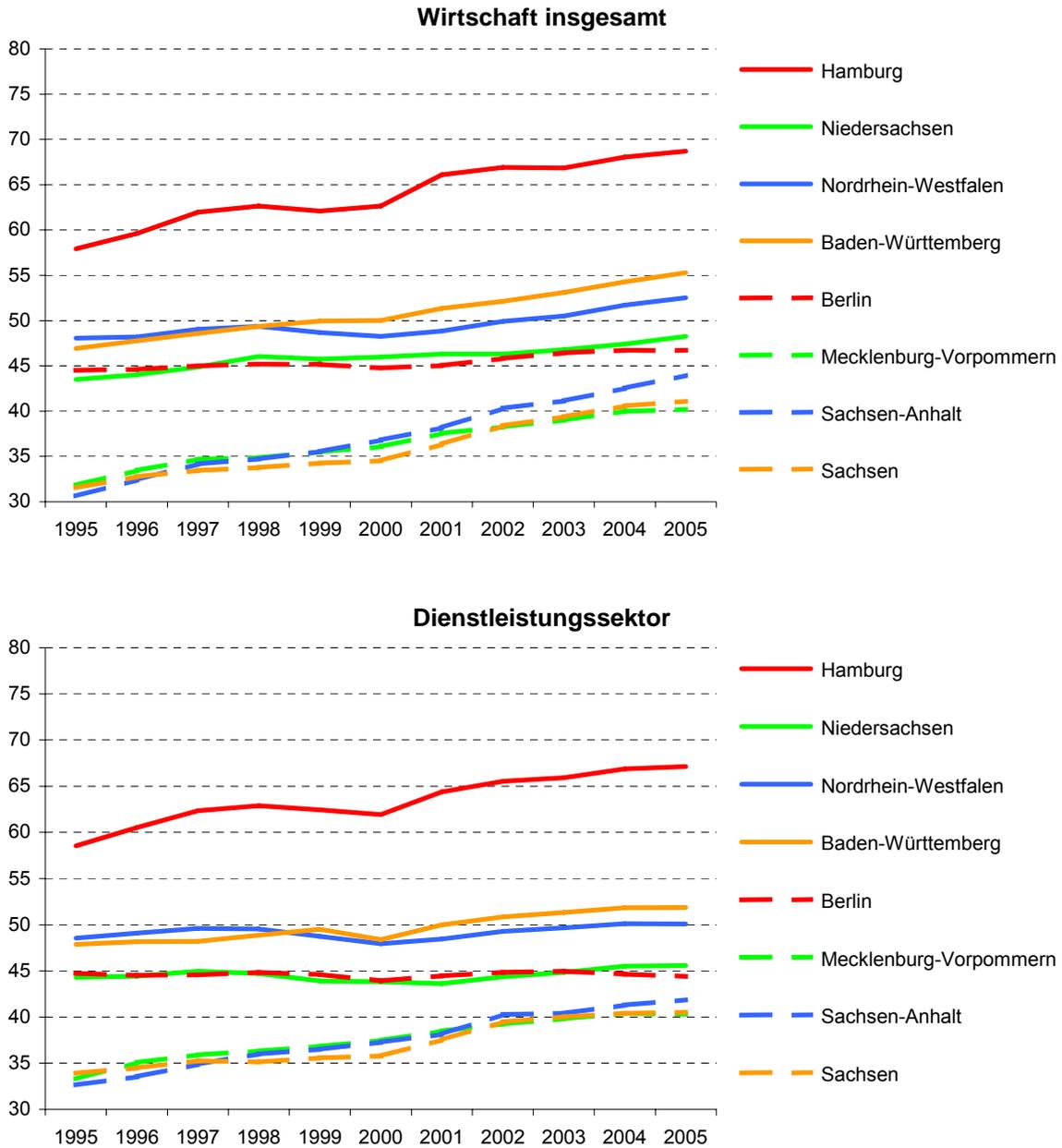
Bei der ökonomischen Leistungsfähigkeit des Dienstleistungssektors, seiner Produktivität, sind die Positionen zwischen den Bundesländern nicht grundlegend anders als beim Beschäftigtenbesatz. Die Kluft zwischen Berlin und Hamburg ist hier noch größer, und sie ist von 1995 bis 2005 deutlich gewachsen (Abbildung 5-2 und Tabelle 5-2). Die ostdeutschen Flächenländer unterscheiden sich hinsichtlich Niveau und Entwicklung der Produktivität des Dienstleistungssektors nicht nennenswert. Den Rückstand gegenüber den westdeutschen Ländern haben sie in den letzten zehn Jahren erheblich verringert. Sie erreichten im Jahr 2005 rund 90 % des niedersächsischen Niveaus.

Für die Tatsache, dass die Gesamtwirtschaft und der Dienstleistungssektor Niedersachsens innerhalb Westdeutschlands unterdurchschnittlich entwickelt sind, dürften ähnliche Faktoren maßgeblich sein wie für die wirtschaftlichen Defizite Ostdeutschlands: eine relativ kleine und ungünstig strukturierte Industrie, nur wenige größere städtische Zentren, ein hoher Anteil dünn besiedelter ländlicher Gebiete, ein Mangel an großen Unternehmenszentralen und eine schwache Präsenz hochwertiger, überregional orientierter Unternehmensdienste. Diese Struktur hat sich in Niedersachsen unter den dortigen spezifischen Standortbedingungen herausgebildet, sie wird sich nur auf längere Sicht verändern lassen. Auch für Ostdeutschland ist ein solcher Zeitbedarf in Rechnung zu stellen.

Abbildung 5-2

**Entwicklung der Produktivität in der Wirtschaft insgesamt und im Dienstleistungssektor
 - ausgewählte Bundesländer**

1 000 Euro



Quellen: VGR der Länder; Berechnungen des DIW Berlin.

Tabelle 5-2

**Produktivität nach Dienstleistungszweigen in ausgewählten Bundesländern
1995 und 2005**

1 000 Euro

	Hamburg		Niedersachsen		Nordrhein-Westfalen		Baden-Württemberg	
	1995	2005	1995	2005	1995	2005	1995	2005
Wirtschaft insgesamt	57,9	68,7	43,5	48,3	48,1	52,5	46,9	55,3
Dienstleistungssektor	58,6	67,1	44,3	45,6	48,6	50,1	47,9	51,9
Handel, Gastgewerbe, Verkehr	44,9	60,3	30,8	34,6	33,5	36,5	32,6	40,1
Handel	44,9	56,5	29,0	29,7	32,7	35,2	33,0	39,7
Gastgewerbe	18,7	20,4	16,5	16,8	18,6	18,1	17,1	18,4
Verkehr	53,6	69,6	46,9	54,9	45,2	48,1	43,0	52,7
Finanz- und Unternehmensdienste	102,1	98,4	103,1	86,0	110,2	89,2	103,9	91,4
Kreditinstitute, Versicherungen	74,1	97,5	57,1	63,4	61,4	71,3	60,1	78,0
Unternehmensdienste, Wohnungswesen	114,7	101,8	122,4	93,9	130,6	94,7	121,9	95,9
Öffentliche und private Konsumdienste	44,2	45,2	34,8	36,7	37,2	39,7	35,1	38,3
Öffentl. Verwalt., Rechtspf., Sicherheit, Soz.versich.	37,8	46,8	37,3	43,8	41,8	49,1	35,8	41,8
Sonstige öffentl. und priv. Dienste	46,7	46,0	33,7	34,9	35,5	37,8	34,8	37,8
	Berlin		Mecklenburg-Vorpommern		Sachsen-Anhalt		Sachsen	
	1995	2005	1995	2005	1995	2005	1995	2005
Wirtschaft insgesamt	44,5	46,7	31,8	40,2	30,6	44,0	31,5	41,1
Dienstleistungssektor	44,7	44,4	33,3	40,3	32,7	41,9	33,9	40,5
Handel, Gastgewerbe, Verkehr	30,1	32,6	27,7	32,2	26,1	38,3	25,8	29,0
Handel	29,9	36,2	26,1	27,5	24,5	37,0	24,5	26,1
Gastgewerbe	19,9	19,2	15,5	16,6	15,7	14,6	14,3	15,4
Verkehr	35,5	38,6	36,7	52,7	34,0	40,6	33,9	41,3
Finanz- und Unternehmensdienste	85,9	72,2	61,5	74,1	62,6	68,0	60,7	71,0
Kreditinstitute, Versicherungen	80,3	88,9	38,4	55,1	38,2	55,3	42,1	60,2
Unternehmensdienste, Wohnungswesen	87,3	69,4	68,1	77,3	69,1	69,5	65,6	73,2
Öffentliche und private Konsumdienste	35,5	36,0	29,6	34,0	29,2	34,6	30,3	33,9
Öffentl. Verwalt., Rechtspf., Sicherheit, Soz.versich.	37,9	43,9	32,5	40,2	31,8	39,2	32,6	38,8
Sonstige öffentl. und priv. Dienste	34,4	35,0	28,2	32,3	28,1	33,2	29,4	32,5

¹ Die Angaben für die Untergruppen Handel, Gastgewerbe, Verkehr, Kreditinstitute, Versicherungen, Wohnungswesen, Unternehmensdienste, Öffentliche Verwaltung sowie Sonstige öffentliche und private Dienste beziehen sich auf das Jahr 2003.

Quellen: VGR der Länder; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2006

5.2 Ausgewählte mittel- und osteuropäische Länder

Der im vorigen Abschnitt angesprochenen Zeitaspekt bei der Veränderung wirtschaftlicher Strukturen wird hier noch etwas weiter verfolgt. Ist Ostdeutschland schnell oder langsam auf dem Weg in die Dienstleistungsgesellschaft? Diese Frage lässt sich natürlich nicht exakt beantworten, weil ein objektiver Maßstab für die Beurteilung der Geschwindigkeit fehlt. Durch internationale Vergleiche kann man aber zumindest Hinweise und Teilantworten finden. Im Folgenden wird daher untersucht, wie Ostdeutschland im Vergleich mit den größeren neuen Mitgliedsländern der EU - Polen, Tschechien und Ungarn - beim Aufbau eines marktwirtschaftlich organisierten Dienstleistungsbereichs vorangekommen ist. Diese Länder standen zu Beginn der 1990er Jahre vor ganz ähnlichen Struktur- und Anpassungsproblemen wie Ostdeutschland

Ein solcher internationaler Vergleich stößt indes auf große Datenrestriktionen. Sektorale tief gegliederte Statistiken zur wirtschaftlichen Leistung und zur Beschäftigung stehen nicht zur Verfügung, und bei den vorhandenen Informationen ist teilweise nicht ganz klar, wie gut sie über Ländergrenzen hinweg vergleichbar sind. Im vorliegenden Fall wird auf die in allen EU-Ländern jährlich durchgeführte Stichprobenerhebung zur Beschäftigung (Arbeitskräfteerhebung) zurückgegriffen, die eine grobe sektorale Differenzierung der Erwerbstätigen erlaubt. Die letzten Daten beziehen auf das Jahr 2004.

Die Tabelle 5-3 macht deutlich, dass zwischen Ostdeutschland und den Vergleichsländern große strukturelle Unterschiede bestehen. Polen ist – gemessen an der Beschäftigung – noch weitgehend ein Agrarland, Tschechien ist relativ stark durch Industrie geprägt, und Ungarn weist im Großen und Ganzen eine ähnliche Beschäftigungsstruktur auf wie Westdeutschland, allerdings bei deutlich niedrigerem Niveau der Beschäftigung bezogen auf die Einwohnerzahl. Kennzeichnend für Ostdeutschland ist vor allem ein sehr niedriger Anteil der Industrie. Ohne den Schutz durch nationale Rahmenbedingungen und Wechselkurspolitik ist die ostdeutsche Industrie innerhalb weniger Jahre auf einen Bruchteil ihres ehemaligen Beschäftigtenstandes reduziert worden. Je 1 000 Einwohner waren 2004 in diesem Zweig (einschließlich Bergbau und Energiewirtschaft) rund 70 Beschäftigte tätig - in Tschechien waren es fast doppelt so viele.

Tabelle 5-3
Beschäftigung nach Wirtschaftszweigen 2004
Beschäftigte je 1 000 Einwohner

	Tschechien	Ungarn	Polen	Ost- deutsch- land	West- deutsch- land
Land- und Forstwirtschaft	19,8	19,8	65,0	11,3	9,8
Produzierendes Gewerbe	180,5	127,0	104,1	112,8	139,8
Bergbau, verarb.Gewerbe, Energie/Wasser	137,9	96,3	83,5	70,7	113,1
Baugewerbe	42,6	30,6	20,6	42,2	26,8
Dienstleistungen	258,7	239,2	192,1	289,3	284,3
Handel, Gastgewerbe, Verkehr, Nachrichten	114,5	98,6	80,3	98,3	98,5
Finanz- und Unternehmensdienste	36,7	35,2	28,0	47,8	56,7
Öffentliche und private Konsumdienste	106,0	105,2	83,3	142,3	127,1
Öffentliche Verwaltung	30,2	28,9	23,4	38,7	33,0
Erziehung und Unterricht	27,4	33,0	28,0	28,0	23,6
Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen	30,7	26,9	20,8	49,0	48,7
Sonstige öffentliche und private Dienste	17,8	16,5	11,1	26,6	21,8
Insgesamt	459,1	385,9	361,3	413,5	433,9

Quellen: Arbeitskräfteerhebung; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2006

Der Dienstleistungssektor ist dagegen in Ostdeutschland erheblich größer als in den Vergleichsländern. Noch deutlicher als im innerdeutschen Vergleich zeigt sich aber, dass die staatliche Verwaltung sowie öffentliche und private Konsumdienste in Ostdeutschland stark ausgebaut sind. Insofern kann aus dem hohen Dienstleistungsanteil nicht ohne Weiteres geschlossen werden, Ostdeutschland sei mit dem Aufbau eines marktwirtschaftlich strukturierten Dienstleistungsbereichs schon weiter vorangekommen als die Vergleichsländer, denn auch die privaten Konsumdienste in Ostdeutschland werden in erheblichem Umfang durch staatliche Transferleistungen gestützt.

Allerdings haben Finanz- und Unternehmensdienste in Ostdeutschland ebenfalls ein relativ hohes Gewicht. Ostdeutschland liegt in dieser Hinsicht etwa in der Mitte zwischen den östlichen Vergleichsländern und Westdeutschland. Ähnliche Relationen zeigen sich in einer Gliederung der Beschäftigtendaten nach Technologie- und Wissensintensität (Tabelle 5-4). Mit 43 Beschäftigten je 1 000 Einwohnern in wissensintensiven Finanz- und Unternehmensdiensten weist Ostdeutschland einen deutlichen Vorsprung gegenüber Tschechien (32), Ungarn (31) und Polen (26) auf.¹⁷

Als Resümee dieses internationalen Vergleichs kann festgehalten werden, dass Ostdeutschland sich aufgrund der Transfers aus dem Westen - und sozusagen als Kompensation für die stark reduzierte Industrie – einen relativ großen Bereich öffentlicher und privater Konsumdienste leisten kann. Darüber hinaus sind aber auch privatwirtschaftlich organisierte wissensintensive Dienste deutlich stärker ausgebaut als den östlichen Vergleichsländern.

¹⁷ Diese Gliederung der Beschäftigtendaten nach Technologie- und Wissensintensität folgt einem relativ groben Branchenraster. So wird der gesamte WZ-Zweisteller 74 zu wissensintensiven Diensten gerechnet, einschließlich der in dieser Gruppe ebenfalls enthaltenen einfachen Tätigkeiten wie Wachdienste und Reinigung.

Tabelle 5-4

Beschäftigte nach Technologie- und Wissensintensität 2004

Beschäftigte je 1 000 Einwohner

	Tschechien	Ungarn	Polen	Ost- deutsch- land	West- deutsch- land
Verarbeitendes Gewerbe	124,8	88,6	72,6	65,7	108,0
Hightech-Industrien	5,9	10,0	1,8	5,8	8,4
Medium-hightech-Industrien	35,3	22,0	15,7	21,7	45,2
Medium-lowtech-Industrien	38,1	17,9	16,0	17,4	24,9
Lowtech-Industrien	45,4	38,6	39,1	20,9	29,5
Dienstleistungen	257,8	238,1	190,5	289,3	284,3
Wissensintensive Dienste	112,6	109,7	87,1	141,3	143,9
Wissensintensive Hightech-Dienste	14,1	11,4	7,6	12,3	14,9
Wissensintensive Unternehmensdienste	22,7	22,9	18,4	33,1	32,9
Wissensintensive Finanzdienste	9,2	7,7	7,1	9,7	17,0
Andere wissensintensive Dienste	66,5	67,6	53,9	86,2	79,1
Einfache Dienste	145,2	128,4	103,4	148,0	140,4
Einfache Unternehmensdienste	105,4	90,6	73,8	91,0	90,4
Andere einfache Dienste	39,8	37,8	29,7	57,0	50,0
Wirtschaft insgesamt	458,3	385,3	358,3	413,5	433,9

Quellen: Eurostat-Technologiestatistiken; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2006

6 Struktur- und Erfolgskennziffern zum Dienstleistungssektor Ostdeutschlands

In diesem Kapitel stehen strukturelle Aspekte sowie Kennziffern zu den Aktivitäten und zum Erfolg der Dienstleistungsunternehmen im Vordergrund. Auch diesem Untersuchungsteil liegen aggregierte Daten aus amtlichen Statistiken zugrunde (vgl. im Unterschied dazu die Analysen auf der Basis von Mikrodaten in Kapitel 8). Die Analyse konzentriert sich auf die folgenden Arbeitsschritte:

- Systematisierung des Dienstleistungssektors nach einem dreidimensionalen Gliederungskonzept (Art der Leistung, Verwendung, Marktreichweite). Ziel ist es hier, Hinweise auf Wachstumspotenziale des ostdeutschen Dienstleistungssektors zu gewinnen.
- Berechnung wichtiger betriebs- bzw. unternehmensbezogener Kennziffern: Betriebsgröße, Ertragskraft, Investitionen. Auch dabei geht es um Hinweise auf die Leistungsfähigkeit und die Wachstumspotenziale der ostdeutschen Dienstleistungswirtschaft.
- Analyse der Tätigkeitsstruktur des verarbeitenden Gewerbes. Hier sollen - ergänzend zu den Daten für den Dienstleistungssektor - die Dienstleistungsaktivitäten der Industrie nach Umfang und Struktur erfasst werden.

Auch in diesem Kapitel werden die untersuchten Tatbestände durchgängig im Ost-West-Vergleich betrachtet.

6.1 Differenzierung der Dienstleistungen nach der Art der Leistung, der Verwendung und der Marktreichweite

Die hier präsentierte Strukturierung des Dienstleistungssektors orientiert sich strikt am Marktkonzept und hat die Entwicklungspotenziale der verschiedenen Dienstleistungsaktivitäten sowie der Regionen, in denen sie angesiedelt sind, im Blick. Der Dienstleistungssektor wird dabei nach drei Dimensionen gegliedert:

- Produktart/Angebot
- Verwendungsart/Nachfrage
- Marktreichweite/Regionenwettbewerb

Hoch entwickelte Volkswirtschaften und Regionen können ihre Position an der Spitze der globalen Einkommenshierarchie nur halten, wenn sie auch in der technologischen Entwicklung und der Produktion neuen Wissens an der Spitze bleiben. Der von der neueren Wachstumstheorie (z. B. Lucas 1988; Romer 1990) betonte Zusammenhang zwischen Wissen und ökonomischem Wachstum lässt sich auch empirisch belegen (z. B. OECD 2003). Dabei sind einmal bestehende Technologie- und Einkommensunterschiede keineswegs für immer zementiert. Vielmehr können rückständige Länder und Regionen durch Imitation und verstärkte eigene Innovationsanstrengungen aufholen (z. B. Jones 1997). In jedem Falle spielen jedoch Humankapital und Wissen eine zentrale Rolle für die wirtschaftliche Entwicklung und das Einkommensniveau. Für die Beurteilung der Leistungsfähigkeit und der Perspektiven einer Region erscheint es vor diesem Hintergrund wichtig, ihre wirtschaftlichen Aktivitäten nach der Technologie- und Wissensintensität zu unterscheiden. In der *ersten Dimension* des Strukturierungskonzepts für den Dienstleistungssektor – Art der Leistung – werden daher die Dienste neben der Gliederung nach Branchen auch nach den beiden Kategorien „wissensintensiv“ und „einfach“ differenziert. Basis für diese Einteilung sind der Mikrozensus für 2004 und eine vom DIW Berlin modifizierte Version der Berufsklassifikation von Blossfeld (1985). Weisen Branchen – in Deutschland insgesamt – überdurchschnittliche Anteile hochqualifizierter Beschäftigter auf, werden sie als wissensintensiv, im anderen Fall als einfach eingestuft. Das Ergebnis dieser Branchenklassifikation ist in Tabelle A-7 im Anhang dargestellt.

In der *zweiten Dimension* des Strukturierungskonzepts wird differenziert nach intermediären Diensten, die als Vorleistungen in den weiteren Produktionsprozess eingehen, und finalen Diensten, die unmittelbar für Konsumenten erstellt werden. Das Absatzpotenzial für letztere wird wesentlich von der Kaufkraft und dem Nachfrageverhalten der privaten Haushalte bestimmt, während erstere vom gesamtwirtschaftlichen Wachstum sowie den Produktions- und Organisationskonzepten der Dienstleistungen nachfragenden Unternehmen abhängen. Die Klassifikation der Dienste nach der Verwendung folgt der Input-Output-Rechnung des Statistischen Bundesamtes (2006a) für Deutschland insgesamt. Dienstleistungsbranchen, die mehr als die Hälfte ihrer Leistungen als Vorleistungen für die weiteren Stufen des volkswirtschaftlichen Produktions- und Investitionsprozesses erbringen, werden als intermediär eingestuft, die übrigen als final. Das Ergebnis dieser Klassifikation von Dienstleistungsbranchen ist ebenfalls in Tabelle A-7 im Anhang dokumentiert.

Die *dritte Dimension* des Strukturierungskonzepts für den Dienstleistungssektor zielt auf die Marktreichweite. Dabei wird nach regionalen und überregionalen Diensten unterschieden. Dies ist von zentraler Bedeutung für die Beurteilung der Wachstumschancen spezifischer Dienstleistungszweige wie auch für die Einschätzung der ökonomischen Bedeutung dieser Branchen für die jeweiligen Standorte und Regionen. Dienstleistungen, die nur im lokalen Rahmen gehandelt werden, können kaum zur wirtschaftlichen Dynamik der Regionen beitragen, ihr Absatzpotenzial ist auf das Einkommen der jeweiligen Region begrenzt. Prosperität und Wachstum der Regionen werden hingegen wesentlich bestimmt von ihrem Marktanteil bei überregional gehandelten Dienstleistungen (und Waren). Das Absatzpotenzial ist hier lediglich durch den nationalen oder sogar den globalen Markt begrenzt, allerdings befinden sich die Regionen in intensivem Wettbewerb untereinander. Ihr Erfolg hängt letztlich von ihrer Attraktivität als Standort für überregional aktive Unternehmen ab.

Die Datengrundlage für die Klassifizierung der Dienste nach der Marktreichweite ist allerdings weniger gut als im Falle der anderen beiden Strukturierungsdimensionen. Erste Anhaltspunkte bietet die Input-Output-Rechnung, die auch ausweist, welcher Teil der inländischen Produktion ins Ausland geliefert wird. Im Durchschnitt exportierten die Unternehmen und Institutionen des deutschen Dienstleistungssektors im Jahr 2002 rund 5,5 % ihrer Leistungen.¹⁸ Dienstleistungen werden damit im Durchschnitt zwar wesentlich weniger international gehandelt als Waren, die Exportquote bei Diensten zeigt aber eine stark steigende Tendenz. Diese Informationen aus der Input-Output-Rechnung decken sich mit den Ergebnissen der Dienstleistungsstatistik, die als jährlich wechselnde 15%-Stichprobe in den Wirtschaftsbereichen I (Verkehr und Nachrichtenübermittlung) sowie K (Dienstleistungen für Unternehmen) erhoben wird.¹⁹ Für Branchen mit überdurchschnittlichen Ausfuhrquoten wurde hier unterstellt, dass sie auch im nationalen Rahmen relativ stark überregional ausgerichtet sind. In einem zweiten Schritt wurde anhand der Beschäftigtenstatistik der Grad der räumlichen Konzentration und der Agglomeration der einzelnen Dienstleistungsbranchen berechnet (vgl. auch Abschnitt 7.1). Überdurchschnittlich konzentrierte Branchen dürften in der Regel relativ stark überregional aktiv sein. Schließlich wurden Informationen aus einer Reihe von Unterneh-

¹⁸ Vgl. Statistisches Bundesamt (2006b): Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Input-Output-Rechnung nach 12 Gütergruppen/Produktionsbereichen, 2002, http://www.destatis.de/download/d/veroe/fach_voe/2002_12er.pdf (Zugriff am 06.11.2006).

¹⁹ Ergebnisse der Dienstleistungsstatistik für 2003 und 2004 für Deutschland insgesamt (jährliche Strukturhebung im Dienstleistungsbereich) sind beim Statistischen Bundesamt (2006c) verfügbar unter <http://www.destatis.de/allg/d/veroe/branchenberichte.htm> (Zugriff am 10.11.2006).

mensbefragungen – auch denen des DIW Berlin in Ostdeutschland – genutzt, um Dienstleistungsbranchen als regional oder überregional orientiert einzustufen. Die in diesem mehrstufigen Prozess gewonnenen Ergebnisse der Klassifizierung nach der Marktreichweite sind in der letzten Spalte von Tabelle A-7 dargestellt.

Die Umsetzung des beschriebenen Strukturierungskonzepts führt zu den in Tabelle 6-1 zusammengefassten Relationen. Insgesamt betrachtet gibt es bezüglich der Bedeutung wissensintensiver Dienste keine großen Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland. Dieses Ergebnis wird aber stark von dem in Ostdeutschland relativ großen staatlichen Sektor geprägt. Klammert man die öffentliche Verwaltung sowie die Bereiche Rechtspflege, Sicherheit und Bildung aus, so zeigt sich, dass der Beschäftigtenanteil wissensintensiver Dienstleistungsbranchen in Ostdeutschland mit knapp 39 % kleiner ist als in Westdeutschland (rund 41 %). Innerhalb der wissensintensiven Branchen ist der Grad der Wissensintensität, d. h. der Anteil der qualifizierten Beschäftigten, in Ost- und Westdeutschland sehr ähnlich. Allerdings sind bei einigen dieser Branchen die Werte für Ostdeutschland stark durch Berlin geprägt. Dies gilt vor allem für die Werbewirtschaft und die Gruppe Sonstige Dienste für Unternehmen.²⁰ In Ostdeutschland ohne Berlin ist die Wissensintensität in diesen Zweigen deutlich niedriger als in Westdeutschland (ohne die Millionenstädte Hamburg und München).

Ausgeprägte Unterschiede zwischen den beiden Landesteilen existieren auch im Hinblick auf die Verwendung (die Abnehmer) der Dienste. Der ostdeutsche Dienstleistungssektor ist relativ stark auf den privaten Konsum orientiert, dementsprechend niedrig ist das Gewicht intermediärer Dienste (rund 28 % gegenüber rund 36 % in Westdeutschland). Diese Differenz wird etwas kleiner, wenn man den staatlichen Bereich, der fast ausschließlich konsumorientierte Dienste erstellt und der in Ostdeutschland vergleichsweise groß ist, aus der Betrachtung ausschließt. Informationen dazu, ob es innerhalb der als intermediär eingestuften Dienstleistungsbranchen Abweichungen zwischen Ost- und Westdeutschland im Gewicht der intermediären Dienste an der jeweiligen Gesamtleistung der Branche gibt, sind nicht verfügbar.

²⁰ Zur Gruppe Sonstige Dienste für Unternehmen gehören folgende Zweige: Fotografisches Gewerbe, Abfüll- und Verpackungsgewerbe, Schreib- und Übersetzungsbüros, Copy-Shops, Call Centers, Ausstellungs- und Messwesen, Sachverständige, Versteigerungsgewerbe, Ateliers für Design, Auskunfteien, Inkassobüros, sonstige Vermögensberatung. Im Jahr 2005 waren in Westdeutschland 1,5 % und in Ostdeutschland gut 2 % der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten des Dienstleistungssektors in der Gruppe der sonstigen Dienste für Unternehmen tätig.

Tabelle 6-1

Klassifikation der Dienstleistungen nach der Art der Leistung, dem Verwendungszweck und der Marktreichweite für das Jahr 2005

Anteile in %

	West- deutschland	Ostdeutschland	
		mit Berlin	ohne Berlin
Alle Dienstleistungsbranchen			
Produktion			
Wissensintensiv	46,7	48,7	48,0
Einfach	53,3	51,3	52,0
Verwendung			
Intermediär	35,7	27,9	27,2
Final	64,3	72,1	72,8
Marktreichweite			
Überregional	38,8	31,4	29,6
Lokal	61,2	68,6	70,4
Kombinationen			
Wissensintensiv und überregional	24,3	20,5	17,9
Intermediär und überregional	28,8	19,9	19,2
Ohne öffentl. Verwaltung, Rechtspflege, Sicherheit und Bildung			
Produktion			
Wissensintensiv	41,1	38,9	37,0
Einfach	58,9	61,1	63,0
Verwendung			
Intermediär	40,6	34,4	34,1
Final	59,4	65,6	65,9
Marktreichweite			
Überregional	42,8	36,6	35,2
Lokal	57,2	63,4	64,8
Kombinationen			
Wissensintensiv und überregional	26,2	23,2	20,6
Intermediär und überregional	32,8	24,5	24,1

Anteile der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in den verschiedenen Dienstleistungskategorien an allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Dienstleistungssektor.

Quellen: Statistik der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten; Input-Output-Rechnung des Statistischen Bundesamtes; Berufsklassifikation nach Blossfeld (1985); verschiedene Unternehmensbefragungen; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2006

Dienstleistungszweige, die im Allgemeinen einen erheblichen Teil ihrer Produkte überregional absetzen, sind in Ostdeutschland von relativ geringer Bedeutung. Gemessen an der Zahl sozialversicherungspflichtig Beschäftigter haben diese Branchen im Westen einen Anteil am gesamten Dienstleistungssektor von fast 38 %, im Osten sind es dagegen nur gut 31 %. Auch bei der Klassifikation der Dienste nach der Marktreichweite verringert sich der Abstand zwi-

schen West und Ost etwas, wenn die staatlich dominierten Branchen, die bis auf die Hochschulen ausschließlich regionale Dienste anbieten, unberücksichtigt bleiben.

Bei denjenigen Diensten, die gleichzeitig wissensintensiv sind *und* zu einem erheblichen Teil überregional abgesetzt werden, ist der Rückstand Ostdeutschlands gegenüber dem Westen um einen Prozentpunkt größer als bei allen wissensintensiven Diensten (ohne staatlich geprägte Bereiche). Ähnliches zeigt sich bei einer kombinierten Betrachtung von intermediären *und* überregionalen Diensten. Diese Branchen haben in Ostdeutschland einen um neun Prozentpunkte niedrigeren Beschäftigtenanteil als in Westdeutschland. Während intermediäre, d. h. unternehmensbezogene Dienste, die üblicherweise im lokalen Rahmen angeboten werden (z. B. Zeitarbeit, Wach- und Schutzdienste, Reinigung) in Ostdeutschland eher einen höheren Anteil an der Gesamtbeschäftigung des Dienstleistungssektors haben als in Westdeutschland, sind überregionale Unternehmensdienste im Osten stark unterrepräsentiert.

Das Defizit an überregional orientierten Dienstleistungen in Ostdeutschland wird noch deutlicher, wenn man Ost-West-Differenzierungen innerhalb der als überregional klassifizierten Branchen berücksichtigt. Informationen dazu bietet die Dienstleistungsstatistik, zumindest was die Ausfuhr von Diensten angeht (siehe auch Anhang zu Datenquellen). Insgesamt nimmt die Exporttätigkeit der deutschen Dienstleistungsunternehmen in den Wirtschaftsabschnitten I und K zu, und Ostdeutschland hat hier von 2000 bis 2003 deutlich aufgeholt (Tabelle 6-2). Auch im Jahr 2003 erreichte aber die ostdeutsche Exportquote nur 60 % bzw. 28 % des westdeutschen Niveaus. Dabei dürfte auch eine Rolle spielen, dass die ostdeutschen Unternehmen im Allgemeinen deutlich kleiner sind als die westdeutschen. Kleine Dienstleistungsunternehmen sind generell wesentlich weniger auf ausländischen Märkten präsent als größere (Statistisches Bundesamt 2006d) (vgl. auch Abschnitt 6.2).

In der Tabelle sind nur solche Branchen einzeln aufgeführt, die im Rahmen dieser Untersuchung als überregional orientiert eingestuft wurden.²¹ Diese Branchen haben in Ostdeutschland – wie oben gezeigt – nicht nur ein vergleichsweise geringes Gewicht, auch der Grad ihrer überregionalen Orientierung ist offenbar deutlich niedriger als im Westen. Mit Ausnahme der Schifffahrt sind die ostdeutschen Unternehmen in diesen Dienstleistungszweigen immer noch in wesentlich geringerem Maße auf ausländischen Märkten erfolgreich als die westdeutschen.

²¹ Außerhalb des Berichtskreises der Dienstleistungsstatistik gibt es eine Reihe weiterer überregional orientierter Branchen, z. B. Großhandel, Hotels, Medien.

Tabelle 6-2

Exportquoten ausgewählter Dienstleistungsbranchen in Ost- und Westdeutschland 2000 und 2003

Anteile der Ausfuhr am gesamten Umsatz in %

	2000			2003		
	Exportquote Ost	Exportquote West	West = 100	Exportquote Ost	Exportquote West	West = 100
Insgesamt¹	1,0	5,0	20,2	2,0	5,3	36,6
Verkehr und Nachrichtenübermittlung²	1,4	6,2	22,0	3,2	5,4	59,8
darunter:						
[61] Schifffahrt	5,1	44,1	11,6	41,5	25,8	160,9
[631] Frachturnschlag, Lagerei	2,3	3,1	72,1	0,1	5,6	2,6
[632] Sonstige Tätigkeiten für den Verkehr	0,3	1,0	30,7	0,7	2,2	32,1
[634] Spedition, sonstige Verkehrsvermittlung	1,9	10,5	18,5	5,5	9,7	56,7
[64] Nachrichtenübermittlung	1,0	3,1	31,8	0,7	2,9	25,2
Dienstleistungen für Unternehmen³	0,9	4,1	22,2	1,5	5,3	28,1
darunter:						
[722] Softwarehäuser	3,6	13,6	26,6	6,9	15,7	43,8
[723, 724] Datenverarbeitung, Datenbanken	0,3	1,6	16,2	2,1	6,7	31,2
[73] Forschung und Entwicklung	9,4	15,8	59,3	5,9	12,2	48,5
[7411] Rechtsberatung	2,2	5,1	42,8	3,0	5,7	52,5
[7413, 7414] Marktforschung, Unternehmensberatung	2,5	6,7	37,3	3,9	6,4	61,6
[7415] Beteiligungsgesellschaften (ohne Kapitalanlageges.)	2,1	1,7	119,6	4,1	9,8	41,5
[742] Architektur- und Ingenieurbüros	1,0	8,7	12,0	2,2	7,5	28,9
[743] Technische, physikalische, chemische Untersuchung	1,8	5,3	34,7	3,7	4,1	91,0
[744] Werbung	0,3	2,5	11,8	0,6	2,8	22,5

¹ Unternehmen mit einem Jahresumsatz von 250 000 Euro und mehr in den Abschnitten I (Verkehr und Nachrichtenübermittlung) und K (Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen, a. n. g.) der Wirtschaftszweigsystematik Nace Rev.1.1. Einzelne ausgewiesen sind in der Tabelle nur solche Branchen, die im Rahmen dieser Untersuchung als überregional orientiert klassifiziert wurden.

² Abschnitt I der Wirtschaftszweigsystematik.

³ Abschnitt K der Wirtschaftszweigsystematik.

Quellen: Strukturerhebung im Dienstleistungsbereich; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2006

Deutlich weniger ungünstig ist die Position Ostdeutschlands allerdings beim zahlenmäßigen Anteil exportierender Unternehmen an allen von der Dienstleistungsstatistik erfassten Unternehmen. Ostdeutschland erreicht hier mit einem Anteil von 7 % fast zwei Drittel des westdeutschen Niveaus (Tabelle 6-3). Bei den in der Tabelle einzeln ausgewiesenen überregional orientierten Branchen liegen die Anteile exportierender Unternehmen in der Regel deutlich über dem Durchschnitt für die Wirtschaftsabschnitte I und K. An der Spitze stehen die Software-Entwicklung sowie Forschung und Entwicklung. Ein Viertel bzw. ein Drittel der Unternehmen dieser Branchen ist auch auf ausländischen Märkten aktiv, und dabei gibt es zwischen Ost- und Westdeutschland keine allzu großen Unterschiede. Bei etlichen anderen überregional ausgerichteten Dienstleistungsbranchen weist Ostdeutschland allerdings im Hinblick auf den Anteil von Unternehmen, die bereits über Exporterfahrungen verfügen, noch größere Rück-

stände auf. Dies gilt z. B. für den Bereich Logistik, die Rechtsberatung, Ingenieurbüros und Werbeagenturen.

Tabelle 6-3

Exportierende Unternehmen in ausgewählten Dienstleistungsbranchen Ost- und Westdeutschlands 2000 und 2003

Anteile an allen Unternehmen der jeweiligen Branche in %

	2000			2003		
	Exportunter- nehmen Ost	Exportunter- nehmen West	West = 100	Exportunter- nehmen Ost	Exportunter- nehmen West	West = 100
Insgesamt¹	6,5	10,8	60	6,9	11,3	62
Verkehr und Nachrichtenübermittlung²	8,0	13,5	60	7,1	13,3	54
darunter:						
[61] Schifffahrt	3,6	18,7	19	13,4	16,4	82
[631] Frachumschlag, Lagerei	10,2	16,4	62	6,7	14,7	46
[632] Sonstige Tätigkeiten für den Verkehr	8,4	14,5	58	11,0	11,2	98
[634] Spedition, sonstige Verkehrsvermittlung	13,7	23,5	58	11,3	23,5	48
[64] Nachrichtenübermittlung	7,0	7,2	97	2,8	10,2	28
Dienstleistungen für Unternehmen³	6,0	10,1	60	6,9	10,7	64
darunter:						
[722] Softwarehäuser	26,1	27,1	96	23,4	27,5	85
[723, 724] Datenverarbeitung, Datenbanken	9,3	16,7	56	14,3	18,4	77
[73] Forschung und Entwicklung	27,1	29,8	91	34,1	32,6	105
[7411] Rechtsberatung	11,4	16,0	71	12,0	19,6	61
[7413, 7414] Marktforschung, Unternehmensberatung	10,7	20,4	52	14,9	19,1	78
[7415] Beteiligungsgesellschaften (ohne Kapitalanlageges.)	1,9	9,2	21	5,0	8,2	61
[742] Architektur- und Ingenieurbüros	4,4	8,4	53	6,4	9,7	66
[743] Technische, physikalische, chemische Untersuchung	18,7	19,4	96	15,9	18,6	85
[744] Werbung	7,5	18,1	41	7,8	18,9	41

¹ Unternehmen mit einem Jahresumsatz von 250 000 Euro und mehr in den Abschnitten I (Verkehr und Nachrichtenübermittlung) und K (Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen, a. n. g.) der Wirtschaftszweigsystematik Nace Rev. 1.1. Einzelne ausgewiesen sind in der Tabelle nur solche Branchen, die im Rahmen dieser Untersuchung als überregional orientiert klassifiziert wurden.

² Abschnitt I der Wirtschaftszweigsystematik.

³ Abschnitt K der Wirtschaftszweigsystematik.

Quellen: Strukturerhebung im Dienstleistungsbereich; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2006

Aus der Tatsache, dass die Exportquoten fast durchweg erheblich niedriger sind als die Anteile exportierender Unternehmen folgt, dass eine größere Zahl von Dienstleistungsunternehmen zwar Kunden im Ausland hat, das mit ihnen abgewickelte Geschäftsvolumen aber relativ klein ist. Dies gilt für Ostdeutschland deutlich stärker als für Westdeutschland. Dass aber auch viele ostdeutsche Dienstleister – unabhängig vom bisher erreichten Exportvolumen – bereits Erfahrungen auf ausländischen Märkten gesammelt haben, deutet auf ein Potenzial für die künftige Entwicklung hin.

Die Exportaktivitäten von Dienstleistungsunternehmen werden hier als ein Indikator für den Grad der gesamten überregionalen Orientierung dieser Unternehmen betrachtet. Ostdeutschland weist hier offenbar noch deutliche Rückstände gegenüber dem Westen auf, aber auch viele ostdeutsche Anbieter von Dienstleistungen setzen einen großen Teil ihrer Leistungen außerhalb ihrer eigenen Region ab. Für ausgewählte hochwertige Unternehmensdienste lässt sich dies anhand der Ergebnisse der Unternehmensbefragung des DIW Berlin in Ostdeutschland im Jahr 2004 zeigen. Einbezogen waren dabei Unternehmen der Branchen Informationstechnologie (Software-Entwicklung, DV-Dienste etc.), Unternehmensberatung, Ingenieurdienste, technisch-naturwissenschaftliche Labore und Werbung (siehe auch Anhang zu Datenquellen). Nur gut ein Zehntel der Unternehmen dieser Branchen beschränkt sich auf den lokalen Absatzmarkt (Tabelle 6-4). Rund zwei Drittel der Unternehmen haben auch Kunden in Westdeutschland und fast ein Drittel ist auf ausländischen Märkten präsent.²² Diese Anteile nehmen tendenziell zu, d. h. immer mehr ostdeutschen Anbietern von hochwertigen Unternehmensdiensten gelingt es, ihre Leistungen auch in weiter entfernten Regionen abzusetzen.

Tabelle 6-4

Absatzregionen von ostdeutschen Anbietern ausgewählter Unternehmensdienste 2002 - 2004

Anteil der Nennungen in %

	2002	2003	2004
Unternehmen mit Kunden ...			
... nur in der näheren Umgebung ¹	11	11	11
... anderswo im Inland	88	88	88
<i>darunter:</i>			
... anderswo in den neuen Ländern	79	79	79
... anderswo in den alten Ländern	63	65	65
... im Ausland	29	30	31

Mehrfachnennungen möglich.

Die Angaben beziehen sich auf ostdeutsche Unternehmen der Branchen Informationstechnologie (Software-Entwicklung, DV-Dienste etc.), Forschung und Entwicklung, Unternehmensberatung, Ingenieurdienste, technisch-naturwissenschaftliche Labore, Werbung.

¹ Innerhalb eines Radius von etwa 30 km um das Unternehmen.

Quelle: Befragung des DIW Berlin vom Herbst 2004.

DIW Berlin 2006

²² Nach der Befragung des DIW Berlin sind die Anteile exportierender Unternehmen teilweise höher als nach der Dienstleistungsstatistik, vgl. Tabelle 6-3. Dies liegt im Wesentlichen an der Auswahl der Branchen für die DIW-Befragung. Dabei wurden z. B. Architekturbüros nicht berücksichtigt; bei ihnen dürfte der Anteil exportierender Unternehmen deutlich niedriger sein als bei den in die Befragung einbezogenen Ingenieurbüros für technische Fachplanung und für Design.

Das Gewicht des überregionalen Umsatzes ist bei den in die Befragung des DIW Berlin einbezogenen Branchen groß. Mehr als die Hälfte der Unternehmen liefern ihre Leistungen überwiegend in andere Regionen (Tabelle 6-5). Dabei sind Exporte nicht einmal berücksichtigt. Auch diese Daten zeigen, dass die ostdeutschen Anbieter von hochwertigen Unternehmensdiensten sich zunehmend überregional orientieren; der Anteil der Unternehmen, bei denen der Umsatz im lokalen Rahmen stark dominiert, geht tendenziell zurück, während immer mehr Unternehmen große Teile ihrer Leistungen überregional absetzen.

Tabelle 6-5

Anteil des überregionalen Umsatzes bei ostdeutschen Anbietern ausgewählter Unternehmensdienste 2002 - 2004

	2002	2003	2004
Unternehmen mit einem Anteil des überregionalen Umsatzes ¹ (ohne Export) von ...			
0 %	16	14	14
1 bis unter 10 %	4	4	4
10 bis unter 25 %	16	17	16
25 bis unter 50 %	12	12	13
50 % und mehr	52	53	53
Gesamt	100	100	100

Die Angaben beziehen sich auf ostdeutsche Unternehmen der Branchen Informationstechnologie (Software-Entwicklung, DV-Dienste etc.), Forschung und Entwicklung, Unternehmensberatung, Ingenieurdienste, technisch-naturwissenschaftliche Labore, Werbung.

¹ Umsatz mit Kunden außerhalb eines Radius von etwa 30 km um den Standort des Unternehmens.

Quelle: Befragung des DIW Berlin vom Herbst 2004.

DIW Berlin 2006

Trotz dieser positiven Tendenzen bleibt festzuhalten, dass die Anbieter intermediärer Dienste in Ostdeutschland wesentlich weniger auf überregionale Märkte ausgerichtet sind als in Westdeutschland. Der Hauptgrund dafür dürfte der gleiche sein wie für das insgesamt geringe Gewicht intermediärer Dienste in Ostdeutschland: der Mangel an heimischer Nachfrage. Intermediäre (unternehmensbezogene) Dienste werden zwar auch überregional ausgetauscht, zu einem großen Teil greifen die Nachfrager aber auf das Angebot im näheren Umkreis zurück.²³ Dieser empirische Befund dürfte Resultat eines wechselseitigen Prozesses sein: Dienstleistungen nachfragende Unternehmen präferieren Anbieter in der Umgebung und umgekehrt

²³ Vgl. z. B. die Erhebungen des Statistischen Bundesamtes zur Dienstleistungsnachfrage, bei denen auch der räumliche Aspekt berücksichtigt wird, Tümmler, T. (2005): Dienstleistungsnachfrage durch Unternehmen. Ergebnisse für 2003. Wirtschaft und Statistik, Heft 10, 1080-1088.

siedeln sich Anbieter dort an, wo genügend Nachfrage vorhanden ist.²⁴ Solche kumulativen Prozesse machen deutlich, dass lokale Nachfrage und überregionale Orientierung keine Gegensätze sind, sie bedingen sich vielmehr gegenseitig. Eine starke heimische Nachfrage bildet die Basis, von der aus die Unternehmen auch auf überregionalen Märkten erfolgreich operieren können. Aus der Regional- und Außenhandelsökonomik ist dieser Zusammenhang als „home market effect“ bekannt (Krugman 1980; Davis und Weinstein 1999).

Ein wesentlicher Faktor für die schwache Nachfrage nach höherwertigen Unternehmensdiensten in Ostdeutschland dürfte die relativ geringe Größe und die spezifische Struktur der heimischen Industrie sein. Der Anteil des verarbeitenden Gewerbes an der gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung ist in Ostdeutschland mit 17 % deutlich kleiner als in Westdeutschland (25 %), und innerhalb des ostdeutschen verarbeitenden Gewerbes hat die reine Fertigung ein vergleichsweise hohes Gewicht (vgl. zur Aktivitätsstruktur der ostdeutschen Industrie Abschnitt 6.3). „Verlängerte Werkbänke“ entfalten aber relativ wenig externe Nachfrage nach höherwertigen Unternehmensdiensten; sie beziehen solche Leistungen, falls überhaupt benötigt, häufig vom Mutterunternehmen.

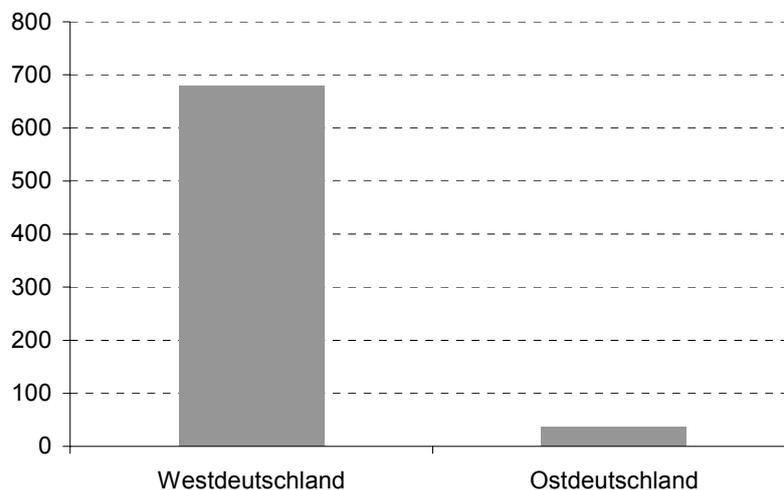
Nicht nur in der Industrie, sondern auch in den andern Wirtschaftsbereichen mangelt es Ostdeutschland an größeren Unternehmenszentralen. Empirische Studien belegen, dass Headquarters als lokale Nachfrager von hochwertigen intermediären Diensten eine wichtige Rolle für die wirtschaftliche Entwicklung von Regionen spielen (vgl. Wheeler 1988; Shilton und Stanley 1999; Davis und Henderson 2004; Lovely et al. 2005). Von den gut 700 umsatzstärksten Unternehmen in Deutschland sind nur etwas mehr als 5 % in Ostdeutschland ansässig (Abbildung 6-1). Und diese Zahlen lassen die Situation Ostdeutschlands noch als zu günstig erscheinen, denn sie enthalten nicht nur echte Unternehmenszentralen, sondern auch Tochterunternehmen, die zwar rechtlich selbständig sind, aber wirtschaftlich eher den Charakter von Zweigniederlassungen haben. Gerade solche abhängigen Unternehmen dürften aber in Ostdeutschland stark überproportional vertreten sein.

²⁴ Welche Rolle die heimische Nachfrage für die Entwicklung von Dienstleistungen spielen kann, hat sich während des Baubooms in Ostdeutschland in der ersten Hälfte der 90er Jahre gezeigt. In dieser Zeit expandierten auch die Architektur- und Ingenieurbüros in Ostdeutschland sehr stark. Mit der scharfen Trendwende in der ostdeutschen Bauwirtschaft Mitte der 90er Jahre setzte dann auch eine deutliche Schrumpfung der Beschäftigung bei den baubezogenen Planungsbüros ein, vgl. auch Tabelle A-1 im Anhang.

Abbildung 6-1

Verteilung der 717 umsatzstärksten Unternehmen in Deutschland auf West- und Ostdeutschland

Unternehmenssitz im Jahr 2006



Quellen: Die Großen 500, Müssig Verlag, Stand September 2006;
Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2006

Aus der regional vergleichenden Analyse der Strukturen des ostdeutschen Dienstleistungssektors können Hypothesen und Schlussfolgerungen sowohl bezüglich der zurückliegenden Entwicklung als auch im Hinblick auf die Perspektiven für die Zukunft abgeleitet werden. Während der öffentliche Sektor in Ostdeutschland überrepräsentiert ist, sind privatwirtschaftliche Dienstleistungen immer noch erheblich schwächer ausgebaut als in Westdeutschland. Zwar ist der Aufholprozess bei privaten Konsumdiensten – sicher auch gestützt durch die Transfers von West nach Ost im Rahmen der Systeme der sozialen Sicherung – schon recht weit fortgeschritten (vgl. auch Sinn 2002; Blien und Haas 2005), bei Unternehmensdiensten, insbesondere solchen mit hohem Wissensgehalt, weist Ostdeutschland aber im Vergleich zum Westen noch große Defizite auf. Ein wesentlicher Grund dafür ist, dass die heimische Nachfrage nach solchen Leistungen innerhalb Ostdeutschlands relativ gering ist. Da sich unter diesen Bedingungen zu wenige leistungsfähige Dienstleistungsunternehmen in Ostdeutschland etabliert haben, blieb in der Folge auch die Position Ostdeutschlands auf überregionalen Märkten unterentwickelt.

Für die künftige Beschäftigungsentwicklung im Dienstleistungssektor Ostdeutschlands (vgl. Kapitel 9) ist die relativ geringe Präsenz von wissensintensiven überregionalen Diensten zu-

nächst einmal ein Handicap. Diese Branchen haben in der Vergangenheit stark expandiert, und es spricht nichts dafür, dass sich daran etwas ändert. Zudem ist das Wachstum begleitet von einer Tendenz zu verstärkter räumlicher Konzentration (Geppert et al. 2006). Die Dynamik überregionaler Unternehmensdienste kommt also vor allem solchen Regionen zugute, die ohnehin schon hohe Beschäftigungsanteile dieser Branchen aufweisen. Dies ist ein wesentlicher Grund dafür, dass große Städte und Ballungsräume wieder zu Schwerpunkten des gesamtwirtschaftlichen Wachstumsprozesses geworden sind (Geppert und Gornig 2003). Vor diesem Hintergrund kommt den ostdeutschen Agglomerationen eine Schlüsselstellung für die künftige Entwicklung der Dienstleistungsbeschäftigung in Ostdeutschland zu (vgl. auch Abschnitt 7.1).

6.2 Betriebsgröße, Ertragskraft und Investitionstätigkeit

Im Folgenden wird untersucht, inwieweit sich die im vorigen Abschnitt dargestellte Struktur des ostdeutschen Dienstleistungssektors nach der Art der Leistung, der Verwendung und der Marktreichweite auch bei wichtigen betriebs- bzw. unternehmensorientierten Kennziffern - der Betriebsgröße, der Ertragsstärke und der Investitionsintensität - niederschlägt. Da die Analyse auf aggregierten Statistiken beruht, muss sie sich auf Durchschnittswerte für die einzelnen Branchen beschränken. In Bereichen mit vielen kleinen und mittelgroßen Betrieben/Unternehmen wie dem Gastgewerbe und den unternehmensbezogenen Beratungsdiensten ist dies normalerweise kein Problem. Für Teilsektoren, in denen auch sehr große Einheiten vorkommen, z. B. Verkehr und Nachrichtenübermittlung, können aber die Durchschnittswerte, etwa für die Betriebsgröße, sehr stark von einzelnen Betrieben bzw. Unternehmen geprägt sein. Sie wären dann nicht repräsentativ für die jeweilige Branche und Region.

In der großen Mehrzahl der Dienstleistungsbranchen ist die durchschnittliche Betriebsgröße - gemessen an der Zahl sozialversicherungspflichtig Beschäftigter - in Ostdeutschland deutlich kleiner als in Westdeutschland (Tabelle 6-6). Dies gilt vor allem für den Großhandel sowie für Finanzdienste und höherwertige Unternehmensdienste. Bei einfacheren Unternehmensdiensten wie Bewachung und Reinigung gibt es dagegen keine großen Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland. Ähnliches gilt für das Gastgewerbe und - insgesamt betrachtet - für den Bereich Verkehr und Nachrichtenübermittlung.

Tabelle 6-6

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte je Betrieb nach Dienstleistungszweigen 2005

	West- deutschland	Ost- deutschland
Handel	9,4	7,6
Kfz-Handel, Tankstellen	8,8	7,9
Großhandel, Handelsvermittlung	12,6	9,7
Einzelhandel	8,1	6,8
Gastgewerbe	5,1	5,6
Hotels, Gasthöfe, Pensionen	9,8	11,6
Sonstiges Beherbergungsgewerbe	6,4	6,3
Restaurants, Cafés, Imbisse	4,0	4,0
Sonstiges Gaststättengewerbe	2,6	3,0
Kantinen, Caterer	9,5	10,8
Verkehr, Nachrichtenübermittlung	14,7	14,3
Eisenbahnen	35,4	40,0
Sonstiger Landverkehr und Pipelines	8,6	10,3
Schifffahrt	13,5	9,9
Luftfahrt	67,2	40,3
Frachtumschlag, Lagerei	37,0	31,1
Sonstige Nebentätigkeiten für den Verkehr	74,2	24,1
Reisebüros/-veranstalter	7,0	4,8
Spedition, sonst. Verkehrsvermittlung	18,1	14,5
Post- und Kurierdienste	17,6	21,4
Fernmeldedienste	19,5	26,7
Finanzdienste	20,9	11,3
Kreditgewerbe	34,4	24,7
Versicherungsgewerbe	10,9	5,1
Unternehmensbezogene Dienste	10,0	8,6
Grundstücks- und Wohnungswesen	4,4	5,4
Vermietung beweglicher Sachen	7,0	5,6
Datenverarbeitungsdienste	14,0	10,9
Forschung und Entwicklung	39,2	29,7
Dienste überwiegend für Unternehmen	10,3	8,9
Rechts-, Steuer- und Wirtschaftsberatung	8,0	5,6
Architektur- und Ingenieurbüros	6,9	5,4
Techn., physik., chem. Untersuchungen	14,9	13,3
Werbung	6,2	4,8
Personalvermittlung, Zeitarbeit	47,2	38,1
Wachdienste, Detekteien	30,4	32,4
Reinigung	14,7	16,5
Sonstige Dienste für Unternehmen	8,2	7,9
Öffentl. Verwalt., Rechtspf., Sicherheit, Sozialversich.	53,4	54,8
Erziehung, Unterricht	16,0	30,9
Gesundheits- und Sozialwesen	15,1	12,8
Sonstige private und öffentliche Dienste	7,7	9,4

Quellen: Statistik der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2006

Diese Befunde werden durch die Ergebnisse des Mikrozensus weitgehend untermauert. So findet sich bei den privaten Dienstleistungsanbietern in den neuen Bundesländern ein höherer Anteil von Erwerbstätigen in Kleinstbetrieben und ein geringerer Teil in großen Betriebsstätten (mehr als 50 Beschäftigte) als im Westen (Tabelle 6-7). In nahezu allen Branchen entfallen in Westdeutschland relativ mehr Beschäftigte auf die großen Betriebe als in Ostdeutschland (Tabelle 6-8). Ausnahmen sind hier lediglich das Wohnungswesen, die Erwachsenenbildung (weil – jedenfalls bis 2004 – die von den Arbeitsagenturen geförderte berufliche Fortbildung und Umschulung in Ostdeutschland noch von erheblicher Bedeutung war, und die Leistungen oft von großen Weiterbildungsträgern erbracht wurden), das Gesundheitswesen (in dem offenbar Kliniken etc. in stärkerem Maße als im Westen für die Behandlung zuständig sind)²⁵ sowie das Beherbergungsgewerbe.

Tabelle 6-7

Erwerbstätige nach Größenklasse ihrer Arbeitsstätte bei privaten Dienstleistungen 2004

Struktur in %

Arbeitsstätte mit ... Beschäftigten	Westdeutschland	Ostdeutschland	
		mit Berlin	ohne Berlin
1	8,7	9,2	8,0
2 bis 4	13,5	17,4	18,8
5 bis 9	14,3	13,5	13,9
10 bis 19	15,7	16,4	17,5
20 bis 49	12,6	14,3	14,8
50 und mehr	35,2	29,2	27,1
Insgesamt	100,0	100,0	100,0

Quelle: Statistisches Bundesamt (Mikrozensus);
Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2006

Die Größenstruktur kann auch aus einer anderen Perspektive betrachtet werden. Beim Mikrozensus werden die Selbständigen danach gefragt, wie viele Beschäftigte sie haben.²⁶ Der allergrößte Teil der Selbständigen hat nur wenige Beschäftigte – in den alten Bundesländern kommen fünf von sechs Selbständigen auf nicht mehr als vier Beschäftigte, in Ostdeutschland ist dieser Anteil noch etwas größer (Tabelle 6-9). Das gilt auch für solche Branchen, in denen Ostdeutschland über relativ viele große Betriebe verfügt - Erwachsenenbildung, Beherbergungsgewerbe, Gesundheitswesen. In diesen Branchen existiert offenbar ein Nebeneinander

²⁵ Dieser Befund passt zu der von Standesorganisationen und auch Kassen vorgetragenen Behauptung, dass es in den neuen Ländern einen Mangel an niedergelassenen Ärzten – insbesondere in ländlichen Gebieten gibt.

²⁶ Dieser Teil der Erhebung wird aber nur bei knapp der Hälfte der vom Mikrozensus erfassten Personen durchgeführt.

von relativ großen und sehr kleinen Betrieben. Mit Ausnahme der Wohnungswirtschaft, dem Bereich Sport, Unterhaltung, Freizeit und dem Sonstigen Verkehr sind Kleinbetriebe in allen Wirtschaftszweigen im Osten häufiger als im Westen anzutreffen. Besonders ausgeprägt ist dieser Unterschied im Einzelhandel, bei Gaststätten, Speditionen, Post- und Kurierdiensten, in der Datenverarbeitung sowie der Werbewirtschaft.

Tabelle 6-8

**Erwerbstätige in Arbeitsstätten mit 50 und mehr
Erwerbstätigen nach Dienstleistungszweigen 2004**

Anteil an allen Erwerbstätigen in den jeweiligen Branchen in %

	Westdeutschland	Ostdeutschland mit Berlin
Kfz-Handel, Tankstellen	26,5	20,4
Handelsvermittlung	38,6	21,4
Großhandel	46,1	32,0
Einzelhandel	28,6	22,2
Beherbergung	23,2	27,2
Gastronomie	10,3	9,7
Eisenbahnen	81,6	80,6
Sonst. Verkehr (ohne Reisebüros)	43,3	32,0
Reisebüros	25,8	21,3
Spedition	43,1	37,9
Post, Kurierdienste	66,5	49,7
Fernmeldedienste	81,0	71,1
Kreditgewerbe	68,3	57,8
Versicherungen	57,8	33,6
Wohnungswesen	22,9	30,5
Datenverarbeitungsdienste	52,2	33,6
Rechts- und Wirtschaftsberatung	17,0	10,6
Technische Büros	22,7	18,8
Werbung	17,1	9,1
Personalvermittlung	59,9	55,9
Wachdienste	65,1	54,3
Reinigung	44,1	42,7
Sonstige Dienste für Unternehmen	34,7	34,7
Erwachsenenbildung	15,6	29,2
Gesundheit	24,2	30,1
Sozialwesen	52,9	42,3
Entsorgung	52,1	38,8
Medien, Kultur	35,5	21,6
Sport, Unterhaltung, Erholung	17,1	15,1
Sonstige Dienste	15,4	15,3
Dienstleistungssektor insgesamt	35,2	29,2

Ohne den öffentlichen Dienst.

Quelle: Statistisches Bundesamt (Mikrozensus);
Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2006

Tabelle 6-9

Selbstständige mit bis zu 4 Beschäftigten in ausgewählten Zweigen des Dienstleistungssektors 2004

Anteil an allen Selbstständigen¹ in %

	Westdeutschland	Ostdeutschland mit Berlin
Kfz - Handel, Tankstellen	73	77
Handelsvermittlung	93	96
Großhandel	75	77
Einzelhandel	82	90
Beherbergung	80	82
Gastronomie	79	89
Sonst. Verkehr (ohne Reisebüros)	85	82
Reisebüros	88	90
Spedition	66	77
Post, Kurierdienste	87	100
Kreditgewerbe	96	97
Versicherungen	94	96
Wohnungswesen	94	92
Datenverarbeitungsdienste	87	97
Rechts- und Wirtschaftsberatung	81	82
Technische Büros	88	91
Werbung	90	97
Reinigung	77	82
Sonstige Dienste für Unternehmen	95	95
Erwachsenenbildung	97	100
Gesundheit	76	84
Sozialwesen	84	86
Medien, Kultur	97	99
Sport, Unterhaltung, Erholung	94	92
Sonstige Dienste	89	90
Dienstleistungssektor insgesamt	85	89

1 Ohne mithelfende Familienangehörige.

Quelle: Statistisches Bundesamt (Mikrozensus);
Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2006

Ein wesentlicher Grund für die geringe Betriebsgröße im ostdeutschen Dienstleistungssektor dürfte sein, dass zum einen von der Arbeitsmarktlage ein hoher Druck zur Unternehmensgründung ausgeht; so ist die Selbständigenquote in Ostdeutschland ähnlich groß wie in Westdeutschland (vgl. Abschnitt 4.1) Zum anderen dürfte das heimische Marktvolumen in den meisten Dienstleistungsbranchen im Osten deutlich kleiner sein als im Westen.

Die Tatsache, dass die Betriebsgrößen in Ostdeutschland gerade in solchen Branchen vergleichsweise gering sind, die im Allgemeinen einen nennenswerten Teil ihrer Leistungen überregional absetzen (Finanz- und höherwertige Unternehmensdienste), unterstreicht zudem den Befund, dass die Position ostdeutscher Anbieter im überregionalen Dienstleistungsaustausch noch relativ schwach ist (vgl. Abschnitt 6.1). Solche Dienste waren in der DDR kaum

vorhanden, sie sind erst nach der Vereinigung allmählich entstanden. Soweit es sich dabei um Zweigniederlassungen westdeutscher oder ausländischer Unternehmen handelte, dürfte ihr Auftrag häufig von vorn herein auf den ostdeutschen Markt konzentriert gewesen sein. Neu gegründeten eigenständigen ostdeutschen Unternehmen ist es sicher – wie kleinen Unternehmen generell – zunächst schwer gefallen, Kunden in weit entfernten Regionen oder sogar im Ausland zu gewinnen, zumal der heimische Markt nur eine relativ schwache Ausgangsbasis dafür bildete. Alle diese Faktoren dürften dazu beigetragen haben, dass die ostdeutschen Anbieter handelbarer Dienste bisher weniger stark in überregionalen Märkten verankert sind, als es bei entsprechenden – meist schon länger etablierten – westdeutschen Unternehmen der Fall ist.

Informationen zur Leistungs- und Ertragskraft sowie zur Investitionstätigkeit der Unternehmen bietet die Dienstleistungsstatistik, zumindest für den Bereich Verkehr und Nachrichtenübermittlung sowie für Unternehmensdienste. Der Umsatz je Beschäftigten (tätige Personen) ist in Ostdeutschland in fast allen Branchen wesentlich niedriger als in Westdeutschland (Tabelle 6-10).²⁷ Auch dies zeigt sich sehr deutlich bei Diensten, die im Allgemeinen neben dem jeweiligen lokalen Markt auch überregionale Märkte bedienen, z. B. Datenverarbeitungsdienste, FuE, Wirtschaftsberatung, Werbung.

Der niedrige Pro-Kopf-Umsatz der ostdeutschen Dienstleistungsunternehmen führt – bei dem gegebenen Lohnniveau – dazu, dass in den meisten Branchen ein relativ großer Teil der Umsatzerlöse zur Deckung der Personalkosten verwendet werden muss. Dies hat indes nicht durchgängig zur Folge, dass die Umsatzrendite, d. h. die Relation von Überschuss zu Umsatz, in Ostdeutschland geringer ist als in Westdeutschland. Vielmehr werden in etlichen Branchen die relativ hohen Personalkostenanteile durch relativ niedrige Sachkostenanteile kompensiert oder – wie bei der Rechts- und Wirtschaftsberatung – sogar überkompensiert. Diese Unterschiede in den Kostenstrukturen sind zum einen durch Preisdifferenzen, etwa bei Büromieten,

²⁷ Die Angaben für die Nachrichtenübermittlung sind - mit Ausnahme der Investitionen - regional stark verzerrt. Die dominierenden Unternehmen, Telekom und Post, haben ihren Sitz in Nordrhein-Westfalen. Entsprechend dem Unternehmensprinzip werden sie in der Dienstleistungsstatistik vollständig diesem Bundesland zugeordnet, auch wenn sie eine große Zahl von Niederlassungen in den anderen Bundesländern betreiben. Dieses Problem ist auch bei den meisten anderen Branchen des Verkehrssektors zu beachten (z. B. Bahn, Luftfahrt, Schifffahrt), auch wenn die Verzerrungen hier nicht so krass wie im Bereich Nachrichtenübermittlung sind. Von relativ geringer Bedeutung dürften regionale Verzerrungen dagegen bei den Unternehmensdiensten sein. Eine Ausnahme stellt dabei allerdings die Vermietung beweglicher Sachen (im Schwerpunkt Kfz-Vermietung) dar.

bedingt. Zum anderen dürften aber auch Abweichungen in den Aktivitätsstrukturen der Branchen zwischen Ost- und Westdeutschland eine Rolle spielen.²⁸

Tabelle 6-10

Kennziffern zu ausgewählten Dienstleistungszweigen in Ostdeutschland 2003

Westdeutschland¹ = 100

	Personal-	Sach-	Über-	Umsatz	Investi-
	aufwand	aufwand	schuss ²		
	in % des Umsatzes			je tätige Person	
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	139,1	91,1	77,7	45,2	100,2
Landverkehr, Schifffahrt, Luftfahrt	138,7	84,1	99,2	58,8	98,7
Nebentätigkeiten für den Verkehr	130,3	85,7	123,0	53,8	143,3
darunter:					
Reisebüros und Reiseveranstalter	150,2	78,2	172,5	36,5	98,8
Spedition, sonstige Verkehrsvermittlung	134,9	85,1	125,0	47,7	108,1
Nachrichtenübermittlung	128,1	93,0	87,4	14,3	75,1
Unternehmensdienste	101,8	94,6	106,2	76,7	87,3
Grundstücks- und Wohnungswesen	137,3	106,8	88,5	94,4	102,9
Vermietung beweglicher Sachen	191,3	137,4	62,8	33,8	16,6
Datenverarbeitungsdienste	120,9	97,1	68,5	59,9	52,7
Forschung und Entwicklung	128,9	69,8	89,2	69,1	132,6
Dienste überwiegend für Unternehmen	105,2	86,9	118,3	73,5	104,4
Rechts-, und Wirtschaftsberatung	103,8	77,4	143,3	66,3	96,2
Architektur- und Ingenieurbüros	97,8	105,9	94,0	92,7	120,4
Werbung	109,9	104,4	80,6	33,2	76,2
Reinigung	96,8	104,2	107,7	115,3	158,0
Sonstige Unternehmensdienste	100,9	85,4	132,5	69,6	135,5

Die Angaben für Umsatz, Aufwand und Überschuss beziehen sich auf *Unternehmen* mit Sitz in Ost- bzw. Westdeutschland. Die Angaben für Investitionen beziehen sich dagegen auf Niederlassungen. Die Werte von Mehrländerunternehmen sind dabei auf die Niederlassungen in den verschiedenen Ländern aufgeteilt.

¹ Für Westdeutschland konnten das Saarland, Bremen und Niedersachsen mangels Daten nicht einbezogen werden.

² Überschuss = Umsatz minus Personal- und Sachaufwand.

Quellen: Strukturhebung im Dienstleistungsgewerbe; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2006

Die Sachkapitalbildung im Bereich Verkehr und Nachrichtenübermittlung sowie bei Unternehmensdiensten kann hier auf der Basis der Daten für regional zugeordnete Niederlassungen abgebildet werden. Die Daten sind also wesentlich aussagefähiger als die nach dem Unternehmenssitz zugeordneten Informationen, vor allem im Verkehrs- und Nachrichtensektor. Lässt man den Extremfall „Vermietung beweglicher Sachen“ außer Acht, so ist die Investi-

²⁸ Am Beispiel der Werbewirtschaft wird deutlich, wie stark die branchenspezifischen Strukturen in Ost- und Westdeutschland voneinander abweichen können. Alle in diesem Bericht dargestellten Daten zur Werbewirtschaft legen nahe, dass die *Werbegestaltung* in Ostdeutschland ein viel geringeres Gewicht hat als in Westdeutschland, dominierend scheinen im Osten dagegen Aktivitäten wie die Verteilung von Werbemitteln zu sein.

onsintensität (Investitionen je Beschäftigten) in Ostdeutschland insgesamt betrachtet ebenso hoch wie in Westdeutschland. Eine deutliche Investitionsschwäche zeigt sich lediglich für die Datenverarbeitungsdienste, deren Wertschöpfungs- und Beschäftigungsschwerpunkt in der Software-Entwicklung liegt. Diese Branche ist in Ostdeutschland ohnehin stark unterrepräsentiert. Sie erreichte im Jahr 2003 mit ihrer Investitionstätigkeit nur die Hälfte des westdeutschen Niveaus.

In Anbetracht des Mangels an regional und sektoral ausreichend differenzierten Informationen zum Kapitalstock ist es schwer, die Investitionstätigkeit der ostdeutschen Unternehmen in den Bereichen Verkehr, Nachrichten und Unternehmensdienste zu bewerten. Der immer noch große Rückstand gegenüber Westdeutschland in der Produktivität (vgl. Abschnitt 3.1) spricht indes dafür, dass auch bei der Kapitalausstattung der Arbeitsplätze noch ein Defizit besteht. Und der immer noch große Rückstand Ostdeutschlands beim Besatz mit Dienstleistungsarbeitsplätzen (vgl. Abschnitt 3.2) kann nur durch hohe Investitionen verringert werden. Ein Gleichstand der Investitionstätigkeit mit Westdeutschland reicht dafür nicht aus.

6.3 Dienstleistungsintensität der Industrie

Der Dienstleistungssektor wird üblicherweise – und auch in diesem Bericht – institutionell abgegrenzt; er umfasst Unternehmen, die im Schwerpunkt mit der Erstellung von Dienstleistungen beschäftigt sind. Nicht berücksichtigt werden dabei Dienste, die von warenproduzierenden Unternehmen erbracht und zusammen mit den Waren verkauft werden. Ebenfalls nicht berücksichtigt sind interne Dienste der warenproduzierenden Unternehmen. Dies ist insofern willkürlich, als interne Dienste durch Outsourcing leicht zu externen werden können, und umgekehrt. Trotz der Tendenz zur Ausgliederung bestimmter Leistungen wächst der Anteil unternehmensinterner Dienste an der Gesamtbeschäftigung der warenproduzierenden Unternehmen stetig. Inzwischen ist fast die Hälfte der in deutschen Industrieunternehmen Beschäftigten mit Dienstleistungsaufgaben betraut.

Die Dienstleistungsaktivitäten von Produktionsunternehmen sind häufig auch regional von der Fertigung getrennt, und bei der Ansiedlung solcher Einheiten dürften ähnliche Kriterien eine Rolle spielen wie bei der Standortwahl eigenständiger Dienstleistungsunternehmen. Auch aus der Sicht von Regionen sind beide Fälle weitgehend äquivalent. Für regionale Ansiedlungsbemühungen und Entwicklungsstrategien, die auf Dienstleistungen setzen, sind

Eigentumsverhältnisse, Rechtsformen und Organisationsstrukturen erst in zweiter oder dritter Linie von Interesse.

Die Bedeutung Ostdeutschlands als Standort industrieller Dienste war bereits Mitte der 90er Jahre gering. Bezogen auf die Bevölkerung war die Zahl derjenigen, die innerhalb des verarbeitenden Gewerbes mit Dienstleistungen beschäftigt waren, nur etwas mehr als halb so groß wie in Westdeutschland (Tabelle 6-11). Diese Relation hat sich bis 2005 sogar noch etwas verschlechtert.

Tabelle 6-11

Beschäftigte mit Dienstleistungstätigkeiten im verarbeitenden Gewerbe 1995 und 2005

	West- deutschland	Ost- deutschland
	Beschäftigte je 1 000 Einwohner	
1995	49	26
2005	42	22
	Westdeutschland = 100	
1995		53,4
2005		50,9

Quellen: Statistik der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten; Berechnungen des DIW Berlin. DIW Berlin 2006

In beiden Landesteilen ist die Beschäftigung in der Industrie im Laufe des vergangenen Jahrzehnts um rund ein Zehntel zurückgegangen. Dabei hat das relative Gewicht der industriellen Dienstleistungen zugenommen, dieser Tertiarisierungsprozess des verarbeitenden Gewerbes war aber in Ostdeutschland wesentlich schwächer ausgeprägt als in Westdeutschland. Vor allem die Beschäftigungsanteile höherwertiger Dienste – Forschung und Entwicklung, Management, interne Beratungsdienste – sind in Ostdeutschland relativ schwach gestiegen oder sogar gesunken (Tabelle 6-12). Dagegen ist der Rückstand der ostdeutschen Industrie bei technischen Diensten kleiner geworden, bei anderen, meist einfacheren Diensten, die im Osten ohnehin schon einen relativ hohen Anteil an der Industriebeschäftigung hatten, ist der Vorsprung noch etwas gewachsen.

Die in Tabelle 6-12 dargestellten Relationen machen deutlich, dass sich die Modernisierung der ostdeutschen Industrie in erster Linie als Erneuerung – und immer mehr auch als Erweiterung – der *Produktion* vollzieht; dispositive Funktionen sowie Forschung und Entwicklung

sind dagegen unterrepräsentiert. Diese Struktur wirkt sich ungünstig auf die Nachfrage der Industrie nach externen unternehmensbezogenen Dienstleistungen aus (vgl. Abschnitt 6.1).

Tabelle 6-12

Aktivitätsstruktur des verarbeitenden Gewerbes 1995 und 2005

Anteile in %

	West- deutschland	Ost- deutschland
	1995	
Fertigung	56,4	58,8
Forschung und Entwicklung	3,7	4,0
Technik	7,9	5,0
Verwaltung	14,1	12,3
DV, Beratung, Werbung	1,3	1,3
Andere Dienste	16,6	18,6
Beschäftigte insgesamt	100,0	100,0
	2005	
Fertigung	52,2	57,5
Forschung und Entwicklung	5,2	4,3
Technik	8,6	6,2
Verwaltung	15,2	11,4
DV, Beratung, Werbung	2,1	1,8
Andere Dienste	16,7	18,8
Beschäftigte insgesamt	100,0	100,0

Quellen: Statistik der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten;
Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2006

7 Standortfaktoren und räumliche Verflechtung

In den vorigen Kapiteln ist der Dienstleistungssektor zwar im interregionalen Vergleich (Ostdeutschland – Westdeutschland, Bundesländer, Transformationsländer) betrachtet worden, die räumliche Dimension im Sinne der Bindung von Dienstleistungsaktivitäten an bestimmte Standorte oder an andere Wirtschaftszweige blieb dabei aber ausgeblendet. Sowohl für die Erklärung der Dienstleistungsentwicklung in Ostdeutschland als auch im Hinblick auf politische Gestaltungsmöglichkeiten sind der räumliche Bezug und sektorale Verflechtungen jedoch von erheblicher Bedeutung. Im Folgenden werden diese Themen aus unterschiedlichen Blickwinkeln behandelt:

- Räumliche Verteilung der Dienstleistungsbranchen. Hier werden vor allem die Affinität einzelner Branchen zu urbanen Standorten und die daraus möglicherweise resultierende Funktion der Metropolregionen als Wachstumsmotoren untersucht.
- Standortbedingungen in Ostdeutschland. Dieser Untersuchungsschritt beruht auf Ergebnissen der Unternehmensbefragungen des DIW Berlin in Ostdeutschland. Dargestellt werden die Einschätzungen ostdeutscher Unternehmen zur grundsätzlichen Bedeutung bestimmter Standortfaktoren und zu den konkreten Bedingungen am eigenen Standort.
- Verhältnis von Industrie und Dienstleistungen. Zu einem gewissen – und tendenziell wachsenden – Teil werden Dienstleistungen zwar international gehandelt, der Absatz im nationalen und lokalen Rahmen ist in diesem Sektor aber immer noch dominierend. In diesem Arbeitsschritt wird der Frage nachgegangen, welche Bedeutung die Industrie als Nachfrager von Dienstleistungen hat. Dabei wird unterschieden zwischen der
 - nationalen und der
 - regionalen/lokalen

Ebene. Sekundärstatistische Informationen werden hier ergänzt um Ergebnisse der Unternehmensbefragungen in Ostdeutschland zum Bezug von Dienstleistungen durch Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes und ausgewählter Dienstleistungsbranchen.

Die Analysen zur räumlichen Struktur der Dienstleistungsaktivitäten und zu sektoralen Verflechtungen sind grundsätzlich interregional vergleichend angelegt, die Ergebnisse der Unternehmensbefragungen beziehen sich allerdings nur auf Ostdeutschland.

7.1 Branchenspezifische Standortaffinitäten

In der räumlichen Verteilung der Dienstleistungsaktivitäten kommen nicht zuletzt branchenspezifische Standortpräferenzen zum Ausdruck. Viele Dienstleistungszweige sind in erheblichem Umfang räumlich konzentriert, und gerade bei wissensintensiven, überregional orientierten Diensten nimmt die Affinität zu urbanen Standorten offenbar weiter zu (Geppert et al. 2006). Auf diese Weise können Großstädte und Agglomerationen zu Wachstumsmotoren für ganze Regionen und Länder werden. Die Attraktivität der ostdeutschen Ballungsräume als Standorte für überregional aktive Dienstleistungsunternehmen spielt also eine wesentliche Rolle für die Entwicklung der Beschäftigung im Dienstleistungssektor Ostdeutschlands.

Die Tabelle 7-1 weist den Agglomerationsgrad der Dienstleistungen, d. h. den Anteil der großen Ballungsräume an der Gesamtbeschäftigung der einzelnen Zweige aus. Insgesamt betrachtet sind die Dienstleistungen in Ostdeutschland weniger stark auf die Agglomerationen – Berlin, Dresden, Leipzig – konzentriert als im Westen. Dies gilt vor allem für den Großhandel, den Verkehrssektor und die Finanzdienste. Bei Unternehmensdiensten zeigt sich dagegen ein heterogenes Bild. Anders als einfache Tätigkeiten wie Wachdienste sind hochwertige Unternehmensdienste innerhalb Ostdeutschlands keinesfalls weniger stark agglomeriert als in Westdeutschland. Datenverarbeitungsdienste, insbesondere die Software-Entwicklung, weisen im Osten sogar einen erheblichen höheren Agglomerationsgrad auf als im Westen. Dieses Resultat ist auf westlicher Seite auch dadurch geprägt, dass ein großes, weltweit führendes Software-Unternehmen (SAP) seinen Hauptstandort nicht in einer der hier betrachteten großen Agglomerationen, wohl aber in einem kleineren Ballungsraum (Mannheim) hat. Dies kommt auch bei der räumlichen Verteilung des *Wachstums* dieser Branche innerhalb Westdeutschlands zum Ausdruck (vgl. Tabelle A-8). Auf östlicher Seite wird der hohe Agglomerationsgrad durch die dominierende Position Berlins bestimmt. Mehr als die Hälfte der ostdeutschen Beschäftigung im Software-Bereich entfällt auf die Hauptstadtregion.

Ein ähnlich starker Berlin-Effekt ist für Forschung und Entwicklung und für Hochschulen zu beobachten. In diesen Branchen ist der Agglomerationsgrad in Ostdeutschland ebenfalls wesentlich höher als im Westen.

Tabelle 7-1

Grad der Agglomeration von Dienstleistungszweigen 2005

	Absoluter Agglomerationsgrad ¹		Relativer Agglomerationsgrad ²		Position der Agglom. Ost ³
	West	Ost	West	Ost	
Wirtschaft insgesamt	47,5	43,6	1,06	1,03	0,90
Dienstleistungen	51,4	47,1	1,15	1,11	0,97
Handel	49,0	43,5	1,09	1,02	0,77
Handel mit Kfz(-teilen), Tankstellen	44,4	38,8	0,99	0,91	0,90
Handelsvermittlung, Großhandel	55,1	45,9	1,23	1,08	0,53
Einzelhandel	46,4	44,1	1,03	1,04	0,91
Gastgewerbe	46,3	48,2	1,03	1,14	1,20
Beherbergung	36,0	40,3	0,80	0,95	1,36
Gastronomie	50,8	52,3	1,13	1,23	1,14
Verkehr, Nachrichtenübermittlung	57,1	46,6	1,27	1,10	0,92
Eisenbahnen	62,3	47,1	1,39	1,11	1,58
Sonstiger Landverkehr und Pipelines	49,7	50,0	1,11	1,18	1,37
Schifffahrt und Luftfahrt	81,5	56,8	1,82	1,34	0,41
Frachtumschlag, Lagerei	57,9	38,9	1,29	0,92	0,53
Sonstige Nebentätigkeiten für den Verkehr	88,4	65,2	1,97	1,54	0,36
Reisebüros/-veranstalter	66,5	57,2	1,48	1,35	0,72
Spedition, sonst. Verkehrsvermittlung	51,3	35,8	1,14	0,84	0,56
Post- und Kurierdienste	50,9	44,8	1,14	1,05	1,09
Fernmeldedienste	61,2	52,3	1,36	1,23	1,39
Finanzdienste	59,8	53,6	1,33	1,26	0,52
Kreditgewerbe	55,4	50,5	1,23	1,19	0,53
Versicherungsgewerbe	70,1	60,7	1,56	1,43	0,51
Unternehmensbezogene Dienste	60,5	54,5	1,35	1,28	0,92
Grundstücks- und Wohnungswesen	62,6	58,5	1,40	1,38	1,48
Vermietung beweglicher Sachen	62,6	55,5	1,40	1,31	0,91
Datenverarbeitungsdienste	64,5	67,1	1,44	1,58	0,65
Hardwareberatung	75,1	51,6	1,68	1,22	0,36
Softwarehäuser	61,2	69,7	1,37	1,64	0,69
Datenverarbeitung	72,3	70,4	1,61	1,66	0,62
Sonstige Datenverarbeitungsdienste	70,3	46,4	1,57	1,09	0,59
Forschung und Entwicklung	61,1	68,0	1,36	1,60	1,35
Dienste überwiegend für Unternehmen	59,6	51,7	1,33	1,22	0,89
Rechts- und Wirtschaftsberatung	62,2	61,4	1,39	1,45	0,71
Technische Büros	57,7	52,9	1,29	1,25	0,95
Werbung	69,2	65,8	1,54	1,55	0,67
Personalvermittlung, Zeitarbeit	51,1	43,0	1,14	1,01	0,86
Wachdienste, Detekteien	66,9	55,1	1,49	1,30	1,21
Reinigung	58,1	51,7	1,30	1,22	1,09
Sonstige Dienste für Unternehmen	63,0	42,0	1,41	0,99	1,00
Öffentl. Verwaltung, Sozialversicherung	46,4	43,6	1,03	1,03	1,27
Öffentliche Verwaltung	45,4	40,6	1,01	0,96	1,24
Rechtspflege, Sicherheit	43,5	46,8	0,97	1,10	1,01
Sozialversicherung, Arbeitsförderung	52,9	52,4	1,18	1,23	1,52
Erziehung, Unterricht	47,0	42,3	1,05	1,00	1,55
Kindergärten, Schulen	43,4	39,4	0,97	0,93	1,56
Hochschulen	51,3	61,1	1,15	1,44	1,48
Erwachsenenbildung	51,7	35,2	1,15	0,83	1,62
Gesundheits- und Sozialwesen	43,4	44,7	0,97	1,05	1,02
Gesundheits- und Veterinärwesen	43,2	43,8	0,96	1,03	0,99
Sozialwesen	43,9	46,1	0,98	1,09	1,09
Sonstige private und öffentliche Dienste	53,9	51,9	1,20	1,22	1,18
Entsorgung	54,6	45,0	1,22	1,06	1,26
Interessenvertretungen	56,2	49,2	1,25	1,16	1,05
Film und Kino	81,9	88,1	1,83	2,07	1,50
Funk und Fernsehen	68,5	86,4	1,53	2,03	1,07
Sonstige kulturelle Dienstleistungen	55,0	57,5	1,23	1,35	1,50
Journalisten- und Nachrichtenbüros	82,5	76,6	1,84	1,80	1,18
Bibliotheken, Archive, Museen, Zoos	59,7	66,7	1,33	1,57	1,97
Sport, Unterhaltung, Erholung	54,3	49,4	1,21	1,16	1,06
Sonstige Dienstleistungen	43,4	45,3	0,97	1,07	1,16
Bevölkerung	44,8	42,5	1,00	1,00	1,00

¹ Anteil der Agglomerationen an der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung insgesamt in %. Agglomerationen sind hier Regionen mit Kernstädten von mehr als 500 000 Einwohnern, einschließlich der Regionen Nürnberg, Dresden und Leipzig, deren Kernstädte fast 500 000 Einwohner haben.

² Sektorale Beschäftigungsanteile der Agglomerationen dividiert durch Bevölkerungsanteil der Agglomerationen.

³ Anteile der Ost-Agglomerationen an der Beschäftigung in Agglomerationen dividiert durch den Bevölkerungsanteil der Ost-Agglomerationen.

Quellen: Statistik der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten; Berechnungen des DIW Berlin.

Auch ein generell räumlich gleichmäßiger verteilter Dienstleistungsbereich, das Gastgewerbe, weist in Ostdeutschland relativ hohe Agglomerationsgrade auf, und auch dies ist von der Region Berlin geprägt. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Gastgewerbe hat hier von 1998 bis 2005 stark zugenommen, während sie in den übrigen Regionen Ostdeutschlands zurückgegangen ist (vgl. Tabellen A-8 und A-9).

Die Tatsache, dass die Dienstleistungen in Ostdeutschland ähnliche räumliche Verteilungsmuster aufweisen wie im Westen und teilweise sogar stärker auf die urbanen Zentren konzentriert sind, kann indes nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Stellung der großen ostdeutschen Ballungsräume im gesamtdeutschen Rahmen noch schwach ist (vgl. letzte Spalte von Tabelle 7-1). Dies gilt zumindest für die überregional orientierten Dienste. In kaum einer dieser Branchen erreichen die ostdeutschen Agglomerationen Beschäftigungsanteile, die ihrem Anteil an der Bevölkerung der deutschen Agglomerationen entsprechen. Erst in Ansätzen nehmen sie die Funktion von Wachstumsmotoren und „Gateways“ für die Verankerung Ostdeutschlands in überregionalen Dienstleistungsmärkten wahr. In Berlin sind zwar Anzeichen einer dienstleistungsgestützten neuen wirtschaftlichen Dynamik zu erkennen, dies ist aber ein sehr selektiver Prozess (Geppert und Gornig 2005). In die Funktion einer deutschlandweit bedeutsamen Dienstleistungsmetropole wächst die Hauptstadt offenbar nur langsam hinein.

7.2 Standortbedingungen aus der Sicht ostdeutscher Dienstleistungsunternehmen

Die Entwicklungschancen von Unternehmen werden nicht zuletzt auch vom regionalen Umfeld bestimmt.²⁹ Dabei sind verschiedene Arten von Standortfaktoren von Bedeutung (Maier, Tödtling 2001). Zu den „Inputfaktoren“ zählen Verfügbarkeit, Qualität und Kosten von Arbeitskräften, Boden und Kapital, in der Region vorhandene Zulieferbetriebe sowie die regionalen Anbieter von Wissen (Hochschulen). Als „Outputfaktoren“ gelten die potenziellen Abnehmer wie Unternehmen und Konsumenten. Schließlich gibt es Faktoren, die sowohl auf der Input- wie auf der Outputseite eines Unternehmen wirksam werden können wie die Infrastruktur (Verkehrsanbindung, großräumliche Lage, Bildungseinrichtungen), die Siedlungs-

²⁹ Die Literatur zu diesem Thema ist sehr umfangreich. Einen Überblick dazu bietet Schätzl (2001), der auch Theorien der unternehmerischen Standortwahl behandelt oder Moulaert und Sekia (2003) mit der kritischen Diskussion aktueller Ansätze der „Neuen Ökonomischen Geographie“.

dichte oder „weiche“ Standortfaktoren wie das wirtschaftspolitische Klima oder das Image einer Region (Grabow et al. 1995).

Im Rahmen seiner Unternehmensumfrage im Jahr 2004 hat das DIW Berlin die ostdeutschen Unternehmen nach der grundsätzlichen Bedeutung einzelner Standortmerkmale³⁰ sowie nach der Ausprägung des jeweiligen Merkmals³¹ am eigenen Standort gefragt. Die Einschätzungen liegen für eine breite Palette von Standortfaktoren vor:

- Kundennähe,
- Lieferantennähe,
- Angebot an qualifizierten Arbeitskräften,
- Weiterbildungsangebot,
- intra- und überregionale Verkehrsanbindung,
- Nähe zu Hochschulen und Forschungseinrichtungen,
- Leistung der örtlichen Verwaltungen und der Kammern und
- Image der Region.

Zu den wichtigsten Standorteigenschaften zählen aus Sicht der befragten Dienstleistungsunternehmen das Angebot an qualifizierten Arbeitskräften und die Kundennähe. Etwa zwei Drittel der Unternehmen messen diesen Faktoren „große“ Bedeutung zu (Tabelle 7-2). Das Arbeitskräftepotenzial am eigenen Standort wird im Schnitt als befriedigend angesehen (Bewertungsindex: -0,01), während die Kundennähe als überwiegend positiv bewertet wird (Index: +3,22).

Weitere wichtige Faktoren sind das Image der Region, regionale Qualifizierungsangebote, die regionale und überregionale Verkehrsanbindung sowie die örtlichen Geldinstitute. Hierbei fallen die Qualitätsurteile sehr unterschiedlich aus. Die Verkehrsverbindungen sind aus Sicht der meisten Unternehmen gut bis sehr gut, während die örtlichen Geldinstitute in der Regel negativ bewertet werden.

Zu den Standorteigenschaften, die für weniger als die Hälfte der Unternehmen wichtig sind, zählen die Unterstützung durch öffentliche Verwaltungen und Selbstverwaltungseinrichtungen der Wirtschaft, die Forschungsinfrastruktur und die Lieferantennähe. Zentrales Ergebnis

³⁰ Die Antwortvorgaben im Fragebogen lauten: „Der Faktor ist ohne, von geringer, von großer Bedeutung“.

³¹ Die Antwortvorgaben im Fragebogen lauten: „Die Situation bewerte ich als sehr schlecht, schlecht, befriedigend, gut, sehr gut“.

hier ist, dass die öffentliche Verwaltung – Landesregierung, Gemeindeverwaltungen, Wirtschaftsförderungsgesellschaften, Arbeitsämter – und die Interessenvertretungen von der Mehrzahl der Unternehmen negativ bewertet wurden, sehr positiv fallen dagegen die Urteile bezüglich der Forschungsinfrastruktur – Hochschulen und Forschungseinrichtungen – sowie des regionalen Angebots an Waren und Dienstleistungen aus.

Tabelle 7-2

Standortbedingungen in Ostdeutschland aus der Sicht von Unternehmen in ausgewählten Dienstleistungszweigen

Standortfaktor	Bedeutung des Faktors ¹	Bewertung des Faktors ²					Bewertungsindex ³	nachrichtlich: Unternehmen im verarbeitenden Gewerbe	
		sehr schlecht	schlecht	befriedigend	gut	sehr gut		Bedeutung ¹	Bewertungsindex ³
Angebot an qualifizierten Arbeitskräften	71	7	24	34	29	5	-0,01	71	-1,11
Nähe zu Kunden	64	3	8	23	54	12	3,22	64	3,40
Image der Region	57	7	18	38	32	5	0,53	54	0,62
Weiterbildungs- und Qualifizierungsangebot	51	2	12	36	44	5	1,91	42	1,03
Verkehrsbedingungen innerhalb der Region	47	4	10	30	48	9	2,44	52	1,34
Überregionale Verkehrsanbindung	45	6	13	25	44	11	2,03	48	1,38
Leistungen der örtlichen Geldinstitute	45	25	23	30	18	4	-2,28	57	-1,51
Unterstützung durch die Landesregierung	38	19	29	30	17	5	-2,02	41	-1,61
Unterstützung durch Kammern und Verbände	36	14	21	35	25	4	-0,79	40	-0,23
Nähe zu Hochschulen	35	1	4	12	46	37	5,74	14	4,46
Leistung der Wirtschaftsförderungsgesellschaft	34	14	22	31	27	6	-0,63	39	-0,50
Leistungen der örtlichen Verwaltung	34	18	26	37	17	2	-2,01	35	-1,21
Nähe zu Forschungseinrichtungen	25	2	5	17	44	32	5,02	13	4,13
Leistungen der Arbeitsämter	21	18	25	36	19	2	-1,89	31	-1,28
Nähe zu Lieferanten	17	4	5	24	55	12	3,29	36	2,78

Die Angaben beziehen sich auf ostdeutsche Unternehmen der Branchen Informationstechnologie (Software-Entwicklung, DV-Dienste etc.), Forschung und Entwicklung, Unternehmensberatung, Ingenieurdienste, technisch-naturwissenschaftliche Labore, Werbung.

¹ Anteil der Unternehmen in %, für die der Faktor von großer Bedeutung ist.

² Anteil der Unternehmen in %, für die der Faktor von großer Bedeutung ist und die ihn mit ... bewerten.

³ Arithmetisches Mittel der Bewertung des Faktors von 10 ("sehr gut") bis -10 ("sehr schlecht").

Quelle: Befragung des DIW Berlin vom Herbst 2004.

DIW Berlin 2006

Ein Vergleich mit den Standorteinschätzungen der Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes deutet darauf hin, dass dieses Meinungsbild nicht durch eventuelle Besonderheiten von Dienstleistungsmärkten bestimmt ist: Auch für die ostdeutsche Industrie sind regionales Arbeitskräfteangebot und Kundennähe die wichtigsten Standortfaktoren (entsprechend haben sich ebenfalls mindestens zwei Drittel der Unternehmen geäußert), und die Urteile entsprechen in etwa denen der Dienstleistungsunternehmen. Die Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes schätzen auch die übrigen Standortfaktoren ähnlich ein wie die Dienstleistungsunternehmen.

Eine räumliche Differenzierung der Standortbewertung kann Hinweise darauf geben, inwiefern regionale Entwicklungsunterschiede auch auf Abweichungen in den Standortbedingun-

gen zurückzuführen sind. Um diese Frage zu untersuchen, wurden die Umfrageergebnisse zum einen nach der Siedlungsdichte, zum anderen nach Bundesländern aufbereitet. Hinsichtlich der Einschätzung der Bedeutung der Standortfaktoren ist ein einheitliches räumliches Muster nicht auszumachen (Tabelle 7-3). Einige der Standortfaktoren sind für Unternehmen in Verdichtungsräumen wichtiger als für Unternehmen in ländlichen Räumen oder in verstärkten Räumen, bei anderen Standortfaktoren ist es umgekehrt. Auffallend ist jedoch, dass die Unternehmen in den Ballungsräumen der Nähe zu Kunden eine deutlich geringere Bedeutung beimessen als die Unternehmen in ländlichen Gebieten. Offenbar sind die in Ballungsräumen ansässigen Dienstleistungsanbieter stärker überregional ausgerichtet, so dass lokalen Kunden ein geringeres Gewicht zukommt, als dies in ländlichen Gebieten der Fall ist. Derselbe Grund – überregionale Orientierung – dürfte maßgeblich dafür sein, dass für Unternehmen in Ballungsräumen das Image der Region wichtiger ist als für Unternehmen in ländlichen Gebieten. Für letztere spielen dagegen die öffentliche Verwaltung und die Selbstverwaltungseinrichtungen der Wirtschaft eine relativ große Rolle.

Tabelle 7-3

Standortbedingungen in Ostdeutschland aus der Sicht von Unternehmen in ausgewählten Dienstleistungszweigen - Angaben nach Siedlungstypen

Standortfaktor	Bedeutung des Faktors ¹			Bewertungsindex ²		
	Agglomerationsräume	Verstädterte Räume	Ländliche Räume	Agglomerationsräume	Verstädterte Räume	Ländliche Räume
Angebot an qualifizierten Arbeitskräften	71	73	69	0,44	-0,31	-1,34
Nähe zu Kunden	60	69	71	3,36	3,22	2,73
Image der Region	58	60	49	1,39	-0,42	-1,28
Weiterbildungs- und Qualifizierungsangebot	50	54	52	2,00	2,01	1,37
Überregionale Verkehrsanbindung	46	42	45	2,97	1,51	-0,93
Verkehrsbedingungen innerhalb der Region	46	49	46	3,10	2,24	0,13
Leistungen der örtlichen Geldinstitute	43	48	46	-2,59	-2,16	-1,33
Unterstützung durch die Landesregierung	32	45	47	-2,70	-1,56	-1,09
Unterstützung durch Kammern und Verbände	31	42	42	-0,75	-0,85	-0,77
Nähe zu Hochschulen	33	41	29	5,90	6,17	3,67
Leistung der Wirtschaftsförderungsgesellschaft	30	41	35	-0,92	-0,28	-0,42
Leistungen der örtlichen Verwaltung	31	37	39	-2,44	-1,59	-1,46
Nähe zu Forschungseinrichtungen	22	31	22	5,23	5,35	3,11
Leistungen der Arbeitsämter	20	22	22	-2,13	-1,88	-1,05
Nähe zu Lieferanten	17	19	17	3,62	2,89	2,76

Die Angaben beziehen sich auf ostdeutsche Unternehmen der Branchen Informationstechnologie (Software-Entwicklung, DV-Dienste etc.), Forschung und Entwicklung, Unternehmensberatung, Ingenieurdienste, technisch-naturwissenschaftliche Labore, Werbung.

¹ Anteil der Unternehmen in %, für die der Faktor von großer Bedeutung ist.

² Arithmetisches Mittel der Bewertung des Faktors von 10 ("sehr gut") bis -10 ("sehr schlecht").

Quelle: Befragung des DIW Berlin vom Herbst 2004.

DIW Berlin 2006

Unternehmen in Agglomerationen bewerten die als wichtig angesehenen Standortfaktoren in der Regel günstiger als Unternehmen in verstärkten Gebieten oder als in ländlichen Gebieten. Zu dieser Gruppe von Faktoren zählen das Fachkräfte- und Weiterbildungsangebot, die

Verkehrsverbindungen, die Kundennähe, das Image der Region und die Leistungen der örtlichen Geldinstitute, aber auch – als unwichtigster Standortfaktor - die Lieferantennähe. Umgekehrt ist es bei der Bewertung der wirtschaftspolitischen Instanzen. So schneiden die Landesregierungen, die Gemeindeverwaltungen, die Arbeitsämter und die Kammern und Verbände in den ländlichen Regionen besser ab als in verstäderten Regionen und dort wiederum besser als in Agglomerationen.

Auch in der Abgrenzung nach Bundesländern sind keine einheitlichen Verteilungsmuster zu erkennen (Tabelle 7-4). Nahe liegend ist es, die Bewertung der Aktivitäten der Landesregierungen zu vergleichen. Überdurchschnittlich viele Unternehmen in Mecklenburg-Vorpommern und in Sachsen messen der Arbeit der Landesregierung große Bedeutung zu (59 bzw. 51%). In diesen Ländern wird die Landespolitik überdurchschnittlich günstig beurteilt. Am schlechtesten schneiden die Länder Berlin (Indexwert: -4,26) und Brandenburg ab (Indexwert: -2,79).

Tabelle 7-4

Standortbedingungen in Ostdeutschland aus der Sicht von Unternehmen in ausgewählten Dienstleistungszweigen - Angaben nach Bundesländern

Standortfaktor	Bedeutung des Faktors ¹						Bewertung des Faktors ²					
	B	BB	M-V	S-A	S	T	B	BB	M-V	S-A	S	T
Angebot an qualifizierten Arbeitskräften	73	62	73	71	76	73	0,86	-1,32	-0,43	0,25	-0,35	-0,28
Nähe zu Kunden	55	65	75	66	70	62	3,67	2,92	3,11	3,38	2,42	3,32
Image der Region	56	54	60	59	64	50	0,40	-0,92	-0,68	2,22	-1,93	0,90
Weiterbildungs- und Qualifizierungsangebot	50	45	55	51	61	53	2,15	0,99	2,30	2,21	1,54	1,71
Verkehrsbedingungen innerhalb der Region	47	47	47	45	53	44	4,29	2,50	1,60	1,81	2,25	1,54
Überregionale Verkehrsanbindung	50	39	44	43	44	48	3,92	3,05	0,41	1,41	1,58	0,75
Leistungen der örtlichen Geldinstitute	43	46	49	44	45	47	-2,91	-2,50	-1,98	-2,42	-1,67	-1,55
Unterstützung durch die Landesregierung	31	34	59	34	51	36	-4,26	-2,79	-0,63	-1,73	-0,78	-1,93
Unterstützung durch Kammern und Verbände	31	35	53	32	40	37	-2,07	-0,63	-0,83	-0,32	-0,29	-0,70
Nähe zu Hochschulen	29	21	46	37	47	35	5,90	4,57	6,18	5,77	5,56	5,98
Leistung der Wirtschaftsförderungsgesellschaft	29	34	44	30	46	35	-1,58	-0,17	-1,04	-0,95	0,60	-0,09
Leistungen der örtlichen Verwaltung	29	44	38	30	36	35	-4,28	-3,09	-0,12	-1,00	-1,73	-1,57
Nähe zu Forschungseinrichtungen	18	16	36	25	38	27	5,58	1,11	5,38	5,40	5,39	5,23
Leistungen der Arbeitsämter	19	17	24	23	25	18	-3,80	-2,32	0,19	-1,54	-1,97	-1,43
Nähe zu Lieferanten	19	14	19	17	24	15	3,48	3,70	2,62	3,66	3,06	2,14

Die Angaben beziehen sich auf ostdeutsche Unternehmen der Branchen Informationstechnologie (Software-Entwicklung, DV-Dienste etc.), Forschung und Entwicklung, Unternehmensberatung, Ingenieurdienste, technisch-naturwissenschaftliche Labore, Werbung.

¹ Anteil der Unternehmen in %, für die der Faktor von großer Bedeutung ist

² Arithmetisches Mittel der Bewertung des Faktors von 10 ("sehr gut") bis -10 ("sehr schlecht").

Quelle: Befragung des DIW Berlin vom Herbst 2004.

DIW Berlin 2006

7.3 Beziehungen zwischen Industrie und Dienstleistungen – räumliche Ausdehnung der Dienstleistungsmärkte

7.3.1 Zusammenhang von Industrie und Dienstleistungen in Deutschland

(1) In den Volkswirtschaften der führenden Wirtschaftsnationen hat sich in den vergangenen Jahrzehnten ein weit reichender Wandel zugunsten des Dienstleistungssektors vollzogen, in dessen Folge sich zahlreiche Veränderungen für das Wirtschaftsgeschehen ergeben haben. Dieser durchgreifende wirtschaftliche Strukturwandel hat zur Neuschaffung bzw. zum Abbau von Arbeitsplätzen in verschiedenen Branchen sowie zu einem veränderten Qualifikationsprofil der Arbeitskräfte geführt. Die Entwicklung hin zu einer Dienstleistungsgesellschaft spiegelt den normalen Reifeprozess von Volkswirtschaften wider, der in vielen Ländern beobachtet werden kann und der im Rahmen der so genannten „Drei-Sektoren-Hypothese“ beschrieben wird. Danach tritt die Landwirtschaft (primärer Sektor) im Laufe der Entwicklung ihre führende Rolle an die Industrie (sekundärer Sektor) ab, die dann später ihrerseits vom Dienstleistungssektor (tertiärer Sektor) abgelöst wird. Wie in vielen anderen ökonomisch entwickelten Ländern gehen auch in Deutschland die Beschäftigungs- und Wertschöpfungsanteile des Produzierenden Gewerbes seit längerer Zeit kontinuierlich zurück. Bereits seit Mitte der 1970er Jahre ist der Dienstleistungssektor der größte Wirtschaftszweig in Deutschland. Auch unter Beschäftigungsaspekten ist diese Entwicklung von zentraler Bedeutung: Der Dienstleistungssektor war in den vergangenen Jahren in Deutschland im Unterschied zum Produzierenden Gewerbe der Bereich, in dem Beschäftigung aufgebaut wurde. In Ostdeutschland war allerdings die positive Beschäftigungsentwicklung im Dienstleistungssektor nicht ausreichend, um den Verlust an Industriebeschäftigung zu kompensieren.³² Es ist davon auszugehen, dass sich der relative und absolute Rückgang der Beschäftigung im Produzierenden Gewerbe in Ost- wie in Westdeutschland weiter fortsetzen wird. Ursachen hierfür sind die Globalisierung, die relativ stärkere Steigerung der Arbeitsproduktivität in der Industrie und weitere Veränderungen der intersektoralen Arbeitsteilung (z. B. Outsourcing in den Dienstleistungssektor).

³² Ohne die Transfers von Fördermitteln, die vor allem den lokalen Dienstleistungssektor in Ostdeutschland begünstigten, wäre der kompensierende Effekt, der von der Beschäftigungsentwicklung des Dienstleistungssektors in den neuen Bundesländern ausging, noch geringer ausgefallen (vgl. Blien und Haas 2005).

Der Blick in die USA, wo der Anteil des Verarbeitenden Gewerbes an der Gesamtwirtschaft nur noch rund 12 % ausmacht (in Deutschland ca. 20 %), gibt einen Hinweis, dass der Industrieanteil auch hierzulande noch weiter schrumpfen könnte. Diese Entwicklung wird häufig als Beleg für die angebliche „De-Industrialisierung“ der deutschen Volkswirtschaft angesehen. Wie im Folgenden gezeigt wird, muss diese Aussage jedoch deutlich relativiert werden. Denn es ist zwar richtig, dass der überwiegende Teil des deutschen Bruttoinlandsprodukts im Dienstleistungssektor erwirtschaftet wird, allerdings wird die Wachstumsdynamik in diesem Sektor maßgeblich von der Nachfrage nach unternehmensbezogenen und industrienahen Dienstleistungen gespeist. Diese wiederum hängen von der Industrieproduktion und der Endnachfrage nach industriellen Produkten ab. Während die Thematik der haushaltsbezogenen und personenbezogenen Dienstleistungen in der Literatur relativ umfangreich abgehandelt wurde, ist die Dienstleistungsnachfrage der Unternehmen im Vergleich dazu bislang eher vernachlässigt worden. Die folgenden Ausführungen stellen die in diesem Zusammenhang bestehenden Wirkungszusammenhänge zwischen Industrie und Dienstleistungen in den Mittelpunkt.³³

(2) Dienstleistungen sind lange mit personenbezogenen Dienstleistungen gleichgesetzt worden. Daher standen in vielen Arbeiten zum Thema Dienstleistungen auch die von Konsumenten nachgefragten Dienste im Vordergrund. Betont wurde dabei die Substitution, die bei steigenden realen Pro-Kopf-Einkommen zwischen Industrieprodukten und Dienstleistungen eintritt: Die Konsumenten geben, dieser Sichtweise zufolge, im Laufe der Zeit einen immer geringeren Teil ihres Einkommens für Industrieprodukte und einen immer größeren für Dienstleistungen aus. Für diese Ansicht steht etwa Jean Fourastié und sein viel zitiertes Buch „Die große Hoffnung des 20. Jahrhunderts“ aus dem Jahre 1957, in dem zusätzlich die These vom geringeren Produktivitätsanstieg bei Dienstleistungen vertreten wird. Eine relativ niedrige Einkommenselastizität der Nachfrage nach Industrieprodukten im Verbund mit hohen Produktivitätssteigerungen im sekundären Sektor liefern dann die Begründung, weshalb – jedenfalls relativ – immer weniger Erwerbstätige in der Industrie beschäftigt werden. Umgekehrt geht es nach dieser Sicht im Dienstleistungssektor zu: Eine hohe Einkommenselastizität bei Dienstleistungen (von Fourastié als „Hunger nach Tertiärem“ bezeichnet) verbindet sich mit niedrigem Produktivitätswachstum. Gerade das machte für Fourastié die große Hoffnung des 20. Jahrhunderts aus: Der Freisetzung von Arbeitskräften im industriellen Bereich steht ein

³³ Vgl. hierzu auch Kalmbach et al. (2005) sowie Kalmbach und Krämer (2005).

steigender Mehrbedarf im Dienstleistungsbereich gegenüber, da die von den Konsumenten gewollte Ausdehnung der Dienstleistungen angesichts der unterstellten Produktivitätsschwäche nur durch einen laufend steigenden Einsatz von Arbeitskräften möglich erscheint. Bei dieser zu einseitigen Perspektive wurde ein – aus heutiger Sicht – ganz wesentlicher Sachverhalt übersehen. Er besteht darin, dass eine quantitativ bedeutsame und sich besonders dynamisch entwickelnde Nachfrage nach Dienstleistungen nicht von den Haushalten, sondern von den Unternehmen ausgeht: Unternehmensbezogene Dienstleistungen stellen inzwischen einen höchst beachtlichen Bereich der Dienstleistungsproduktion dar.

(3) Anders als von den Vätern der „Drei-Sektoren-Hypothese“ (Clark, Fischer, Fourastié) vorhergesagt, ist daher für die Expansion des tertiären Sektors in Deutschland nicht die verstärkte Dienstleistungsnachfrage der privaten Haushalte, sondern vorwiegend diejenige der Unternehmen verantwortlich. Wie man internationalen Statistiken entnehmen kann, sind es auch dort fast überall die unternehmensbezogenen Dienstleistungen, die in der Vergangenheit ein besonders starkes und überproportionales Wachstum aufwiesen und inzwischen einen relevanten Anteil an der gesamten Dienstleistungsproduktion ausmachen. Selbstverständlich werden unternehmensbezogene Dienstleistungen auch innerhalb des Dienstleistungssektors geliefert und nachgefragt. Ein nicht unerheblicher Teil sind aber Dienstleistungen, die an die Industrie fließen. Während üblicherweise auf eine substitutive Beziehung zwischen industriellen Produkten und Dienstleistungen hingewiesen wird, existiert tatsächlich ein komplementäres Verhältnis: Ein Rückgang der inländischen industriellen Wertschöpfung wird auch zu einem Rückgang der Wertschöpfung des zuliefernden Dienstleistungsbereichs führen. Das aber heißt: Ist die Industrie auf dem Rückzug, so hat dies negative Auswirkungen auf den Teil des Dienstleistungssektors, der wesentlich auf die Nachfrage seiner Leistungen durch die Industrie angewiesen ist. Es ist daher festzuhalten, dass ein zentrales Charakteristikum einer modernen, arbeitsteiligen Wirtschaft die Tatsache darstellt, dass zwischen Dienstleistungen und Industrie vielfach kein substitutives, sondern ein komplementäres Verhältnis besteht.

(4) In Deutschland sind es ebenso wie in Europa und den USA überwiegend unternehmensbezogene und die Produktion begleitende Dienstleistungen wie Logistik, IT-Services, Finanzierung, Beratung und Projektierung bis hin zu Unternehmensberatung und Ingenieurleistungen, die in den letzten Dekaden überdurchschnittliche Wachstumsraten aufwiesen. Dies kann als Indiz dafür angesehen werden, dass eine starke industrielle Basis eine notwen-

dige Voraussetzung für eine positive wirtschaftliche Entwicklung ist, weil (unternehmensnahe) Dienstleistungen und Industrie wechselseitig voneinander abhängig sind.

Zum Bedeutungsgewinn von unternehmensbezogenen Dienstleistung haben diverse technologische Trends – insbesondere die verstärkte Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien – beigetragen. In Verbindung mit der zunehmenden Globalisierung hat dies zu einer stärkeren Nachfrage nach EDV-Diensten, Schulungen, Unternehmens- und Rechtsberatung sowie Telekommunikationsleistungen geführt (Krämer 1999). Hierdurch haben sich zahlreiche neue Möglichkeiten zur globalen Informationsgewinnung und -verarbeitung ergeben. Dies ermöglicht z. B., Herstellungsabläufe und -prozesse zu zerlegen und räumlich besser zu verteilen. Neue Impulse für die internationale Arbeitsteilung wurden dadurch ausgelöst. Ferner entwickelte sich der Trend zur Globalisierung der Finanz-, Güter- und Dienstleistungsmärkte weiter. Das dadurch komplexer werdende Umfeld für die Unternehmen führte gleichzeitig zu einem zunehmenden Bedarf an Beratungs- und Informationsleistungen. Hiervon profitieren etliche unternehmensnahe Dienstleistungsanbieter, bei denen zahlreiche neue Stellen für gut ausgebildete und hoch qualifizierte Arbeitskräften geschaffen werden. Außerdem werden die Industrieunternehmen deshalb vermehrt Dienstleistungen als Vorprodukte einsetzen, weil etliche Veränderungen auf den Märkten – vor allem eine zunehmend differenzierte Nachfrage sowie eine Verkürzung der Produktlebenszyklen – sie dazu veranlassen, innovative Produkte anzubieten.

Zwar haben auch eine Reihe von personenbezogenen Dienstleistungen vergleichsweise gute Entwicklungsperspektiven. Diesbezügliche Wachstumserwartungen beruhen vor allem auf den gesellschaftlichen Veränderungen, die sich in Deutschland vollziehen werden. Zum einen lässt der zunehmende Anteil alter Menschen in Deutschland die Nachfrage nach Gesundheits-, Pflege- und Betreuungsdiensten steigen. Die eingeeengten Handlungsspielräume staatlicher Institutionen bieten den privat organisierten Diensteanbietern dabei die Möglichkeit, sich hier zu entfalten. Zusätzliche Nachfrage nach personenbezogenen Dienstleistungen wird außerdem durch eine Reihe anderer Faktoren hervorgerufen. Dazu zählen u. a. die steigende Bedeutung von Freizeitaktivitäten, der höhere Anteil von Single-Haushalten, der Wertewandel, der Trend zu einer höheren Frauenerwerbsquote und die zunehmende Bedeutung von Bildung und Wissen in der Gesellschaft.

Jedoch haben sich die personenbezogenen Dienstleistungen als Ganzes betrachtet in den letzten Dekaden längst nicht so dynamisch entwickelt wie die unternehmensbezogenen Dienst-

leistungen. Auch für die Zukunft werden den unternehmensbezogenen Dienstleistungen höhere Wachstumsraten vorhergesagt (Nerb 2006, Bagus 2006). So sagt die Prognose von Cambridge Econometrics für das ifo Institut dem Sektor Datenverarbeitung und Datenbanken zwischen 2004 und 2010 eine jährliche Wachstumsrate der Bruttowertschöpfung von durchschnittlich 3,25 % und den anderen Branchen der unternehmensbezogenen Dienstleistungen entsprechende Wachstumsraten zwischen 2,45 % und 1,14 % p.a. voraus. Demgegenüber fallen die erwarteten Wachstumsraten für Dienstleistungen, die für die privaten Haushalte erbracht werden, deutlich geringer aus. Auch für die Beschäftigungsentwicklung in diesem Zeitraum werden die genannten unternehmensbezogenen Dienstleistungen mit Wachstumsraten zwischen 2 %-3 % p.a. eine bedeutsamere Rolle spielen (Nerb 2006). Feri sieht ebenfalls Wachstumspotentiale eher bei den Unternehmensdiensten. Im Rahmen der Feri-Prognose wird diesem Sektor im Zeitraum 2008 gegenüber 2005 eine kumulierte Wachstumsrate von 8 % für den preisbereinigten Umsatz und ein Beschäftigungszuwachs von rund 250 000 Personen vorhergesagt (Bagus 2006).

Für statistische Analysen ist es häufig nicht einfach, unternehmensbezogene Dienstleistungen in einer praktikablen Weise von anderen Dienstleistungen abzugrenzen. Manche Dienstleistungsarten richten sich eindeutig an private Haushalte (etwa Pflege- oder Unterhaltungsdienste), andere eindeutig an Unternehmen (z. B. Wirtschaftsberatung oder Werbung). Für einen erheblichen Teil von Dienstleistungen gilt jedoch, dass sie sowohl für Unternehmen als auch für Haushalte erbracht werden (z. B. Finanz-, Reinigungs- oder Kommunikationsdienste). Über den Umfang, in dem das jeweils geschieht, weiß man oft so wenig, dass eine entsprechende verhältnismäßige Zuordnung dieser Dienstleistungsbereiche nur schwer möglich ist. Man kommt deshalb nicht umhin, die in Zweifel stehenden Wirtschaftssektoren zur Gänze entweder der einen oder der anderen Kategorie zuzuordnen. Doch auch abweichende Klassifikationen und Zuordnungen zeigen in der Grundtendenz, dass unternehmensbezogene Dienstleistungen bereits seit geraumer Zeit tendenziell der am dynamischsten wachsende Wirtschaftszweig sind und wohl auch weiterhin bleiben werden.

(5) Die zunehmende Bedeutung der unternehmensbezogenen Dienstleistungen dürfte mit den folgenden Tendenzen zu tun haben: Zum einen werden Dienstleistungen als Vorleistungen für Unternehmen immer wichtiger. Diese externen Bezüge von Dienstleistungen werden im nächsten Abschnitt näher betrachtet. Zum anderen schreitet auch innerhalb der Industrie die Tertiarisierung stetig voran. Von besonderer Bedeutung sind dabei solche Dienstleistungen,

die ein wichtiges Komplementärgut für Sachgüter darstellen. Sie stehen in einem ganz engen Zusammenhang zu dem materiellen (Kern-)Gut, so dass sie sehr häufig innerhalb des Industrieunternehmens selbst erbracht werden. Sie sind in immer mehr Fällen eine wichtige Voraussetzung dafür, dass ein materielles Gut überhaupt erfolgreich abgesetzt werden kann. Schon seit der Mitte der sechziger Jahre lässt sich beobachten, dass hoch standardisierte Industrieprodukte, mit denen sich die Käufer bis dahin zufrieden gaben, nicht mehr länger ausreichen, um die bestehenden Kundenwünsche zu befriedigen. Differenzierte, stärker an die jeweiligen Bedürfnisse der Käufer angepasste Produkte („taylor-made-solutions“) mussten angeboten werden. Dabei waren die flexiblen Formen der Automatisierung, die im Laufe der Zeit entwickelt wurden, in der Lage, die zunächst unvereinbar scheinenden Forderungen nach kostengünstiger Fertigung und Berücksichtigung spezifischer Kundenwünsche besser miteinander in Einklang zu bringen, als es zuvor möglich war. Diese Entwicklung ist inzwischen weiter vorangeschritten. Was die Kunden fordern, sind häufig nicht mehr nur differenzierte Produkte, sondern ganze Problemlösungspakete. Solche Problemlösungen erschöpfen sich nicht mehr im Erwerb eines bestimmten Produkts. Gefordert wird vielmehr ein Ensemble von Leistungen, zu denen die Lieferungen von materiellen Produkten ebenso gehören wie die Erbringung von Dienstleistungen. Dienstleistungs-Produkt-Konglomerate, nicht einzelne Produkte, werden zunehmend von den Kunden erwartet, und wer sie anzubieten in der Lage ist, erzielt auf der Anbieterseite häufig die entscheidenden Wettbewerbsvorteile. Selbst höhere Preise für – qualitativ gleichwertige – materielle Produkte werden akzeptiert, wenn diese ergänzenden Leistungen als überlegen angesehen werden.

Dienstleistungen, die in einer engen, praktisch nicht lösbaren Verbindung mit Industriegütern stehen und vom Kunden quasi im Paket mit einem Sachgut erworben werden, bezeichnet man als produktbegleitende Dienstleistungen.³⁴ Oder anders ausgedrückt: „Produktbegleitende Dienstleistungen werden im Zusammenhang mit der industriellen Fertigung von Geräten, Systemen und Anlagen erbracht und ermöglichen dem Anwender deren spezifische Nutzung.“ (Statistisches Bundesamt 2004, 13). Es handelt sich also um Dienstleistungen, die in einem direkten Ergänzungsverhältnis zum Sachgut stehen. Hierzu gehören zunächst die klassischen produktbegleitenden Dienstleistungen wie Montage, Inbetriebnahme, Wartung usw., die einen engen physischen Zusammenhang mit einem Sachgut aufweisen.

³⁴ Vgl. Stille (2003) sowie Kalmbach et al (2005), Kap. 4.

Dass produktbegleitende Dienstleistungen ohne (erfolgreiche und wettbewerbsfähige) Industrieprodukte nicht existieren können, bringt eigentlich schon ihr Name zum Ausdruck: Schließlich handelt es sich um Dienstleistungen, die ein Produkt begleiten, sei es im Vorfeld seiner Entstehung (z. B. Planung, Finanzierung), parallel zu seiner Nutzung (z. B. Wartung, Instandhaltung) oder im After-Sales-Geschäft (z. B. Rücknahme/Entsorgung, Upgrading). Materielle Produkte und Dienstleistungen verschmelzen zu so genannten „hybriden Produkten“ oder Compacts (complex packages). Bei immer kürzeren Produktlebenszyklen, mehr und mehr standardisierten Produkten und einem häufig nur kurze Zeit haltbaren technologischen Vorsprung haben sich produktbegleitende Dienstleistungen zu einem bedeutsamen Differenzierungsmerkmal im Wettbewerb entwickelt. Angesichts eines weithin beklagten Margenverfalls in vielen Industriebranchen stellen solche Dienstleistungen außerdem eine viel versprechende Möglichkeit dar, Ertragsrückgänge aufzufangen. Eine wichtige Funktion haben produktbegleitende Dienstleistungen ebenfalls bei der mittel- bis langfristigen Kundenbindung. Hierzu dient das Angebot eines umfassenden Service ebenso wie der gezielte Aufbau eines Markenimages. Die Möglichkeit, über bestimmte Formen produktbegleitender Dienstleistungen Beziehungen zu seinen Kunden aufzubauen und zu pflegen, schafft ideale Voraussetzungen für so genannte „Cross-Selling-Aktivitäten“, mit deren Hilfe sich die Geschäftsbasis verbreitern lässt. Im Rahmen von Kundenbindungsmaßnahmen erhalten Unternehmen wertvolle Informationen z. B. über die Konsumprofile oder die Einkommenssituation ihrer Kunden.

Die wenigen vorliegenden Daten zur quantitativen Bedeutung von produktbegleitenden Dienstleistungen in der deutschen Industrie zeigen, dass diese spezielle Form von industrienahe Dienstleistungen für die Gesamtheit der Industrie zwar noch eher am Anfang steht, aber eine stark wachsende Tendenz aufweist. Für zwei Industriesektoren, bei denen produktbegleitenden Dienstleistungen offenbar von überdurchschnittlicher Bedeutung sind – die Elektrotechnische Industrie und den Maschinenbau – liegen nähere Informationen vor. Diese wurden durch Umfragen der entsprechenden Industrieverbände in den letzten Jahren gewonnen. Die Auswertung der Befragungen hat ergeben, dass der Umsatzanteil, der mit produktbegleitenden Dienstleistungen im Jahr 2000 erzielt wurde, in der Elektrotechnischen Industrie rund 23 % und im Maschinenbau 18,5 % beträgt.³⁵ Gegenüber den jeweils im Jahr 1997

³⁵ Die Werte für den Maschinenbau wurden in einer Erhebung des Statistischen Bundesamtes nicht bestätigt. Hier beträgt der entsprechende Wert 9%; ist also nur halb so hoch (vgl. Statistisches Bundesamt 2004).

durchgeführten Erhebungen stellt dies eine Erhöhung von 6 bzw. 9 Prozentpunkten dar. Aktuelle Ergänzungsbefragungen des VDMA deuten darauf hin, dass der Umsatzanteil der produktbegleitenden Dienstleistungen im Maschinen- und Anlagenbau in der jüngsten Vergangenheit noch weiter gestiegen sein könnte.

Da Kunden immer mehr an Problemlösungen und immer weniger an speziellen Gütern oder Dienstleistungen interessiert sind, muss mit einer zunehmenden Vermischung von Sachgüterproduktion und Dienstleistungserstellung gerechnet werden, wofür dann allerdings unterschiedliche Organisationsmodelle zur Verfügung stehen: Die von den Kunden geforderten Dienstleistungen kann man unabhängigen Anbietern überlassen, durch organisatorisch und kapitalmäßig verbundene Dienstleistungsunternehmen anbieten oder selbst erstellen. Dies führt häufig auch zu einem Outsourcing von bisher selbst erbrachten Dienstleistungen. Je wichtiger die Dienstleistung für das Industrieprodukt ist, je stärker sie mit ihm verbunden ist, desto weniger ist eine Auslagerung sinnvoll bzw. möglich. Dies gilt vor allem (aber nicht ausschließlich) für die produktbegleitenden Dienstleistungen. Dagegen werden nicht zu den Kernprozessen gehörige Dienstleistungen schon seit Jahren in einem wachsenden Ausmaß aus Industrieunternehmen ausgelagert.

(6) Auch weil Industrieunternehmen vormals selbst erstellte Dienstleistungen zunehmend aus den eigenen Unternehmen in rechtlich selbstständige Dienstleistungsunternehmen auslagern und diese Leistungen nun verstärkt von (diesen) externen Dienstleistungsunternehmen nachfragen wird die Bedeutung der unternehmensbezogenen Dienstleistungen weiter zunehmen. Die Zunahme des Fremdbezugs von Dienstleistungen hat damit zu tun, dass der verstärkte Wettbewerb, dem die meisten Unternehmen im Zuge der Globalisierung ausgesetzt sind, dazu zwingt, eine gründliche Überprüfung der Wertschöpfungsketten vorzunehmen. Dabei ist häufig die Entscheidung getroffen worden, sich auf die jeweiligen Kernkompetenzen zu konzentrieren. Das Ziel dieser als Outsourcing bezeichneten Strategie der Unternehmen des Produzierenden Gewerbes besteht auch darin, Spezialisierungs- sowie Größenvorteile von Dienstleistungsanbietern zu nutzen (Klodt et al. 1997). Es können aber auch tarifliche Vereinbarungen oder Mitbestimmungsregelungen sein, die Unternehmen veranlassen, bestimmte Dienstleistungen von außen zu beziehen anstatt sie selbst zu erzeugen.

Mit dem Outsourcing solcher Leistungen verbinden sich noch andere Ziele: Erstens wird die Flexibilität der Produktion gesteigert und die Fixkosten werden reduziert, wenn Vorleistungen nach Bedarf zugekauft werden können. Zweitens führt dieser Prozess zu einer Erhöhung der

Produktqualität. Denn zum einen ermöglicht das Outsourcing dem auslagernden Unternehmen eine Reduktion der Funktionen auf den Kern der eigentlichen Unternehmenstätigkeit und damit eine erhöhte Konzentration im Produktionsprozess. Zum anderen steigt auch die Qualität der nun von einem externen Dienstleister erbrachten Leistungen, da dieser selbst wiederum Spezialist auf seinem Gebiet ist. Drittens ermöglicht der Fremdbezug in vielen Fällen einen verstärkten Transfer von Know-how und Technologie, wodurch sich die Innovationsfähigkeit des eigenen Unternehmens erhöht. Gerade der letzte Punkt kann sich angesichts der fortschreitenden Verkürzung von Produkt- und Innovationszyklen zu einem entscheidenden Wettbewerbsfaktor entwickeln.

Sofern es sich um reine Ausgliederungsvorgänge von Unternehmensteilen handelt, ergeben sich für die Gesamtwirtschaft im ersten Schritt keine unmittelbaren zusätzlichen Beschäftigungsmöglichkeiten. Im Gegenteil, es ist sogar kurzfristig damit zu rechnen, dass beim Übergang von relativ „geschützten“ Unternehmensstrukturen in den Markt unproduktive Dienstleistungsarbeitsplätze abgebaut werden. Es besteht jedoch Grund zur Vermutung, dass mittel- bis langfristig die entstehenden Spezialisierungs- und Produktivitätsvorteile zu einer entsprechenden zusätzlichen Nachfrage nach diesen Dienstleistungsprodukten führen werden. Aus diesem Grund greift die Ansicht zu kurz, nach dem das Auslagern von zuvor unternehmensintern erstellten Dienstleistungen ein rein statistisches Artefakt darstelle. Es ließen sich genügend Beispiele anführen, die zeigen, dass in die Selbstständigkeit entlassene Dienstleister sich neue Märkte erschlossen und anschließend ein eigenständiges Wachstum hervor gebracht haben.

(7) Unabhängig von der gestiegenen Bedeutung des Outsourcings ist der Produktionsverbund zwischen Dienstleistungs- und Industriesektor viel enger geworden ist. Warenproduzenten wie Dienstleistungsunternehmen brauchen eine Vielzahl von Vorleistungen, um den Kunden die Problemlösungen liefern zu können, die sie erwarten. Aufgrund der starken Interdependenzen zwischen dem Dienstleistungssektor und dem Produzierenden Gewerbe ist eine Analyse der Beschäftigungsmöglichkeiten im Dienstleistungssektor ohne eine gründliche Untersuchung seiner vielschichtigen Beziehungen mit der Industrie wenig aussagekräftig. Obwohl die Industrie nicht nur in Deutschland, sondern in allen fortgeschrittenen Industriestaaten rückläufige Beschäftigungs- und Wertschöpfungsanteile aufweist, sind die verbreitet anzutreffenden Aussagen über die „De-Industrialisierung“ der deutschen Volkswirtschaft daher zu relativieren. Zwar ist es richtig, dass in rein quantitativer Hinsicht Dienstleistungen ein deutli-

ches Übergewicht haben. Zumindest für die besonders dynamisch wachsenden unternehmensbezogenen und industrienahen Dienstleistungen gilt aber, dass es sich dabei wie beschrieben um Aktivitäten handelt, die eher in einem komplementären als in einem substitutiven Verhältnis zur industriellen Produktion stehen. Die Entwicklung des industriellen Sektors ist somit nach wie vor von zentraler Bedeutung für Produktion und Beschäftigung in Deutschland.

Für moderne Produktionsverhältnisse gilt nämlich, dass es sich dabei um eine „Warenproduktion mittels Waren“ (Sraffa 1960) handelt. Damit soll ausgedrückt werden, dass eine wechselseitige Verflechtung der Ökonomie in dem Sinne besteht, dass die Erzeugnisse des einen Sektors sehr häufig Input für die Produktion eines zweiten Sektors sind. Dabei gibt es keine strenge Hierarchie in dem Sinne, dass ein Sektor (etwa ein Erzeuger von Rohstoffen) an einen anderen Sektor (etwa einen Hersteller von Werkzeugmaschinen) liefert, keineswegs aber der zweite Sektor an den ersten. Für eine „Warenproduktion mittels Waren“ ist vielmehr gerade der wechselseitige Bezug kennzeichnend, der nicht immer in direkter Form erfolgen muss. So kann der erstgenannte Sektor an der zweiten, der zweite an einen dritten (etwa einen Automobilhersteller) liefern, ohne dass der erste Sektor direkt an der dritten liefert. Dennoch besteht natürlich eine (indirekte) Beziehung zwischen dem Rohstoffsektor und dem Automobilsektor, weil eine erhöhte Nachfrage des Automobilsektors gegenüber dem Werkzeugmaschinen Sektor natürlich auch auf den Rohstoffsektor zurückwirken muss.

Die Verflechtungsbeziehungen zwischen dem Dienstleistungssektor und dem Produzierenden Gewerbe in Deutschland sind intensiv und haben sich in den letzten Jahren dynamisch verstärkt. Während der Anteil der Industrie an der gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung stetig zurückgegangen ist, haben empirische Untersuchungen auf Basis von Input-Output-Tabellen gezeigt, dass in den 1990er Jahren der gemeinsame Wertschöpfungsanteil von Industrie und den damit über Vorleistungsverflechtungen verbundenen unternehmensbezogenen Dienstleistern mit rund 39 % praktisch konstant geblieben ist (Kalmbach u.a. 2005). In dieser Perspektive kommt der Industrie eine andere Bedeutung zu, als das in den üblicherweise ermittelten Anteilswerten zum Ausdruck kommt. Misst man die Bedeutung der Industrie daran, wie viel Produktion in der gesamten Ökonomie durch die auf die Industrie gerichtete Endnachfrage hervorgerufen wird, so wird man keineswegs mehr von einem Niedergang sprechen können. Die weit verbreitete Ansicht einer tief greifenden „De-Industrialisierung“ der deutschen Volkswirtschaft ist damit für die 1990er Jahre stark in Frage gestellt.

Die Ergebnisse in der Studie von Kalmbach u.a. belegen die hohe Bedeutung der Industrie für die Produktion und Beschäftigung in der Ökonomie insgesamt und dies insbesondere für die unternehmensbezogenen Dienstleistungen. Festgestellt wurde, dass Veränderungen der Endnachfrage nach industriellen Produkten die Nachfrage nach unternehmensbezogenen Dienstleistungen sehr stark beeinflusst, während umgekehrt wesentlich geringere Einflüsse von den unternehmensbezogenen Dienstleistungen auf den industriellen Sektor ausgehen. Dieses Ergebnis relativiert ganz entschieden die Vorstellung von einem „dienstleistungsbestimmten Wachstum“ und verweist auf die – trotz eines geschrumpften Wertschöpfungs- und Erwerbstätigenanteils – fortbestehende zentrale Bedeutung der Industrie. In Deutschland trifft dies ganz besonders auf die hauptsächlichen Exportsektoren (Automobilindustrie, Maschinenbau, Chemische und Pharmazeutische Industrie) zu. Es lässt sich hieraus ableiten, dass das, was für die inländische Industrie von Nachteil ist, auch für die unternehmensbezogenen Dienstleistungen nachteilig ist. Das heißt dann aber auch, dass Beschäftigungsverluste in der Industrie nicht durch entsprechende Gewinne im Dienstleistungsbereich quasi automatisch kompensiert werden, wie das noch Fourastié annehmen konnte.

(8) Die enge Verzahnung von Industrie und Dienstleistung hat auch Auswirkungen in räumlicher Hinsicht und damit eine gewisse Bedeutung bei Standortentscheidungen. Regionale Standortanalysen zeigen, dass sich Industrieunternehmen zunehmend dort niederlassen, wo sie ein adäquates Dienstleistungsangebot vorfinden. Umgekehrt siedeln sich industrieorientierte Dienstleistungsunternehmen dort an, wo sie ein entsprechendes Auftragsvolumen aus der Industrie antreffen, da aus räumlicher Nähe bedeutsame „Fühlungsvorteile“ entstehen und sich entsprechende Netzwerkstrukturen herausbilden können. Gerade Dienstleistungsanbieter, bei denen die unmittelbare Einbeziehung des Dienstleistungsempfängers in den Prozess der Dienstleistungserstellung notwendig ist, können davon profitieren, dass sie Teil eines Netzwerkes sind. Netzwerke stellen eine Koordinationsform dar, die zwischen einer rein marktmäßigen Beziehung und der hierarchischen Struktur eines Unternehmens liegt. Trotz aller Fortschritte im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologien sind die Grundlage für das Entstehen solcher Netzwerke noch immer räumliche Nähe, persönliche Kontakte und wechselseitiges Vertrauen. Die Existenz solcher Netzwerkbeziehungen wirkt wie eine starke Produktdifferenzierung und verschafft dem Mitglied eines Netzwerkes eine Vorzugsstellung. Außerdem ist es möglich, ein Bündel von Dienstleistungen gemeinsam mit anderen Unternehmen anzubieten, was dem Kunden hilft, seinen Koordinierungsaufwand zu reduzie-

ren („one face to the customer“) und die Senkung seiner Transaktionskosten ermöglicht. Die Kehrseite davon ist, dass bei krisenhaften Entwicklungen einzelner Netzwerkmitglieder eine hohe „Ansteckungsgefahr“ für die anderen Mitglieder besteht. Die Feststellung, dass es in vielen Fällen entweder notwendig oder von Vorteil ist, den Standort der Erstellung von unternehmensbezogenen und produktbegleitenden Dienstleistungen in der Nähe seiner Kunden anzusiedeln wird von einer Untersuchung des Fraunhofer-Instituts ISI aus dem Jahr 1997 gestützt. Bei den im Rahmen dieser Studie befragten Investitionsgüter produzierenden Unternehmen zeigte sich, dass Firmen mit einem unterdurchschnittlichen Angebot an produktbegleitenden Dienstleistungen auch nur einen vergleichsweise geringen Umsatz in der Region erwirtschaften, in der sie angesiedelt sind. So erzielten Industrieunternehmen, die nicht mehr als 25 % ihres Umsatzes in ihrer Heimatregion tätigten, lediglich einen Dienstleistungsumsatz von 5,7 %. Mit wachsender Bedeutung der Region als Absatzgebiet steigt nach dieser Untersuchung der auf produktbegleitende Dienstleistungen entfallende Absatzanteil linear an. Unternehmen, für die die eigene Region mit 75 % Umsatzanteil das bedeutendste Absatzgebiet ist, wiesen einen Dienstleistungsanteil beim Umsatz von 8,5 % auf. Eine „... Servicestrategie wird vor allem für die Unternehmen als Chance angesehen, die in räumlicher Nähe zu ihren Kunden angesiedelt sind und die weiter entfernte Konkurrenten abwehren wollen.“ (Lay 1998, 6). Diese Feststellungen bieten Anknüpfungspunkte für weitere Analysen im Hinblick auf eine zielgerichtete regionale Wirtschaftsförderungspolitik, die z. B. die Bildung von „Dienstleistungs-/Industrieclustern“ anregt.

(9) Deutschland hat im internationalen Vergleich der entwickelten Volkswirtschaften einen unterdurchschnittlichen Dienstleistungsanteil bei Wertschöpfung und Beschäftigung. Dies wird des Öfteren als „Dienstleistungslücke“ bezeichnet und als ein Malus betrachtet. Hieraus wurde auch abgeleitet, dass es Aufgabe der Wirtschaftspolitik sein müsse, diese Lücke zu schließen, wozu eine spezielle Förderung des Dienstleistungsbereichs zu erfolgen habe. Dieser Vorstellung liegt eine einseitige Sichtweise zugrunde: Denn eine Wirtschaft wie die deutsche, die ihre komparativen Vorteile bei hochwertigen und hoch spezialisierten Industriegütern hat, muss nicht das gleiche Muster aufweisen wie eine ähnlich weit entwickelte Ökonomie mit einem anderen Spezialisierungsmuster. Schematische Übernahmen anderswo vorzufindender Strukturen sind keine ernsthafte Option für die erfolgreiche Entwicklung einer Ökonomie. Die deutsche Wirtschaft hat eine in weiten Teilen starke und international erfolgreiche Industrie. Dieser komparative Vorteil sollte erhalten bleiben. Das ist teilweise schon in

der Vergangenheit dadurch geschehen, dass man sich als besonders problemlösungskompetent gezeigt hat. Eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen Industrie- und Dienstleistungsbereich (insbesondere auch bei FuE) könnte dies weiter befördern. Aus diesem Grund ist auch eine spezielle, auf den Dienstleistungsbereich zugeschnittene Beschäftigungspolitik weder notwendig, noch sinnvoll. Anstatt einseitig auf eine Industrie- oder Dienstleistungs-offensive zu setzen, ist „vor allem eine allgemeine wachstumsfördernde Wirtschaftspolitik gefordert und weniger eine auf den Dienstleistungsbereich gerichtete Sektorpolitik“ (Stille et al. 2003, 158). Ein stärkeres Wirtschaftswachstum wird Industrie und Dienstleistungen gleichermaßen begünstigen; dabei eintretende Anteilsverschiebungen und internationale Unterschiede in den Anteilen verdienen dagegen keine besondere Aufmerksamkeit. Wenn sich manche Industrieunternehmen dazu entschließen, bestimmte (z. B. produktbegleitende) Dienstleistungen selbst zu produzieren und andere vom Dienstleistungssektor zu beziehen, darf man ihnen dafür gute Gründe zubilligen und sollte in der Regel solche Entscheidungen nicht durch wirtschaftspolitische Intervention zu beeinflussen versuchen. Daraus lässt sich aber nicht ableiten, dass man im Dienstleistungsbereich nicht auch künftig alle sich bietenden Möglichkeiten einer Beschäftigungssteigerung ausnützt. Hierzu gehört, dass die Problemlösungskompetenz weiter entwickelt werden muss – und damit das Zusammenspiel von industrieller Produktion und Dienstleistungserstellung.

(10) Die Chancen für Geringqualifizierte in Deutschland, eine Beschäftigung zu finden, sind deutlich schlechter als die von Hochqualifizierten. Häufig wird davon ausgegangen, dass eine produktive Beschäftigung von Geringqualifizierten vorwiegend im Dienstleistungsbereich möglich ist. Es wäre zwar ein Fehler, den Dienstleistungssektor generell mit niedrig entlohnten Tätigkeiten in Verbindung zu bringen. Gleichwohl bietet der Dienstleistungssektor immer noch zahlreiche Chancen auf geregelte Beschäftigungsverhältnisse, von denen gerade die Geringqualifizierten profitieren könnten. Hohe Arbeitskosten und administrative Hürden haben in der Vergangenheit vielfach diese Beschäftigungsoptionen verbaut (vgl. SVR 2005, 179). Dass hier ein erhebliches Marktpotential existiert, belegt das Ausmaß der Schattenwirtschaft in diesem Bereich. Die Reform der Handwerksordnung und die Erleichterung des Aufbaus von Kleingewerben und andere Arbeitsmarktreformen waren hier richtige Schritte. Dennoch sind zahlreiche Dienstleistungsmärkte noch immer erheblichen Regulierungen unterworfen, deren Beseitigung neue Chancen für Wachstum und Beschäftigung bringen könnte. Eine Deregulierung von Dienstleistungsmärkten würde neue Beschäftigungsoptionen eröff-

nen. Die EU-Dienstleistungsrichtlinie in ihrer ursprünglichen Fassung (inkl. dem Herkunftslandsprinzip) hätte hier für einen nachhaltigeren Effekt gesorgt als die jetzt beschlossene Fassung, die aber immer noch einen positiven Impuls auslösen dürfte (Nerb u.a. 2006). Da gerade für einfache Tätigkeiten Transaktionskosten ein hohes relatives Gewicht haben, kommt der Beseitigung administrativer Hindernisse und anderen deregulatorisch wirkenden Maßnahmen sowohl auf internationaler als auch auf regionaler Ebene eine hohe Bedeutung für die Ausschöpfung von Beschäftigungspotenzialen im Dienstleistungssektor zu.

Üblicherweise wird in diesem Zusammenhang auch die Ansicht vertreten, dass Geringqualifizierte im Produzierenden Gewerbe aufgrund des hohen Anteils an handelbaren Gütern in direkter Konkurrenz mit Beschäftigten aus Niedriglohnländern stehen, während Dienstleistungen aufgrund ihrer speziellen Charakteristika vorwiegend nicht-handelbare Güter darstellen (vgl. SVR 2005, 179). Heutzutage kann aber nicht ohne Weiteres angenommen werden, dass die Dienstleistungserstellung und -konsumtion immer zu gleicher Zeit am gleichen Ort stattfinden müssen und Dienstleistungen daher weitgehend vor internationaler Konkurrenz geschützt sind. Nun hat das uno-actu-Prinzip nie generell für Dienstleistungen gegolten und ganz sicher ist es seit Längerem von abnehmender Bedeutung. Dazu hat die technische Entwicklung beigetragen, die Dienstleistungen zunehmend international handelbar gemacht hat. Während dieses uno-actu-Prinzip bei den „klassischen“ personenbezogenen Dienstleistungen noch weitgehend gilt, ist es aufgrund des technischen Fortschritts bei den Informations- und Kommunikationstechnologien zunehmend möglich, die Erbringung und die Nutzung von Dienstleistungen zeitlich und räumlich zu entkoppeln. Auf diese Weise sind immer mehr – vor allem informationsbasierte – Dienstleistungen einer überregionalen (und internationalen) Konkurrenz ausgesetzt. Die Entwicklung des „Offshoring“ von Dienstleistungen aus den USA heraus in Länder wie Indien und China verdeutlicht diesen Trend. Es zeichnet sich als klare Tendenz ab, dass der Anteil der nicht-handelbaren (und damit „geschützten“) Dienstleistungen immer weiter abnimmt. Daher sollte man nicht in der Vorstellung verhaftet bleiben, dass Dienstleistungstätigkeiten generell von der internationalen Konkurrenz ausgeschlossen sind.

7.3.2 Kleinräumliche Beziehungen zwischen Industrie und Dienstleistungen

Im vorigen Abschnitt wurden Argumente und teilweise auch empirische Evidenz dafür präsentiert, dass es auf der nationalen Ebene einen Zusammenhang zwischen Industrie und Dienstleistungen gibt. Dabei scheinen die (unternehmensbezogenen) Dienste eher von der Industrie abzuhängen als umgekehrt. Was für Deutschland insgesamt gilt, muss jedoch nicht unbedingt auch für Teilräume des Landes und insbesondere nicht für die kleinräumliche Ebene zutreffen. Dieser Frage wird im Folgenden nachgegangen. Als räumliche Einheiten werden die vom Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) definierten Raumordnungsregionen gewählt. Sie setzen sich im Allgemeinen aus mehreren Landkreisen oder kreisfreien Städten zusammen und bilden weitestgehend in sich geschlossene sozio-ökonomische Verflechtungsgebiete. Speziell wird untersucht, inwieweit die Entwicklung der unternehmensnahen Dienste in einer Region von der Dichte und der Entwicklung des verarbeitenden Gewerbes sowie von der Dichte der Unternehmensdienste selbst in dieser Region abhängt. Als Datengrundlage wird die Statistik der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten herangezogen. Abhängige Variable ist die Veränderung der Beschäftigung bei den unternehmensnahen Diensten von 1998 bis 2005. Eine weiter in die Vergangenheit zurückreichende Beobachtung scheitert an Problemen der Datenvergleichbarkeit; mit dem Jahr 1998 wurde die Beschäftigtenstatistik auf die bis heute gültige Wirtschaftszweigsystematik umgestellt. Bei 1998 und 2005 handelt es sich jeweils um Jahre zu Beginn eines konjunkturellen Aufschwungs; zyklische Effekte dürften deshalb keine Rolle spielen.

Im ersten Schritt wurde die Entwicklung der Beschäftigung bei den Unternehmensdiensten insgesamt sowie in den einzelnen Branchen dieses Sektors mit dem Industriebesatz (Beschäftigte im verarbeitenden Gewerbe je Einwohner) im Basisjahr 1998 in Beziehung gesetzt. Das Bestimmtheitsmaß der Regression über alle 97 deutschen Raumordnungsregionen nimmt für die Unternehmensdienste insgesamt mit 0,373 einen nicht geringen Wert an (Tabelle 7-5, oberer Teil). Die Entwicklung der Beschäftigung in den unternehmensnahen Diensten kann also zu knapp 40 % mit der Industriedichte der jeweiligen Region „erklärt“ werden.

Tabelle 7-5

Zusammenhang zwischen Industrie und Unternehmensdiensten

Bestimmtheitsmaße (R^2) bi-variater Regressionen auf der Ebene der Raumordnungsregionen;
grau unterlegte Werte kennzeichnen einen negativen Zusammenhang

	Deutschland	Westdeutschland	Ostdeutschland
Industriebesatz 1998 ² und Entwicklung der Beschäftigung ³ in den jeweiligen Dienstleistungszweigen 2005 gegenüber 1998			
Unternehmensbezogene Dienste insgesamt ¹	0,373	0,113	0,146
darunter:			
Datenverarbeitungsdienste	0,021	0,057	0,039
darunter:			
Softwareentwicklung	0,000	0,007	0,181
Forschung und Entwicklung in Natur-, Ingenieurwissenschaften und Medizin	0,006	0,001	0,023
Rechts- und Wirtschaftsberatung	0,179	0,079	0,002
Technische Büros	0,275	0,058	0,157
Werbung	0,020	0,001	0,013
Personalvermittlung	0,003	0,000	0,000
Wachdienste	0,031	0,000	0,211
Reinigung	0,252	0,019	0,090
Sonstige Dienste für Unternehmen	0,111	0,018	0,170
Entwicklung der Beschäftigung im verarbeitenden Gewerbe ³ und Entwicklung der Beschäftigung ³ in den jeweiligen Dienstleistungszweigen 2005 gegenüber 1998			
Unternehmensbezogene Dienste insgesamt ¹	0,000	0,023	0,013
darunter:			
Datenverarbeitungsdienste	0,017	0,007	0,054
darunter:			
Softwareentwicklung	0,026	0,044	0,004
Forschung und Entwicklung in Natur-, Ingenieurwissenschaften und Medizin	0,004	0,019	0,018
Rechts- und Wirtschaftsberatung	0,015	0,002	0,037
Technische Büros	0,021	0,106	0,066
Werbung	0,000	0,017	0,032
Personalvermittlung	0,043	0,050	0,070
Wachdienste	0,006	0,006	0,006
Reinigung	0,001	0,049	0,000
Sonstige Dienste für Unternehmen	0,030	0,084	0,016
Entwicklung der Beschäftigung im verarbeitenden Gewerbe ³ 2005 gegenüber 1998 gewichtet mit der Industriedichte 1998 ² und Entwicklung der Beschäftigung ² in den jeweiligen Dienstleistungszweigen 2005 gegenüber 1998			
Unternehmensbezogene Dienste insgesamt ¹	0,009	0,035	0,092
darunter:			
Datenverarbeitungsdienste	0,004	0,008	0,002
darunter:			
Softwareentwicklung	0,021	0,045	0,023
Forschung und Entwicklung in Natur-, Ingenieurwissenschaften und Medizin	0,013	0,021	0,000
Rechts- und Wirtschaftsberatung	0,004	0,001	0,005
Technische Büros	0,056	0,124	0,117
Werbung	0,007	0,023	0,015
Personalvermittlung	0,031	0,037	0,036
Wachdienste	0,004	0,006	0,101
Reinigung	0,010	0,051	0,026
Sonstige Dienste für Unternehmen	0,037	0,056	0,055

1 Ohne Grundstücks- und Wohnungswesen.

2 Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am 30. Juni je Einwohner.

3 Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte jeweils am 30. Juni des Jahres.

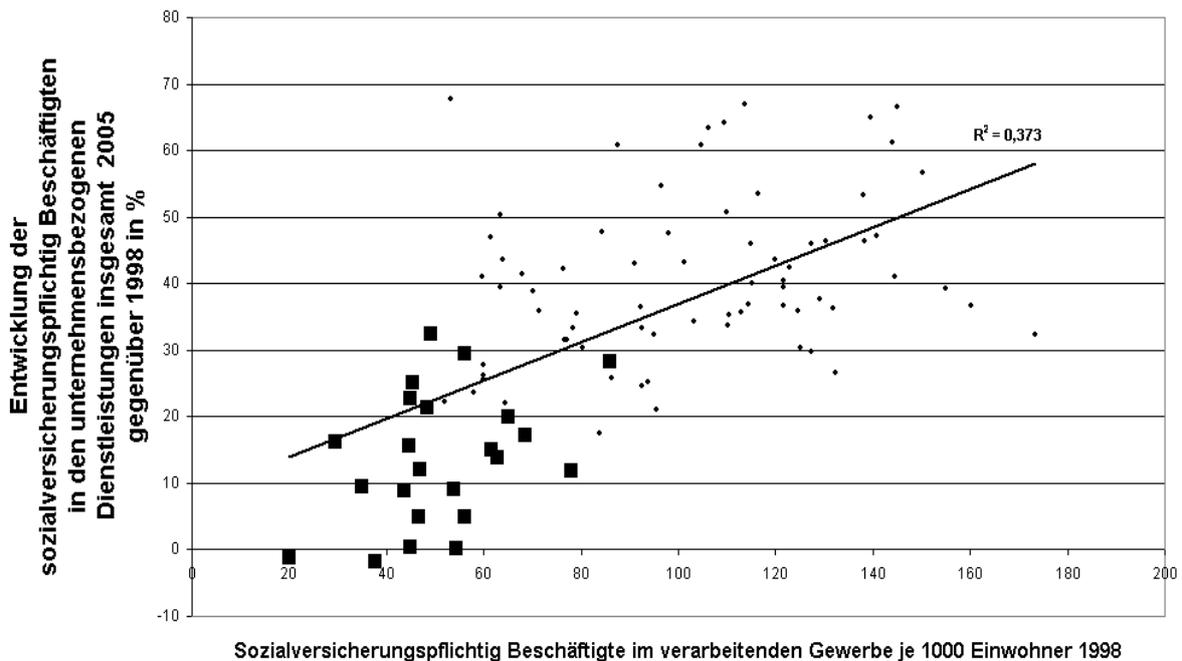
Quelle: Statistik der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2006

Dieser statistische Zusammenhang wird allerdings sehr stark durch das West-Ost-Gefälle geprägt. Abbildung 7-1 zeigt, dass die westdeutschen und die ostdeutschen Regionen im Hinblick auf die Industriedichte im Jahr 1998 und die Dynamik der Unternehmensdienste zwei weitgehend separate „Clubs“ darstellen: In Ostdeutschland war 1998 der Industriebesatz geringer als im Westen, und die Zahl der Beschäftigten in den unternehmensnahen Diensten ist dort – bei allen regionalen Unterschieden – nicht so stark gestiegen wie im Westen. Bei getrennten Regressionen schwächt sich das Bestimmtheitsmaß auf 0,113 für Westdeutschland und 0,146 für Ostdeutschland ab.

Abbildung 7-1

Industriedichte und Entwicklung der Beschäftigung in unternehmensnahen Dienstleistungen



Anmerkung: große Quadrate = ostdeutsche Raumordnungsregionen; klein Rauten = westdeutsche Raumordnungsregionen.
Quelle: Statistik der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten; Berechnungen des DIW Berlin. **DIW Berlin 2006**

Auch für die Entwicklung der einzelnen Zweige der Unternehmensdienste zeigen sich im Allgemeinen keine starken positiven Zusammenhänge mit der regionalen Industriedichte. Recht deutlich sind die Beziehungen aber – zumindest im Falle der ostdeutschen Regionen – für die technischen Büros und die Wachdienste; für die Software-Entwicklung ist der Zusammenhang dagegen negativ. Wird statt der Industriedichte die Beschäftigungsentwicklung im verarbeitenden Gewerbe als unabhängige Variable herangezogen, ergeben sich kaum nennenswerte statistische Zusammenhänge mit der Entwicklung der Unternehmensdienste. Dies

gilt auch, wenn man die Beschäftigungsentwicklung im verarbeitenden Gewerbe mit der Industriedichte im Jahr 1998 gewichtet (Tabelle 7-5, mittlerer und unterer Teil).

In einem zweiten Untersuchungsschritt wurden nur jene Industriezweige in die Analyse einbezogen, die technisch komplexe Güter herstellen, weil angenommen werden könnte, dass gerade Hersteller solcher Waren (wissensintensive) unternehmensnahe Dienstleistungen beziehen. Für Ostdeutschland – jedoch nicht für Westdeutschland – zeigt sich hier ein deutlicher positiver Zusammenhang mit der Entwicklung der Unternehmensdienste, insbesondere für technische Büros, aber auch für Reinigungsdienste. Die Effekte auf die Software-Entwicklung sind jedoch wiederum negativ (Tabelle 7-6).

Im letzten Untersuchungsschritt wurde der Frage nachgegangen, ob ein hoher Besatz mit unternehmensnahen Diensten in einer Region der Entwicklung eben solcher Aktivitäten besonders förderlich ist. Wie Tabelle 7-7 zeigt, trifft dies im Allgemeinen nicht zu. Eindeutlich negativer Zusammenhang besteht im Falle der Personalvermittlung (Zeitarbeit), deren Wachstum offenbar in überdurchschnittlichem Maße in jenen Regionen stattfindet, in denen sie eher schwach vertreten ist. Die Rechts- und Wirtschaftberatung entwickelt sich hingegen dort relativ günstig, wo sie ohnehin schon von relativ großer Bedeutung ist; dies gilt vor allem für Ostdeutschland.

Insgesamt zeigen die Befunde, dass man mit Blick auf die regionale Entwicklung den kleinräumlichen Zusammenhang von Industrie und unternehmensnahen Diensten nicht überschätzen sollte. Einen statistisch deutlichen Einfluss der Industrie gibt es auf die technischen Büros sowie – in ostdeutschen Regionen - auf Wach- und Reinigungsdienste. Für andere Dienstleistungsbranchen ist es hingegen kaum von Belang, welches Gewicht die Industrie in der jeweiligen Region hat oder wie sie sich entwickelt. In Anbetracht der wachsenden überregionalen und internationalen Arbeitsteilung muss dies auch nicht verwundern, denn die Entwicklung von Software oder die Konzipierung von Werbekampagnen muss nicht unbedingt in räumlicher Nähe zu Industrieunternehmen stattfinden.

Tabelle 7-6

Zusammenhang zwischen technologieintensiver Industrie und Unternehmensdiensten

Bestimmtheitsmaße (R^2) bi-variater Regressionen auf der Ebene der Raumordnungsregionen; grau unterlegte Werte kennzeichnen einen negativen Zusammenhang

	Deutschland	Westdeutschland	Ostdeutschland
	Besatz ² mit technikintensiver Investitionsgüter produzierender Industrie 1998 ³ und Entwicklung der Beschäftigung ⁴ in den jeweiligen Dienstleistungszweigen 2005 gegenüber 1998		
Unternehmensbezogene Dienste insgesamt ¹	0,258	0,062	0,251
darunter:			
Datenverarbeitungsdienste	0,004	0,010	0,060
darunter:			
Softwareentwicklung	0,001	0,001	0,188
Forschung und Entwicklung in Natur-, Ingenieurwissenschaften und Medizin	0,015	0,006	0,000
Rechts- und Wirtschaftsberatung	0,162	0,069	0,101
Technische Büros	0,341	0,163	0,271
Werbung	0,028	0,001	0,001
Personalvermittlung	0,002	0,014	0,007
Wachdienste	0,045	0,009	0,003
Reinigung	0,166	0,009	0,285
Sonstige Dienste für Unternehmen	0,070	0,007	0,067
	Entwicklung der Beschäftigung ³ in der technikintensiven Investitionsgüter produzierenden Industrie ² und Entwicklung der Beschäftigung in den jeweiligen Dienstleistungszweigen 2005 gegenüber 1998		
Unternehmensbezogene Dienste insgesamt ¹	0,000	0,007	0,106
darunter:			
Datenverarbeitungsdienste	0,010	0,007	0,024
darunter:			
Softwareentwicklung	0,006	0,008	0,001
Forschung und Entwicklung in Natur-, Ingenieurwissenschaften und Medizin	0,002	0,010	0,001
Rechts- und Wirtschaftsberatung	0,012	0,005	0,001
Technische Büros	0,014	0,085	0,257
Werbung	0,010	0,000	0,051
Personalvermittlung	0,026	0,049	0,010
Wachdienste	0,023	0,031	0,045
Reinigung	0,000	0,021	0,110
Sonstige Dienste für Unternehmen	0,005	0,027	0,010
	Entwicklung der Beschäftigung in der technikintensiven Investitionsgüter produzierenden Industrie ² 2005 gegenüber 1998 gewichtet mit dem Besatz an technikintensiver Investitionsgüter produzierender Industrie 1998 ² und Entwicklung der Beschäftigung ² in den jeweiligen Dienstleistungszweigen 2005 gegenüber 1998		
Unternehmensbezogene Dienste insgesamt ¹	0,009	0,051	0,097
darunter:			
Datenverarbeitungsdienste	0,016	0,027	0,000
darunter:			
Softwareentwicklung	0,023	0,039	0,011
Forschung und Entwicklung in Natur-, Ingenieurwissenschaften und Medizin	0,003	0,006	0,000
Rechts- und Wirtschaftsberatung	0,000	0,002	0,000
Technische Büros	0,051	0,119	0,277
Werbung	0,001	0,001	0,060
Personalvermittlung	0,022	0,032	0,003
Wachdienste	0,028	0,032	0,072
Reinigung	0,005	0,041	0,101
Sonstige Dienste für Unternehmen	0,014	0,029	0,032

1 Ohne Grundstücks- und Wohnungswesen. 2 Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am 30. Juni je Einwohner. 3 Maschinenbau; Herstellung von Geräten der EDV und von Büromaschinen, Herstellung von Geräten der Elektrizitätsverteilung und -erzeugung, Rundfunk- und Nachrichtentechnik, Medizin-, Mess-, Steuerungs- und Regelungstechnik, Optik; Fahrzeugbau. 4 Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte jeweils am 30. Juni des Jahres.

Tabelle 7-7

Zusammenhang zwischen dem Dienstleistungsbesatz 1998 und der Entwicklung unternehmensbezogener Dienste

Bestimmtheitsmaße (R^2) bi-variater Regressionen auf der Ebene der Raumordnungsregionen; grau unterlegte Werte kennzeichnen einen negativen Zusammenhang

	Deutschland	Westdeutschland	Ostdeutschland
	Beschäftigtenbesatz in den Dienstleistungszweigen 1998 ² und Entwicklung der Beschäftigung ³ in den diesen Dienstleistungszweigen 2005 gegenüber 1998		
Unternehmensbezogene Dienste insgesamt ¹	0,006	0,014	0,094
darunter:			
Datenverarbeitungsdienste	0,018	0,025	0,009
darunter:			
Softwareentwicklung	0,050	0,050	0,098
Forschung und Entwicklung in Natur-, Ingenieurwissenschaften und Medizin	0,055	0,062	0,002
Rechts- und Wirtschaftsberatung	0,133	0,050	0,323
Technische Büros	0,049	0,008	0,000
Werbung	0,032	0,079	0,016
Personalvermittlung	0,460	0,470	0,508
Wachdienste	0,031	0,007	0,021
Reinigung	0,344	0,143	0,000
Sonstige Dienste für Unternehmen	0,097	0,099	0,158

1 Ohne Grundstücks- und Wohnungswesen.

2 Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am 30. Juni je Einwohner.

3 Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte jeweils am 30. Juni des Jahres.

Quelle: Statistik der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2006

7.3.3 Dienstleistungsbezug ostdeutscher Unternehmen

Im Rahmen der Umfragen des DIW sind auch Informationen dazu erhoben, in welchem Umfang ostdeutsche Unternehmen Dienstleistungen beziehen und inwieweit das regionale Umfeld davon profitiert. Ausgewählt wurden solche Dienstleistungen, die im Allgemeinen als für Unternehmen besonders wichtig angesehen werden und die für ein Outsourcing in Frage kommen. Dazu zählen die Produkt- und Verfahrensentwicklung, die Marktforschung, die Werbung, der Verkauf und der Vertrieb, der Transport, die Datenverarbeitung, die Unternehmens- und Steuerberatung sowie die Weiterbildung der Mitarbeiter.

Geordnet nach der Bedeutung des Bezuges aus der näheren Umgebung ergibt sich für Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes folgendes Bild (Tabelle 7-8, oberer Teil): Zu den typischen Leistungen, die von fast allen Unternehmen (92 % der Unternehmen) nachgefragt werden, zählt die Steuerberatung. Der überwiegende Teil der Unternehmen, zwei Drittel, beschäftigt ortansässige Steuerberater, ein Drittel Steuerberater von anderswo. Transportleistungen werden ebenfalls sehr häufig von regionalen Anbietern bezogen (42 % der Industriebetriebe).

Deutlich weniger Unternehmen (17 %) lassen Transporte auch von Unternehmen außerhalb der Region ausführen. Hier ist die Relation intra- versus extraregionaler Bezug noch größer als bei der Steuerberatung (Faktor 2,5). Zugleich unterhält ein großer Teil der Unternehmen einen eigenen Fuhrpark (45 %). Auch bei den Werbeleistungen ist der regionale Bezug hoch (32 % der Unternehmen), jedoch fällt auch hier auf, dass viele Unternehmen parallel dazu Werbeleistungen im Hause erbringen. Weiterbildungseinrichtungen werden vor Ort zwar auch recht intensiv beansprucht (30 %), etwa gleich viele Unternehmen nutzen aber auch Einrichtungen von anderswo und/oder bilden selbst weiter. Bei der Unternehmensberatung ist das Bezugsmuster ähnlich. Bezüge aus der Region sind etwa ebenso häufig wie Bezüge von außerhalb. Bei Datenverarbeitungsdiensten greift ein Viertel der Unternehmen auf Anbieter in der näheren Umgebung zurück; Bezüge aus anderen Regionen spielen dagegen keine große Rolle. Der größte Teil der Datenverarbeitungsdienste wird jedoch von den Unternehmen selbst erstellt. Dies gilt auch für den Vertrieb, die Marktforschung sowie für die Produkt- und Verfahrensentwicklung. Bei Dienstleistungsunternehmen (ausgewählte hochwertige Unternehmensdienste) ist das Bezugsmuster im Großen und Ganzen ähnlich wie bei der Industrie (Tabelle 7-8, unterer Teil).

Eine räumlich differenzierende Auswertung der DIW-Umfrage zeigt, dass für die meisten nachgefragten Dienstleistungen die intraregionale Bezug bei Unternehmen mit Sitz in Verdichtungsräumen höher ist als in verstädterten Räumen und dort wiederum höher ist als in ländlichen Gebieten³⁶. So beziehen 67 % der Industrieunternehmen mit Sitz in Agglomerationen Steuerberatungsleistungen aus der Region, in verstädterten Räumen sind es 59 % und in ländlichen Reionen 58 % (Tabelle 7-9). Diese Unterschiede sind für fast alle der erfragten Dienstleistungen erkennbar, sowohl für solche, die in hohem Maße regional nachgefragt werden, als auch für eher überregionale Dienste, sowohl für das verarbeitende Gewerbe als auch für das Dienstleistungsgewerbe. Ausnahmen sind die Datenverarbeitung (im verarbeitenden Gewerbe) sowie die Werbung (im Dienstleistungsgewerbe).

³⁶ Dies entspricht Ergebnissen aus der gleichartigen DIW-Umfrage im Jahr 1996. Vgl. DIW, IfW und IWH (1998).

Tabelle 7-8

Bezug ausgewählter Dienstleistungen durch Unternehmen in Ostdeutschland im Jahr 2000

Art der Dienstleistung	Dienstleistung wird von ... % der Unternehmen ...					Relation lokaler/ über-regionaler Bezug ²
	benötigt ¹				nicht benötigt	
	... und bezogen von Anbietern		... und selbst erstellt	Gesamt		
	in der näheren Umgebung	in anderen Regionen				
<i>Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes</i>						
Steuerberatung	62	32	6	98	2	2,0
Transport	42	17	45	94	6	2,5
Werbung	32	11	55	91	9	3,0
Weiterbildung	30	31	43	91	9	1,0
Unternehmensberatung	28	23	19	67	33	1,2
Datenverarbeitung	26	11	63	93	7	2,4
Verkauf und Vertrieb	5	7	85	92	8	0,8
Marktforschung	5	13	60	75	25	0,4
Produktentwicklung	3	14	57	71	29	0,2
Verfahrensentwicklung	3	15	50	66	34	0,2
<i>Unternehmen des unternehmensnahen Dienstleistungsgewerbes</i>						
Steuerberatung	72	19	7	97	3	3,7
Weiterbildung	30	38	39	93	7	0,8
Werbung	30	7	58	90	10	4,4
Transport	27	10	31	64	36	2,8
Unternehmensberatung	26	16	26	65	35	1,7
Datenverarbeitung	20	8	69	92	8	2,4
Marktforschung	7	12	60	76	24	0,6
Verkauf und Vertrieb	4	5	77	83	17	0,9
Produktentwicklung	3	17	40	59	41	0,2
Verfahrensentwicklung	3	13	35	49	51	0,2

1 Mehrfachnennungen möglich.

2 Anteil der Unternehmen mit lokalem Bezug zum Anteil der Unternehmen mit überregionalem Bezug.

Quelle: Befragung des DIW Berlin vom Herbst 2000.

DIW Berlin 2006

Der entscheidende Grund für diese Unterschiede dürfte sein, dass im ländlichen Raum das Angebot an Dienstleistungen gering ist, so dass die Unternehmen in hohem Maße auf Bezüge aus anderen Regionen angewiesen sind. So ist im verarbeitenden Gewerbe in Verdichtungs-räumen der Anteil der Unternehmen mit lokalem Bezug – in Relation zum Anteil der Unternehmen mit überregionalen Bezug - deutlich höher als in den geringer besiedelten Regionen. Im Dienstleistungsgewerbe gilt dies nicht für alle nachgefragten Dienste. Insbesondere in der Steuerberatung ist die Relation zwischen intra- und interregionalem Bezug höher als in Agglomerationen.

Insgesamt zeigt die Untersuchung, dass der intraregionale Bezug von Dienstleistungen durch ortsansässige Unternehmen je nach Art der Dienstleistung sehr unterschiedlich stark ausgeprägt ist; er ist keineswegs immer größer als der Bezug von Dienstleistungen aus anderen Regionen. Die intraregionale Verflechtung ist in Verdichtungsräumen deutlich größer als in den anderen Gebieten.

Tabelle 7-9

Bezug von Dienstleistungen aus der näheren Umgebung durch ostdeutsche Unternehmen im Jahr 2000

Art der Dienstleistung	Unternehmen mit Sitz in ...			Unternehmen mit Sitz in ...		
	Agglo-merationen	ver-städterten Räumen	länd-lichen Räumen	Agglo-merationen	ver-städterten Räumen	länd-lichen Räumen
	in % aller Unternehmen			Relation lokaler/überregionaler Bezug ¹		
	<i>Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes</i>					
Steuerberatung	67	59	58	2,5	1,7	1,6
Transport	43	43	37	2,8	2,7	2,0
Werbung	32	32	32	3,2	3,0	2,8
Weiterbildung	34	30	24	1,2	1,0	0,7
Unternehmensberatung	30	27	26	1,4	1,2	1,0
Datenverarbeitung	25	26	27	2,5	2,5	2,5
Marktforschung	5	5	3	0,4	0,4	0,2
Verkauf und Vertrieb	6	4	5	0,9	0,6	0,8
Verfahrensentwicklung	4	3	3	0,3	0,2	0,2
Produktentwicklung	3	3	3	0,2	0,2	0,2
	<i>Unternehmen des unternehmensnahen Dienstleistungsgewerbes</i>					
Steuerberatung	73	72	71	3,8	3,5	4,4
Weiterbildung	34	25	24	1,1	0,6	0,5
Werbung	27	33	30	3,6	6,2	4,3
Transport	29	23	27	2,8	2,6	3,1
Unternehmensberatung	27	25	23	1,9	1,4	1,3
Datenverarbeitung	20	19	18	3,0	1,8	2,0
Marktforschung	8	6	6	0,7	0,5	0,5
Verkauf und Vertrieb	4	4	4	1,0	0,8	0,7
Produktentwicklung	3	3	2	0,2	0,2	0,1
Verfahrensentwicklung	3	3	2	0,3	0,2	0,1

¹ Anteil der Unternehmen mit lokalem Bezug zum Anteil der Unternehmen mit überregionalem Bezug.

Quelle: Befragung des DIW Berlin vom Herbst 2000.

DIW Berlin 2006

8 Determinanten des Erfolgs ostdeutscher Dienstleistungsunternehmen

Der Erfolg eines Unternehmens wird hier anhand des Betriebsüberschusses je Beschäftigten gemessen. Diese Größe wird ermittelt, indem vom Umsatz die Personal- und Sachaufwendungen abgezogen werden³⁷ und das Resultat durch die Zahl der Beschäftigten dividiert wird. Sie spiegelt somit die Gewinne aus dem operativen Geschäft der Unternehmen. Der ideale Erfolgsindikator wäre die Kapitalrendite, also der Gewinn in Relation zum eingesetzten Kapital. Jedoch liegen einzelbetriebliche Informationen darüber nicht vor.

Um den Einfluss des Standortes Ostdeutschland unverzerrt darstellen zu können, müssen weitere mögliche Einflussfaktoren berücksichtigt werden. Dazu zählen etwa

- betriebsbezogene Faktoren wie die technologische und finanzielle Leistungsfähigkeit, das Qualifikationsniveau der Belegschaft oder die Kostenstruktur sowie
- marktbezogene Faktoren wie die überregionale Orientierung, die Absatzstrategie, die Zahl und Leistungskraft der Konkurrenten oder die Entwicklung der Nachfrage.

Die Dienstleistungsstatistik erhebt eine Reihe von Informationen, mit denen geprüft werden kann, inwieweit – neben dem Standort – die überregionale Orientierung, die Personalkosten, die Größe, die Kapitalintensität, die Absatzstrategie im Hinblick auf die Handelsaktivitäten, die Marktgegebenheiten und die empfangenen Subventionen Einfluss auf das Betriebsergebnis haben.

Erwartet wird, dass ostdeutsche Unternehmen einen signifikant geringeren Überschuss erwirtschaften als westdeutsche, da ihre Entwicklungschancen aufgrund des relativ geringen Marktpotentials und einer ungünstigeren räumlichen Lage begrenzt sind. Von positiven Effekten ist bei der überregionalen Orientierung auszugehen, da Unternehmen mit einem geographisch großen Absatzradius in hohem Maße Skaleneffekte nutzen können. Personalkosten dürften, folgt man der Rent-Sharing-These,³⁸ in einem positiven Zusammenhang mit dem Betriebsgewinn stehen. Große Unternehmen dürften aufgrund der Möglichkeit, Größenersparnisse zu

³⁷ Ein derartiger Indikator wird auch von Görzig, Kaminiarz und Stephan (2005) für Untersuchungen zum Unternehmenserfolg im verarbeitenden Gewerbe auf der Basis der Kostenstrukturstatistik verwendet.

³⁸ Dieser These zufolge sind Unternehmen zu einer impliziten Gewinnbeteiligung dann bereit, wenn sie Wettbewerbsvorteile und eine starke Marktstellung aufgrund ihrer Innovationskraft und dem hohen Qualifikationsniveau der Beschäftigten erzielen. Vgl. etwa Hildreth und Andrew (1997) und für Thüringen Scharr (2006).

realisieren, höhere Betriebsüberschüsse aufweisen als kleine. Unternehmen, die im Rahmen ihrer Absatzstrategie auch Handelsware im Angebot führen, dürften aufgrund der dabei geringeren Gewinnspanne vermutlich einen niedrigeren Überschuss erwirtschaften als solche ohne Handelsware. Subventionen verbessern je nach Ausgestaltung unterschiedlich stark die Gewinnsituation von Unternehmen, erwartet wird also ein positiver Effekt.

Folgende Variablen der Dienstleistungsstatistik wurden verwendet:

- Betriebsüberschuss,³⁹
- Standort Ostdeutschland,⁴⁰
- Niederlassungen in anderen Bundesländern,⁴¹
- Exportquote,⁴²
- Größe,⁴³
- Personalaufwand,⁴⁴
- Handelsquote⁴⁵ und
- Subventionsquote.⁴⁶

Um die Effekte zu erkennen, die aus den unterschiedlichen Marktgegebenheiten resultieren, wurden die Branchen⁴⁷ als weitere Erklärungsfaktoren einbezogen. Der zweite Korrekturfaktor ist die Teilzeitquote⁴⁸. Die Dienstleistungsstatistik liefert keine Informationen zum Arbeitsvolumen, so dass der Betriebsüberschuss auf die Zahl der Beschäftigten bezogen werden muss. Bei Betrieben mit einem hohen Anteil Teilzeitbeschäftigter wird dadurch der Gewinn je Beschäftigten systematisch zu niedrig ausgewiesen. Zu erwarten ist demnach, dass der Pro-

³⁹ Umsatz abzüglich des Aufwandes (Personalaufwand und Aufwand für bezogene Waren, Dienstleistungen, Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe sowie sonstige betrieblichen Aufwendungen, jedoch ohne Abschreibungen und ohne Fremdkapitalzinsen) je tätiger Person.

⁴⁰ Unternehmen mit Sitz in Ostdeutschland oder in Westdeutschland (dichotom).

⁴¹ Zahl der Niederlassungen in anderen Bundesländern als dem Sitzland des Unternehmens.

⁴² Umsatz mit Abnehmern im Ausland in % des Umsatzes.

⁴³ Zahl der tätigen Personen, logarithmiert.

⁴⁴ Personalaufwand (Bruttolöhne und –gehälter und Sozialaufwendungen des Arbeitsgebers) je Lohn- und Gehaltsempfänger in Euro.

⁴⁵ Umsatz mit Handelsware in % des Umsatzes.

⁴⁶ Subventionen (ohne Investitionszuschüsse und –zulagen) in % des Umsatzes.

⁴⁷ Dummy-Variablen je Branche.

⁴⁸ Teilzeitbeschäftigte in % aller tätigen Personen.

Kopf-Gewinn negativ mit dem Anteil der Teilzeitbeschäftigten korreliert. Als dritter Korrekturfaktor wird die Investitionsintensität⁴⁹ – Näherungsgröße für Kapitalintensität - genutzt. Denn der hier errechnete Indikator „Betriebsüberschuss“ beinhaltet als Differenz von Umsatz und Personalaufwand, Sachaufwand und Steuern (Gewerbe- Kfz-, Grundsteuer etc.) nicht nur den Gewinn, sondern auch die Abschreibungen und die Fremdkapitalzinsen. Es wird erwartet, dass der Gewinn positiv mit der Investitionsintensität korreliert.

Da die erklärenden Variablen sowohl kategorial als auch intervallskaliert sind, bietet sich als Verfahren die Kovarianzanalyse an. Sie ermöglicht Aussagen darüber, ob ein signifikanter Zusammenhang zwischen den gewählten Einflussvariablen und der Zielgröße besteht und welcher Art der Zusammenhang ist. Die Analysen wurden für die Jahre 2000 bis 2003 getrennt durchgeführt.

Tabelle 8-1 gibt einen Überblick über die Merkmalsausprägungen der in den Regressionen verwendeten Variablen. Einbezogen wurden nur Unternehmen mit mehr als 250 000 Euro Jahresumsatz, also solche Unternehmen, für die Informationen zu allen hier verwendeten Variablen erhoben wurden. Der Betriebsüberschuss je tätiger Person erreichte im Jahr 2003 175 000 Euro. Rund ein Fünftel der Unternehmen haben ihren Sitz in Ostdeutschland (einschl. Berlin).

In die Regressionsanalysen gingen für das Jahr 2003 knapp 46 000 Beobachtungen ein. Insgesamt konnte mit dieser Analyse 29 % der Varianz des Pro-Kopf-Überschusses erklärt werden. Dabei zeigt sich, dass der Einfluss des Standortes „Ostdeutschland“ auf den Pro-Kopf-Gewinn im Jahr 2003 zwar signifikant negativ, aber nicht sehr groß ist (Tabelle 8-2). Unternehmen mit überregionaler Orientierung – gemessen an der Exportquote - weisen einen überdurchschnittlichen Gewinn auf. Allerdings ist der Zusammenhang nur schwach und für die Jahre 2000 und 2003 nicht signifikant. Erwartungsgemäß positiv ist der Zusammenhang von Gewinn und Personalkosten. Nicht den Erwartungen entspricht jedoch der negative Effekt der Unternehmensgröße. Subventionen sind für die Unterschiede im Gewinn nicht von Bedeutung. Dies überrascht, jedoch ist zu beachten, dass vor allem Lohnsubventionen erfasst werden, Subventionen also, die wenig selektiv wirken. Investitionszuschüsse und -zulagen, also Subventionen, die unmittelbar auf die Modernisierung des Anlagenbestandes wirken, werden nicht erfasst. Die Handelsquote hat dagegen den erwarteten negativen Effekt.

⁴⁹ Investitionen je Beschäftigten.

Tabelle 8-1

Ausgewählte Merkmale von Unternehmen in den Wirtschaftabschnitten I und K in Deutschland 2000 bis 2003

	2000		2001		2002		2003	
	Mittelwert	Standard-abweichung	Mittelwert	Standard-abweichung	Mittelwert	Standard-abweichung	Mittelwert	Standard-abweichung
Betriebsüberschuss ¹⁾	390,0	8.410,6	365,4	3.103,7	185,9	2.158,0	175,3	2.861,0
Standort Ostdeutschland ²⁾	0,2	0,4	0,2	0,4	0,2	0,4	0,2	0,4
Mehrbetriebsunternehmen ³⁾	1,2	0,7	1,2	0,7	1,2	0,6	1,2	0,6
Exportquote ⁴⁾	2,4	11,4	2,5	11,7	2,5	11,6	2,6	11,9
Personalaufwand ⁵⁾	26,5	70,1	48,5	66,1	32,9	93,0	32,9	64,9
Größe ⁶⁾	2,5	1,5	2,5	1,5	2,5	1,5	2,5	1,5
Investitionsintensität ⁷⁾	69,5	1.328,7	82,4	1.517,0	69,7	1.697,1	88,1	5.093,5
Subventionsquote ⁸⁾	1,2	51,1	1,2	48,5	1,4	62,5	1,5	57,5
Handelsquote ⁹⁾	13,8	60,0	13,7	39,0	11,9	33,1	10,8	26,9
Teilzeitquote ¹⁰⁾	19,7	24,7	19,4	25,2	20,5	25,1	22,0	26,4
.								
(32 Branchen)								
.								

1) Überschuss je tätiger Person in 1000 Euro. - 2) 0 = Unternehmen mit Sitz in Westdeutschland, 1 = Unternehmen mit Sitz in Ostdeutschland (einschl. Berlin). - 3) 1 = Unternehmen mit einer Niederlassung, 2 = ... mit 2 bis 3 Niederlassungen, 3 = ... mit 4 und mehr Niederlassungen. - 4) Export in % des Umsatzes. - 5) Personalaufwand (Bruttolöhne und -gehälter und Sozialaufwendungen des Arbeitgebers) je Lohn- und Gehaltsempfänger in 1000 Euro. - 6) Zahl der Beschäftigten, logarithmiert. - 7) Investitionen je Beschäftigten in 1000 Euro. - 8) Subventionen in % des Umsatzes. - 9) Handelsumsätze in % des Umsatzes. - 10) Teilzeitbeschäftigte in % der tätigen Personen.

Quelle: Strukturhebung im Dienstleistungsbereich, DIW Berlin.

DIW Berlin 2006

Einflussrichtung und Signifikanz der Determinanten in den Regressionen für die Jahre 2000, 2001 und 2002 ähneln den Ergebnissen für das Jahr 2003. Der Anteil der erklärten Varianz ist in der Regression für das Jahr 2002 ähnlich hoch wie für das Jahr 2003. In den Jahren 2000 und 2001 ist das R-Quadrat dagegen deutlich geringer.⁵⁰

Alles in allem zeigen die Untersuchungen, dass die ostdeutschen Unternehmen im Durchschnitt einen etwas geringeren Betriebsüberschuss je Beschäftigten erwirtschaften als die westdeutschen. Andere Faktoren - betriebliche und marktbezogene – sind aber für den Unternehmenserfolg bedeutender als der Standortfaktor „Ostdeutschland“.

⁵⁰ Untersucht wurde auch, welche Faktoren die Beschäftigungsentwicklung von Unternehmen bestimmen. Auf der Basis der Umfrage des DIW Berlin wurde die Bedeutung ausgewählter Faktoren - Modernität der Produktpalette, Ertragslage, Investitionstätigkeit, räumliche Lage, Eigentumsverhältnisse und Unternehmensgröße – für die Beschäftigungsentwicklung zwischen 2002 und 2004 analysiert. Es zeigte sich, dass die Entwicklung der Dienstleistungsunternehmen in den neuen Ländern maßgeblich von der Innovationskraft und der Modernität des Anlagenbestandes bestimmt wird. Lageeffekte, also die Lokalisation von Unternehmen in ländlichen Räumen oder in Agglomerationen, konnten nicht identifiziert werden. Die Erklärungsgehalt der Regression ist jedoch sehr gering. Lediglich 3 % der Varianz konnte erklärt werden.

Tabelle 8-2

Determinanten des Betriebsüberschusses von Unternehmen in den Wirtschaftsabschnitten I und K in Deutschland 2000 bis 2003

	2000		2001		2002		2003	
	Stand. Koeffizient	Signifikanz						
Standort Ostdeutschland	-0,01	*	-0,02	***	-0,01	**	-0,01	**
Mehrbetriebsunternehmen	0,04	***	0,04	***	0,02	***	0,01	***
Exportquote	0,00		0,01	**	0,01	***	0,01	
Personalaufwand	0,03	***	0,01	*	-0,01		0,01	***
Größe	-0,05	***	-0,10	***	-0,07	***	-0,05	***
Investitionsintensität	0,11	***	0,27	***	0,51	***	0,53	***
Subventionsquote	0,00		0,00		0,00		0,00	
Handelsquote	0,00		0,01	**	-0,03	***	-0,02	***
Teilzeitquote	-0,01		-0,03	***	-0,02	***	-0,02	***
. (32 Branchen)								
. R ²	0,019		0,099		0,281		0,290	
korr. R ²	0,020		0,099		0,281		0,290	
N	37.673		41.105		43.480		45.769	

Signifikanzniveaus: * 10%-Niveau, ** 5%-Niveau, *** 1% Niveau.

Quelle: Strukturerhebung im Dienstleistungsbereich, DIW Berlin.

DIW Berlin 2006

9 Beschäftigungspotenziale der Dienstleistungen in Ostdeutschland

9.1 Zielstellung und Vorgehensweise

Als Grundlage für die Beurteilung verschiedener Politikoptionen werden hier Vorstellungen über die Größenordnung möglicher längerfristiger Beschäftigungspotenziale des Dienstleistungssektors in Ostdeutschland entwickelt. Die Projektion in quantitativ-numerischer Form ist als Illustration solcher Vorstellungen über die Zukunft zu verstehen. Diese Form der Darstellung hat den Vorteil, dass sie die Überprüfung der Konsistenz der Zukunftsvorstellungen im Rahmen volkswirtschaftlicher Rechnungssysteme erlaubt. Die Projektion ist so gestaltet, dass sie einen relevanten Bereich möglicher zukünftiger Konstellationen wirtschaftlicher Variablen bis zum Jahr 2020 absteckt. Sie will und kann jedoch die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung im engeren Sinne nicht prognostizieren. So wird auch keine Bestimmung der Eintrittswahrscheinlichkeit der dargestellten Entwicklung vorgenommen.

Zur Erreichung des beschriebenen Analyseziels ist eine mehrstufige Vorgehensweise erforderlich (vgl. Abbildung 9-1). Die Arbeitsschritte fokussieren dabei zum einen auf die qualitative Einschätzung von Entwicklungstrends, zum anderen auf die Umsetzung der Trendannahmen in quantitative Kennziffern. Die Arbeitsschritte beziehen sich sowohl auf Entwicklungen in der gesamten Bundesrepublik als auch auf die Berücksichtigung der spezifischen Ausgangslage und Entwicklungsbedingungen in Ostdeutschland.

Abbildung 9-1

Schematische Darstellung der Vorgehensweise zur Abschätzung der Beschäftigungspotenziale in Ostdeutschland

	qualitativ	quantitativ
Deutschland	Entwicklungstrends	Makro-Modell
Ostdeutschland	Positionseinschätzung	Simulationen

Aus den dargestellten Überlegungen leitet sich folgendes Vorgehen ab:

- a) Definition von relevanten Rahmenbedingungen des Dienstleistungswachstums und Einschätzung der sich daraus ergebenden Entwicklungstrends für die wichtigsten Dienstleistungssektoren in Deutschland insgesamt,
- b) Konkretisierung und Integration der sich abzeichnenden Entwicklungstrends der Dienstleistungen in das Raster gesamtwirtschaftlicher Rahmendaten und Simulation der Beschäftigungspotenziale der Dienstleistungssektoren in Deutschland,
- c) Zusammenfassende Bewertung der bisherigen Stellung der ostdeutschen Dienstleistungssektoren und Festlegung der vom Bundesdurchschnitt abweichenden Entwicklungen in Ostdeutschland,
- d) Simulationsrechnungen zur Beschäftigungsentwicklung des ostdeutschen Dienstleistungssektors.

Zu a):

Bei den relevanten Rahmenbedingungen sind sowohl nachfrage- als auch angebotsseitige Faktoren zu berücksichtigen. Zu den wichtigen nachfrageseitigen Determinanten zählen Veränderungen von Niveau und Struktur der Bevölkerung. Zusammen mit der gesamtwirtschaftlichen Einkommensentwicklung entscheiden sie über die Höhe der inländischen Nachfrage nach Dienstleistungen durch die Endverbraucher (Staat, Haushalte). Das gesamtwirtschaftliche Wachstum beeinflusst aber auch die Höhe der inländischen Nachfrage nach Dienstleistungen anderer Sektoren (z. B. der Industrie).

Zu berücksichtigen ist darüber hinaus, dass auch im Dienstleistungsbereich die überregionale Handelbarkeit aus technologischen (IuK-Technologie) und institutionellen Gründen (EU-Dienstleistungsrichtlinie) immer mehr zunimmt. Zentrale Bedeutung für die Einschätzung der Dienstleistungsentwicklung besitzen daher Überlegungen zur relativen Qualität eines Standorts für die Dienstleistungsproduktion.

Zu den folgenden beiden mit dem Auftraggeber abgestimmten Einflussbereichen sind Thesenpapiere erarbeitet worden:

- Wechselwirkungen zwischen Industrie und Dienstleistungen (Kap. 7.3.1),
- Internationalisierung und Globalisierung im Dienstleistungsbereich (Kap. 9.2.1)

Die Ergebnisse verdeutlichen die bestehenden theoretischen und empirischen Zusammenhänge. Darüber hinaus werden aus ihnen auch Vorgabewerte für die gesamtwirtschaftlichen Projektionen abgeleitet. Dies gilt beispielsweise hinsichtlich der Vorleistungsverflechtung oder den Im- und Exportquoten bei Dienstleistungen.

Zu b):

Ausgangspunkt der Quantifizierungen bilden vorliegende Prognosen für die Bevölkerungsentwicklung in Deutschland. Das DIW Berlin hat hierzu mehrere Entwicklungsvarianten vorgestellt (Schulz 2004). Die ökonomischen Rahmendaten zu den gesamtdeutschen Entwicklungstrends der Dienstleistungen werden in einem gesamtwirtschaftlichen Modell in Veränderungsraten der Verwendungskomponenten bis zum Jahr 2020 übersetzt. Dieses Vorgehen stellt sicher, dass der Konsistenzrahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung eingehalten wird. Anwendung findet dabei ein schon für andere Forschungsfragen im DIW Berlin eingesetztes ökonometrisches Modell (NiGEM).

NiGEM selbst ist ein aggregiertes ökonometrisch geschätztes Mehrländermodell der Weltwirtschaft, das vom britischen National Institute of Economic and Social Research entwickelt worden ist (Barrell et al. 2001). Die bedeutendsten Volkswirtschaften, darunter Deutschland, werden jeweils durch rund 90 Gleichungen, darunter etwa 30 durch die ökonomische Theorie fundierte Verhaltensgleichungen, abgebildet. NiGEM beschreibt die internationalen Güter- und Finanzströme konsistent auf der Leistungs- und Empfängerseite. Es enthält neben der Beschreibung der gesamtwirtschaftlichen Nachfragekomponenten auch Angebotsselemente. So wird das Produktionspotential durch die Ausstattung mit Produktionsfaktoren und den technischen Fortschritt bestimmt. Zentrales Element von NiGEM ist die Abbildung von Mechanismen, die aus einer Situation der Unterauslastung in Richtung auf ein gesamtwirtschaftliches Gleichgewicht führen.

Für die Abschätzung der Entwicklung von Produktion und Beschäftigung in den einzelnen Dienstleistungsbereichen wird ein statisches Input-Output-Modell eingesetzt. Es geht aus von Annahmen über

- die sektorale Lieferstruktur der Endnachfrage,
- die Vorleistungsverflechtung der Wirtschaftsbereiche und
- die sektoralen Arbeitsproduktivitäten.

Die Fortschreibung dieser Annahmen bis zum Jahr 2020 geht vom Stand 2002 aus, für den Daten vom Statistischen Bundesamt vorliegen oder Schätzungen aufgrund anderwärtig vorliegender Daten möglich sind. Die Koeffizienten der Vorleistungsverflechtungsmatrix der inländischen Produktion werden über die Zeit weitgehend konstant gehalten. Nur wenn auf Grund der qualitativen Analysen ein besonderer Anpassungsbedarf wie im Fall der Vorleistungsbezüge der Industrie gesehen wird, sind im Einzelfall Korrekturen vorgenommen worden.

Die zukünftige Entwicklung der sektoralen Arbeitsproduktivitäten basiert auf Informationen über die Produktivitätsfortschritte in den Wirtschaftssektoren zwischen 1991 und 2002. Diese werden modifiziert fortgeschrieben; dabei ist sichergestellt, dass der gewichtete Durchschnitt der sektoralen Veränderungsraten der Rate entspricht, die mit Hilfe des NiGEM-Modells für die Gesamtwirtschaft ermittelt wird.

Zu c):

Die Überlegungen in diesem Arbeitsschritt basieren zum einen auf den Erkenntnissen aus den Analysekapiteln 2 bis 8. Sie erlauben es insbesondere, die bestehenden Unterschiede in der Ausstattung mit Dienstleistungen zwischen Ost- und Westdeutschland qualitativ zu bewerten. Gleichzeitig liefern die durchgeführten Kausalanalysen wichtige Hinweise auf mögliche Schlüsselfaktoren für spezifisch ostdeutsche Entwicklungstrends.

Zum anderen sind hier die Diskussionen des im Rahmen des Projekts durchgeführten Workshops in ihren Kernaussagen ausgewertet worden. Insbesondere der zweite Teil des Workshops befasste sich speziell mit der Frage, wo Abweichungen Ostdeutschlands von den generellen Dienstleistungstrends erwartet werden. Im Mittelpunkt standen dabei u.a. Einflüsse aus Unterschieden in der Raumstruktur, der Bevölkerungsentwicklung und der Finanzausstattung der Gebietskörperschaften.

Zu d):

Die umfassende Datenbasis für die Beschäftigung im Dienstleistungssektor erlaubt eine differenzierte Quantifizierung der gegenwärtigen Stellung Ostdeutschlands innerhalb der Gesamtwirtschaft. Berücksichtigt werden dabei sektorale wie regionale Unterschiede. Für die einzelnen sektoralen und regionalen Bereiche werden dann die Anteilsentwicklungen als konstant oder veränderlich festgelegt. Durch Verbindung mit den gesamtdeutschen Ergebnissen unter

b) lassen sich mögliche Beschäftigungspotenziale der Dienstleistungen in Ostdeutschland quantifizieren und bestimmten Schwerpunkten zuordnen.

Aufgrund der hohen Bedeutung, die der Bevölkerungsentwicklung bei der Bewertung der ostdeutschen Dienstleistungspotenziale zukommt, werden in den Projektionen explizit regionale Differenzierungen in den Bevölkerungsprognosen berücksichtigt. Bei dem vom DIW Berlin gewählten Ansatz wird ein vereinfachtes Verfahren angewendet (Gornig et al 2000). Dies bedeutet, dass in allen östlichen Bundesländern die ostdeutschen Geburten- und Sterbeziffern insgesamt unterstellt werden. Ebenso werden für die westdeutschen Bundesländer die westdeutschen Durchschnittswerte der Geburten- und Sterbeziffern unterstellt. Auch bei den Binnenwanderungen und der Verteilung der Außenwanderungen auf die einzelnen Bundesländer werden die Strukturen der letzten Jahre fortgeschrieben.

9.2 Abschätzungen für Deutschland

9.2.1 Bewertung vorliegender Trends

Säkulare Entwicklungstrends

In allen wirtschaftlich hoch entwickelten Volkswirtschaften gehen die Beschäftigtenanteile der Industrie - und in geringerem Maße auch deren Wertschöpfungsanteile - zurück. Diese schon seit Langem zu beobachtende Tendenz ist Resultat verschiedener Einzelentwicklungen:

- (a) Die Nachfrage der privaten Haushalte verschiebt sich von materiellen Gütern zu Dienstleistungen. Dies ist der Kern der „Drei-Sektoren-These“. Unter der Annahme, dass die Produktivitätsfortschritte bei Dienstleistungen anhaltend niedriger sind als in der Industrie, erwachsen daraus große Beschäftigungsgewinne im Dienstleistungssektor und möglicherweise auch gesamtwirtschaftlich.
- (b) Die Vorleistungsnachfrage der Unternehmen verlagert sich ebenfalls zugunsten von Dienstleistungen. Im Zusammenspiel von technologischem Fortschritt, Veränderungen der Konsumentenpräferenzen und Globalisierung der Unternehmensaktivitäten erhöht sich der Dienstleistungsgehalt von Industriegütern, verkürzen sich die Produkt-Lebenszyklen, wächst der Bedarf der Unternehmen an Steuerungs-, Finanzierungs- und Beratungsleistungen. Veränderungen in der Organisation von Industrieunterneh-

men, vor allem das Outsourcing von Dienstleistungen, verstärken den Tertiärisierungsprozess - zumindest was den statistischen Ausweis angeht.

- (c) Im Zuge der Intensivierung der weltwirtschaftlichen Arbeitsteilung verlagert sich die industrielle Produktion von hoch entwickelten zu aufholenden Ländern. Vor allem einfache Massenfertigungen werden in kostengünstigen Ländern angesiedelt. Zum Teil dienen Verlagerungen auch der Markterschließung; dann sind öfter auch höherwertige Produktionen und Dienstleistungsfunktionen betroffen. Diese Verschiebung in der globalen Arbeitsteilung trägt dazu bei, dass die Beschäftigungs- und Wertschöpfungsbeiträge der industriellen Massenfertigung in den entwickelten Ländern sinken. Gleichzeitig wird dadurch aber die wirtschaftliche Entwicklung der aufholenden Länder - und damit ihre Nachfrage nach hochwertigen Industriegütern und Dienstleistungen - vorangetrieben. Dies wiederum beflügelt den Strukturwandel in den entwickelten Ländern in Richtung auf wissensintensive Dienste und technologieintensive industrielle Produkte.

Die Ergebnisse von Projektionen der künftigen wirtschaftlichen Entwicklung hängen sehr stark davon ab, welche Annahmen bezüglich der oben skizzierten allgemeinen Tendenzen getroffen werden. Dabei gibt es zunächst keinen Anlass anzunehmen, dass sich an der Verschiebung der Konsumstruktur zugunsten von Dienstleistungen (Punkt (a)) etwas Wesentliches ändert. In weiten Bereichen, vor allem bei Nahrungs- und Genussmitteln, aber auch bei vielen langlebigen Gebrauchsgütern, dürfte es zwar auch künftig Umschichtungen in Richtung auf höherwertige Produkte geben, der Spielraum für eine quantitative Ausweitung des Konsums ist hier aber vielfach sehr begrenzt. Größere Nachfragepotenziale dürften dagegen bei Dienstleistungen (z. B. in den Bereichen Unterhaltung, Freizeitgestaltung, Kommunikation, Weiterbildung, Gesundheit, Tourismus) bestehen.

Es gibt ebenfalls keinen Hinweis auf einen Trendwechsel bei der Vorleistungsnachfrage der Unternehmen (Punkt (b)). Praktisch alle Bemühungen der Unternehmen, ihre Innovationskraft zu erhöhen, ihre Wettbewerbsfähigkeit zu steigern, ihre Produktpalette den Kundenpräferenzen anzupassen, ihre Bezugs- und Absatzmärkte auszuweiten, ihre Standortstruktur zu optimieren, sind mit einem Mehreinsatz von Dienstleistungen verbunden. Bei der Organisation des Produktionsprozesses gibt es zwar Bewegung in beide Richtungen – Outsourcing und Insourcing -, es ist aber per saldo nicht damit zu rechnen, dass sich der Trend zum Outsourcing umkehrt. Die Erweiterung der technologischen Möglichkeiten und die fortschreitende

Integration der Märkte sprechen vielmehr für eine vertiefte Arbeitsteilung und damit für eine verstärkte Nutzung von Spezialisierungsvorteilen und Skaleneffekten. Die Industrie wird daher gerade für Deutschland insgesamt weiterhin ein zentraler Abnehmer der Dienstleistungen sein (vgl. Kap. 7.3.1). Dies gilt auch dann, wenn innerhalb Deutschlands auf der regionalen Ebene eine unmittelbare räumliche Nähe zwischen dem Abnehmer Industrie und dem Dienstleistungsproduzenten nicht erforderlich scheint.

Differenzierter ist die Einschätzung dagegen im Hinblick auf die Entwicklung der weltwirtschaftlichen Arbeitsteilung (Punkt (c)). Auch künftig werden zwar regionale Kostendifferenzen für die Standortpolitik der Unternehmen eine große Rolle spielen. Die Unterschiede in den Faktorkosten zwischen entwickelten und aufholenden Ländern werden aber tendenziell geringer. Dies spricht dafür, dass es zumindest zu einer Tempoverlangsamung bei der Verlagerung von industriellen Fertigungen in aufholende Ländern kommt. Gleichzeitig erhöht sich aufgrund der starken Einkommenszuwächse in diesen Ländern die Nachfrage nach humankapital- und technologieintensiven Industriegütern – für den Ausbau der Infrastruktur, den Input im Produktionsprozess sowie den öffentlichen und privaten Konsum. Für die entwickelten Länder eröffnen sich hier große Exportpotenziale. Dies gilt vor allem für ein relativ stark industrieorientiertes Land wie Deutschland.

Gleichzeitig ändern sich die Rahmenbedingungen für den Außenhandel auch mit Dienstleistungen. In der Vergangenheit haben sich diese vor allem auf technologische Veränderungen bezogen. Künftig kommen aber auch gravierende institutionelle Änderungen hinzu. Dies gilt in Europa vor allem hinsichtlich der EU-Dienstleistungsrichtlinie.

Dienstleistungsrichtlinie

Die Dienstleistungsrichtlinie muss bis 2010 in nationales Recht umgesetzt werden. Damit wäre dann - mit Ausnahme einiger Branchen⁵¹ - der freie Dienstleistungsverkehr zwischen den Mitgliedsstaaten als eine der vier Grundfreiheiten des Binnenmarktes erreicht. Die Richtlinie war bis zu ihrer Verabschiedung durch das Europäische Parlament im November 2006 umstritten wie kaum ein anderes EU-Projekt, die Spanne der Bewertungen ist groß, von katastrophal bis heilbringend. Wie kann das sein? Erstens können diese Unterschiede auf einfa-

⁵¹ Beispielsweise Finanzdienstleistungen, soziale Dienstleistungen, audiovisuelle Dienste, Abfallentsorgung, Glücksspiel, Verkehrsdienstungen, Dienstleistungen von Notaren und Leiharbeitsagenturen.

che Fehlinformationen oder gedankliche Fehler zurückgehen, was man aber in der jetzigen Phase der Diskussion niemandem mehr unterstellen kann. Zweitens kann es unterschiedliche Erwartungen geben über künftige Entwicklungen, die einen Einfluss auf die Wirkung der Dienstleistungsrichtlinie haben und die objektiv unsicher sind. Hierfür werden im Folgenden einige Beispiele genannt. Und drittens kann es sein, dass schlicht die Perspektive entscheidet, genauer gesagt: Das Kriterium, das dem Urteil zugrunde liegt. Je nachdem, ob die Perspektive juristisch, international, makroökonomisch oder verteilungspolitisch gerichtet ist, erscheint die Richtlinie ohne gedanklichen Fehler als in ihrer Bedeutung überschätzt, als überfällig, als Chance für den Arbeitsmarkt und für die Konsumenten oder als Bedrohung für kritische Teile des Arbeitsmarktes.

Die juristische Perspektive

Die Dienstleistungsrichtlinie soll und wird dazu führen, dass viele Anbieter von Dienstleistungen sich plötzlich neuer Konkurrenz aus vielen EU-Staaten gegenüber sehen. Insofern könnte man die Richtlinie tatsächlich als revolutionär bezeichnen. Um Schärfe aus der Diskussion zu nehmen, ist es aber nützlich darauf hinzuweisen, dass die Richtlinie nichts ist als ein Instrument zur Umsetzung längst geltenden EU-Rechts (Eichenhofer, 2006). Zum einen ist hier die Niederlassungsfreiheit zu nennen. Die Dienstleistungsrichtlinie schreibt erhebliche Verwaltungsvereinfachungen vor und ermöglicht so eine diskriminierungsfreie *Niederlassung* ausländischer Anbieter - im Sinne einer der vier Grundfreiheiten des Binnenmarktes.

Im Zentrum der öffentlichen Diskussion steht allerdings der grenzüberschreitende Dienstleistungshandel, wovon eine andere Grundfreiheit, die Dienstleistungsfreiheit, betroffen ist (Art. 49 EG-Vertrag). Hier einige Beispiele (aus Nerb et al. 2006, nach Angaben der IHK München) für noch bestehende Einschränkungen freien internationalen Handels mit Dienstleistungen, die alle gegen den EG-Vertrag verstoßen:

Beispiel 1: Anerkennungsverfahren nach der österreichischen Ingenieurkonsulentenverordnung

Ein bayerisches Ingenieurbüro führt regelmäßig Messarbeiten für Tunnelbauten in Österreich durch. Für jeden Auftrag muss es vorab ein Anerkennungsverfahren nach der österreichischen EWR-Ingenieurkonsulentenverordnung durchlaufen. Die erteilte Anerkennung gilt nicht dauerhaft, sondern immer nur für einen Auftrag. Da die Bearbeitungszeit bei den österreichischen Behörden mehrere Wochen betragen kann, besteht immer die Gefahr, dass Aufträge wieder entzogen werden.

Beispiel 2: Genehmigung für Montagearbeiten in Luxemburg

Ein deutscher Bauhandwerker benötigt für Montagearbeiten in Luxemburg eine Genehmigung, auf deren Ausstellung er mehrere Monate warten muss. Um überhaupt rechtzeitig tätig werden zu können, muss er einen attraktiven Teil des Auftrags an einen luxemburgischen Subunternehmer abgeben.

Beispiel 3: Medizinische Untersuchung und Sicherheitskurse in Großbritannien

Eine deutsche Firma führt regelmäßig Arbeiten in Großbritannien im Bereich Bahngleisuntersuchungen durch. Um die Arbeiten durchführen zu können, muss sich das Schlüsselpersonal der Firma einem medizinischen Test unterziehen und an einem mehrtägigen Sicherheitstraining teilnehmen. Die medizinische Untersuchung muss zwingend in Großbritannien erfolgen. Untersuchungsberichte deutscher Ärzte werden nicht anerkannt. Die medizinische Untersuchung und das Sicherheitstraining können außerdem nicht im Zuge eines Aufenthalts in England erfolgen, weil der Sicherheitstest nur absolviert werden darf, wenn der Medizintest positiv verlaufen ist. Das Sicherheitstraining kann ebenfalls nicht im Zusammenhang mit der Ausführung des Auftrags durchgeführt werden, weil der Auftrag erst nach einem erfolgreich absolvierten Sicherheitstraining erteilt werden kann. Für die medizinische Untersuchung und das Sicherheitstraining muss das Schlüsselpersonal der bayerischen Firma mehrfach nach England reisen, bevor der eigentliche Auftrag beginnt.

Beispiel 4: Prüfungen zum staatlich anerkannten Tourismus-Führer in Österreich und Italien

Deutsche dürfen in Italien und Österreich nur Reisegruppen führen, wenn Sie eine aufwändige Prüfung als staatlich anerkannte Reiseführer ablegen; dies gilt selbst bei Tagesausflügen, die in Deutschland beginnen und enden.

Beispiel 5: CFK-Prüfung für den Bereich Kühlungstechnik in den Niederlanden

Eine bayerische Firma hatte einen Auftrag bei der niederländischen Armee für den Einbau eines Kühlsystems gewonnen. Der Geschäftsinhaber, ein erfahrener Meister im Kühlanlagenbau, darf jedoch nur grenzüberschreitend als Kälteanlagebauer arbeiten, wenn er eine mehrwöchige Schulung mit anschließender Prüfung in niederländischer Sprache absolviert.

Wenn man daran denkt, dass all diese Hemmnisse durch Klage beim Europäischen Gerichtshof aus der Welt zu schaffen wären, und dass die Dienstleistungsrichtlinie nur ein alternativer, einfacherer Weg sind, dies zu tun, dann könnte es so aussehen, dass die Richtlinie in ihrer Bedeutung etwas überschätzt wird. Allerdings ist der Klageweg mühsam und auf Einzelfälle beschränkt, die Dienstleistungsrichtlinie stellt in einem Handstreich einen Zustand her, für den es sonst Jahrzehnte des Prozessierens bedurft hätte. Der Handstreich hatte in der ersten Fassung der Richtlinie einen Namen: Herkunftslandprinzip. Wer dort, wo sein Unternehmen ansässig ist (Herkunftsland), eine bestimmte Dienstleistung anbieten darf, der soll dies auch in anderen EU-Ländern dürfen. Das heißt nicht, dass er in jeder Hinsicht die Gesetze des Bestimmungslandes ignorieren darf - beispielsweise gelten für ihn auch das Umweltrecht, das Verbraucherecht und Teile des Arbeitnehmerschutzes des Bestimmungslandes. Aber erstmals darf der Exporteur von Dienstleistungen sich diskriminierungsfrei behandelt fühlen. "Herkunftslandprinzip" ist allerdings so sehr zu einem Reizwort geworden, dass es aus der aktuell vorliegenden Formulierung der Richtlinie verbannt wurde. Dabei scheint es sich nur um die Änderung der Formulierung zu handeln, während die Idee erhalten blieb. Mit welcher Wahrscheinlichkeit dieser Eindruck täuscht und Einfallstore für neue Handelshemmnisse offen geblieben sind, kann derzeit und an dieser Stelle nicht beurteilt werden.

Die internationale Perspektive

Die Europäische Kommission legte 2002 einen wichtigen einflussreichen Bericht über den "Stand des Binnenmarkts für Dienstleistungen" vor. Es handelt sich zunächst einmal um eine Fundgrube für Fälle von ineffizienten Hemmnissen für den Dienstleistungshandel, ähnlich den oben aufgelisteten. Von der Beseitigung solcher Hemmnisse wird in diesem Papier viel erwartet, nicht zuletzt wird dies dadurch betont, dass ausdrücklich ein Zusammenhang mit der Lissabon-Agenda hergestellt wird, also zum Ziel, die Europäische Union bis 2010 zum "wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt" (Europäische Kommission, 2002, S.5) zu machen. Es hat zwei Gründe, dass dieser Ehrgeiz besonders auf die Dienstleistungen übertragen wird: Erstens wäre ein echter Binnenmarkt für Dienstleistungen noch etwas Neues, während das Potential für innereuropäische Außenhandelsliberalisierung bei Gütern praktisch schon ausgeschöpft ist. Zweitens wies die Europäische Kommission (2002, S.61) darauf hin, dass 1999 der Anteil der Dienstleistungen am Außenhandel der EU nur bei etwa 22% lag, während ihr Anteil am BIP und an der Beschäftigung in den meisten EU-Staaten an die 70% betrug. Während die Dienstleistungen bereits die nationalen Märkte dominieren, bestimmen nach wie vor die Güter den Außenhandel - aus dieser Sicht war die Dienstleistungsrichtlinie überfällig.

Es wäre allerdings verfehlt, das Wachstumspotential der Im- und Exporte von Dienstleistungen am "Benchmark" des Außenhandels mit Gütern zu messen. Kox, Lejour und Montizaan (2004) von CPB (Centraal Planbureau, Netherlands Bureau for Economic Policy Analysis) versuchen eine realistischere Prognose. Sie schätzen dazu ein Gravitationsmodell, d.h. eine Regressionsgleichung, in der die zu erklärende Variable der Dienstleistungshandel zwischen Paaren von Staaten ist; erklärende Variable ist u.a. die Entfernung zwischen den Staaten - daher der Name. Zu den weiteren erklärenden Variablen gehören Sprachbarrieren und einige Maße für die Regulierungen des Dienstleistungshandels.

Damit hat man eine Vorstellung davon, welchen Einfluss diese Regulierungen auf den Handel haben - und somit kann man auch vorhersagen, wie sich der internationale Handel mit Dienstleistungen entwickelt, wenn durch die Dienstleistungsrichtlinie einige der Handelshemmnisse beseitigt werden. Kox, Lejour und Montizaan (2004) prognostizieren auf diese Weise eine Zunahme des innereuropäischen Dienstleistungshandels um 30 bis 60 %. In Nerb et al. (2006) haben wir argumentiert, dass hiermit der positive Effekt der Dienstleistungsrichtlinie aus

methodischen Gründen eher unterschätzt wird;⁵² andererseits beruhen die Schätzungen von Kox, Lejour und Montizaan (2004) auf dem alten Richtlinienentwurf mit dem Herkunftslandprinzip, also möglicherweise auf einer so kräftigen Verringerung der Handelshemmnisse, wie sie tatsächlich nicht erreicht wird.⁵³ Nehmen wir an, dass diese Einflüsse auf die tatsächliche Entwicklung des Außenhandels einander mehr oder weniger ausgleichen, und nehmen wir ferner an, dass der innereuropäische Außenhandel mit Dienstleistungen um 50 % steigt; der gesamte Außenhandel mit Dienstleistungen stiege dann um etwa 28 %. Dennoch würde - bei absolut gleich bleibendem Güterhandel - der Anteil der Dienstleistungen am EU-Außenhandel lediglich von 22 % auf 26,5 % steigen.

Die Feststellung, dass der Außenhandel mit Dienstleistungen sich zwar kräftig steigern lässt, die Bedeutung des internationalen Güterhandels aber nicht erreichen wird, ist nicht das Ergebnis bloßer Ökonometrickerei. Vielmehr liegt es in der Natur vieler Dienstleistungen, dass sie nicht so leicht wie Güter handelbar sind. In diesem Zusammenhang ist die Klassifikation der WTO (2001) hilfreich, die vier Modi des Außenhandels mit Dienstleistungen unterscheidet:

(i) *cross-border supply*: Dienstleistungen sind typischerweise nicht "lagerbar" und erfordern das Zusammenwirken von Anbieter und Nachfrager, und zwar zur selben Zeit ("Uno-actu-Prinzip") und am selben Ort. Es gibt einige Ausnahmen, für die eine Leistungserbringung über größere räumliche Entfernungen möglich ist, Beispiele sind E-Learning, Buchhaltung und Datenverarbeitung. Die WTO schätzt den Anteil dieses Modus am Welt-handel mit Dienstleistungen auf etwa 35 %;⁵⁴ bezogen auf den innereuropäischen Dienstleistungshandel ist dieser Anteil sicher geringer. Dieser Modus weist die wenigsten Dis-

⁵² Als Handelshemmnis wird von Kox, Lejour und Montizaan (2004) die Unterschiedlichkeit von Regulierungen in den beiden jeweils betrachteten Ländern gewertet. In bestimmten Fällen mag das plausibel sein: Ist das Marketing an die Werberegulierung des Inlandes angepasst, so kann das Marketingkonzept ohne Anpassungskosten auf Exportmärkte übertragen werden, soweit dort ähnliche Regulierungen bestehen. Es trifft jedoch für die meisten anderen Regulierungen nicht zu, dass es in erster Linie auf die Heterogenität ankommt. Ein Beispiel sind die One-Stop-Shops, die einheitlichen Ansprechpartner für ausländische Dienstleistungsanbieter in allen bürokratischen Angelegenheiten. Da es diese derzeit weder in Deutschland noch in Belgien gibt, besteht keine Heterogenität. Nach Umsetzung der Dienstleistungsrichtlinie wird es One-Stop-Shops in beiden Ländern geben, also keine Veränderung der Heterogenität. Für den Handel mit Dienstleistungen spielt es aber eine große Rolle, welche Art von "Homogenität" vorherrscht - mit oder ohne Handelshemmnisse. Die CPB-Konstruktion wäre hier nur dann plausibel, wenn die Tatsache, dass ein Anbieter sich (trotz fehlender One-Stop-Shops) erfolgreich in seinem Heimatland A niedergelassen hat, dazu führt, dass ihm keine zusätzlichen Kosten der Geschäftsaufnahme in Land B entstehen, sofern (!) dort ebenfalls One-Stop-Shops fehlen.

⁵³ de Bruijn, Kox und Lejour (2006) versuchen den Einfluss, den die Aufgabe des Herkunftslandprinzips hat, zu quantifizieren.

⁵⁴ Quelle: WTO Sekretariat, 2005, zit nach Mireille Cossy: Cross-Border Supply of Services – Pattern of specific commitments, http://www.wto.org/english/tratop_e/serv_e/sym_april05_e/cossy_e.ppt.

kriminierungen auf; die Richtlinie wird hier nicht für erhebliches Wachstum sorgen können.

(ii) Dies gilt auch für den zweiten, *consumption abroad* genannten Modus; hier reist der Nachfrager zum Anbieter. Die WTO setzt den Anteil dieses Modus am gesamten internationalen Dienstleistungshandel mit 10 bis 15% an; bedeutend ist insbesondere der Tourismus. Zu einer speziellen Form der Diskriminierung ausländischer Anbieter kann es bei der Übernahme von Kosten für Gesundheitsdienstleistungen im Ausland kommen, die Richtlinie wird hieran nichts ändern, zumal der Gesundheitssektor in der neuesten Fassung der Richtlinie - anders als im ersten Entwurf von 2004 - ohnehin nicht mehr erfasst ist.

(iii) Direkt betroffen ist dagegen der Modus *commercial presence*, dessen Anteil die WTO auf etwa 50 % schätzt, und

(iv) *presence of natural persons*, von der WTO nur mit 1-2 % veranschlagt; im innereuropäischen Handel ist dieser Anteil sicher höher. Dennoch gilt, dass es bei vielen Dienstleistungen selbst bei völlig diskriminierungsfreiem Marktzugang einfach nicht sinnvoll ist, größere Entfernungen und sprachliche Barrieren etc. zu überwinden. Der Versuch, Dienstleistungen zu identifizieren, die - im Gegensatz zu praktisch allen Gütern - aus ökonomischen Gründen nicht handelbar sind, wird später skizziert. Zuvor soll aber noch die Frage beantwortet werden, was von einem intensiveren Dienstleistungshandel - in den Branchen, wo dies möglich ist - gesamtwirtschaftlich zu erwarten ist.

Die makroökonomische Perspektive

In der Diskussion um die Dienstleistungsrichtlinie wurde die Studie von Copenhagen Economics (Jensen et al., 2005) sehr häufig zitiert, besonders von Befürwortern der Richtlinie. Allerdings bezieht diese Studie sich nur auf gut zwei Drittel des von der Richtlinie betroffenen Teils der Dienstleistungswirtschaft, nämlich auf *regulated professions* (Steuer-, Rechts- und Wirtschaftsberatung, Buchführung), unternehmensbezogene Dienstleistungen (IT, Personaldienstleistungen, Gebäudereinigung, Sicherheit etc.) und Handel; es fehlen Bauwirtschaft sowie die meisten personenbezogenen Dienstleistungen wie Bildung.

Die Analyse erfolgt in drei Schritten. Im ersten Schritt wird - wie in der oben angeführten CPB-Studie von Kox, Lejour und Montizaan (2004) - versucht, Informationen über de facto Barrieren des Marktzutritts und internationalen Handels in Indizes umzusetzen. Jensen et al. (2005) stützen sich hier auf öffentlich zugängliche Daten, u.a. die OECD-Daten, die auch

vom CPB verwendet wurden. Während diese Informationen überwiegend objektiven Charakter haben, fließen bei der Konstruktion der Indizes notwendigerweise auch subjektive Einschätzungen ein, denn die Informationen müssen entsprechend ihrer vermutlichen Bedeutung als Barriere gewichtet werden. Ein weiteres Problem sind fehlende Informationen; in diesem Fall wird davon ausgegangen, dass die entsprechende Barriere nicht existiert.

Jensen et al. (2005) errechnen jeweils einen Index für Marktzutrittsbarrieren, die für alle Anbieter zutreffen, und einen für ausländische Unternehmen. Der Unterschied zwischen diesen beiden Indizes ist ein Maß für die aktuelle Diskriminierung, die abzubauen Ziel der Dienstleistungsrichtlinie ist. Allerdings berücksichtigen sie nur institutionelle Markteintrittsbarrieren; die Entfernung und sprachliche Unterschiede, die in der CPB-Studie eine entscheidende Rolle spielen, sind hier nicht explizit berücksichtigt. Im Vergleich der von Copenhagen Economics untersuchten Dienstleistungen sind die Rechts-, Steuer- und Wirtschaftsberatung und Buchführung besonders stark reguliert.

In einem zweiten Schritt werden die "tariff equivalents" zu errechnen versucht (Jensen et al. 2005, S. 55). Preis-Kosten-Spannen und andere Indikatoren auf Unternehmensebene werden auf die Indizes regressiert; dies ermöglicht eine Prognose darüber, zu welchen Kostensenkungen eine Reduzierung der Handelshemmnisse durch die Dienstleistungsrichtlinie führt.

Im dritten und letzten Schritt werden die Auswirkungen der neuen - niedrigeren - Preise mit Hilfe eines "Rechenbaren Allgemeinen Gleichgewichtsmodells" (CGE) abzuschätzen versucht. Notwendigerweise erfordert dies über ökonometrische Schätzungen hinaus weitergehende Annahmen, die nur teilweise offengelegt werden (Jensen et al., 2005, insbes. S. 36 und Anhang B). Auch in diesem Fall sind bestimmte Sekundäreffekte ausdrücklich einbezogen, zwar nicht die direkten Folgen bürokratischer Vereinfachungen für alle Sektoren - ob unter die Richtlinie fallend oder nicht -, wohl aber die Wirkungen der niedrigeren Preise für Dienstleistungs-Inputs (Jensen et al., 2005, S. 23) und auch die der größeren Angebotsvielfalt, von der die Dienstleistungsnachfrager profitieren (ebd. S. 28).⁵⁵

⁵⁵ In Geldeinheiten gerechnet wird eine Zunahme der Wohlfahrt um 37 Mrd. € erwartet, alternative (methodisch noch gewagtere) Schätzungen von O'Toole (2005) belaufen sich auf 44 Mrd. € bei weiterer Abgrenzung des betrachteten Dienstleistungssektors.

EU-weit wird eine Zunahme um 600.000 Beschäftigte (etwa 0,3%) erwartet, die erwartete prozentuale Zunahme in Deutschland ist ähnlich hoch⁵⁶ (absolut 100 000 neue Arbeitsplätze). Breuss und Badinger (2005) kombinieren die Ergebnisse des oben vorgestellten Gravitationsmodells von Kox, Lejour und Montizaan (2004) mit eigenen Schätzungen über die Wirkung verstärkten Handels auf den Wettbewerb: Je besser der Marktzugang für die ausländische Konkurrenz, desto geringer die Preis-Kosten-Spanne. Hieraus folgen - basieren auf weiteren Schätzungen - positive Wirkungen auf Produktivität, Investitionen und Beschäftigung, in einer ähnlichen Größenordnung wie bei Copenhagen Economics, für Deutschland im Bereich zwischen 77 000 und 153 000 neuen Arbeitsplätzen.

Dass mit dieser Spannbreite die notwendige Unsicherheit der Schätzung offensichtlich wird, ist sehr zu begrüßen. Darüber hinaus ist aber unklar und kaum abzuschätzen, in welchem Ausmaß die neuen Arbeitsplätze von Personen eingenommen werden, die ihre Arbeitskraft bisher schon auf dem deutschen Markt anboten, und in welchem Ausmaß aus ausländischen Arbeitsmärkten nach Deutschland gependelt oder migriert wird.

Zur Betroffenheit spezieller Branchen

Die im vorherigen Abschnitt eingenommene Perspektive ist makroökonomisch: Profitieren werden diejenigen, die Dienstleistungen nachfragen, ebenso wie die Gruppe der Dienstleister insgesamt. Beides wird möglich durch die bessere Ausnutzung von Spezialisierungsvorteilen. Anpassungen an effizientere Spezialisierungsmuster bringen es aber mit sich, dass es Verlierer geben muss, d.h. deutsche Dienstleistungsbranchen, in denen relativ viele Anbieter dem zunehmenden Wettbewerbsdruck nicht standhalten können. Kaum ein Ökonom wird bezweifeln, dass die Gewinner die Verlierer entschädigen *könnten* - aber diese Überlegung ist ein hypothetisches Konstrukt der Wohlfahrtsökonomik. Wer befürchtet, dass die praktische Unterstützung der Verlierer im Strukturwandel nicht funktioniert, aus dessen Sicht kann die Dienstleistungsrichtlinie ein verteilungspolitisches Problem sein. Dies gilt insbesondere dann,

⁵⁶ Ein Grund dafür dürfte sein, dass Deutschland im Ranking nach den institutionellen Markteintrittsbarrieren für Dienstleister nach den von Copenhagen Economics gebildeten Indizes im (unteren) Mittelfeld liegt und damit eine etwa durchschnittliche Wirkung der Dienstleistungsrichtlinie erfahren würde. (Frühere Ergebnisse aus der Literatur, die bei Jensen et al., 2005, S.75f, referiert werden, sehen für Deutschland ähnlich wie für Spanien und Italien noch besonders hohe Barrieren, während die Markteintrittsbarrieren in Finnland, Irland und dem Vereinigten Königreich besonders niedrig seien). Anders als Copenhagen Economics erwartet sieht das CPB für Deutschland etwas stärkere Effekte als für den EU-Durchschnitt. Dies liegt daran, dass in Bezug auf Deutschland und seine unmittelbaren Nachbarn die Heterogenität der Regulierungen größer ist als zwischen Deutschland und den weiter entfernten EU-Ländern. Und nach den Ergebnissen des Gravitationsmodells ist es insbesondere der Handel mit benachbarten Ländern, der intensiv ist und durch Abbau von Handelshemmnissen verstärkt werden würde.

wenn man sich anschaut, welche Branchen, welche Arbeitnehmer es sind, die mehr zu befürchten als zu erhoffen haben.

Einen ersten Hinweis gibt die - wenngleich grobe - sektorale Differenzierung der oben besprochenen Studie von Copenhagen Economics. Darin wird für Deutschland die deutlichste Zunahme der Beschäftigung für Rechts-, Steuer- und Wirtschaftsberatung etc. sowie für den Handel erwartet (+1,4 % bzw. +2,1 %); in den anderen Sektoren ist die Wirkung kaum spürbar. In den hoch qualifizierte Beratungsdienstleistungen können Lohnkostennachteile, wie sie in Deutschland gegenüber den östlichen (nicht aber gegenüber den westlichen) Nachbarn bestehen,⁵⁷ durch Produktdifferenzierungsvorteile wettgemacht werden. Zu den Gewinnern dürften nach diesem Kriterium eher Branchen mit wenigen niedrig qualifizierten Mitarbeitern gehören. Bei unternehmensbezogenen Dienstleistungen ist der höchste Anteil von Unternehmen mit einer Bruttolohnsumme über € 50 000 je Mitarbeiter zu finden, im Vergleich zu Bergbau/Energiewirtschaft, Industrie, Handel, Verkehr-/Nachrichtenübermittlung, Telekommunikation, Kredit- und Versicherungsgewerbewesen, die bis auf den Handel allerdings nicht von der Dienstleistungsrichtlinie betroffen sind. Relativ am höchsten sind bei den unternehmensbezogenen Dienstleistungen auch die Pro-Kopf-Ausgaben für Weiterbildungsmaßnahmen (Alewell/Koller 2001), was ebenfalls auf hohe Humankapitalintensität schließen lässt. Wieso der deutsche Handel nach Copenhagen Economics auch in besonderem Maße zu den Gewinnern zählen wird, ist nicht so klar, ein Grund könnte der hohe Anteil an Kapitalkosten sein. Nerb et al. (2006) und Deutsch/Frank/Gornig (2006) sehen solche Dienstleistungsbranchen, die dagegen einen hohen Arbeitskostenanteil und einen geringen Anteil an hoch qualifizierter und differenzierter Arbeit aufweisen, als potentiell besonders gefährdet durch zunehmenden internationalen Wettbewerb. Allerdings muss man sehen, dass ein Teil dieser Branchen durch die geringe Handelbarkeit vieler Dienstleistungen geschützt ist. Um dieses Kriterium quantifizieren zum können, haben wir für 70 von der Dienstleistungsrichtlinie betroffene Branchen ihre regionale Verteilung innerhalb von Deutschland untersucht (ähnlich, aber für nur 17 Dienstleistungsbranchen: Keilbach, 2002). "Die Ausgangshypothese dabei ist, dass immer dann, wenn ein Dienstleistungssektor stärker regional konzentriert ist als der potentielle Absatzmarkt, ein überregionaler Austausch der Leistung stattfinden muss." (Gornig und von Einem, 2000, 66)

⁵⁷ Vgl. IMK (2006); allerdings ist hier nicht berücksichtigt, dass in den ostdeutschen Grenzregionen das Lohnniveau geringer ist als im Bundesdurchschnitt.

Zumindest bei der von uns verwendeten sektoralen Abgrenzung konnte in Deutschland keine Branche identifiziert werden, die zur höchstmöglichen Risikokategorie gehört - das wäre dann der Fall, wenn sie sowohl humankapitalarm und arbeitsintensiv ist, als auch augenscheinlich über große Entfernungen handelbar. Es gibt aber Branchen, in denen Arbeitskostenunterschiede eine relativ hohe Rolle spielen, und die soweit gehandelt werden, dass neue ausländische Konkurrenz zumindest in Grenzregionen eine bedeutende Rolle spielen kann. Dazu gehören beispielsweise Gebäudereinigung, Kfz-Reparatur und Teile des Baugewerbes (für Details vgl. Nerb et al., S.110f.). Besonders positive Wirkungen der Dienstleistungsrichtlinie - aufgrund der Humankapitalcharakteristika und der Handelbarkeit - ergeben sich dagegen für deutsche Anbieter von EDV-Dienstleistungen, physikalischen/chemischen Analysen, Werbung, Unternehmensberatung, Forschung und Entwicklung und anderen wissensbasierten Dienstleistungen.

Besondere Chancen sehen Cezanne und Weber (2005, 130) bei "Entwicklung komplexer vernetzter Systeme von Warenproduktion und Dienstleistung, die sich der raschen Standardisierbarkeit und Verlagerbarkeit entziehen", was nichts Neues wäre: Produktbegleitende Dienstleistungen wie etwa Wartung, Reparatur oder Schulungen im Zuge des Exports einer Fertigungsanlage gewinnen an Bedeutung; die Elektrotechnische Industrie erzielt mit produktbegleitenden Dienstleistungen bereits einen Umsatzanteil von fast 20% (Nerb et al. 2006, Kap. 2.2.3.1.). Über den Außenhandel mit diesen Dienstleistungen ist allerdings so gut wie nichts bekannt, da sie statistisch nicht separat erfasst werden.

Insgesamt ist in sektoral differenzierter Betrachtung zu erwarten, dass in Deutschland besonders solche Branchen unter Druck geraten, in denen Dienstleistungen arbeitsintensiv, aber gleichzeitig wenig humankapitalintensiv produziert werden. Besondere zusätzliche Chancen ergeben sich dagegen dort, wo Arbeitskräfte bereits jetzt relativ knapp und gut bezahlt sind. Spezialisierungsgewinne durch internationalen Handel erlauben zwar theoretisch die Entschädigung der Verlierer durch die Gewinner, das heißt aber nicht, dass in der Praxis effiziente Instrumente zum Ausgleich zwischen diesen Gruppen zur Verfügung stehen und eingesetzt werden. Insofern ist es verständlich, wenn ver.di (2006, 13) den Hinweis darauf, dass es in Spezialisierungsprozessen notwendigerweise neben Gewinnern auch Verlierer gibt, unbefriedigend findet. In den bisher vorliegenden Studien vermisst ver.di offensichtlich die sektoral differenzierte Analyse der verschiedenen Lohn- und Beschäftigungswirkungen. So eine Analyse dürfte allerdings schwerlich verlässlich zu leisten sein. Es besteht kein ernsthafter Zwei-

fel daran, dass damit für Volkswirtschaft - für die Gruppen aller Konsumenten und Produzenten - viel gewonnen wäre, aber bei dieser Aussage handelt es sich um *komparative Statik*. Es werden sich neue Spezialisierungsmuster in der internationalen Arbeitsteilung bilden, aber wie genau diese aussehen, und wer Anpassungskosten in welcher Höhe tragen muss, darüber können wir wenig wissen, weil direkte Prognosemethoden nicht anwendbar sind. Im Idealfall misst man eine abhängige ("zu erklärende") Variable und eine oder mehrere erklärende Variable und stellt fest, welcher Zusammenhang zwischen diesen besteht. Ändert sich nun eine erklärende Variable, so wird vermutet, dass der geschätzte Zusammenhang auch weiterhin besteht, woraus unmittelbar folgt, welchen Wert der abhängigen Variablen wir als Folge erwarten.

Im Fall der Dienstleistungsrichtlinie wird eine erklärende Variable, nämlich die Höhe der Handelshemmnisse, besonders niedrige Werte annehmen - Werte in einem Bereich, der noch nie beobachtet wurde. Das macht direkte Prognosen auf Basis einer einfachen Regressionsgleichung fast unmöglich. So könnte es beispielsweise sein, dass nach der Dienstleistungsrichtlinie Formen des internationalen Dienstleistungshandels gefunden werden, die heute noch nicht beobachtet werden. Das Problem lässt sich mit einer einfachen Analogie veranschaulichen: Nehmen wir an, ein Ökonometriker hat die Dichte von Wasser zwischen 10 und 80° Celsius beobachtet, weiß aber sonst nichts über Wasser. Seine Prognose der Dichte für Temperaturen innerhalb des Beobachtungsbereiches dürfte relativ zuverlässig sein. Seine Prognose für Temperaturen unter 4° ist dagegen deutlich schlechter, denn er hat in diesem Bereich noch nie die Dichte gemessen und weiß nicht, dass die Dichte von Wasser unter 4° wieder sinkt. Ganz schlecht ist seine Prognose der Dichte bei Temperaturen über 100° - der Ökonometriker dürfte sie auf über 950 kg/m³ veranschlagen, tatsächlich liegt sie (bei normalem Luftdruck) bei 0,59 kg/m³. Der Ökonometriker konnte bei den ihm vorliegenden Beobachtungen nichts davon wissen, dass Wasser ab 100° in einen anderen Aggregatzustand übergeht; sein Fehler lag nicht in der Schätzung der Regressionsgleichung (Dichte in Abhängigkeit von der Temperatur), sondern in der Anwendung auf Temperaturen außerhalb seines Erfahrungsbereiches. Dieses Problem kennen natürlich auch die Autoren, die die Folgen der Dienstleistungsrichtlinie versucht haben abzuschätzen.

9.2.2 Ermittlung quantitativer Ergebnisse

Bevölkerungsentwicklung

Ausgangspunkt der Quantifizierungen ist die Spezifizierung der Bevölkerungsveränderungen. Neben Kohorteneffekten wirken sich dabei insbesondere Annahmen zur natürlichen Bevölkerungsentwicklung und zu den Außenwanderungssalden aus.

Eine Erhöhung der Geburtenziffer erscheint in naher Zukunft eher zweifelhaft. In der hier vorliegenden Vorausschätzung wird deshalb unterstellt, dass sich das Geburtenniveau kaum ändert. Es wird eine kohortenspezifische Geburtenziffer von 1 400 zugrunde gelegt, wobei sich das Alter der Erstgeburt weiter zu einem etwas höheren Lebensalter verschiebt. Im historischen Rückblick ist die Lebenserwartung in Deutschland im Durchschnitt jedes Jahr um 3 Monate für Frauen und 2,6 Monate für Männer gestiegen. Es wird angenommen, dass vor allem aufgrund medizintechnischen Fortschritts die durchschnittliche Lebenserwartung weiter steigt (Oeppen /Vaupel, 2002). Die Lebenserwartung der Männer wird bis 2020 um weitere 3,5 Jahre auf 79,1 Jahre und die der Frauen um 2,6 Jahre auf 83,9 Jahre zunehmen.

Die Wanderungen über die Grenzen Deutschlands waren immer stark von politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen beeinflusst und wiesen in der Vergangenheit merkliche Schwankungen auf. Im Zeitraum 1955 bis 2003 sind im Durchschnitt jährlich 215 000 Personen mehr nach Deutschland ein- als aus Deutschland ausgewandert. Betrachtet man den Zeitraum nach der deutschen Vereinigung, waren es 333 000 Personen pro Jahr. Aktuell liegt der Wanderungssaldo nur noch bei rund 80 000 Personen. Unter Berücksichtigung dieser Entwicklung wird hier mit einem Wanderungssaldo gerechnet, der ungefähr dem langfristigen Durchschnitt in der Vergangenheit entspricht. Des Weiteren wird unterstellt, dass sich die Entwicklung nicht gleichmäßig vollzieht, sondern ab 2010 aufgrund der Freizügigkeit mit den neuen EU-Ländern eine Erhöhung der Zuzüge erfolgt. Insgesamt ergibt sich bis 2020 ein jährlicher Wanderungssaldo von rund 220 000 Personen.

Unter diesen Annahmen wird die Einwohnerzahl in Deutschland von gegenwärtig 82,5 Millionen bis zum Jahr 2020 auf 83,3 Millionen steigen (Tabelle 9-1). Am stärksten ist dabei der relative Zuwachs bei der Altersgruppe über 80 Jahre. Ihre Zahl wird sich auf fast 6,5 Millionen nahezu verdoppeln. Ebenfalls stark steigen wird bis zum Jahr 2020 die Zahl älterer Erwerbspersonen (50 bis 65 Jahre). Deutlich zurück geht dagegen die Zahl jüngerer Menschen.

Tabelle 9-1

Entwicklung der Bevölkerung in Deutschland 2004 bis 2020

Im Alter von ... bis unter ... Jahren	2004	2020	2020/2004
	in 1000 Personen		Veränderung in %
0-20	16790	14339	-14,6
20-50	34871	30449	-12,7
50-65	15449	19459	26,0
65-80	11820	12697	7,4
80+	3571	6406	79,4
Insgesamt	82501	83350	1,0

Quellen: Statistisches Bundesamt; Vorausberechnungen des DIW Berlin.

Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

Die quantitative Abschätzung der längerfristigen wirtschaftlichen Entwicklung ist mit großen Unsicherheiten verbunden. Zwar scheinen einige Rahmenbedingungen der wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland relativ klar erkennbar. Hierzu zählen die Alterung der Gesellschaft, die Fortsetzung der wirtschaftlichen Integration in Europa oder die Globalisierung der Weltwirtschaft. Wie sich Deutschland in dieser Welt positioniert und wie erfolgreich die angedachten Problemlösungskonzepte sind, ist aber weitgehend offen. Wir sind daher hier für die Spezifizierung der Entwicklungsannahmen auf Setzungen angewiesen.

Wir rechnen mit einem mittleren Wachstumspfad für die Gesamtwirtschaft. Die jährlichen Veränderungsrate des realen Bruttoinlandsprodukts (BIP) werden danach im Durchschnitt bei 1,5 % liegen. Dies ist zwar spürbar mehr als in den letzten Jahren, aber auch dann liegen die Wachstumsraten immer noch deutlich niedriger als in den traditionellen Industrieländern insgesamt. Die wirtschaftliche Entwicklung dürfte dabei weiter durch die Impulse des Außenhandels angetrieben sein. Exporte und Importe nehmen weiter stark zu. Der Wachstumsrückstand des inländischen Verbrauchs nimmt allerdings ab (Tabelle 9-2). Dabei steigt der Staatsverbrauch überdurchschnittlich, da insbesondere durch den Alterungsprozess der Bevölkerung der Anteil von Transfereinkommen tendenziell zunimmt.

Tabelle 9-2

Gesamtwirtschaftliche Entwicklung in Deutschland 2004 bis 2020

	2004	2020	2020/2004*)
	Mrd. € in Preisen 1995		in %
Bruttoinlandsprodukt	2115,2	2680,0	1,5
Privater Verbrauch	1229,7	1520,0	1,3
Staatsverbrauch	397,5	530,0	1,8
Investitionen	388,4	525,0	1,9
Vorratsveränderungen	11,1	0,0	
Außenbeitrag	88,6	105,0	
Exporte	843,6	1600,0	4,1
abz. Importe	755,0	1495,0	4,4
nachrichtlich:			
Erwerbstätige in Mio. Personen	38,9	42,9	0,6
Produktivität in 1000 €	54,3	62,3	0,9

*) Durchschnittliche jährliche Veränderung
Quellen: VGR; Vorausschätzungen des DIW

Die Erwerbstätigkeit nimmt im Prognosezeitraum von 2004 bis 2020 voraussichtlich um 4 Millionen Personen zu. Die Arbeitsproduktivität steigt jährlich - auch wegen der Annahme weiter zunehmender instabiler Beschäftigungsverhältnisse - nur um weniger als 1 %.

Sektorale Entwicklungsmuster

Bei der Spezifizierung möglicher sektoraler Entwicklungen werden in den Input-Output-Analysen mehrere, teils gegenläufige, Trends berücksichtigt. So wird in den Lieferstrukturen für die Endnachfrage der Haushalte ein weiter zunehmendes Gewicht der Dienstleistungen unterstellt. Der Staatsverbrauch wird schon heute fast ausschließlich durch Dienstleistungen gedeckt. Auch bei den Vorleistungskäufen wird ein immer höher werdender Anteil von Dienstleistungen berücksichtigt. In der Summe führen diese Faktoren zu einer deutlich spürbaren Tertiärisierung der gesamten inländischen Verwendung. Eine gegenläufige Tendenz geht allerdings von dem stark zunehmenden Gewicht der Auslandsnachfrage aus. Zwar werden auch hier die spezifischen Dienstleistungsanteile steigen, in der Summe bleibt aber der Außenhandel bestimmt durch Warenlieferungen. Insgesamt ergeben sich in den Jahren bis 2020

nur noch geringe Produktionsverlagerungen hin zu den Dienstleistungen. Die Industrie dürfte sogar leicht an Produktionsanteilen hinzugewinnen.

Hinsichtlich der möglichen Beschäftigungspotenziale sind neben der Produktionsentwicklung aber auch die teils beträchtlichen sektoralen Unterschiede in den erwarteten Trends der Arbeitsproduktivität zu berücksichtigen. Insbesondere im verarbeitenden Gewerbe erwarten wir eine überdurchschnittliche Produktivitätsentwicklung, und auch bei vielen Unternehmensdienstleistungen wird der Produktivitätsdruck mit der zunehmenden Einbindung in den internationalen Handel steigen. Eher gering erscheinen dagegen die Möglichkeiten zu starken Produktivitätssteigerungen bei vielen persönlichen Dienstleistungen.

In der Kombination von sektoralen Differenzen in der Produktions- und Produktivitätsentwicklung zeichnen sich für die Veränderung der Beschäftigung folgende Trends ab (Tabelle 9-3):

Tabelle 9-3

Entwicklung der Beschäftigung in Deutschland 2004 bis 2020

	2004	2020	2020/2004*)
	in 1000 Personen		in %
Land-, Forstwirtschaft, Fischerei	900	563	-2,9
Produzierendes Gewerbe	10740	9761	-0,6
Bergbau, Energie	395	261	-2,6
Verarbeitendes Gewerbe	7918	6660	-1,1
Baugewerbe	2427	2840	1,0
Dienstleistungsbereiche	27260	32576	1,1
Handel, Gastgewerbe, Verkehr	9787	10594	0,5
Finanzierung, Unternehmensdienste	6030	7246	1,2
Öffentliche, private Dienstleister	11443	14736	1,6
Alle Wirtschaftsbereiche	38900	42900	0,6

*) Durchschnittliche jährliche Veränderung

Quellen: Input-Output-Rechnung; Vorausschätzungen des DIW

In der Landwirtschaft und im Produzierenden Gewerbe wird die Beschäftigtenzahl bis 2020 weiter sinken. Lediglich für das Baugewerbe wird mit einem Beschäftigungswachstum gerechnet. Der Dienstleistungsbereich insgesamt wird seine Beschäftigung danach um über 5 Millionen Personen ausweiten können. Besonders dynamisch entwickelt sich bei geringer Produktivitätsentwicklung der Bereich haushaltsbezogener Dienstleistungen.

9.3 Potenziale in Ostdeutschland

9.3.1 Überlegungen zu spezifischen Entwicklungsbedingungen

In mehreren Analyseschritten sind in der vorliegenden Studie Überlegungen zu spezifischen Entwicklungen der Dienstleistungen in Ostdeutschland diskutiert worden. Auch auf dem durchgeführten Workshop mit einer Reihe externer Wissenschaftler - Prof. Braun (Universität Rostock), Dr. Ragnitz (IWH), Prof. Seitz (Universität Dresden) und Frau Dr. Ziegler (WSI)) - stand die Frage der besonderen Entwicklungsbedingungen Ostdeutschlands für Dienstleistungen im Vordergrund. Als besonders markante Determinanten für die Erklärung der derzeitigen Dienstleistungsstrukturen und für die mögliche Ableitung spezifisch ostdeutscher Dienstleistungstrends wurden im Bezug zu Westdeutschland identifiziert:

- (1) Defizite in der Industrieausstattung
- (2) Hohe Erwerbsneigung vor allem von Frauen
- (3) Abhängigkeit von Finanztransfers des Bundes und der anderen Länder
- (4) Grenz- bzw. Randlage zu den Kernregionen der EU
- (5) Siedlungsstrukturelle und infrastrukturelle Gegebenheiten
- (6) Negative Bevölkerungsentwicklung durch Abwanderungen

Zu (1): Die Industrie ist ein wichtiger Nachfrager von unternehmensorientierten Dienstleistungen und beeinflusst damit wesentlich die Entwicklungsperspektiven dieser Dienstleistungen. Allerdings ist eine enge kleinräumliche Korrelation zwischen der Entwicklung beider Sektoren innerhalb Ost- und Westdeutschland kaum auszumachen. Dennoch dürfte das gravierende Industriedefizit und vor allem das Fehlen industrieller Großbetriebe die Entwicklungsmöglichkeiten der Unternehmensdienste in Ostdeutschland stark beschränkt haben. Setzen sich die seit einigen Jahren zu beobachtenden positiven Tendenzen im ostdeutschen verarbeitenden Gewerbe fort, wird in absehbarer Zeit nicht mehr von einer generellen und gravierenden Unterindustrialisierung Ostdeutschland gesprochen werden können. Entsprechend wären im Vergleich zu Westdeutschland auch eine Annäherung bei den Impulsen auf die Entwicklung produktionsorientierter Dienstleistungen zu erwarten.

Zu (2): Das Angebot und die Nachfrage nach Dienstleistungen werden stark durch das Erwerbsverhalten von Frauen bestimmt. Traditionell ist die Erwerbsneigung der Frauen in Ost-

deutschland auf die Vollerwerbstätigkeit ausgerichtet, während in Westdeutschland im Dienstleistungsbereich die Teilzeitarbeit von Frauen eine große Rolle spielt. Allerdings zeichnet sich ab, dass sich die historischen Unterschiede im Erwerbsverhalten der Frauen zwischen Ost- und Westdeutschland immer mehr verwischen. In längerfristiger Perspektive ist davon auszugehen, dass in den wesentlichen Eckwerten wie der durchschnittlichen Arbeitszeit je Kopf die Ost-West-Unterschiede verschwunden sein werden.

Zu (3): Die Entwicklung in Ostdeutschland wird seit der Vereinigung durch massive Finanztransfers an die Gebietskörperschaften unterstützt. Sicherlich ist dies nicht zuletzt geschehen, um die Beschäftigung zu stabilisieren. Die gegenwärtig zu beobachtende und so gesehen gewollte Überausstattung im öffentlichen Dienst Ostdeutschlands wird mit der Abschmelzung der Finanztransfers im Rahmen des Solidarpaktes II zurückgeführt werden. Allerdings ist davon auszugehen, dass die staatlichen Angebote zumindest teilweise durch private Dienstleister ersetzt werden.

Zu (4): Ostdeutschland befand sich bis 2004 in einer wirtschaftsgeographischen Randlage in der Europäischen Union. Der grenzüberschreitende Handel mit den östlichen Anrainerstaaten war wesentlich eingeschränkt. Dies hat die Entwicklungsmöglichkeiten insbesondere überregional handelbarer Dienstleistungen in Ostdeutschland begrenzt. Auch wenn gegenüber den reichen Kernregionen in Westeuropa immer noch eine eher periphere Lage besteht, ist mit der Erweiterung der EU der Nachteil der Grenzlage beseitigt worden. Mit der Umsetzung der Dienstleistungsrichtlinie der Europäischen Union wird sich der Austausch gerade mit Polen und Tschechien intensivieren. Nach Schätzung von Gravitationsmodellen sind - neben sprachlichen Barrieren - die Entfernung und die Heterogenität der nationalen Regelungen von besonderer Bedeutung. Und gerade die an Ostdeutschland grenzenden Länder Tschechien und Polen sind es, deren Regulierung der Dienstleistungssektoren sich von der in Deutschland besonders stark unterscheidet (der zwischen 0 und 1 normierte Heterogenitätsindex nimmt nach Kox, Lejour und Montizaan (2004) für Polen und Tschechien die Werte 0,57 und 0,48 an, für Dänemark und die Niederlande dagegen betragen sie nur 0,38 und 0,37). Gleichzeitig allerdings sind zum einen die Lohnunterschiede Ostdeutschlands zu den Nachbarstaaten sehr viel geringer als die Westdeutschlands. Dabei dürfte gerade der unterste Lohnbereich in Ostdeutschland stärker vertreten sein (Groh-Samberg, 2005). Zum anderen finden z. B. Krätke und Borst (2004), dass 2003 nur 6 % der deutschen Unternehmen mit Direktinvestitionen in Polen ihren Sitz in Ostdeutschland hatten, davon die meisten in Berlin. Nach Kiessl, Pohl und

Schmalholz (2006, 18) sind im Vergleich zu ostdeutschen Dienstleistungsunternehmen fast doppelt so viele Dienstleister aus Westdeutschland grenzschreitend tätig. Und gerade die Gruppe der bereits international tätigen Unternehmen ist es, die nach der Umsetzung der Richtlinie bessere Chancen erwartet.

Zu (5): Darüber hinaus zeigt sich, dass offensichtlich das nicht nur in Deutschland überregional orientierte Dienstleistungen eine hohe Standortpräferenz aufweisen für Agglomerationsräume bzw. Agglomerationszentren mit ihrer hohen Dichte an wirtschaftlichen Aktivitäten und Infrastruktureinrichtungen (Geppert et al. 2006). Die spezifische Siedlungsstruktur Ostdeutschlands wirkt hier tendenziell negativ. Die Einwohnerdichte ist insgesamt deutlich niedriger als in Westdeutschland. Neben Berlin existieren nur mittelgroße (Leipzig, Dresden) und kleinere Stadtregionen (Rostock, Magdeburg, Erfurt). Und auch der Verflechtungsraum Berlin ist gemessen an den westdeutschen Agglomerationen Rhein-Ruhr oder Rhein-Main oder den europäischen Metropolen Paris und London eher klein. An diesen räumlichen Grundmustern wird sich auf absehbare Zeit nichts Wesentliches ändern.

Zu (6): Auch wenn sich die Raumstrukturen insgesamt nur wenig ändern, ist der demographische Wandel von großer Bedeutung für die wirtschaftlichen, sozialen und regionalen Entwicklungstendenzen in Deutschland (Schmidt 2006). Viele Dienstleistungen insbesondere aus dem haushalts- und sozialbezogenen Bereich weisen eine enge Bindung an den Wohnort des Konsumenten auf. Dementsprechend entstehen die Arbeitsplätze in diesen Bereichen dort, wo die Kunden wohnen. Die Abwanderung, insbesondere von jüngeren Menschen, hat in Ostdeutschland nicht nur das Arbeitskräftepotential geschwächt, sondern auch die Entwicklungsmöglichkeiten vieler Dienstleistungen eingeschränkt. Auch künftig dürfte sich angesichts der Deformationen in der Altersstruktur und anhaltender Abwanderungstendenzen die Bevölkerungszahl in Ostdeutschland ungünstiger als in Westdeutschland entwickeln.

9.3.2 Quantifizierung der Beschäftigungspotenziale

Im Kapitel 9.2 haben wir unter bestimmten gesamtwirtschaftlichen Wachstumsannahmen für Deutschland insgesamt ein beachtliches Beschäftigungspotential der Dienstleistungen ausgemacht. Bis zum Jahr 2020 könnten rund 5 Millionen neue Arbeitsplätze in diesem Bereich entstehen. Die oben entwickelten Überlegungen zu den spezifischen Entwicklungsbedingungen in Ostdeutschland zeigen, dass sowohl Argumente für eine überdurchschnittliche als auch für eine unterdurchschnittliche Entwicklung vorliegen. So dürften im Zuge der Angleichung

im Industriebesatz auch Impulse auf die Dienstleistungsentwicklung ausgehen. Umgekehrt wird die Rückführung der Finanztransfers aus dem Westen zu einem überdurchschnittlichen Abbau der öffentlichen Beschäftigung führen. Die konkrete Quantifizierung solcher plausiblen, aber sehr spezifischen, Veränderungen fällt schwer.

Die Abschätzung der Beschäftigungspotenziale muss sich stärker an einfachen und zugleich unmittelbar quantifizierbaren Leitthesen bzw. -indikatoren orientieren. Für einen solchen Ansatz eignen sich insbesondere Überlegungen zur Bevölkerungsentwicklung und zur Bedeutung der Siedlungsstrukturen. Ausgangspunkt ist die einfache These, dass bis zum Jahr 2020 Regionen mit ähnlichen Siedlungsmustern prinzipiell auch ähnliche Ausstattungen mit Dienstleistungsarbeitsplätzen aufweisen. Entsprechend orientiert sich unsere Potentialrechnung für Ostdeutschland an den Werten für vergleichbare Bundesländer im Westen.

Die Analysen in Kapitel 5 haben dabei auf die relative Vergleichbarkeit der neuen Bundesländer insgesamt und Berlins mit Niedersachsen und Hamburg hingewiesen. Niedersachsen weist ähnlich wie die neuen Bundesländer keinen eigenen industriellen Agglomerationsraum auf, sondern eher räumlich punktuelle industrielle Schwerpunkte. Ganz große Städte fehlen und teilweise sind im ländlich-peripheren Raum ähnlich hohe Einkommensrückstände wie für Ostdeutschland zu beobachten. Es verwundert daher nicht, dass sich schon heute die ostdeutschen Flächenländer hinsichtlich der Ausstattung mit Dienstleistungsarbeitsplätzen mehr strukturell als im Niveau von Niedersachsen unterscheiden.

Ganz anders sieht es hingegen bei den beiden Stadtstaaten Hamburg und Berlin aus. Sie unterscheiden sich heute zwar in ihren wirtschaftsgeographischen Ausgangsbedingungen nur wenig, wohl aber in der Wirtschaftskraft und vor allem der Bedeutung überregionaler Dienstleistungen. Wir gehen davon aus, dass Berlin in allen Dienstleistungsbereichen den Ausstattungsrückstand zu Hamburg bis 2020 verringern kann. Bei der öffentlichen Verwaltung und den Kultur- und Tourismusaktivitäten könnte aufgrund der Hauptstadtfunction die Ausstattung im Jahr 2020 in Berlin sogar etwas höher liegen. In vielen anderen Dienstleistungsbereichen wie dem Handel, dem Verkehr oder dem Finanzsektor dürfte dagegen Berlin auch 2020 kaum mehr als die Hälfte des Beschäftigtenbesatzes je Einwohner von Hamburg erreichen.

Für die Umsetzung dieses Quantifizierungsansatzes benötigen wir neben dem länderspezifischen sektoralen Beschäftigungsbesatz eine Projektion der Bevölkerungsentwicklung nach Bundesländern. Wir greifen dabei ausgehend von der gesamträumlichen Prognose für Deutschland auf einen vereinfachten Ansatz zurück. So wird angenommen, dass sich das

Geburtenverhalten der ostdeutschen Frauen an das der westdeutschen Frauen angleicht und ab der 1995er Kohorte keine Unterschiede mehr bestehen. Auch die alters- und geschlechtsspezifischen Sterbeziffern unterscheiden sich am Ende des Projektionszeitraumes 2020 nicht mehr. Von den Wanderungen über die Grenzen Deutschlands bleiben weiterhin vorwiegend die alten Bundesländer betroffen. Rund 90 % der Wanderungen vom und ins Ausland beziehen sich auch künftig auf die westdeutschen Bundesländer und Berlin. Bei den Binnenwanderungen wird hier der jeweilige Durchschnittswert der Jahre 2001-2003 getrennt nach Deutschen und Ausländern fortgeschrieben. Aus dem DIW-Bevölkerungsmodell leiten sich unter diesen Annahmen die in Tabelle 9-4 ausgewiesenen Änderungen der Bevölkerungszahlen für die Bundesländer ab.

Tabelle 9-4

Entwicklung der Bevölkerung in den Bundesländern 2004 bis 2020

	2004	2020	2020/2004
	in 1000 Personen		Veränderung in %
Schleswig-Holstein	2829	2934	3,7
Hamburg	1735	1812	4,5
Niedersachsen	8001	7657	-4,3
Bremen	663	680	2,5
Nordrhein-Westfalen	18075	18092	0,1
Hessen	6098	6014	-1,4
Rheinland-Pfalz	4061	4148	2,1
Baden-Württemberg	10717	11312	5,6
Bayern	12444	13230	6,3
Saarland	1056	1030	-2,5
Berlin	3388	3531	4,2
Brandenburg	2568	2720	5,9
Mecklenburg-Vorpommern	1720	1652	-4,0
Sachsen	4296	4079	-5,1
Sachsen-Anhalt	2494	2236	-10,4
Thüringen	2355	2223	-5,6
Deutschland	82500	83350	1,0

Quellen: Statistisches Bundesamt; Vorausberechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2006

Nach diesen Vorausschätzungen werden nahezu alle westdeutschen Bundesländer bis 2020 Zunahmen der Bevölkerungszahl erzielen können. Am stärksten ist das Bevölkerungswachstum dabei in den süddeutschen Ländern (Bayern, Baden-Württemberg) und in Hamburg. Die ostdeutschen Länder werden dagegen bis auf Berlin und Brandenburg deutliche Bevölkerungsrückgänge verzeichnen. Am stärksten fällt dieser in Sachsen-Anhalt mit über 10 % aus.

Führt man nun die Projektion für die sektorale Beschäftigung in Deutschland insgesamt, die Bevölkerungsabschätzung nach Bundesländern und die These der Angleichung bzw. Annäherung der Beschäftigungsausstattung im Dienstleistungssektor zusammen, ergibt sich das in Tabelle 9-5 dargelegte Bild der Beschäftigungsentwicklung.

Tabelle 9-5

Beschäftigungspotential der Dienstleistungen in Ostdeutschland 2020

	West- deutsch- land	Ostdeutschland			West- deutsch- land	Ostdeutschland		
		Insgesamt	Berlin	Neue Länder		Insgesamt	Berlin	Neue Länder
Erwerbstätige in 1000 Personen								
2005 *					2020			
Dienstleistungssektor	22 553	5 349	1 316	4 033	26 121	6 455	1 775	4 680
Handel, Gastgewerbe, Verkehr	8 052	1 686	358	1 329	8 574	2 020	449	1 571
Handel	4 971	964	190	774	5 273	1 184	231	953
Gastgewerbe	1 364	318	81	237	1 435	394	107	287
Verkehr	1 717	404	87	317	1 865	443	111	331
Finanz- und Unternehmensdienste	5 284	1 127	339	788	5 856	1 390	509	881
Kreditinstitute, Versicherungen	1 150	170	46	124	1 147	237	61	175
Unternehmensdienste, Wohnungswesen	4 135	957	293	664	4 709	1 154	448	706
Öffentliche und private Konsumdienste	9 217	2 536	619	1 917	11 691	3 045	817	2 228
Öffentl. Verwalt., Rechtspfll., Sicherheit, Soz.versich.	2 112	694	169	525	2 208	592	156	436
Sonstige öffentl. und priv. Dienste	7 105	1 842	450	1 392	9 483	2 452	661	1 791
Veränderung 2005 bis 2020								
in 1000 Personen					in % **			
Dienstleistungssektor	3 568	1 106	459	647	1,0	1,3	2,0	1,0
Handel, Gastgewerbe, Verkehr	522	334	91	243	0,4	1,2	1,5	1,1
Handel	303	220	40	179	0,4	1,4	1,3	1,4
Gastgewerbe	72	76	26	50	0,3	1,4	1,9	1,3
Verkehr	148	38	25	14	0,6	0,6	1,7	0,3
Finanz- und Unternehmensdienste	571	264	170	94	0,7	1,4	2,7	0,8
Kreditinstitute, Versicherungen	- 3	67	16	51	0,0	2,2	2,0	2,3
Unternehmensdienste, Wohnungswesen	574	197	154	42	0,9	1,3	2,9	0,4
Öffentliche und private Konsumdienste	2 474	509	198	311	1,6	1,2	1,9	1,0
Öffentl. Verwaltung, Sozialversicherung	97	- 102	- 13	- 89	0,3	-1,1	-0,5	-1,2
Sonstige öffentl. und private Dienste	2 378	611	211	399	1,9	1,9	2,6	1,7

* Untergruppen anhand der Strukturen 2003 geschätzt; ** Durchschnittliche jährliche Veränderung.
Quellen: VGR der Länder; Abschätzungen des DIW

Das Beschäftigungspotential Ostdeutschlands im Dienstleistungssektor ist unter den dargelegten Annahmen beträchtlich. Bis zum Jahr 2020 könnten über 1 Millionen neue Arbeitsplätze entstehen. Von diesem Potential entfallen allein gut 450 000 oder 40 % auf Berlin. Die relative Beschäftigungsentwicklung ist dabei für Ostdeutschland insgesamt spürbar höher als in Westdeutschland. Dieses Phänomen bezieht sich allerdings allein auf die Potentiale der Bundeshauptstadt, die bislang - gemessen an ihrer Größe - noch deutlich weniger Dienstleis-

tungsarbeitsplätze aufweist als westdeutsche Großstädte. In den anderen neuen Bundesländern ist die berechnete Beschäftigungsentwicklung hingegen nur durchschnittlich.

Einen Aufholprozess Ostdeutschlands gegenüber den westdeutschen Bundesländern weisen die Berechnungen insbesondere bei den Finanz- und Unternehmensdiensten aus. Auch beim Handel und Gastgewerbe dürften unter den zugrunde liegenden Annahmen überdurchschnittliche Wachstumsraten der Beschäftigung erzielt werden. Im Bereich der öffentlichen Verwaltung ist hingegen für Ostdeutschland sogar mit Beschäftigungsrückgängen zu rechnen, während in Westdeutschland hier die Beschäftigung im Zuge des allgemeinen Tertiärisierungsprozesses noch leicht zunimmt.

Die dargestellten Projektionen zeichnen allerdings lediglich einen möglichen Entwicklungspfad. Dieser Entwicklungspfad ist zwar realistisch, aber er ist nicht per se wahrscheinlicher als andere denkbare Pfade. Inwieweit das beträchtliche Beschäftigungspotenzial von jährlich nahezu 75 000 neuen Jobs im Dienstleistungssektor auch tatsächlich erschlossen wird, hängt entscheidend von richtigen wirtschaftspolitischen Weichenstellungen in Deutschland und speziell in Ostdeutschland ab.

10 Handlungsoptionen zur Stärkung der ostdeutschen Dienstleistungsmärkte

Das zentrale Ergebnis der vorgelegten Analysen ist die Identifikation eines gravierenden Mangels an wissensbasierten und überregional orientierten Dienstleistungen in Ostdeutschland. Dem entsprechend werden hier spezifisch ostdeutsche Beschäftigungspotentiale bis zum Jahr 2020 zu einem erheblichen Teil in der Entwicklung solcher - in der Regel auf den Vorleistungsbedarf der Unternehmen ausgerichteten - Dienstleistungen gesehen. Ein noch größeres Beschäftigungspotenzial kann für das breite Feld der Sonstigen öffentlichen und privaten Dienstleistungen erwartet werden. Dieses ergibt sich indes weniger aus einem Aufholen Ostdeutschlands als aus der allgemeinen Expansion dieser Dienste in Deutschland, an der Ostdeutschland teilnehmen kann. Hohe Zuwächse sind insbesondere im Gesundheitswesen und in den Bereichen Medien, Kultur, Unterhaltung und Sport möglich.

Aus diesen Ergebnissen ergibt sich unmittelbar die Frage, welche Möglichkeiten es gibt, die Beschäftigungspotentiale insbesondere bei wissensbasierten und überregional orientierten Dienstleistungen in Ostdeutschland zu erschließen. Diese Dienstleistungsaktivitäten stellen grundsätzlich hohe Qualifikationsanforderungen an die Erwerbstätigen. Die Politik sollte daher in erster Linie am Humankapital ansetzen. Ohne zusätzliche Bildungsanstrengungen läuft Ostdeutschland Gefahr, als Standort für wissensintensive wirtschaftliche Aktivitäten weiter gegenüber dem Westen zurückzufallen.

Verstärkte Anstrengungen sind schon deshalb geboten, weil die Alterskohorten, die in den kommenden Jahren für den tertiären Teil des Bildungssystems in Frage kommen, sehr dünn besetzt sind. Das Problem, dass die nachwachsende Generation tendenziell abnimmt, stellt sich generell in Deutschland. In Ostdeutschland wird es aber wegen des dramatischen Geburtenrückgangs seit Anfang der 90er Jahre bereits in den nächsten Jahren virulent - im Westen erst in 10 bis 15 Jahren.⁵⁸ Daher muss gerade im Osten versucht werden, einem zunehmenden Teil der nachwachsenden Generation eine exzellente Ausbildung zu verschaffen. Dabei ist es

⁵⁸ Seit 2000 stagniert in Ostdeutschland (einschließlich Berlin) die Zahl der Schüler im Sekundarbereich II der Gymnasien und integrierten Gesamtschulen; in den alten Bundesländern stieg sie dagegen. Im Sekundarbereich I der Gymnasien und integrierten Gesamtschulen sank die Zahl der Schüler im Osten im Zeitraum von 2000 bis 2005 um ein Drittel; die Zahl der Realschüler ging sogar um zwei Drittel zurück. In den alten Bundesländern wuchs dagegen die Zahl der Realschüler wie auch die Zahl der Schüler im Sekundarbereich von Gymnasien und integrierten Gesamtschulen. Vgl. Statistisches Bundesamt, Fachserie 11, Reihe 1 – Schuljahr 2005/06 – Tabelle 3.1.

angesichts der demografischen Entwicklung wohl nicht nötig, die finanziellen Mittel für den primären und sekundären Ausbildungssektor aufzustocken. Keinesfalls sollten die geringeren Schülerzahlen aber zum Anlass genommen werden, die Ausgaben in diesem Bereich massiv zu kürzen – zumal in Ostdeutschland der Anteil der Studienberechtigten an den Schulabgängern unter dem Bundesdurchschnitt liegt (Lagemann, Schmidt 2006). Die Pro-Kopf-Ausgaben (je Schüler) sollten erhöht werden.

Neben der Verbesserung der Qualität der schulischen Ausbildung und einer verstärkten Werbung unter Schulabsolventen für die Aufnahme eines Studiums sollten sich die Anstrengungen der Politik auf die Hochschulausbildung konzentrieren. Zwar sind die Ausbildungskapazitäten an den Hochschulen in Ostdeutschland mit 27,5 Studenten je 1 000 Einwohner im Wintersemester 2006/2007 größer als in den alten Ländern (23,5) – das liegt aber nur an Berlin, wo allein fast ein Drittel aller in Ostdeutschland Studierenden ausgebildet wird.⁵⁹ Die Flächenstaaten im Osten bilden nicht mehr aus als diejenigen im Westen. Zudem ist in Rechnung zu stellen, dass Deutschland im internationalen Vergleich bei der Zahl der Studenten deutlich unter dem Durchschnitt liegt. So betrug im Jahr 2004 der Anteil der Hochschulabgänger (Tertiärbereich A) eines Altersjahrganges in Deutschland 20,6 %, im Durchschnitt aller OECD-Länder waren es dagegen 34,8 % (OECD 2006). Die OECD erkennt zwar an, dass in Deutschland die Zahl der Studenten in den letzten Jahren gestiegen ist, bemängelt aber den bestehenden Rückstand: „Zwar ist die Bundesrepublik dabei, die Rückstände der 80er und 90er Jahre in der Hochschulausbildung langsam auszugleichen. Dies zeigt sich auch bei den gestiegenen Zahlen an Studienanfängern. Doch vollzieht sich dieser Prozess weit langsamer als in den meisten OECD-Ländern. Zudem ist das Potential an Studenten weitgehend ausgeschöpft, da nur ein vergleichsweise geringer Anteil der Schüler in Deutschland die Hochschulreife erwirbt.“⁶⁰ Zudem ist die gestiegene Zahl der Studenten in Deutschland zu einem erheblichen Teil darauf zurückzuführen, dass Personen aus dem Ausland zuziehen, um hier zu studieren. Unter den „Bildungsinländern“ wächst indes die Zahl der Studenten kaum (Brenke, Zimmermann 2005).

Um im Wettbewerb mithalten zu können, ist neben einer Erhöhung des Anteils der Studienberechtigten an einem Abschlussjahrgang, einer höheren Übergangsquote von Studienberechtig-

⁵⁹ Eigene Berechnungen auf Basis von: Statistisches Bundesamt, Fachserie 11, Reihe 4.1.

⁶⁰ Vgl. OECD Berlin Centre: OECD-Studie „Bildung auf einen Blick“ – Deutschland verliert in der Hochschulausbildung den Anschluss. Pressemitteilung von 12. September 2006.

ten in die Hochschule (die in neuen Bundesländern unter dem Bundesdurchschnitt liegt) eine deutliche Ausweitung der Ausbildungskapazitäten an den Hochschulen nötig. Auch das gilt nicht nur für Ostdeutschland, sondern ebenso für die alten Bundesländer. Die neuen Bundesländer werden allerdings wegen der demografischen Entwicklung im nächsten Jahrzehnt zu einem verstärkten Wettbewerb um Studienwillige gezwungen werden. Denn auch wenn es gelingt, dass ein größerer Teil der Schüler eine Hochschulzugangsberechtigung erwirbt, und auch wenn ein größerer Teil der Jugendlichen mit einem solchen Schulabschluss ein Studium beginnt, wird absolut die Zahl der Ostdeutschen sinken, die einen Studienplatz nachfragen. Nach einer Modellrechnung (in die Berlin nicht einbezogen wurde) geht die Zahl der Schulabsolventen in Ostdeutschland mit Zugangsberechtigung zu einer Hochschule bis 2011 um 40 % zurück (Rother 2007).

Im Rahmen des Hochschulpaktes 2020 von Bund und Ländern wird das Ziel verfolgt, die Zahl der Studienplätze in Deutschland um 90 000 auszuweiten, weil insgesamt mit einer steigenden Nachfrage – im wesentlichen im Westen - gerechnet wird.⁶¹ Der Bund will die Hälfte der Kosten übernehmen. Inzwischen gibt es einen Grundsatzbeschluss der Regierungschefs, wonach die neuen Bundesländer 15 % der Bundesmittel erhalten, wenn sie ihre Ausbildungskapazitäten in den Hochschulen angesichts ihrer demografischen Entwicklung nicht reduzieren.⁶² Dies könnte die ostdeutschen Flächenländer dazu verleiten, ihre Kapazitäten lediglich konstant zu halten (Buch et al. 2006). Es geht aber nicht nur um die Nachfrage der heimischen Bevölkerung nach Studienplätzen, sondern auch um das künftige Arbeitskräftepotential. Wenn die westdeutschen Flächenstaaten ihre Ausbildungsanstrengungen erhöhen, fallen die neuen Bundesländer zurück, wenn sie nicht dasselbe tun. Deshalb sollten sich die neuen Bundesländer bemühen, ihr Studienplatzangebot auszuweiten. Auf jeden Fall werden sie darauf hinarbeiten müssen, Studienwillige aus den alten Ländern anzuziehen. Dabei kann die Chance genutzt werden, dass dort von der natürlichen Bevölkerungsentwicklung her die Zahl der jungen Erwachsenen noch eine Reihe von Jahren wachsen wird. Zudem müssen die neuen Bundesländer verstärkt auf Studierende aus dem Ausland setzen, um bei der akademischen Ausbildung an Internationalität zu gewinnen.

Um Studierwillige aus anderen Regionen anzuziehen, bedarf es eines exzellenten Studienangebotes, was auch einen höheren Einsatz an finanziellen Mitteln verlangt. Diese könnten

⁶¹ <http://www.bmbf.de/de/6142.php>

⁶² Berlin soll 4 % der Mittel erhalten, wobei noch die Gegenleistung des Landes Berlins zu klären ist.

dadurch aufgebracht werden, dass die Vorgaben des Solidarpakts II – wie es etwa die Brandenburger Landesregierung vorgeschlagen hat - gelockert werden, so dass ein Teil der Mittel nicht – wie bisher – neben einem Ausgleich für die schwache kommunale Finanzlage nur für Investitionen in die Infrastruktur ausgegeben werden darf, sondern auch für Investitionen in das Humankapital. Um Fehlanreize bei der Verwendung der Sonderbundesergänzungszuweisungen zu vermeiden, sollte das nur für zusätzliche Ausgaben im tertiären Bereich des öffentlichen Bildungssektors gelten.

Hochschulen sind indes nicht nur Ausbildungsstätten, sie leisten auch einen wesentlichen Beitrag zur Standortqualität und zur Stärkung der Innovationskraft von Regionen. Die Befragungen des DIW Berlin zur Bedeutung von Hochschulen und Forschungseinrichtungen für die Unternehmen zeigen, dass wissensorientierte Unternehmen die Lehr- und Forschungsinfrastruktur als einen wichtigen Standortfaktor ansehen. Fallstudien zu den Faktoren erfolgreicher Regionalentwicklung wie zum Halbleiterstandort Dresden (Edler 2002) machen ebenfalls deutlich, dass die wissenschaftliche Infrastruktur vor Ort und das lokale Humankapital wesentliche Faktoren für die Herausbildung wachstumsstarker Produktions- und Dienstleistungscluster sind. Untersuchungen zum Kooperationsverhalten von Hochschulangehörigen zeigen zudem, dass (regionale) Kooperationen zumindest in wissenschaftlich-technischen Fächern nicht unüblich sind (Fritsch et al. 2006). Aus der Sicht von Hochschulen liegt der Engpass für eine weitere Intensivierung des Austauschs zwar vor allem in der Wirtschaftsstruktur (viele kleine Betriebe) und der geringen Absorptionsfähigkeit der lokalen Wirtschaft, eine Rolle spielen aber auch Hemmnisse auf Seiten der Hochschulen selbst. Der Wissenstransfer zwischen Wissenschaft und Wirtschaft könnte vereinfacht und beschleunigt werden durch Veränderungen der institutionellen Rahmenbedingungen der Hochschulen (Vereinfachungen in Dienst- und Haushaltsrecht), eine bessere Unterstützung von Spin-offs oder die stärkere Ausrichtung von Forschung und Ausbildung der Hochschulen auf die regionalen Potenziale. Dies würde auch die Attraktivität der ostdeutschen Regionen für standortsuchende Unternehmen steigern.

Die Ausbildung in Schulen und Hochschulen obliegt den Ländern. Sie tragen damit für die Zukunft des Wirtschaftsstandortes Ostdeutschland eine große Verantwortung. Kaum weniger wichtig ist aber die betriebliche Berufsausbildung. Dabei ist es Aufgabe des Bundes, bei der Festsetzung der Rahmenbedingungen mitzuwirken. Vor allem gilt es, die Effizienz der beruflichen Bildung zu verbessern und sie zugleich an die Erfordernisse der demografischen Ent-

wicklung anzupassen. Das macht ein Umsteuern innerhalb des bisherigen Systems notwendig. Die recht lange dauernde betriebliche Erstausbildung sollte verkürzt werden, zumal ein erheblicher Teil des erworbenen Wissens im Laufe der Berufstätigkeit entwertet wird. Stattdessen sollte neben einer Erstausbildung, in der grundlegende fachliche Kenntnisse und extrafunktionale Qualifikationen (und dabei auch: Lernen lernen) vermittelt werden, auf ein System lebenslangen Lernens gesetzt werden, innerhalb dessen das bestehende Wissen permanent an sich verändernde berufliche Anforderungen angepasst wird. Dabei sind auch vermehrt ältere Arbeitnehmer einzubeziehen. Hierzu bedarf es neben entsprechender Vereinbarungen zwischen den Tarifpartnern (etwa in Form von Weiterbildungstarifverträgen, der Nutzung von Arbeitszeitkonten für Fortbildung etc.) auch staatlicher Anreize und gesetzlicher Flankierungen (z. B. steuerlicher Regelungen und eines prämiengünstigen Weiterbildungssparens). Die Diskussion über lebenslanges Lernen und wie es im einzelnen in Deutschland zu gestalten ist, hat begonnen. Für die Politik stellt sich die Aufgabe, sie weiter – gerade auch mit Modellprojekten – voranzutreiben. In dieser Hinsicht bietet sich gerade Ostdeutschland als Experimentierfeld an, da dort die demografischen Herausforderungen besonders drängend sind.

Die existierende Förderung im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur (GRW) bietet dagegen kaum Ansatzpunkte für weiteres förderpolitisches Handeln. Eine Unterstützung überregional orientierter Dienstleistungen wird im Rahmen dieses auf Investitionen gerichteten Instrumentariums bereits praktiziert. In einigen unternehmensorientierten Dienstleistungsbereichen ist der Kapitalbedarf pro Arbeitsplatz relativ hoch, weil dort z. B. teure Computersysteme eingesetzt werden. Auch in erprobte Formen der Innovationsförderung, der Förderung von Netzwerken und der Zusammenarbeit zwischen Wirtschaftsunternehmen und wissenschaftlichen Einrichtungen – hier gibt es eine Reihe von Förderprogrammen für die neuen Ländern – sind Dienstleistungsunternehmen einbezogen.

Ein weiteres zentrales Ergebnis der Untersuchung verweist auf die Schwäche der ostdeutschen Ballungsräume. Für Europa insgesamt beobachten wir, dass die wirtschaftliche Entwicklung durch zwei gegenläufige räumliche Tendenzen geprägt ist: regionale wirtschaftlicher Konvergenz auf der einen Seite und weitere räumliche Konzentration ökonomischer Aktivitäten auf der anderen. Während die Konvergenz sich vor allem zwischen den einzelnen europäischen Ländern zeigt, haben innerhalb der einzelnen Länder die großen Agglomerationen ihren Vorsprung im Pro-Kopf-Einkommen gegenüber wenig verdichteten Gebieten ten-

denziell weiter ausgebaut (Geppert et al. 2005). Dies gilt sowohl für die alten Mitgliedsländer als auch für die mittelosteuropäischen Beitrittsländer.

Die große Bedeutung der Ballungsräume für das Produktivitätsniveau und das wirtschaftliche Wachstum der Nationen und Teilräume ist durch eine Reihe jüngerer Untersuchungen belegt. Eine Analyse zur Beziehung zwischen der Beschäftigungsdichte (dem Agglomerationsgrad) und dem regionalen Produktivitätsniveau für die Regionen der fünf größten Länder der EU-15 kommt zu einer Elastizität von 4,5 %, d.h.: Mit einer Verdoppelung der regionalen Beschäftigungsdichte (bezogen auf die Fläche) geht eine Erhöhung der Arbeitsproduktivität um 4,5 % einher (Ciccone 2002). Der entsprechende Wert für die USA liegt bei 5 % (Ciccone, Hall 1996). Für Großbritannien wurde eine Elastizität von 3,5 % (Rice, Venables 2004) und für Deutschland eine solche von 2,5 % (Möller, Haas 2003) geschätzt. Die Differenzen zwischen diesen Werten bedeuten nicht unbedingt, dass die Produktivitätsvorteile der Ballungsräume in Großbritannien und Deutschland geringer wären als in den USA, sie dürften vielmehr auch auf Unterschieden in den Daten und Methoden der Untersuchungen begründet sein. Studien für die EU (Geppert et al. 2005), für Großbritannien (Duranton, Monastiriotis 2002), für die USA (Hammond 2004) und für Deutschland (Bade et al. 2004) deuten zudem darauf hin, dass die Agglomerationsvorteile gerade in letzter Zeit noch zugenommen haben. Offenbar haben die Umwälzungen in der IuK-Technologie nicht zu einer Schwächung der wirtschaftlichen Zentren, sondern eher zu ihrer Stärkung geführt, auch wenn es dabei erhebliche Unterschiede zwischen den einzelnen Städten und Agglomerationen gibt.

Auch für Westdeutschland zeigt sich, dass die großen Agglomerationen wieder verstärkt zu räumlichen Schwerpunkten des Wachstums von Produktion und Beschäftigung geworden sind. In Ostdeutschland dagegen konnten bislang die großen Agglomerationen eine derartige Führungsrolle für die wirtschaftliche Entwicklung nicht übernehmen. Dies gilt allen voran für Berlin. Aber auch den anderen Städten Ostdeutschlands ist es bisher nicht gelungen, ihrer Größe entsprechende Metropolfunktionen aufzubauen.

Es liegt eine Vielzahl von theoretischen Erklärungsversuchen für die räumlichen Wachstums-, Konzentrations- und Spezialisierungsprozesse vor. Allen diesen Ansätzen gemeinsam ist, dass lokale „Externalitäten“ und „Spillovers“ eine zentrale Rolle spielen. Durch solche Effekte werden Unternehmen und Arbeitskräfte an ohnehin schon prosperierende Standorte gebunden. Städte und Regionen, die relativ reichlich mit Sachkapital, Humankapital und Technolo-

gie ausgestattet sind, erzielen auch relativ starke positive externe Effekte. Sie bewahren so ihren Vorsprung oder bauen ihn sogar noch weiter aus.

Aus den hier vorgelegten Analysen ist zu schließen, dass es den ostdeutschen Ballungsräumen bisher zu wenig gelungen ist, solche Wachstumscluster im Bereich wissensbasierter überregionaler Dienstleistungen aufzubauen. Dies legt wiederum die Schlussfolgerung nahe, die Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung Ostdeutschlands durch den Aufbau wissensbasierter überregionaler Dienstleistungen vor allem durch eine Konzentration dieses Prozesses auf die ostdeutschen Ballungsräume voranzubringen. In der Förderpolitik des Aufbaus Ost sollte künftig mehr ein integrierter Ansatz der Stärkung vollständiger Wertschöpfungsketten aus industriellen und Dienstleistungsproduktionen zur Anwendung kommen. Hierbei handelt es sich gewissermaßen um eine Orientierung an einer gezielten Cluster-Politik, wie sie im industriellen Bereich heute bereits praktiziert wird. Der stärkeren Einbindung von Dienstleistungen müssen sich Bund und Länder mehr als bisher widmen – wobei nicht primär an Subventionen zu denken ist.

Insgesamt lässt sich absehen, dass eine Strategie zum Aufbau wissensbasierter überregionaler Dienstleistungen in den ostdeutschen Ballungsräumen eher quer zu den traditionellen sektoralen Förderkonzepten liegt. Das notwendige Maßnahmenbündel dürfte unterschiedlichste Bereiche tangieren. So ist der Ausbau hochwertiger überregionaler Kommunikations- und Verkehrsverbindungen, die offensichtlich für Standortentscheidungen solcher Dienstleister von großer Bedeutung sind, erforderlich. Ebenso scheint die soziale wie bauliche Attraktivität der Städte als Standortfaktor wichtig. Entsprechend wären auch Maßnahmen der Städtebauförderung in eine dienstleistungsbezogene Förderstrategie einzubeziehen. Darüber hinaus bestehen trotz der überdurchschnittlichen räumlichen Mobilität hoch ausgebildeter Fachkräfte enge Verbindungen zu den lokalen Ausbildungskapazitäten, insbesondere im Universitätsbereich. Daher wären auch die Strategien zur Verbesserung der Humankapitalbildung in Ostdeutschland wohl eher räumlich auf die großen Städte zu konzentrieren.

Literatur

- Alewell, D., Koller, P.* (2001): Finanzierung und Sicherung von Weiterbildungsinvestitionen. Personalführung 10/2001, 62-71
- Bade, F.-J.* (1987): Regionale Beschäftigungsentwicklung und Produktionsorientierte Dienstleistungen. DIW-Sonderheft 143, Berlin
- Bade, F.-J., Laaser, C.-F., Soltwedel, R.* (2004): Urban Specialization in the Internet Age - Empirical Findings for Germany. Kiel Working Paper 1215
- Bagus, E.* (2006): Unternehmensdienstleistungen als Wachstumsmotor? Aktuelle Entwicklungen und Trends. In: ifo Institut für Wirtschaftsforschung (Hg.), ifo Branchen-Dialog 2006, Tagungsband, 26.10.06, München
- Barrell, R., Dury, K., Holland, D.* (2001): Macro-Models and the Medium Term: The NIESR Experience with NiGEM. Paper presented at the EU/ULB/AEA conference, Brussels, July
- Baumol, W. J.* (1967): Macroeconomics of Unbalanced Growth: The Anatomy of Urban Crisis. American Economic Review 57
- Blien, U., Haas, A.* (2005): Service Industries and Regional Development: An Analysis for Eastern Germany. The Service Industries Journal 25, 979-997
- Block, J., Sandner, P.* (2006): The Effect of Motivation on Self-Employment Duration in Germany: Necessity versus Opportunity Entrepreneurs, mimeo: http://mpa.ub.uni-muenchen.de/215/01/MPRA_paper_215.pdf
- Blossfeld, H.-P.* (1985): Bildungsexpansion und Berufschancen. Frankfurt am Main: Campus
- Braun, G.* (2004): Licht am Ende des Tunnels? Ostdeutschlands weiter Weg in die Dienstleistungsgesellschaft. Rostocker Beiträge zur Regional- und Strukturforschung, Heft 17
- Brenke, K.* (2006a): Probleme der Erfassung der Erwerbstätigkeit in Deutschland (als Manuskript vervielfältigt), Berlin
- Brenke, K.* (2006b): Wachsender Niedriglohnsektor in Deutschland – sind Mindestlöhne sinnvoll? In: Wochenbericht des DIW Berlin, Nr. 15-16/2006
- Brenke, K., Zimmermann, K. F.* (2005): Demografischer Wandel erfordert Bildungsreformen und lebenslanges Lernen. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 1/2005
- Breuss, F., Badinger, H.* (2005): The European Single Market for Services in the Context of the Lisbon Agenda: Macroeconomic Effects. Study commissioned by the Federal Ministry of Economics and Labour of the Republic of Austria, Final Report, December 2005, abridged report in: Austrian Federal Ministry of Economics and Labour (ed.), Deepening the Lisbon Agenda: Studies on Productivity, Services and Technologies, mimeo 2006
- Buch, F., Hener, Y., von Stuckrad T.* (2006): Prognose der Studienkapazitätsüberschüsse und –defizite in den Bundesländern bis zum Jahr 2020. In: Arbeitspapier des Zentrums für Hochschulentwicklung Nr. 77
- Cezanne, W., Weber, L.* (2005): Die Europäische Dienstleistungsrichtlinie - Chancen und Risiken für die deutsche Wirtschaft, BTU Cottbus: Forum der Forschung 18/2005, S. 127-132
- Ciccone, A.* (2002): Agglomeration effects in Europe. European Economic Review 46, 213-227
- Ciccone, A., Hall, R. E.* (1996): Productivity and the density of economic activity. American Economic Review 86, 54-70
- Davis, D., Weinstein, D.* (1999): Economic geography and regional production structure: An empirical investigation. European Economic Review 43, 379-407

- Davis, J. C., Henderson, J. V.* (2004): The Agglomeration of Headquarters. Center for Economic Studies, U.S. Census Bureau, Working Papers 04-02
- de Bruijn, R., Kox, H., Lejour A.* (2006): The trade-induced effects of the Services Directive and the country of origin principle, CPB Document No 108
- Deutsch, K.G., Gornig, M., Frank, B.* (2006): The EU Services Directive: Nightmare or opportunity? Implications for transatlantic business. AICGS Policy Report 25, John Hopkins University, Washington. <http://www.aicgs.org/documents/polrep25.pdf>
- DIW, IfW, IWH* (1998): Gesamtwirtschaftliche und unternehmerische Anpassungsprozesse in Ostdeutschland. Kieler Diskussionsbeiträge Nr. 310/311
- Duranton, G., Monastiriotis, V.* (2002): Mind the Gaps: The Evolution of Regional Earnings Inequalities in the U.K., 1982-1997. *Journal of Regional Science*, 42, 219-256
- Eidler, D.* (2002): Gesamtwirtschaftliche und regionale Bedeutung der Entwicklung des Halbleiterstandorts Dresden – eine aktualisierte und erweiterte Untersuchung. Gutachten des DIW Berlin im Auftrag des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt e.V., Köln. Berlin
- Eichenhofer, E.* (2006): Stellungnahme zur Öffentlichen Anhörung: "EU-Dienstleistungsrichtlinie" am 16. Oktober 2006, mimeo:
http://www.bundestag.de/ausschuesse/a09/anhoerungen/2_Anhoerung/Stellungnahmen/Prof_Dr_Eichenhofer.pdf
- Europäische Kommission* (2002): Bericht der Kommission vom 30.07.2002 "Stand des Binnenmarkts für Dienstleistungen", KOM(2002)441
- Fritsch, M. et al.* (2006): Die Bedeutung von Hochschulen und öffentlichen Forschungseinrichtungen für das regionale Innovationssystem (Regionale Folgewirkungen). Gutachten für die Hans-Böckler-Stiftung. Freiberg
- Geppert, K., Gornig, M.* (2003): Die Renaissance der großen Städte – und die Chancen Berlins. In: Wochenbericht des DIW Berlin, Nr. 26/2003
- Geppert, K., Gornig, M.* (2005): Berlin: Potentiale einer neuen wirtschaftlichen Dynamik. In: Wochenbericht des DIW Berlin, Nr. 44/2005
- Geppert, K., Happich, M., Stephan, A.* (2005): Regional Disparities in the European Union: Convergence and Agglomeration. DIW Berlin Discussion Papers 525
- Geppert, K., Gornig, M.* (2006): Renaissance der großen Ballungsräume in Deutschland: Wiedererstarkung im Westen, noch mangelnde Dynamik im Osten. Informationen zur Raumentwicklung, Heft 9
- Geppert, K., Gornig, M., Werwatz, A.* (2006): Economic Growth of Agglomerations and Geographic Concentration of Industries – Evidence for Germany. Humboldt Universität, SFB 649 Economic Risk, Discussion Paper 2006-008, Berlin
- Gershuny, J.* (1978): After Industrial Society? The Emerging Self-Service Economy. London
- Gornig, M., Görzig, B., Schulz, E.* (2000): Perspektiven der Beschäftigungs- und Bevölkerungsentwicklung in Deutschland und in den Bundesländern: Modellrechnungen des DIW bis zum Jahr 2010. Informationen zur Raumentwicklung 11/12-99, 711-721
- Gornig, M., von Einem, E.* (2000): Charakteristika einer dienstleistungsorientierten Exportbasis. In: H.-J. Bullinger und F. Stille (Hrsg.): Dienstleistungsheadquarter Deutschland. Wiesbaden, 49-73
- Grabow, B et al.* (1995): Weiche Standortfaktoren. Berlin
- Groh-Samberg, O.* (2005): Die Aktualität der sozialen Frage - Trendanalysen sozialer Ausgrenzung 1984-2004. WSI-Mitteilungen 58, 616-623

- Hammond, G. W.* (2004): Metropolitan/non-metropolitan divergence: A spatial Markov chain approach. *Papers in Regional Science*, 83, 543-563
- IMK* (2006): Arbeitskosten in Deutschland bisher überschätzt. Auswertung der neuen Eurostat-Statistik, Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung, IMK Report Nr.11
- Jensen, J., Svensson, P., Hvidt Thelle, M., Garcia, J., Termansen, L., Dalgaard, T., Ballebye Olesen, H., Kastberg Nielsen, C.* (2005): Economic Assessment of the Barriers to the Internal Market for Services, mimeo: Copenhagen Economics
- Jones, Ch. I.* (1997) : On the Evolution of the World Income Distribution. *Journal of Economic Perspectives* 11 (3), 19-36
- Kalmbach, P., Franke, R., Knottenbauer, K., Krämer, H.* (2005): Die Interdependenz von Industrie und Dienstleistungen – Zur Dynamik eines komplexen Beziehungsgeflechts, Berlin
- Kalmbach, P., Krämer, H.* (2005): Die Industrie als Produzent und Nachfrager von Dienstleistungen. IAW-Report, 33. Jg., Bd. 1/05, Tübingen, 33-62
- Keilbach, M.* (2002): Determinanten der räumlichen Konzentration von Industrie und Dienstleistungsbranchen. Eine empirische Analyse für Westdeutschland. *Jahrbuch für Regionalwissenschaft* 22, 61-79
- Kiessl, T., Pohl, C., Schmalholz, H.* (2006): Ostdeutsche Unternehmen betrachten EU-Dienstleistungsrichtlinie mit Skepsis, ifo Dresden berichtet 1/2006, 15-26
- Klodt, H., Maurer, R., Schimmelpfennig, A.* (1997): Tertiarisierung in der deutschen Wirtschaft, Kieler Studien, Nr. 283, Institut für Weltwirtschaft, Tübingen
- Kox, H., Lejour, A., Montizaan, R.* (2004): The free movement of services within the EU, CPB Document 69
- Krämer, H.* (1999): Dienstleistungen: Motor für Wachstum und Beschäftigung in Deutschland?, Schriftenreihe des Promotionsschwerpunkts Makroökonomische Diagnosen und Therapien der Arbeitslosigkeit, Nr. 5, Stuttgart-Hohenheim
- Krätker, S., Borst, R.* (2004): Chancen der EU-Erweiterung: Perspektiven der deutsch-polnischen Unternehmensbeziehungen am Beispiel der Region Berlin-Brandenburg. *Geographische Zeitschrift* 92, 93-116
- Krugman, P.* (1980): Scale Economies, Product Differentiation, and the Pattern of Trade. *American Economic Review* 70, 950-959
- Lageman, B., Schmidt Ch. M.* (2006): Humankapital, Bildung und Ausbildung in Deutschland. Eine aktuelle Bestandsaufnahme auf Ebene der Bundesländer. RWI-Materialien Nr. 30. Essen
- Lay, G.* (1998): Dienstleistungen in der Investitionsgüterindustrie. *Mitteilungen aus der Produktionsinnovationserhebung*, Nr. 9, 1-13
- Lejour, A., de Paiva Verheijden, J-W.* (2004): Services trade within Canada and the European Union. What do they have in common? CPB Discussion Paper No. 42
- Lovely, M. E., Rosenthal, S. S., Sharma, S.* (2005): Information, agglomeration, and the headquarters of U.S. exporters. *Regional Science and Urban Economics* 35, 167-191
- Lucas, R.* (1988): On the Mechanics of Economic Development. *Journal of Monetary Economics* 22, 3-42
- Maier, Gunther, Tödting, Franz* (2001): Regional- und Stadtökonomik 1. Standorttheorie und Raumstruktur. Wien, New York
- Möller, J., Haas, A.* (2003): Die Entwicklung der räumlichen Lohnstruktur. Empirische Befunde für Westdeutschland im Zeitraum 1984-1997. *Jahrbuch für Regionalwissenschaft*, 23, 55-89

- Müller, G. (1999): Die Nachfrage nach Dienstleistungen im Spiegel von Mikrodaten. *Wirtschaft im Wandel* 16/1999, 16-22
- Nerb, G. (2006): Cambridge Econometrics: Prognosen für Dienstleistungsbranchen bis 2008. In: ifo Institut für Wirtschaftsforschung (Hg.), ifo Branchen-Dialog 2006, Tagungsband, 26.10.06, München
- Nerb, G., Schmalholz, H., Frank, B., Gornig, M., Krämer, H. (2006): Chancen und Risiken veränderter Rahmenbedingungen für die Dienstleistungsunternehmen durch die EU-Dienstleistungsrichtlinie, ifo Forschungsberichte 29, München
- Nerb, G., Schmalholz, H., Frank, B., Gornig, M., Krämer, H. u.a. (2006): Chancen und Risiken veränderter Rahmenbedingungen für die Dienstleistungsunternehmen durch die EU-Dienstleistungsrichtlinie, ifo Forschungsbericht Nr. 29, München
- OECD (2003): *The Sources of Economic Growth of OECD Countries*. Paris
- OECD (2006): *Education at a Glance*. Paris
- Oeppen, J., Vaupel, J.W. (2002): Broken Limits to Life Expectancy. *Science*, 296/2002, 1029-1031.
- O'Toole, R. (2005): The Services Directive - An Initial Estimate Of the Economic Impact on Ireland, Forfás, mimeo: <http://www.entemp.ie/trade/marketaccess/singlemarket/05serv099.doc>
- Rice P., Venables A. J. (2004): Spatial Determinants of Productivity: Analysis for the Regions of Great Britain. CEP Discussion Paper 642
- Romer, P. (1990): Endogenous Technological Change. *Journal of Political Economy* 98, 71-102
- Rother, D. (2007): Zukunft des Studienplatzangebotes ostdeutscher Hochschulen. In: ifo Dresden berichtet, Nr. 1/2007
- Schmidt, C.M. (2006): Demographische Entwicklung als Herausforderung für Wirtschafts- und Sozial- sowie Raumwissenschaft. RWI: Mitteilungen, 54/55, 371 ff.
- Schneider, H. et al. (2006): Evaluation der Maßnahmen zur Umsetzung der Vorschläge der Hartz-Kommission, Bonn
- Schulz, E. (2004), Bevölkerungsentwicklung in West- und Ostdeutschland – Vorausschätzung bis 2050. Wochenbericht des DIW, Nr. 33, 2004, 471-485
- Shilton, L., Stanley, C. (1999): Spatial Patterns of Headquarters. *Journal of Real Estate Research* 17, 341-364
- Sinn, H.-W. (2002): Germany's Economic Unification: An Assessment after Ten Years. *Review of International Economics* 10, 113-128
- Sraffa, P. (1960): *Production of Commodities by Means of Commodities*, Cambridge
- Statistisches Bundesamt (2004): Produktbegleitende Dienstleistungen 2002 bei Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes und des Dienstleistungssektors, Wiesbaden
- Statistisches Bundesamt (2005): Qualitätsbericht. Jährliche Strukturerhebung im Dienstleistungsbereich 2003, Wiesbaden
- Statistisches Bundesamt (2006a): Fachserie 18, Reihe 2, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung, Input-Output-Rechnung 2002. Wiesbaden
- Statistisches Bundesamt (2006b): Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Input-Output-Rechnung nach 12 Gütergruppen/Produktionsbereichen, 2002, http://www.destatis.de/download/d/veroe/fach_voe/2002_12er.pdf.
- Statistisches Bundesamt (2006c): Strukturerhebung im Dienstleistungsbereich, Fachserie 9, Reihe 1 und 2, <http://www.destatis.de/allg/d/veroe/branchenberichte.htm>.

- Statistisches Bundesamt* (2006d): Dienstleistungsumsätze nach Arten. Projektbericht. <http://www-ec.destatis.de/csp/shop/sfg/bpm.html.cms.cBroker.cls>, Themenpfad: Wirtschaftsbereiche, Finanz- und andere Dienstleistungen, Dienstleistungen
- Stille, F.* (2003), Produktbegleitende Dienstleistungen gewinnen weiter an Bedeutung. Wochenbericht des DIW Berlin 21/2003, 336-342
- Stille, F., Preissl, B., Schupp, J.* (2003): Zur Dienstleistungslücke, Dienstleistungsmuster im internationalen Vergleich, DIW-Sonderheft 175, Berlin
- SVR (Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung)* (2005): Die Chancen nutzen - Reformen mutig voranbringen, Jahresgutachten 2005/06, Wiesbaden
- Tümmler, T.* (2005): Dienstleistungsnachfrage durch Unternehmen. Ergebnisse für 2003. In: *Wirtschaft und Statistik*, Heft 10, S. 1080-1088
- VDMA (Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau e.V.)* (2002): Produktbezogene Dienstleistungen im Maschinenbau, Ergebnisse der Tendenzbefragung 2001, Frankfurt/M.
- ver.di* (2006): Stellungnahme der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft ver.di zur Anhörung des Deutschen Bundestages, Ausschuss für Wirtschaft und Technologie zur EU-Dienstleistungsrichtlinie am 16. Oktober 2006, mimeo: http://www.bundestag.de/ausschuesse/a09/anhoerungen/2_Anhoerung/Stellungnahmen/verdi.pdf
- Wheeler, J. O.* (1988): The Corporate Role of Large Metropolitan Areas in the United States. *Growth and Change* 19, 75-86
- World Trade Organization* (2001): "GATS: Facts and Fiction", http://www.wto.org/english/tratop_e/serv_e/gatsfacts1004_e.pdf
- ZVEI (Zentralverband Elektrotechnik- und Elektronikindustrie)* (2002): Die produktbezogenen Dienstleistungen in der Elektroindustrie, Frankfurt/M.

Anhang zu Datenquellen

Strukturerhebung im Dienstleistungsbereich

Für die vorliegende Untersuchung wurde die Strukturerhebung im Dienstleistungsgewerbe der Jahre 2003 bis 2000 genutzt. Sie umfasst die Wirtschaftsabschnitte I („Verkehr und Nachrichtenübermittlung sowie Grundstücks- und Wohnungswesen“) sowie K („Vermietung beweglicher Sachen und Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen“). Sie enthält Informationen zur Rechtsform, zum Umsatz, zum Export, zur Beschäftigung (Lohn- und Gehaltsempfänger, in Teilzeit Tätige, weibliche Tätige, Auszubildende), zu den Personalkosten, zu den Aufwendungen (Personalaufwand, Aufwand für Bezüge einschl. Mieten, Pachten, Leasing, jedoch ohne Abschreibungen und ohne Fremdkapitalzinsen), zu den Beständen am Anfang und am Ende des Berichtsjahres, zu den Investitionen, zu den Steuern (ohne Umsatz-, Einkommens- und Körperschaftssteuer) und Subventionen (wie Zinszuschüsse, Lohnkostenzuschüsse, jedoch ohne Steuererleichterungen und Investitionszuschüsse und Investitionszulagen), zum Standort des befragten Unternehmens (Bundesland) und zur regionalen Verteilung unternehmerischer Aktivitäten. Bei Kleinunternehmen mit weniger als 250.000 Euro Jahresumsatz erhebt die Dienstleistungsstatistik nur einen Teil der Informationen.⁶³

Die Aufbereitung der Daten für die mikroökonomischen Untersuchungen wurden vom Forschungsdatenzentrum Berlin vorgenommen. Die Datensätze wurden dabei auch um Antwortausfälle berichtigt. Die sektorale Differenzierung erfolgte unter anderem nach der Maßgabe der Geheimhaltungsgrundsätze. Eine Verknüpfung der Angaben der drei Jahre war nicht möglich, so dass Entwicklungsverläufe nicht untersucht werden konnten.

Unternehmensbefragung des DIW Berlin in Ostdeutschland

Die Befragung führte das DIW Berlin im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Forschung im Herbst 2004 bei Unternehmen in ausgewählten produktionsnahen Dienstleistungszweigen (Softwareentwickler und andere EDV-Dienstleister, Unternehmensberater,

⁶³ Detaillierte Angaben vgl. Statistisches Bundesamt (2005).

Werbeagenturen, Ingenieurdienste⁶⁴) und des verarbeitenden Gewerbes⁶⁵ in den neuen Ländern (einschl. Berlin) durch. Die Befragung bietet Informationen über die Entwicklung von Umsatz, regionaler Absatzstruktur, Beschäftigung und Investitionen der Jahre 2002 bis 2004, über die Einschätzung von Marktlage und eigener Konkurrenzposition, über die finanzielle Lage, über Innovationsaktivitäten (wie FuE-Tätigkeit, Patente, Innovationsgehalt der Produkte), über Kooperationsverhalten (wie Kooperationserfahrung nach Kooperationsfeld, -art und -intensität), über die Inanspruchnahme von Innovationsförderung, über Standortverhalten sowie über die Bewertung des regionalen Umfeldes. Der Befragtenkreis wurde aus einer im DIW Berlin aufgebauten Unternehmensdatei ermittelt, die im Wesentlichen auf Angaben des Verbandes der Vereine Creditreform e. V. beruht. Insgesamt wurden ca. 29.000 Unternehmen angeschrieben, rund 6.000 Unternehmen nahmen teil. 1.300 Unternehmen (mit rund 18.000 Beschäftigten) sind Dienstleistungsunternehmen. Rund 4.900 Unternehmen zählen zum verarbeitenden Gewerbe.

Die Verteilung von Unternehmen und Beschäftigung nach Wirtschaftszweigen geht aus Tabelle A-1 hervor. Der überwiegende Teil der hier erfassten Unternehmen ist demnach der Gruppe 74 zugeordnet.

Merkmale von Unternehmen in ausgewählten produktionsnahen Dienstleistungszweigen

	Unter- nehmen	Beschäf- tigte
71 Vermietung	6,7	4,1
72 Datenverarbeitung und Datenbanken	25,0	28,7
73 Forschung und Entwicklung	8,2	13,9
74 Erbr. v. Dienstleistungen, überw. für Unternehmen	60,1	53,3
Gesamt	100,0	100,0

N = 1342. - 1) Ende 2004.
Quelle: Befragung des DIW Berlin vom Herbst 2004. DIW Berlin 2006

Bei Befragungen stellt sich grundsätzlich die Frage nach der Repräsentativität der Antwortenden. Inwieweit die Ergebnisse der Befragung die Grundgesamtheit repräsentativ abbilden,

⁶⁴ Wirtschaftszweige 72, 73, 7413, 7414, 74205, 74206, 743 und 744 der Klassifikation der Wirtschaftszweige in der Fassung von 1993.

⁶⁵ Wirtschaftszweige 15 bis 37 der Klassifikation der Wirtschaftszweige in der Fassung von 1993.

lässt sich nur anhand eines groben Strukturvergleichs und nur für das verarbeitende Gewerbe abschätzen. Die Statistik der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten für das verarbeitende Gewerbe zeigt eine etwa gleiche Branchenstruktur wie die realisierte Befragung. Gleichwohl ist die Vergleichbarkeit eingeschränkt, da die Beschäftigtenstatistik anders als die Umfrage auf dem Betriebskonzept basiert. Für die hier untersuchten Zweige des Dienstleistungsgewerbes ist ein Strukturvergleich aufgrund unzureichender Differenzierung der Vergleichsdaten nicht möglich.

Tabellenanhang

Tabelle A-1

Beschäftigungsentwicklung 1998 – 2005 (1998 = 100)

	West-	Ostdeutschland	
	deutschland	mit Berlin	ohne Berlin
Wirtschaft insgesamt	99,4	84,6	83,4
Dienstleistungen	108,0	92,4	90,7
Handel	96,3	84,7	84,2
Kfz-Handel, Tankstellen	105,0	90,8	89,8
Großhandel, Handelsvermittlung	93,2	81,0	80,1
Einzelhandel	96,0	84,4	84,1
Gastgewerbe	108,6	103,0	97,5
Hotels, Gasthöfe, Pensionen	101,7	111,5	104,9
Sonstiges Beherbergungsgewerbe	89,3	105,2	110,5
Restaurants, Cafés, Imbisse	108,7	95,7	89,3
Sonstiges Gaststättengewerbe	98,8	76,5	69,4
Kantinen, Caterer	149,1	122,5	114,2
Verkehr, Nachrichtenübermittlung	107,4	85,2	84,7
Eisenbahnen	92,7	58,8	56,8
Sonstiger Landverkehr und Pipelines	106,9	91,2	92,5
Schifffahrt	98,2	92,8	99,6
Luffahrt	96,1	136,5	89,1
Frachtschlag, Lagerei	110,3	106,4	110,2
Sonstige Nebentätigkeiten für den Verkehr	120,5	81,4	78,3
Reisebüros/-veranstalter	105,6	104,7	104,3
Spedition, sonst. Verkehrsvermittlung	115,6	108,7	111,6
Post-/Kurierdienste	95,0	83,4	82,3
Fernmeldedienste	113,9	70,5	65,1
Finanzdienste	98,9	84,3	86,8
Kreditgewerbe	96,4	79,8	81,2
Versicherungsgewerbe	105,4	96,7	105,4
Unternehmensbezogene Dienste	135,3	112,2	110,3
Grundstücks-/Wohnungswesen	109,0	84,6	82,0
Vermietung beweglicher Sachen	118,0	93,1	87,0
Datenverarbeitungsdienste	164,6	182,3	175,4
Hardwareberatung	123,5	124,5	144,5
Softwarehäuser	172,4	194,1	190,2
Datenverarbeitung	152,2	172,6	161,4
Sonstige Datenverarbeitungsdienste	156,5	154,8	154,3
Forschung und Entwicklung	104,1	117,8	119,1
FuE in Natur-, Ingenieurwiss., Medizin	104,4	122,2	121,1
FuE in Rechts-, Sozialwissenschaften	99,7	72,3	84,7
Dienste überwiegend für Unternehmen	136,8	113,8	112,4
Rechts-, Steuer- und Wirtschaftsberatung	132,4	119,0	105,6
Technische Büros	106,6	69,5	68,2
Werbung	123,8	134,8	115,0
Personalvermittlung, Zeitarbeit	171,4	170,2	179,6
Wachdienste, Detekteien	136,9	95,8	96,5
Reinigung	136,9	88,6	86,1
Sonstige Dienste für Unternehmen	179,0	283,0	306,0
Öffentliche Verwaltung, Sozialversicherung	98,2	74,2	71,6
Öffentliche Verwaltung	97,2	67,9	66,2
Rechtspflege, Sicherheit	94,3	92,2	87,6
Sozialversicherung, Arbeitsförderung	106,7	96,7	93,4
Erziehung, Unterricht	109,5	94,5	95,3
Kindergärten, Grundschulen	107,3	79,1	82,5
Weiterführende Schulen	93,8	91,7	94,2
Hochschulen	122,8	120,0	119,8
Erwachsenenbildung	121,1	97,9	95,8
Gesundheits-/Sozialwesen	112,4	105,8	107,5
Gesundheitswesen	107,9	100,0	103,4
Veterinärwesen	143,7	118,8	114,5
Sozialwesen	120,7	116,4	115,0
Sonstige private und öffentliche Dienste	106,5	88,6	83,6
Entsorgung	100,5	72,3	70,8
Interessenvertretungen, Kirchen	101,7	81,4	73,1
Film und Kino	133,7	161,1	137,2
Funk und Fernsehen	113,1	114,5	124,5
Sonstige kulturelle Dienstleistungen	114,6	98,1	98,3
Journalisten- und Nachrichtenbüros	116,3	231,5	215,6
Bibliotheken, Archive, Museen, Zoos	99,6	83,9	81,7
Sport	133,8	108,3	108,2
Sonstige Dienste für Erholung und Freizeit	117,2	68,9	70,0
Sonstige Dienstleistungen	105,7	99,9	99,8
Häusliche Dienste	84,5	86,7	76,0
Exterritoriale Organisationen	91,7	351,1	137,2

Quellen: Statistik der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2006

Tabelle A-2

Beschäftigte nach Dienstleistungszweigen je 1 000 Einwohner 2005

	West- deutschland	Ostdeutschland	
		mit Berlin	ohne Berlin
Wirtschaft insgesamt	322,8	296,3	295,7
Dienstleistungen	209,6	211,4	202,7
Handel	49,6	39,1	39,6
Kfz-Handel, Tankstellen	7,9	7,6	8,2
Großhandel, Handelsvermittlung	17,0	9,4	9,5
Einzelhandel	24,6	22,1	21,9
Gastgewerbe	8,8	10,2	9,4
Hotels, Gasthöfe, Pensionen	2,4	3,1	3,0
Sonstiges Beherbergungsgewerbe	0,3	0,4	0,4
Restaurants, Cafés, Imbisse	4,7	5,0	4,5
Sonstiges Gaststättengewerbe	0,4	0,3	0,1
Kantinen, Caterer	1,0	1,5	1,4
Verkehr, Nachrichtenübermittlung	17,6	18,7	18,4
Eisenbahnen	1,1	2,6	2,6
Sonstiger Landverkehr und Pipelines	4,2	6,0	5,5
Schifffahrt	0,4	0,2	0,2
Luftfahrt	0,4	0,2	0,1
Frachtschlag, Lagerei	1,0	0,7	0,8
Sonstige Nebentätigkeiten für den Verkehr	1,2	0,5	0,4
Reisebüros/-veranstalter	0,9	0,7	0,6
Spedition, sonst. Verkehrsvermittlung	5,3	3,7	4,2
Post-/Kurierdienste	2,1	2,6	2,7
Fernmeldedienste	0,8	1,4	1,3
Finanzdienste	13,7	6,8	6,0
Kreditgewerbe	9,6	4,8	4,3
Versicherungsgewerbe	4,1	2,1	1,7
Unternehmensbezogene Dienste	39,0	37,6	32,7
Grundstücks-/Wohnungswesen	2,5	4,2	3,3
Vermietung beweglicher Sachen	0,8	0,7	0,7
Datenverarbeitungsdienste	4,9	2,7	2,0
Hardwareberatung	0,2	0,1	0,1
Softwarehäuser	3,5	1,9	1,2
Datenverarbeitung	1,0	0,5	0,4
Sonstige Datenverarbeitungsdienste	0,3	0,3	0,3
Forschung und Entwicklung	1,6	2,1	1,7
FuE in Natur-, Ingenieurwiss., Medizin	1,5	1,9	1,6
FuE in Rechts-, Sozialwissenschaften	0,1	0,1	0,1
Dienste überwiegend für Unternehmen	29,2	27,8	24,9
Rechts-, Steuer- und Wirtschaftsberatung	9,7	6,3	4,7
Technische Büros	4,6	4,5	4,2
Werbung	1,3	0,8	0,6
Personalvermittlung, Zeitarbeit	5,1	4,9	4,8
Wachdienste, Detekteien	1,3	1,9	1,7
Reinigung	4,1	5,0	4,5
Sonstige Dienste für Unternehmen	3,1	4,4	4,5
Öffentliche Verwaltung, Sozialversicherung	18,7	25,9	25,7
Öffentliche Verwaltung	12,9	18,2	18,6
Rechtspflege, Sicherheit	2,7	2,4	2,5
Sozialversicherung, Arbeitsförderung	3,1	5,3	4,6
Erziehung, Unterricht	9,9	19,0	19,9
Kindergärten, Grundschulen	3,2	3,6	3,5
Weiterführende Schulen	2,3	7,0	8,2
Hochschulen	2,6	3,5	3,0
Erwachsenenbildung	1,8	4,9	5,3
Gesundheits-/Sozialwesen	38,0	36,5	35,2
Gesundheitswesen	24,0	22,3	21,8
Veterinärwesen	0,2	0,2	0,2
Sozialwesen	13,7	14,0	13,2
Sonstige private und öffentliche Dienste	13,4	17,4	15,8
Entsorgung	1,5	2,4	2,5
Interessenvertretungen, Kirchen	5,2	6,1	5,4
Film und Kino	0,4	0,6	0,3
Funk und Fernsehen	0,8	0,6	0,4
Sonstige kulturelle Dienstleistungen	0,8	1,3	1,1
Journalisten- und Nachrichtenbüros	0,1	0,1	0,0
Bibliotheken, Archive, Museen, Zoos	0,3	0,7	0,6
Sport	0,7	0,9	0,8
Sonstige Dienste für Erholung und Freizeit	0,5	0,5	0,4
Sonstige Dienstleistungen	3,1	4,2	4,2
Häusliche Dienste	0,5	0,1	0,1
Exterritoriale Organisationen	0,4	0,1	0,0

Quellen: Statistik der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2006

Tabelle A-3

Durchschnittliche Wochenarbeitszeit im Dienstleistungssektor 2004

	Westdeutschland	Ostdeutschland	
		mit Berlin	ohne Berlin
Kfz-Handel, Rep. etc	38,7	39,9	40,0
Handelsvermittlung	37,9	40,3	40,2
Großhandel	37,6	39,0	39,3
Einzelhandel	31,9	34,4	34,5
Beherbergung	36,8	37,7	37,5
Gastronomie	36,4	35,8	36,6
Eisenbahnen	38,3	38,5	38,7
sonst. Verkehr (ohne Reisebüros)	39,0	41,9	42,2
Hilfstätigkeiten für den Verkehr	38,1	37,8	37,7
Reisebüros	36,1	37,9	37,7
Spedition	41,7	41,2	41,4
Post, Kurierdienste	32,4	32,5	31,3
Fernmeldedienste	37,3	37,7	38,3
Kreditgewerbe	36,4	38,1	38,7
Versicherungen	38,0	41,3	41,9
Wohnungswesen	33,5	35,5	36,6
Vermietung bewegl. Sachen	36,6	38,3	40,5
Datenverarbeitungsdienste	39,5	39,1	40,0
Forschung und Entwicklung	36,8	37,5	38,1
Rechts- und Wirtschaftsberatung	36,6	39,0	39,6
Technische Büros	38,5	39,9	39,7
Werbung	37,2	37,7	37,1
Personalvermittlung	37,1	36,3	37,1
Wachdienste	42,1	42,6	43,7
Reinigung	22,8	28,0	26,6
Sonstige Dienste für Unternehmen	35,9	37,0	37,8
Öffentliche Verwaltung	34,8	37,5	37,7
Rechtspflege, Sicherheit	39,1	40,1	40,2
Sozialversicherung	35,3	37,2	37,6
Kindergärten, Grundschulen	30,6	32,4	31,3
Weiterführende Schulen	34,7	36,2	35,7
Hochschulen	31,9	34,7	35,3
Erwachsenenbildung	27,3	35,3	36,1
Gesundheit	33,1	36,5	37,0
Sozialwesen	31,4	34,4	34,7
Entsorgung	37,7	39,0	39,3
Interessenvertretungen, Kirchen	31,0	34,8	36,5
Medien, Kultur	35,4	38,0	37,0
Sport, Unterhaltung, Erholung	30,5	34,4	35,8
Sonstige Dienste	28,9	34,9	35,6
Dienstleistungssektor insgesamt	34,5	36,6	36,8
<i>Nachrichtlich:</i>			
Ohne öffentlichen Dienst	34,4	36,5	36,8

Quelle: Statistik der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten;
Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2006

Tabelle A-4

Anteil der Auszubildenden an allen abhängig Beschäftigten nach Dienstleistungszweigen 2004

In %

	Westdeutschland	Ostdeutschland	
		mit Berlin	ohne Berlin
Kfz-Handel, Tankstellen	12,0	14,5	14,4
Handelsvermittlung	4,3	7,0	6,6
Großhandel	4,6	6,8	6,4
Einzelhandel	5,1	7,9	8,4
Beherbergung	15,0	23,9	26,2
Gastronomie	3,9	11,6	14,4
Eisenbahnen	1,6	3,5	2,1
Sonst. Verkehr (ohne Reisebüros)	1,5	1,4	1,5
Hilfstätigkeiten für den Verkehr	1,5	2,9	3,9
Reisebüros	7,3	8,5	9,6
Spedition	3,3	3,2	3,8
Post, Kurierdienste	1,6	2,3	2,3
Fermeldedienste	4,6	4,9	6,0
Kreditgewerbe	4,3	3,6	4,5
Versicherungen	4,1	4,6	4,9
Wohnungswesen	4,3	3,8	4,9
Vermietung bewegl. Sachen	1,4	2,8	0,0
Datenverarbeitungsdienste	5,3	8,9	13,1
Forschung und Entwicklung	3,1	0,5	0,9
Rechts- und Wirtschaftsberatung	7,6	10,5	11,8
Technische Büros	3,8	5,1	4,7
Werbung	6,3	9,7	12,8
Personalvermittlung	1,9	1,6	0,0
Wachdienste	1,5	0,0	0,0
Reinigung	0,7	1,1	1,4
Sonstige Dienste für Unternehmen	5,0	7,3	7,3
Öffentliche Verwaltung	2,9	2,4	2,5
Rechtspflege, Sicherheit	1,6	2,4	2,5
Sozialversicherung	6,4	4,8	5,3
Kindergärten, Grundschulen	3,1	1,0	1,1
Weiterführende Schulen	1,0	5,3	5,3
Hochschulen	2,2	6,7	8,2
Erwachsenenbildung	6,5	16,4	15,3
Gesundheit	7,3	8,0	8,1
Sozialwesen	4,8	3,9	4,0
Entsorgung	2,0	3,2	3,6
Interessensvertretungen, Kirchen	2,3	4,7	4,9
Medien, Kultur	3,6	3,1	2,7
Sport, Unterhaltung, Erholung	1,8	5,4	5,8
Sonstige Dienste	6,5	10,6	10,2
Dienstleistungssektor insgesamt	4,7	6,2	6,6

Quelle: Statistisches Bundesamt (Mikrozensus); Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2006

Tabelle A-5

Entwicklung der Beschäftigung¹ nach Dienstleistungszweigen und ausgewählten Bundesländern

Veränderungen 2005 gegenüber 1998 in %

	HH	NS	NRW	BW	B	MV	SA	S
Wirtschaft insgesamt	1,0	-1,6	-3,1	1,3	-10,5	-17,7	-18,6	-15,2
Dienstleistungen	5,6	5,5	7,6	9,8	-2,0	-9,4	-11,7	-6,9
Handel	-7,8	-5,7	-4,8	-0,3	-13,1	-16,5	-18,9	-15,5
Kfz-Handel, Tankstellen	3,1	3,8	4,4	6,7	-2,6	-11,9	-12,5	-7,8
Großhandel, Handelsvermittlung	-11,2	-10,9	-6,8	-3,5	-15,3	-27,0	-23,2	-21,1
Einzelhandel	-6,7	-5,6	-5,8	0,0	-14,4	-13,2	-19,1	-15,6
Gastgewerbe	13,9	4,1	10,1	7,8	22,4	17,4	-7,4	-7,3
Hotels, Gasthöfe, Pensionen	9,6	-0,4	2,6	1,5	42,5	36,1	-3,1	-8,0
Sonstiges Beherbergungsgewerbe	-78,9	-0,9	-9,5	-23,3	-16,2	26,3	1,0	-5,7
Restaurants, Cafés, Imbisse	13,2	5,5	7,9	9,0	16,7	-0,5	-18,0	-7,8
Sonstiges Gaststättengewerbe	41,4	-5,5	-1,9	-17,0	-17,8	-22,7	-27,6	-37,5
Kantinen, Caterer	46,5	24,9	59,2	49,5	58,3	11,4	46,1	-1,5
Verkehr, Nachrichtenübermittlung	4,4	11,1	3,8	7,2	-13,2	-21,9	-16,2	-17,2
Eisenbahnen	-7,1	-7,1	-9,8	-10,8	-32,0	-60,3	-42,7	-45,9
Sonstiger Landverkehr und Pipelines	7,3	8,0	0,5	14,9	-12,0	-7,5	-10,5	-8,6
Schifffahrt	15,4	-10,2	-24,5	-15,7	-36,0	-0,1	-6,7	-3,5
Luftfahrt	9,1	27,1	18,9	11,0	89,5	-	-100,0	38,8
Frachtmuschlag, Lagerei	5,9	41,3	9,6	-2,9	-28,4	-28,5	22,4	12,5
Sonstige Nebentätigkeiten für den Verkehr	-8,2	-4,8	19,6	18,0	-10,9	-5,0	16,5	13,3
Reisebüros/-veranstalter	20,8	14,0	2,3	8,2	5,4	6,4	-5,8	13,7
Spedition, sonst. Verkehrsvermittlung	2,9	24,9	7,7	14,5	-12,3	10,9	13,1	4,8
Post-/Kurierdienste	-6,2	-2,7	-4,6	-7,8	-11,2	-15,8	-16,8	-16,9
Fernmeldedienste	4,6	12,3	28,4	8,4	-6,8	-52,1	-41,2	-34,7
Finanzdienste	-4,5	-4,5	0,4	-2,4	-21,2	-15,9	-13,1	-15,1
Kreditgewerbe	-6,7	-4,8	-4,1	-5,0	-23,8	-23,2	-17,0	-22,0
Versicherungsgewerbe	-1,9	-3,6	9,8	5,5	-16,2	4,4	0,4	5,5
Unternehmensbezogene Dienste	38,0	33,1	36,9	37,6	16,8	9,2	7,5	9,0
Grundstücks-/Wohnungswesen	3,7	7,7	12,0	11,3	-10,9	-12,8	-15,7	-20,7
Vermietung beweglicher Sachen	11,8	25,8	14,3	36,2	16,5	-1,8	-13,2	-17,2
Datenverarbeitungsdienste	72,4	42,3	78,1	69,3	93,2	36,5	75,4	86,1
Hardwareberatung	39,6	25,1	6,8	27,8	-28,3	-5,3	88,9	59,7
Softwarehäuser	62,4	63,1	81,0	84,7	98,6	99,3	70,1	103,5
Datenverarbeitung	64,3	18,5	89,8	56,5	97,8	-37,1	67,4	129,2
Sonstige Datenverarbeitungsdienste	699,4	14,8	67,2	-3,5	58,2	4,5	117,1	6,9
Forschung und Entwicklung	37,3	8,7	6,1	0,4	15,6	42,4	5,4	19,8
FuE in Natur-, Ingenieurwiss., Medizin	38,2	9,6	6,9	1,4	24,3	49,5	6,8	21,2
FuE in Rechts-, Sozialwissenschaften	24,7	-6,8	-7,3	-14,0	-36,4	-64,1	-10,1	-23,3
Dienste überwiegend für Unternehmen	39,0	36,2	37,4	36,6	17,6	10,9	9,2	10,0
Rechts-, Steuer- und Wirtschaftsberatung	39,8	10,9	35,2	42,5	46,0	7,0	-5,7	8,1
Technische Büros	23,5	6,9	8,3	8,6	-26,5	-36,1	-40,6	-26,0
Werbung	24,4	57,4	25,7	27,5	72,7	4,0	4,4	22,2
Personalvermittlung, Zeitarbeit	49,5	118,0	61,9	65,7	41,3	53,2	51,2	66,0
Wachdienste, Detekteien	6,5	42,1	21,2	17,2	-6,0	-7,8	-17,8	-8,0
Reinigung	43,3	34,0	32,7	38,6	-4,4	-22,2	-10,1	-13,2
Sonstige Dienste für Unternehmen	71,6	108,7	89,5	65,3	115,3	287,7	259,8	143,6
Öffentliche Verwaltung, Sozialversicherung	-35,6	-5,8	1,1	2,7	-13,6	-20,4	-43,5	-22,9
Öffentliche Verwaltung	-56,6	-5,4	0,6	1,7	-23,1	-27,3	-49,4	-27,5
Rechtspflege, Sicherheit	9,5	-10,9	-4,1	-8,4	21,0	-11,6	-2,9	-10,4
Sozialversicherung, Arbeitsförderung	7,6	-0,9	7,1	15,2	5,3	10,1	-20,1	-8,1
Erziehung, Unterricht	72,5	5,3	10,5	5,0	-9,5	-12,2	71,7	4,7
Kindergärten, Grundschulen	274,5	10,5	4,0	1,7	-30,5	-21,0	593,3	-16,2
Weiterführende Schulen	13,4	-11,6	1,8	-8,6	-34,3	-16,3	176,4	3,8
Hochschulen	268,8	10,0	15,2	11,1	20,3	1,7	5,6	35,1
Erwachsenenbildung	5,2	15,7	29,1	26,5	11,9	-5,3	14,7	9,5
Gesundheits-/Sozialwesen	6,3	12,1	10,7	15,1	0,4	6,8	5,9	8,7
Gesundheitswesen	11,3	5,2	7,3	10,1	-10,5	6,6	3,7	0,8
Veterinärwesen	27,1	48,3	45,4	43,7	46,0	-4,7	33,5	62,5
Sozialwesen	-2,6	24,2	16,3	25,6	21,2	7,1	10,0	24,0
Sonstige private und öffentliche Dienste	5,1	5,4	2,9	7,9	4,9	-25,8	-13,6	-12,8
Entsorgung	2,1	5,4	-3,9	-5,4	-20,0	-34,3	-43,8	-19,7
Interessenvertretungen, Kirchen	-19,9	-0,7	-1,8	6,0	11,6	-45,0	-10,0	-22,7
Film und Kino	45,7	48,1	64,0	38,4	80,4	-25,5	67,9	70,2
Funk und Fernsehen	0,8	11,5	10,3	12,3	3,4	12,9	10,3	20,6
Sonstige kulturelle Dienstleistungen	4,9	34,1	4,0	17,9	-2,2	4,4	-1,7	1,9
Journalisten- und Nachrichtenbüros	20,9	46,8	-13,4	8,3	139,8	88,0	130,3	133,3
Bibliotheken, Archive, Museen, Zoos	525,7	3,1	-24,1	7,4	-10,7	-5,6	1,4	-22,2
Sport	106,5	45,3	28,6	36,7	8,5	-4,8	21,7	14,2
Sonstige Dienste für Erholung und Freizeit	21,9	4,5	6,3	22,2	-33,9	15,5	-3,5	-12,0
Sonstige Dienstleistungen	5,9	-1,8	-0,7	-1,9	7,4	9,2	-2,3	-7,6
Nachrichtlich:								
Bevölkerung	2,2	1,9	0,5	3,1	-0,7	-5,0	-7,7	-4,9

¹ Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte.

Quellen: Statistik der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten; VGR der Länder; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2006

Tabelle A-6

**Beschäftigte¹ nach Dienstleistungszweigen je 1 000 Einwohner 2005
- ausgewählte Bundesländer**

	HH	NS	NRW	BW	B	MV	SA	S
Wirtschaft insgesamt	425	288	308	346	299	291	290	311
Dienstleistungen	342	187	205	199	246	216	201	211
Handel	74	46	50	48	37	39	39	41
Kfz-Handel, Tankstellen	8	8	7	8	5	8	8	9
Großhandel, Handelsvermittlung	33	13	18	17	9	9	9	10
Einzelhandel	33	25	24	23	23	23	22	22
Gastgewerbe	13	8	7	8	13	17	7	9
Hotels, Gasthöfe, Pensionen	3	2	1	2	3	8	2	3
Sonstiges Beherbergungsgewerbe	0	0	0	0	0	1	0	0
Restaurants, Cafés, Imbisse	8	4	4	5	7	6	4	5
Sonstiges Gaststättengewerbe	1	0	1	0	1	0	0	0
Kantinen, Caterer	2	1	1	1	2	1	1	2
Verkehr, Nachrichtenübermittlung	42	15	17	14	20	18	19	18
Eisenbahnen	2	1	1	1	3	2	3	3
Sonstiger Landverkehr und Pipelines	8	4	4	4	8	5	6	6
Schifffahrt	5	1	0	0	0	1	0	0
Luftfahrt	2	0	0	0	1	0	0	0
Frachtumschlag, Lagerei	4	1	1	1	0	1	1	1
Sonstige Nebentätigkeiten für den Verkehr	2	0	1	0	1	1	0	0
Reisebüros/-veranstalter	2	1	1	1	1	1	0	1
Spedition, sonst. Verkehrsvermittlung	11	5	5	5	2	4	4	4
Post-/Kurierdienste	3	2	2	2	2	3	3	3
Fernmeldedienste	2	0	1	1	2	1	1	1
Finanzdienste	28	10	12	13	10	6	5	7
Kreditgewerbe	15	8	8	10	6	4	4	5
Versicherungsgewerbe	14	3	4	4	4	2	1	2
Unternehmensbezogene Dienste	88	29	39	38	57	32	31	37
Grundstücks-/Wohnungswesen	6	2	2	2	8	4	3	4
Vermietung beweglicher Sachen	2	1	1	1	1	1	1	1
Datenverarbeitungsdienste	10	3	4	7	6	2	1	3
Hardwareberatung	1	0	0	0	0	0	0	0
Softwarehäuser	6	2	3	5	4	1	1	2
Datenverarbeitung	3	1	1	1	1	0	0	1
Sonstige Datenverarbeitungsdienste	1	0	0	0	0	0	0	0
Forschung und Entwicklung	3	1	2	2	4	2	1	2
FuE in Natur-, Ingenieurwiss., Medizin	2	1	1	1	3	2	1	2
FuE in Rechts-, Sozialwissenschaften	0	0	0	0	0	0	0	0
Dienste überwiegend für Unternehmen	67	23	30	27	39	24	25	28
Rechts-, Steuer- und Wirtschaftsberatung	23	7	10	9	13	5	4	5
Technische Büros	8	4	4	5	6	4	4	5
Werbung	6	1	1	1	2	1	0	1
Personalvermittlung, Zeitarbeit	10	4	5	5	5	3	5	6
Wachdienste, Detekteien	3	1	1	1	3	2	2	2
Reinigung	10	4	4	3	7	4	5	5
Sonstige Dienste für Unternehmen	7	2	3	2	4	6	5	4
Öffentliche Verwaltung, Sozialversicherung	20	19	17	19	27	29	30	22
Öffentliche Verwaltung	9	13	12	14	17	20	22	16
Rechtspflege, Sicherheit	3	3	2	2	2	4	2	2
Sozialversicherung, Arbeitsförderung	8	3	3	3	8	5	5	4
Erziehung, Unterricht	13	10	10	10	15	22	20	23
Kindergärten, Grundschulen	4	3	3	3	4	3	3	4
Weiterführende Schulen	5	2	2	2	2	10	7	10
Hochschulen	3	2	3	3	6	2	3	4
Erwachsenenbildung	2	2	2	2	4	7	7	5
Gesundheits-/Sozialwesen	40	38	38	37	42	38	35	35
Gesundheitswesen	26	23	24	24	24	24	23	22
Veterinärwesen	0	0	0	0	0	0	0	0
Sozialwesen	13	14	14	13	17	14	12	13
Sonstige private und öffentliche Dienste	24	11	14	12	24	16	14	18
Entsorgung	3	1	2	1	2	2	2	3
Interessenvertretungen, Kirchen	6	4	6	5	9	6	5	6
Film und Kino	2	0	0	0	2	0	0	0
Funk und Fernsehen	3	0	1	1	1	0	0	1
Sonstige kulturelle Dienstleistungen	2	1	1	1	2	1	1	2
Journalisten- und Nachrichtenbüros	1	0	0	0	0	0	0	0
Bibliotheken, Archive, Museen, Zoos	1	0	0	0	1	1	1	1
Sport	1	1	1	1	1	1	1	1
Sonstige Dienste für Erholung und Freizeit	1	1	1	0	1	1	0	0
Sonstige Dienstleistungen	4	4	4	4	5	4	4	4

¹ Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte.

Quellen: Statistik der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten; Berechnungen des DIW Berlin.

Tabelle A-7

Klassifikation der Dienstleistungen nach der Art der Leistung, dem Verwendungszweck und der Marktreichweite für das Jahr 2005

	Leistung	Verwendung	Marktreichweite
	w = wissensintensiv e = einfach	i = intermediär f = final	ü = überregional l = lokal
Kfz - Handel, Tankstellen	e	f	l
Großhandel, Handelsvermittlung	e	i	ü
Einzelhandel	e	f	l
Beherbergung	e	f	ü
Gastronomie	e	f	l
Eisenbahnen	e	i	ü
Sonstiger Landverkehr und Pipelines	e	f	l
Schifffahrt, Luftfahrt	w	f	ü
Sonstiger Verkehr o. Reisebüros	e	i	ü
Reisebüros und Reiseveranstalter	e	f	l
Post- und Kurierdienste	e	i	ü
Fernmeldedienste	w	i	ü
Kreditgewerbe	w	i	ü
Versicherungen	w	f	ü
Grundstücks- und Wohnungswesen	e	f	l
Vermietung beweglicher Sachen	e	i	l
Datenverarbeitungsdienste	w	i	ü
Forschung und Entwicklung	w	i	ü
Rechts- und Wirtschaftsberatung	w	i	ü
Technische Büros	w	i	ü
Werbung	w	i	ü
Personalvermittlung, Zeitarbeit	e	i	l
Wachdienste, Detekteien	e	i	l
Reinigung	e	i	l
Sonstige Dienste für Unternehmen	w	i	l
Öffentliche Verwaltung	w	f	l
Rechtspflege, Sicherheit	w	f	l
Sozialversicherung, Arbeitsförderung	w	f	ü
Kindergärten, Grundschulen	e	f	l
Weiterführende Schulen	w	f	l
Hochschulen	w	f	ü
Erwachsenenbildung	w	f	l
Gesundheits- und Veterinärwesen	w	f	l
Sozialwesen	e	f	l
Entsorgung	e	f	l
Interessenvertretungen, Kirchen	w	f	ü
Medien, Kultur	w	f	ü
Sport, Unterhaltung, Erholung	e	f	l
Sonstige Dienste	e	f	l

Als **wissensintensiv** werden solche Branchen klassifiziert, bei denen der Anteil qualifizierter Beschäftigter überdurchschnittlich ist.

Bei der Berechnung des Anteils qualifizierter Beschäftigter werden neben den hoch Qualifizierten auch Beschäftigte mit mittlerer Qualifikation berücksichtigt, letztere allerdings nur mit einem Gewicht von 25 %.

Intermediäre Dienste sind solche, die zu mehr als der Hälfte als Vorleistungen an andere Wirtschaftsbereiche geliefert werden.

Überregional orientierte Dienste sind solche, die zu einem erheblichen Teil ihrer Leistungen überregional abgesetzt werden.

Orientierungsgrößen bei der Klassifikation sind die Exportquoten und das Ausmaß der räumlichen Konzentration dieser Branchen gemessen am Herfindahl-Index.

Quellen: Statistik der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten; Input-Output-Rechnung des Statistischen Bundesamtes; Berufsklassifikation nach Blossfeld (1985); verschiedene Unternehmensbefragungen; Berechnungen des DIW Berlin.

Tabelle A-8

Entwicklung der Beschäftigung¹ nach Dienstleistungszweigen und Raumtypen²

Veränderungen 2005 gegenüber 1998 in %

	Agglomerationen ²			Übrige Regionen		
	insgesamt	West	Ost	insgesamt	West	Ost
Wirtschaft insgesamt	-2,9	-0,6	-12,0	-4,6	-0,5	-17,9
Dienstleistungen	5,8	8,1	-3,0	2,9	7,8	-11,4
Handel	-6,2	-5,2	-11,6	-5,5	-2,2	-18,0
Handel mit Kfz(-teilen), Tankstellen	3,7	5,9	-5,6	0,5	4,3	-11,4
Handelsvermittlung, Großhandel	-9,2	-8,4	-15,3	-7,7	-4,8	-21,9
Einzelhandel	-6,6	-5,5	-11,6	-6,2	-2,7	-18,5
Gastgewerbe	11,1	11,7	9,3	4,1	6,1	-2,3
Beherbergung	5,9	3,7	12,4	0,8	-1,6	9,7
Gastronomie	13,0	14,5	8,1	6,2	11,1	-8,7
Verkehr, Nachrichtenübermittlung	1,6	5,2	-12,3	1,9	10,4	-17,0
Eisenbahnen	-18,3	-8,4	-34,2	-29,8	-5,5	-46,3
Sonstiger Landverkehr und Pipelines	0,3	4,2	-8,9	4,1	9,6	-8,8
Schifffahrt und Luftfahrt	0,4	-0,8	16,1	-9,2	-11,2	-1,4
Frachttumschlag, Lagerei	3,6	3,1	8,0	18,3	22,0	5,4
Sonstige Tätigkeiten im Verkehr	18,1	21,1	-11,3	0,6	15,9	-29,5
Reisebüros/-veranstalter	6,1	5,5	9,2	4,3	5,6	-0,8
Spedition, sonst. Verkehrsvermittlung	9,0	9,9	2,2	20,4	22,3	12,7
Post- und Kurierdienste	-8,6	-7,0	-14,3	-7,5	-2,9	-18,5
Fernmeldedienste	6,8	20,2	-17,6	-16,2	5,2	-39,2
Finanzdienste	-1,8	0,2	-16,9	-4,5	-2,9	-14,3
Kreditgewerbe	-5,1	-2,8	-21,2	-6,7	-4,7	-19,1
Versicherungsgewerbe	4,7	6,2	-7,0	3,7	3,7	3,1
Unternehmensbezogene Dienste	30,1	34,2	14,5	30,0	37,2	9,7
Grundstücks- und Wohnungswesen	0,5	7,6	-13,3	-0,4	11,6	-18,3
Vermietung beweglicher Sachen	13,8	18,4	-3,5	9,6	17,4	-10,8
Datenverarbeitungsdienste	61,6	58,3	88,7	76,7	77,6	70,6
Hardwareberatung	25,2	24,8	31,1	19,4	19,6	18,1
Softwarehäuser	64,5	60,2	98,6	94,6	95,8	84,5
Datenverarbeitung	69,8	66,0	103,4	25,4	25,1	26,9
Sonstige Datenverarbeitungsdienste	40,8	44,6	17,3	99,2	94,3	114,3
Forschung und Entwicklung	6,6	2,0	22,0	8,0	7,5	9,9
Dienste überwiegend für Unternehmen	32,0	36,3	15,0	31,0	37,6	12,6
Rechts- und Wirtschaftsberatung	38,8	39,1	36,8	18,4	22,6	-1,4
Technische Büros	-1,0	8,8	-28,6	-7,3	3,6	-32,5
Werbung	24,5	20,9	55,1	26,9	31,0	7,7
Personalvermittlung, Zeitarbeit	48,6	47,1	56,0	101,1	107,0	82,9
Wachdienste, Detekteien	26,3	39,5	-2,9	16,0	31,9	-5,8
Reinigung	23,8	37,0	-8,3	18,4	36,9	-14,4
Sonstige Dienste für Unternehmen	86,2	75,5	148,2	117,9	85,2	215,0
Öffentl. Verwaltung, Sozialversicherung	-5,8	-1,9	-15,8	-12,2	-1,7	-32,0
Öffentliche Verwaltung	-9,7	-4,1	-23,6	-15,0	-1,8	-36,9
Rechtsschutz, Sicherheit	-1,7	-2,0	-0,5	-9,3	-8,3	-13,4
Sozialversicherung, Arbeitsförderung	6,6	6,7	6,4	0,2	6,7	-12,1
Erziehung, Unterricht	9,3	16,0	-3,4	0,1	4,3	-7,0
Kindergärten, Schulen	-3,2	4,4	-16,8	-4,5	-1,1	-10,4
Hochschulen	30,4	30,0	31,5	13,6	16,1	5,4
Erwachsenenbildung	22,1	33,9	2,8	2,4	9,9	-4,6
Gesundheits- und Sozialwesen	10,1	11,7	4,3	11,7	12,9	7,1
Gesundheits- und Veterinärwesen	5,8	8,8	-4,8	7,1	7,7	4,3
Sozialwesen	18,2	17,1	22,1	21,1	23,6	12,0
Sonstige private und öffentliche Dienste	2,4	3,8	-1,8	-1,3	6,6	-19,4
Entsorgung	-5,0	-1,0	-15,6	-14,0	2,2	-35,3
Interessenvertretungen	-3,1	-1,9	-7,2	-4,6	6,9	-27,3
Film und Kino	40,5	30,7	71,5	39,5	49,1	11,2
Funk und Fernsehen	11,3	10,6	14,1	18,9	19,0	17,1
Sonstige kulturelle Dienstleistungen	4,3	6,8	-1,3	16,6	26,0	-2,6
Journalisten- und Nachrichtenbüros	27,6	13,2	120,9	58,2	33,7	175,1
Bibliotheken, Archive, Museen, Zoos	-2,4	4,5	-11,6	-13,1	-6,8	-24,0
Sport, Unterhaltung, Erholung	19,3	27,4	-4,1	12,0	24,4	-14,5
Sonstige Dienstleistungen	2,0	2,2	1,4	0,4	0,4	0,4

1 Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte.

2 Regionen mit Kernstädten von mehr als 500 000 Einwohnern. Einbezogen wurden auch die Regionen Nürnberg, Dresden und Leipzig, deren Kernstädte fast 500 000 Einwohner haben.

Quellen: Statistik der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2006

Tabelle A-9

Entwicklung der Beschäftigung¹ nach Dienstleistungszweigen und Agglomerationen²
Veränderungen 2005 gegenüber 1998 in %

	Agglomerationen		Agglomerationen Ost		
	West	Berlin	Dresden	Leipzig	
Wirtschaft insgesamt	-0,6	-11,7	-10,3	-15,0	
Dienstleistungen	8,1	-2,6	-3,0	-4,8	
Handel	-5,2	-11,1	-10,7	-14,4	
Handel mit Kfz(-teilen), Tankstellen	5,9	-5,1	-5,3	-7,6	
Handelsvermittlung, Großhandel	-8,4	-12,0	-17,2	-25,3	
Einzelhandel	-5,5	-12,3	-9,2	-10,4	
Gastgewerbe	11,7	15,4	-2,8	-5,1	
Beherbergung	3,7	21,1	-2,1	-10,4	
Gastronomie	14,5	13,2	-3,1	-3,3	
Verkehr, Nachrichtenübermittlung	5,2	-10,3	-14,0	-18,9	
Eisenbahnen	-8,4	-30,6	-43,8	-34,6	
Sonstiger Landverkehr und Pipelines	4,2	-7,8	-7,4	-17,1	
Schifffahrt und Luftfahrt	-0,8	16,9	7,6	58,3	
Frachtumschlag, Lagerei	3,1	2,2	19,0	27,3	
Sonstige Tätigkeiten im Verkehr	21,1	-17,6	22,5	6,5	
Reisebüros/-veranstalter	5,5	5,8	15,5	22,5	
Spedition, sonst. Verkehrsvermittlung	9,9	4,7	-0,7	-3,1	
Post- und Kurierdienste	-7,0	-15,8	0,1	-17,0	
Fernmeldedienste	20,2	-11,0	-23,8	-33,5	
Finanzdienste	0,2	-18,0	-16,0	-13,0	
Kreditgewerbe	-2,8	-20,6	-23,2	-22,1	
Versicherungsgewerbe	6,2	-12,2	1,8	8,2	
Unternehmensbezogene Dienste	34,2	17,1	8,9	7,6	
Grundstücks- und Wohnungswesen	7,6	-10,3	-23,8	-20,4	
Vermietung beweglicher Sachen	18,4	6,0	-2,7	-29,2	
Datenverarbeitungsdienste	58,3	90,3	59,4	120,5	
Hardwareberatung	24,8	-6,4	94,8	95,9	
Softwarehäuser	60,2	97,1	95,2	119,9	
Datenverarbeitung	66,0	82,6	104,2	178,5	
Sonstige Datenverarbeitungsdienste	44,6	74,3	-55,8	57,0	
Forschung und Entwicklung	2,0	21,4	33,0	8,5	
Dienste überwiegend für Unternehmen	36,3	18,1	8,2	7,7	
Rechts- und Wirtschaftsberatung	39,1	44,0	19,3	12,9	
Technische Büros	8,8	-28,8	-18,8	-37,9	
Werbung	20,9	64,5	3,9	50,3	
Personalvermittlung, Zeitarbeit	47,1	57,5	46,4	60,8	
Wachdienste, Detekteien	39,5	-1,8	-21,4	9,2	
Reinigung	37,0	-9,0	0,2	-11,4	
Sonstige Dienste für Unternehmen	75,5	161,7	91,6	142,9	
Öffentl. Verwaltung, Sozialversicherung	-1,9	-15,2	-12,2	-23,3	
Öffentliche Verwaltung	-4,1	-22,7	-24,7	-27,4	
Rechtsschutz, Sicherheit	-2,0	4,2	-7,7	-13,6	
Sozialversicherung, Arbeitsförderung	6,7	4,1	38,4	-12,3	
Erziehung, Unterricht	16,0	-15,7	16,3	25,5	
Kindergärten, Schulen	4,4	-32,7	15,9	1,9	
Hochschulen	30,0	22,9	10,2	106,9	
Erwachsenenbildung	33,9	-7,6	24,9	48,3	
Gesundheits- und Sozialwesen	11,7	3,6	11,3	1,1	
Gesundheits- und Veterinärwesen	8,8	-5,7	7,5	-12,3	
Sozialwesen	17,1	21,0	19,9	31,3	
Sonstige private und öffentliche Dienste	3,8	2,5	-21,3	-0,3	
Entsorgung	-1,0	-14,3	-28,8	-8,3	
Interessenvertretungen	-1,9	0,3	-35,7	-11,8	
Film und Kino	30,7	67,3	-31,4	309,1	
Funk und Fernsehen	10,6	10,0	-0,7	25,6	
Sonstige kulturelle Dienstleistungen	6,8	-5,1	5,2	9,3	
Journalisten- und Nachrichtenbüros	13,2	118,5	0,0	285,7	
Bibliotheken, Archive, Museen, Zoos	4,5	-11,0	-12,0	-13,4	
Sport, Unterhaltung, Erholung	27,4	-5,4	-3,9	3,9	
Sonstige Dienstleistungen	2,2	7,6	-14,0	-6,1	

¹ Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte.

² Regionen mit Kernstädten von mehr als 500 000 Einwohnern. Einbezogen wurden auch die Regionen Nürnberg, Dresden und Leipzig, deren Kernstädte fast 500 000 Einwohner haben.

Quellen: Statistik der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten; Berechnungen des DIW Berlin.